# Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit

**Dritter Teil** 

Die Anerbengesetze in den deutschen und außerdeutschen Ländern

Herausgegeben von
Max Sering und Constantin von Dietze



Bearbeitet von

**Gustav Wagemann** 



**Duncker & Humblot reprints** 

## Schriften

Des

## Vereins für Sozialpolitik.

#### 178. Band.

# Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit.

Berausgegeben von

Max Sering und Conftantin v. Dieße.

#### Dritter Teil:

Die Anerbengesetze in den deutschen und außerdeutschen Ländern.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1930.

# Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit.

Serausgegeben von

Max Sering und Constantin v. Dieße.

Dritter Teil.

Die Anerbengesetze in den deutschen und außerdeutschen Ländern.

Bearbeitet pon

Gustav Wagemann,

Ministerialrat im Preußischen Justizministerium.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1930. Alle Rechte vorbehalten.



Pierersche Sofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.

## Inhaltsverzeichnis.

Spftemati	jder Überblick				Sette 1 ff.
Befege:					
O V I V V	A. Deutschland.				
1. Län	ber mit unmittelbarem Anerbenrecht.				
Preu	then.				
1.	Rentengutsanerbengesetz				34
2.	. Befigbefestigungegejet § 4				45
3.	. Zwangsauflöfungsgefet § 12				<b>4</b> 5
4.	. Weftfalen				53
5.	. Schleswig (Räherrechtsverordnung)				66
	Walded				70
7. 29	Bayern				79
	pessen				83
**					83
	Necklenburg-Schwerin				87
	Necklenburg-Strelit				95
12. 38	Braunschweig				96
	ippe				102
14. S	chaumburg-Lippe				102
15. S	achfen (Entwurf eines Gefeges über das Anerbenrecht) .				116
II. Län	ber mit mittelbarem Anerbenrecht.				
Breu	·				
•	Sannober				105
	G .				
	. Graffchaft Schaumburg				
	Herzogtum Lauenburg				
19. 20.	. Landgüterorbnung: für Branbenburg				
20. 21.	# <b>XY.2</b>				
21.	San Wasianung Kasint Callet				
	" " " " " " " " " " " " " " " " " " "				
	lbenburg				
	temen	• •	• •	•	159 179
25 20	SUPPLEM DEPO				177

#### VI

#### Inhaltsverzeichnis.

							В.	. 2	lu	Be	ri	eı	ut	d	e	28	in	de	r.						<b>€e</b> ite
I.	Deutsch=Ös	te	rre	iđ																					181
	1. Reichsr	ah	me	ng	efe	ß																			181
	2. Tirol $.$																								186
	3. Kärnter	ι.													•						•				198
II.	Schweiz .																								<b>20</b> 5
III.	Tichechoflor	wa	tei																						208
IV.	Ungarn .																								222
v.	Dänemar <b>t</b>																								226
VI.	Norwegen																								234
VII.	Schweben																								245

## Einleitung.

Syftematischer Überblict.	
I, Rechtsentwicklung	seite
,	
II. Begriff des A.; verwandte Rechtsinstitute	•
III. Geltungsbereich	7
IV. Rechtlicher Charakter	8
(unmittelbar, mittelbar; Berfügungsfreiheit; Intestat- u. Testatanerbenrecht; U. u. eheliches Güterrecht; U. u. Pflichteilsrecht; Rechtscharakter der Unerbsolge)	
V. Objekt — das Anerbengut	16
VI. Subjekt — der Anerbe	18
VII. Die Rechtsftellung des Anerben	
a) Ermittlung des Gutswerts	22
b) Berrechnung der Schulben	24
c) Boraus	24
d) — ev. Rückerstattung	25
VIII. Die Rechtsstellung der Miterben	25
a) Abfindung	25
b) Stundung und Sicherstellung	26
c) Recht auf Wohnung und Unterhalt auf dem Hofe	27
d) Recht auf Aussteuer und Berufsausbildung	28
e) Recht auf Niegbrauch und Altenteil des Chegatten	28
f) Rechte bei Beräußerung des Anerbenguts	28
IX. Formalien	29

<sup>1</sup> Überficht über bie Gefegestexte auf Seite 247.

## I. Rechtsentwicklung.

Im Gegensatzum römischen Recht — welches dem Eigentümer die streie Verfügung über seine bewegliche und unbewegliche Habe zuwies und den gesamten Nachlaß beim Intestat-Erbfall unter die Erben gleichmäßig verteilte — hat das deutsche Recht und das germanische Recht überhaupt den Grundbesitz von alters her besonders behandelt. Es sah in diesem nicht ein Kapitalvermögen des derzeitigen Besitzers, sondern ein an die Familie und Sippe gebundenes Erbe. Zu dessen Veräußerung an einen Familienfremden war daher die Zusstimmung der übrigen Familienangehörigen oder doch zum wenigsten die Zustimmung des nächsten Erben erforderlich? Auch durch Bersfügung von Todes wegen konnte das Recht des nächsten Erben in früherer Zeit nicht ausgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage ents

Schriften 178, III.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Erfolgte die Beräußerung ohne Zustimmung des nächsten Erben, so konnte dieser das veräußerte Gut durch Klage an sich ziehen, als ob der Erbfall bereits eingetreten wäre. Bgl. z. B. Sachsenspiegel 1, 52, 1: "Åne erben gelob (Erlaubnis) und ane echt ding en muz nieman sin eigen noch sine lute gebn. Gibt ers wider recht sunder erben gelob, der erbe underwindet es sich mit urteilen, als ob her tot si, jene der daz gab, so ers nicht gebn mochte."

Später wurde dieses sogenannte Beispruchsrecht des nächsten Erben dahin eingeschränkt, daß es nur noch bei den durch Erbgang erworbenen Gütern und nur noch gegen Entschädigung des Käufers ausgeübt werden durfte. In dieser abgeschwächten Form sindet die Erblosung sich auch heute noch in dem sogenannten Odelsrecht der norwegischen Gesetzgebung (vgl. laufende Rummer Bd. VI), während sie dem deutschen Recht verlorengegangen ist.

<sup>3</sup> Erst im späteren Mittelalter werden Testament und Erbvertrag zusgelassen; anders im römischen Recht, das schon in der ZwölfsTaselsGeschsgebung die völlige Testierfreiheit proklamierte durch den Sah: "uti legassit suae rei ita jus esto."

Reste der älteren deutschrechtlichen Auffassung finden sich noch heute im dänischen Recht, welches eine letztwillige Verfügung nur über bestimmte im Gesetz besonders bezeichnete Teile des Nachlasses zuläßt. Bgl. übrigens auch die quotité disponible des code civil, die auf altfränkische Rechtsgedanken zurückgehen dürfte.

wickelte sich im Laufe der Zeit das sogenannte Stammgut- oder Fideikommißrecht4 für adlige und das Anerbenrecht für bäuerliche Güter5.

Anerbenrecht und Fibeikommißrecht<sup>4</sup> sind voneinander durchaus verschieden. Denn während das dem splendor familias dienende Fibeikommiß regelmäßig ein vom Allodvermögen des Besitzers verschiedenes Sondervermögen bildet, in das nur die von dem ersten Besitzer Abstammens den nach einer bestimmten Folgeordnung — ex pacto et providentia majorum — sukzedieren können, stellt das der Erhaltung leistungsfähiger Bauerngüter dienende Anerbenrecht ein echtes Erbrecht dar, welches nur die Besonderheit hat, daß einem der Erben — dem sogenannten Anerben — das Recht gegeben wird, den Hof ungeteilt zu übernehmen gegen eine Abssindung der übrigen Miterben zu einem Anschlag, welcher die überschuldung des Landauts verhindert.

Es liegt auf der Hand, daß die Rezeption des römischen Erberechts, und die übernahme seiner Grundsätze in das Recht des Code civil und später auch in das Recht des BBB. dem Gedanken der ungeteilten Vererbung des ländlichen Grundbesitzes zu einem billigen Anschlag schweren Schaden zusügen mußte. Denn auch da, wo bis dahin noch die einheitliche Vererbung des Grundbesitzes im Wege des Anerbenrechts als gesetzliches Erbrecht gegolten hatte, wurde nunmehr die gleichmäßige Verteilung auch des Grundbesitzes oder seines Verskehrswerts auf sämtliche Erben zum gesetzlichen Erbrecht erhoben.

Das Erbrecht des Code civil hat nicht nur in Frankreich, sondern auch in Belgien, Holland und dem deutschen Rheinland Berbreitung gefunden; ebenso auch in Polen und der Schweiz. Jedoch hat das

<sup>4</sup> Betr. Anerben= und Fideikommigrecht; bgl. auch S. 4.

<sup>5</sup> Darüber, daß die Entwicklung eines besonderen Anerbenrechts nicht überall, sondern nur da erfolgte, wo die Stammessitte und die natürlichen wirtschaftlichen Bedingungen einer solchen Entwicklung günstig waren, vgl. des näheren Sering, Erbrecht und Agrarverfassung in Schleswig-Holftein, S. 152ff. Die Anerbensitte herrscht in etwa vier Fünsteln des Deutschen Reichs.

Seine rechtliche Gestaltung sand das Anerbenrecht zunächst wohl zumeist in ungeschriebenem Gewohnheitsrecht; so noch jest verschiedentlich in Schleswig-Holstein. Dieses wurde dann allmählich in entsprechenden Weistümern, Dorsordnungen und Hostechten, später auch bei Erstarken der landesherrlichen Gewalt in entsprechenden Verordnungen niedergelegt. Solches Anerbenrecht galt im 18. Jahrhundert in den Gebieten der Anerbensitte nicht nur für grunds oder gutsherrlich abhängige, sondern auch für altsreie Eigentumsgüter.

Code-civil-Erbrecht sich in der Schweiz nicht halten können. Die durch dasselbe bewirkte Verschuldung und unwirtschaftliche Zersplitterung der Bauernhöfe machte sich so deutlich geltend, daß man bald schon zur Schaffung besonderer Zusammenlegungsgesetz genötigt wurde; und als auch dieses Mittel gegenüber der stets sich wiederholenden Zersplitterung im Erbgang sehlschlug, entschloß sich die Schweiz — ein ausgessprochen demokratisches Land —, das Anerbenrecht allgemein (und zwar nun auch in den französischen Kantonen) wieder einzusühren, insdem sie bei Schaffung des Zivilgesetzbuchs (1907) das Anerbenrecht zum gesetzlichen Erbrecht für den gesamten landwirtschaftlichen Besitzerhob (vergleiche des näheren den Abschnitt "Schweiz" unter lsb. Nr. B. II). Ühnlich hat auch Norwegen, welches durch Gesetz von 1821 die Schätzung des Anerbenguts nach dem gemeinen Wert vorsschrieb, diese bereits 1863 wieder ausgegeben und ist auf Grund der gemachten Ersahrungen zur Schätzung nach billiger Tage zurückgekehrt.

Auch sonst hat in den letzten 50 Jahren eine deutliche Wieders belebung des Anerbenrechtsgedankens stattgesunden. Sie hat bereits zur Schaffung zahlreicher Anerbengesetze — Braunschweig und Oldensburg in den 70er Jahren, Preußische Landgüterordnungen der 80er Jahre, Anerbengesetze für Westfalen und Hannober, Gesetze für die preußischen Rentens und Ansiedlungsgüter, Anerbengesetze für Baden, beide Mecklenburg, Bremen, Lippe und Waldeck, ebenso für Deutschscherreich (Tirol, Kärnten und Böhmen), Tschechoslowakei und Unsgarn — geführt und hält auch gegenwärtig noch an (Württembg. Anserbengesetz vom 7. März 1930; Waldgutsanerbenrecht der Preuß. Fideiskommißgesetze vom 19. November 1920 und vom 22. April 1930, Sächs. Anerbengesetzentwurf).

Der gesetzeberische Zweck war in der Regel die Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes im Kampse gegen überschuldung und daraus folgende Zersplitterung. Doch kommen daneben gelegentlich auch Gesetze vor, bei denen die Erhaltung eines Bauernstandes inländischer Abstammung (Ansiedlungsgüter im ehemaligen Posen und Westpreußen, neues Bodenzuteilungsgesetz in der Tschechoslowakei und entsprechendes Gesetz in Ungarn) oder der Schutz des Heimes des kleinen Mannes (Boden= und Wirtschaftsheimstätten des Reichsheimstättengesetzes, Biens de famille in Frankreich und Belgien) in erster Linie stehen.

## II. Begriff des Anerbenrechts und verwandte Rechtsinstitute.

Anerbenrechts ift das deutschrechtlichen Anschauungen entstammende Recht, welches ein zum Nachlaß gehöriges Landgut einem der Erben — dem sogenannten Anerben — ungeteilt gegen billigmäßige Absfindung der übrigen Erben zuwenden und so einer unwirtschaftlichen überschuldung und Zersplitterung des ländlichen Grundbesitzes vorsbeugen will.

Dem Anerbenrecht verwandte, aber nicht eigentlich hierher gehörige Gebilde find:

- a) die Seimstätten (Deutsche Reichsheimstätten, nordamerikanische Homesteads, französische Biens de familles, serbische Bachtinas u. ä.), bei denen die Erhaltung der Heimstätte im Besitz der Familie, nicht aber die Erhaltung eines leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebes im Mittelpunkt des Interesses steht;
- b) die Fideikommisse, Hausbermögen, Lehen und Stamms güter, die nicht ein frei vererbliches Eigentum des derzeitigen

8 Französisches Gesetz vom 12. Juni 1909 sur la constitution d'un bien de famille insaisissable; beachtlich, weil hier zum erstenmal das schröffe Erbteilungsprinzip des Code civil verlassen wird.

Bgl. auch das französische Geset vom 5. Dezember 1922, portant codification des lois sur les habitations à bon marché et la petite propriété sour das dem ähnliche belgische Geset vom 16. Mai 1920 sur la régime successoral des petits héritaces (Art. 4).

9 Literatur: Seelmann=Alässel, Das Recht der Familienfideis kommisse; Wodersohn, Die Auslösung der Familienfideikommisse (1921); Klässels-Koehler, Die Zwangsauslösung der Familienfideikommisse und sonstigen Familiengüter (1930); Seelmann=Eggebert, Das Familiensgütergeset vom 22. April 1930.

<sup>6</sup> Betr. Definition vgl. auch Ripp in Enneccerus=Ripp=Bolff, Lehrb. b. burgerl. Rechts Bb. II 3 § 146 (5. Aufl. S. 468).

<sup>7</sup> Deutsches Reichsheimftättengeset vom 10. Mai 1920 (MGBl. S. 962, 1218); Preuß. Ausf.=Ges. vom 18. Januar 1924 (GS. 49); Ausf.=Best. vom 25. April 1924 (Min. Bl. Bolksw., S. 199) mit Unterscheidung von Wohnheimstätten (Einsamilienhaus mit Nutgarten) und Wirtschafts-heimstätten (landwirtschaftliche oder gärtnerische Anwesen, zu deren Bewirtschaftung eine Familie unter regelmäßigen Verhältnissen keiner ständigen fremden Arbeitskräfte bedars). Das Erbrecht hinsichtlich der Heinerkätten ift vielsach den anerbenrechtlichen Vorschriften nachgebildet. So insbesondere im Preuß. Auss. Ros.

Besitzers, sondern regelmäßig ein von dessen freiem Eigentum (Allod) verschiedenes Sondervermögen darstellen. In dieses können nur die vom ersten Besitzer Abstammenden nach einer sesten Folgeordnung (meist Primogenitur mit Vorrang des Mannesstammes) sukzedieren, so daß der Fideikommißsolger sein Recht nicht von dem Besitzvorgänger, sondern unmittelbar von dem Fideikommißstifter ableitet (sogenannte Successio ex pacto et providentia majorum); das wird besonders deutlich, wenn etwa der letzte Besitzer nur Töchter hat und nunmehr das Fideikommiß nicht mit dem übrigen Nachlaß auf diese, sondern auf einen vielleicht ganz entfernten Agnaten übergeht.

Die Fideikommisse werden gegenwärtig in vielen Ländern aufgelöst; bergleiche insbesondere für Deutschland: NB. Art. 15510 und die entsprechenden Fideikommißauslösungsgesetze der einzelnen deutschen Länder. Die bei der Fideikommißauslösung in Preußen won den Fideikommißauslösungsbehörden gebildeten Walde, Lande, Deiche und Weingüter 12 haben den Zweck, wirtschaftlich zusammengehörige, nach Beschaffenheit und Umfang zu nachhaltiger forste und landwirtschaftelicher Bewirtschaftung besonders geeignete Teile des früheren Fideikommisses auch weiterhin im öffentlichen Interesse in einheitlicher Bewirtschaftung zu erhalten. Die Walde, Lande, Deiche und Weingüter sind freies Eigentum ihres Besitzers. Für ihre Bererbung sind die Borschriften des Anerbenrechts ausdrücklich für anwendbar erklärt (Zwangsausschläsungsgesetz b. 22. April 1930 § 165); vergleiche des näheren Isb. Nr. A I 314.

<sup>10</sup> Reichsberfassung Art. 155 Abs. 2 Sat 2: "Die Fibeikommisse sind aufzulösen."

<sup>11</sup> Mber die Fideikommißauflösung in Preußen und die zu ihrer Regelung ergangenen Gesetze und Berordnungen bgl. des näheren den Absichnitt A I 3 auf Seite 45ff.

<sup>12</sup> Landgüter nach §§ 12, 13 ZUB. dürfen in Zukunft nicht mehr neu gebildet werden (Fideikommiß-Anderungsgeset vom 22. April 1930 Art. 41).

<sup>13</sup> Auch die medlenburgischen Erbpachtgüter nach der Verordnung vom 24. Juni 1869 stellten eine übergangsform dom Fideikommiß zum Anserbengut dar, in welch letzteres sie inzwischen auch durch die §§ 349 ff. Weckl. Ausf.-Verordn. zum BGB. überführt sind.

Bezüglich der baherischen und sächsischen Erbgüter vgl. Seite 14 u. 15. <sup>14</sup> Fachliteratur: Breme, Das Waldrecht der Auslösungsgesete (1922), S. 98ff. und Klässelsworter, Fideikommißauslösung (1930).

- c) Die vielfach im älteren deutschen Recht noch vorkommende Teil= losung (Gespilderecht), d. h. das Beispruchsrecht des Gigen= tümers eines Grundstücks, welches früher mit dem verkauften Grundstück zusammen eine Ginheit gebildet hat, und die auf dem öffentlichen Rechte, sowie insbesondere auch auf dem Recht des Obereigentümers (3. B. Erbberpächters, Erbzinsherrn u. a.) beruhenden eigentlichen Teilungsverbote regeln zwar nicht die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes, sondern haben sachenrechtlichen Charakter; sie stellen aber doch eine so wesent= liche Ergänzung der erbrechtlichen Vorschriften der Anerben= gesetze dar, das sie vielfach auch räumlich in diese mitaufgenom= men sind. Letteres ift 3. B. der Fall bei den Anerbengesetzen für Baden, Österreich und die Schweiz, beide Mecklenburgs und beide Lippes 15; reine Dismembrationsgesetze bestehen noch jett in Teilen von Thüringen (früheres Herzogtum Sachsen=Alten= burg 16 und Kreis Neuftadt a. d. Orla) und in Sachsen 17; lette überbleibsel des Gespilderechts in Schweden, wo nach dem unter Ifd. Rr. B VII abgedruckten Erbgesetz demjenigen, der den größ= ten Teil des Grundbesites geerbt hat, das Recht zusteht, die käufliche überlassung auch der übrigen Stücke von den Miterben zu berlangen 18.
- d) Auch die **Berschuldungsgrenze** (wie sie 3. B. bei den Walds gütern der Preußischen Fideikommißauflösungs-Gesetzgebung noch bis zu der Novelle vom 22. April 1930 bestand) fördert die

<sup>15</sup> Baden § 3; Osterreich § 16 und Tirol §§ 2ff.; Schweiz Art. 616 (Ermächtigung zu Zerstückelungsverboten für die Kantone); Schaumburgsuppe §§ 2ff.

<sup>16</sup> Sachs. Altenb. Gesethe bom 9. April 1859 und bom 16. Dezember 1867.

<sup>17</sup> Sachsen ist aber im Begriff, an Stelle der dort sehr verbreiteten Teilungsverbote jest ein wirkliches Anerbenrecht einzuführen; vgl. den Entwurf eines Anerbengesetz unter Nr. A I 15.

<sup>18</sup> Eine ähnliche Vorschrift soll auch das bulgarische Recht enthalten, welches bei ländlichen Grundstücken den männlichen Abkömmlingen nicht nur einen doppelten Anteil, sondern außerdem auch noch das Recht gibt, die Anteile weiblicher Miterben gegen Zahlung des Schätzungswertes zu übernehmen; vgl. des näheren Hallstein in Schlegelbergers Rechtse vergleichendem Handwörterbuch, Bd. 2 S. 185.

- Erhaltung eines leistungsfähigen landwirtschaftlichen Besitzes; sie hat aber mit dem Anerbenrecht als solchem nichts zu tun.
- e) Eine allgemeine Bevorzugung der männlichen vor den weiblichen Erben findet sich außer in dem in der Anmerkung 18 angeführten bulgarischen Gesetze auch im dänischen Recht, wo nach
  5—2—63 Christians V Lov im Fall, daß Brüder mit ihren
  Schwestern zusammen erben, die ersteren ein Bauerngut von
  dem Umsange erhalten, daß es lebensfähig bleibt, während die
  Schwestern nur entlegene und Streugrundstücke sowie Fahrnis
  oder städtischen Besitz erhalten. Ühnliche Borschriften kamen
  auch im älteren deutschen Recht des öfteren vor.

## III. Geltungsbereich des Anerbenrechts.

Bersteht man unter dem Anerbenrecht ein Sondererbrecht für den ländlichen Grundbesit, nach welchem dieser mit dem zu seiner Bewirtsschaftung ersorderlichen Zubehör beim Erbgang ungeteilt in das Eigentum eines einzigen Erben (des sogenannten Anerben) gegen billigmäßige Absindung der übrigen Miterben übergeht, so kommen für seine Anewendung nur die Rechtsgebiete in Betracht, in denen ein frei vererbeliches Grundeigentum besteht. Es scheiden also zunächst einmal aus die Staaten, die ein Privateigentum am Grund und Boden überhaupt nicht anerkennen, sondern nur dem derzeitigen Bewirtschafter ein öffentlicherechtliches Nutzungsrecht einräumen; so wächst nach russischem Recht (Agrargesetzbuch v. 1922 § 21) beim Tode eines Mitgliedes der den Hos bewirtschaftenden Familie dessen Anteil einsach den übrigen Hos bewirtschaftern zu. Gebenso scheiden aus die Länder, bei denen die allegemeine Gesetzgebung schon den ungeteilten übergang des ganzen Bers

<sup>19</sup> Sallstein, a. a. D.

<sup>20</sup> Nach Beutner, Grundzüge eines allgemeinen Anerbenrechts in rechtsvergleichender Darstellung (Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, Jahrgang 69 S. 210ff.). Das neue russische Agrargeset vom 15. Dez. 1928 scheint in der Hinsicht Anderungen nicht gebracht zu haben. Es erklärt aber private Verfügungen, die unmittelbar oder berssteckt der Nationalisierung des Bodens zuwiderlaufen, für strasbar und

mögens auf einen einzigen Erben vorsieht; hierzu gehört Japan 20a, wo (wohl in Rücksicht auf den Ahnenkult) der Hauserbe kraft Gesetzes den gesamten Nachlaß erhält mit der Verpflichtung, die übrigen Familienangehörigen zu unterhalten. Auch in England 21 ging bis zur Erb= und Grundrechtsreform von 1925 (vgl. insbesondere die Administration of Estates Act) zum wenigsten die gesamte Liegenschaft (real property) auf den ältesten Sohn als Heir-at-law über (Inheritance Act 1833), und es bestanden nur in einzelnen Gegenden abweichende Gebräuche (3. B. Gavelkind=Teilung der Erbschaft zu gleichen Teilen oder Borough English-Vererbung auf den jüngsten Sohn oder jüngsten Bruder21). Dagegen hat die Schweiz den übergang zum eigentlichen Un= erbenrecht bollzogen, insofern dort nämlich nur für das "landwirt= schaftliche Gewerbe" dessen ungeteilter übergang auf einen einzigen Erben gegen Abfindung der übrigen Erben vorgeschrieben wird (Schw. 3GB. Art. 620ff.). Im übrigen vergleiche wegen der gegenwärtig geltenden Anerbengesetze die Anerbengesetz-Rarte und die dazu= gehörige übersicht auf S. 246.

## IV. Rechtlicher Charakter.

#### a) Mittelbar — unmittelbar 22.

Das Anerbenrecht gilt entweder unmittelbar kraft des Gesetzes oder aber nur mittelbar bermöge eines vom Sigentümer gestellten Antrags und einer daraushin ersolgenden Sintragung in die Höse oder Landsgüterrolle. Sin unmittelbar kraft Gesetzes eintretendes Anerbenrecht

nichtig derart, daß sie die sosortige Entziehung der Bodennutzung zur Folge haben (Auhagen i. d. Berichten f. Landwirtschaft Bd. X Heft 2 S. 196). Hür Rußland vgl. auch Freund, Das Zivilrecht Sowjetrußlands (1924).

<sup>20</sup>a Ikeda, Die Hauserbfolge in Japan (1903).

<sup>21</sup> Bgl. Curti, Englands Privat- und Handelsrecht (1927) Bb. 1 S. 85.

<sup>22</sup> Unmittelbares Anerbenrecht: Das auch noch gebrauchte Wort "obligatorisches A." ist irreführend, da es leicht dahin mißverstanden wird, als bestehe ein rechtlicher Zwang zur Vererbung des Guts nach dem Anerbenrecht. Ein solcher Zwang besteht nirgends; vielmehr steht es dem Eigentümer durchaus frei, insbesondere auch für seinen Todesfall über das A. frei zu verfügen. Bgl. so ausdrücklich EG. BGB. Art. 64 Abs. 2.

hat die Schweiz, Tirol (für die alten Höfe)26, Kärnten, die Tschecho= flowakei, Norwegen, beide Mecklenburgs, Baden und Schaumburg-Lippe23, sowie große Teile von Schleswig-Holstein; auch das westfälische Anerbengesek21 und das Waldgutsanerbenrecht der preußischen Fidei= fommißauflösungsgesetzgebung25 gehören hierher, insofern die Fest= stellung der Anerbengutseigenschaft auch hier ohne Zutun des Eigen= tümers in einem besonderen behördlichen Berfahren erfolgt. Nur mittelbar gilt das Anerbenrecht für die neu gebildeten Sofe in Tirol 26 (Antrag und Eintragung im Grundbuch), in Hannober, Lauenburg, der Grafschaft Schaumburg, Bremen und Württemberg27 (Antrag und Eintragung in die "Söferolle"), Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein und Regierungsbezirk Kassel28 (Antrag und Eintragung in die "Landquiterrolle") und für Oldenburg29 (Erklärung des Gigentümers bor dem Amtsgericht). Auch die Löschung 30 der Anerbenguts= eigenschaft erfolgt in den borbezeichneten Ländern auf Antraa des Eigentümers.

<sup>23</sup> Schweiz Art. 620; Kärnten § 1; Tichechojlowakei Ges. von 1908 § 1; Norwegen von 1821 § 10; Mecklenburg-Schwerin § 349; Baden Ges. von 1888/1898; Schaumburg-Lippe (§ 1ff.), welches aber nachträglich eine deklaratorische Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche vornimmt (§ 17). Bezüglich Schleswig-Holfteins vgl. lfd. Nr. AIIe.

Unmittelbares Anerbenrecht ist auch vorgesehen in dem neuen sächfischen Entwurf.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Westfälisches Anerbengeset § 3: Die Eintragung der Anerbengutsscigenschaft im Grundbuch erfolgt auf Ersuchen des zuständigen Kultursamtsvorstehers; nur in den im § 11 ausgezählten Amtsgerichtsbezirken ist ein Antrag des Eigentümers ersorderlich.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Zwangsauflösungsgeset vom 22. April 1930 § 165. Die Bildung des Wald-, Wein-, Deich- oder Landguts erfolgt nach dem Freiwerden des Fideikommißbermögens und vor der Erteilung des Fideikommißauslösungs- scheins von Umts wegen durch Beschluß der Auflösungsbehörde.

<sup>26</sup> Tirol: Zum mindesten bezüglich der Neubildung von geschlossenen Höfen (§ 1) ist Antrag ersorderlich; für die beim Inkrasttreten des Hösezgesetze bereits vorhandenen gilt das Anerbenrecht kraft Gesetzes.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Hannover § 2; Lauenburg § 5; Grafschaft Schaumburg § 6 (Ausnahme in § 2); Bremen § 3; Württemberg Art. 2.

<sup>28</sup> Brandenburg § 5; Schlesien § 5; Schleswig-Holftein § 5; Rassel § 4.

<sup>29</sup> Oldenburg § 3.

<sup>30</sup> Die Löschung der Anerbengutseigenschaft erfolgt auf Antrag des Eigentümers in Hannober (§ 2), Lauenburg (§ 6), Grafschaft Schaumburg (§ 8), Brandenburg (§ 5), Schlesien (§ 5), Schlesbeig-Hollein (§ 5), Kassel

#### Berfügungsfreiheit.

Der Eigentümer kann grundfäglich unter Lebenden und bon Todes wegen über das Anerbengut frei verfügen. Bergleiche insbesondere für Deutschland den

Art. 64 Abs. 2 EG. BGB.: "Die Landesgesetze können das Recht des Erblassers, über das dem Anerbenrecht unterliegende Grundstück von Todes wegen zu verfügen, nicht beschränken"<sup>31</sup>.

und die entsprechende Vorschrift im österreichischen Reichsrahmengesets 3 Abs. 131a. Beschränkungen der Testierfreiheit bestehen in Norwegen32 und in der Tschechoslowakei33, wo eine Teilung des Anerben-

<sup>(§ 4),</sup> Bremen (§ 7), während das westfälische Anerbengeset (§ 5), ebenso wie es die Anerbengutseigenschaft nur auf Antrag des Kulturamtsvorstehers eintragen läßt, folgerichtig dessen Antrag auch für die Löschung erfordert.

Gesetliche Erlöschungsgründe (Fortsall der objektiven oder subsjektiven Boraussehungen für die Anerbengutseigenschaft) hingegen kommen sowohl beim unmittelbaren wie auch beim mittelbaren Anerbenrecht vor. Bgl. 3. B. Hannover § 25 Nr. 2, Lauenburg § 20 Nr. 2, Brandenburg § 18-Nr. 3, Schleswig-Holstein § 24 Nr. 3, Bremen § 26 Nr. 2 und § 11.

<sup>31</sup> Art. 64 EG. BGB. gehört zu den sogenannten allgemeinen Borbchalten. Die Landesgesetzgebung kann daher alle Borschriften tressen, die mit der besonderen bäuerlichen Erbsolge so eng zusammenhängen, daß sie ihr ausschließlich oder doch zugleich zu dienen bestimmt sind (Entsch. RJU. 5 S. 264), z. B. auch Borschriften über Behandlung des Unerbenguts bei Beendigung der Gütergemeinschaft, über Recht des überlebenden Ehezgatten auf Altenteil, Recht der Interimswirtschaft (DBG. 44, S. 313), über vormundschaftsgerichtliche Genehmigung (z. B. bei Berzicht auf das Unzerbenrecht: Rentengutsgesetz § 15 Abs. 6, Bestsalen § 19); über Pflichtteilsberechnung (Entsch. Braunschw. Itschr. 53 S. 6) und über Beschränfung der Berfügung unter Lebenden (KGJ. 29 S. 274fs.). Auch der Begriff des Zubehörs kann abweichend von BGB. §§ 97, 98 bestimmt werden (Uchilles Greiff BGB. Art. 64 Anm. 2).

<sup>31</sup> a Ofterreich, Geset von 1889, abgedruckt lid. Rr. B I 1.

<sup>32</sup> Norwegen, Gesetz von 1821 (§ 14): Nur wenn der Hof von der Eröße und Beschaffenheit ist, daß mehrere Familien sich darauf ernähren können, ist es erlaubt, ihn unter die Kinder in zwei oder mehr Teile zu teilen; jedoch muß der älteste Sohn oder auch die älteste Tochter zum mindesten die Hälfte erhalten.

<sup>33</sup> Tichechoflowakei, Bobenzuteilungsgeset § 37 3. 4 verb. mit § 39: Teilung nur zulässig, wenn die neuen Einheiten mit Hinzurechnung des freien Besitzes der Personen, die sich in die Heinstätten teilen sollen, zur Selbstbewirtschaftung genügende Anwesen bilben und der Heinstätten=

guts auch durch Verfügung von Todes wegen nur dann zulässig ist, wenn die Teile wieder selbständige Anerbengüter bilden und eine dementsprechende Größe haben. Anders bei den Teilungsverboten des deutschen Rechts, die nicht die letztwillige Verfügung, sondern nur die reale Teilung der Grundstücks verhindern 35, so daß eine widersprechende Teilungsanordnung des Erblassers tatsächlich nicht durchgeführt werden kann und nur eine entsprechende Wertverrechnung möglich ist; versgleiche hierüber und über die Verschuldungsgrenze auch die Ausführungen vorn unter Nr. II c und d.

Der Erblasser kann vielfach auch durch Berfügung von Todes wegen gewisse Modifikationen bei der Anwendung des Anerbenrechts auf seine Beerbung anordnen. Insbesondere ist ihm in vielen Gesehen die Befugnis beigelegt, in einem Testament oder auch in einer einfachen öffentlich beglaubigten Urkunde<sup>36</sup> zu bestimmen, daß ein Anerbenrecht bei seinem Tode nicht eintreten<sup>37</sup>, daß die Bevorzugung des Anerben in einer anderen als der gesehlich bestimmten Weise stattsinden<sup>38</sup> und

ordnung unterworsen werden (zu bemerken ist hierbei, daß "Heimstätte" im Sinne des tschechischen Rechts nicht eine Wohnheimstätte, sondern eine Wirtschaftsheimstätte nach Art unseres Anerbengutes ist).

<sup>34</sup> Teilungsverbote u. ä. Beschränkungen der Berfügungsfreiheit unter Lebenden: Braunschweig (Geset vom 20. Mai 1858); Baden (§ 3); Lippe (§ 4); Schaumburg-Lippe (§ 2ff.); Österreich (§ 16) und dementsprechend Tirol (§ 2ff.); Schweiz (Art. 616 und die auf Grund desselben erlassenen kantonalen Zerstückelungsverbote).

<sup>35</sup> Diese Teilungsverbote beruhen nicht auf dem Unerbenguts= vorbehalt in Urt. 64 EG. BGB., sondern auf EG. BGB. Urt. 119 Nr. 2; das ist wichtig, da andernsalls Urt. 64 Uhs. 2 die Wirksamkeit des Teilungs= verbotes für den Todesfall ausschließen würde.

<sup>36</sup> Offentlich beglaubigte Urkunde genügt z. B. in Hannover (§ 20 Uhs. 3), Lauenburg (§ 16), Westfalen (§ 12), Waldeck (§ 28) und nach den sämtlichen preußischen Landgüterordnungen.

<sup>37</sup> Eine solche Verfügung schließt das Ancrbenrecht nur für den eigenen Todesfall aus; anders die Löschung des Anerbenguts in der Höfe- oder Landgüterrolle, welche dem Gut dauernd die Eigenschaft des Anerbenguts entzieht.

<sup>38</sup> Bestimmungen, daß die Bevorzugung des Anerben in einer anderen als der durch das (Beset vorgeschriebenen Weise stattsinden soll, sind z. B. zugelassen in Hannover (§ 20); Schaumburg (§ 26); Osterreich (§ 11) und dementsprechend Tirol (§ 19), Kärnten (§ 12) und Böhmen (§ 12); Württemsberg (Art. 6) sowie in den meisten preußischen Landgüterordnungen. Insebesondere kann der "Boraus" anders geregelt werden.

zu welchem Betrage der Hof angerechnet werden foll<sup>38a</sup>. Insbesondere aber steht es ihm vielfach auch frei, die Person des Anerben abweichend von der gesetlichen Ordnung zu bestimmen<sup>39</sup>.

Im übrigen hat das Anerbenrecht regelmäßig die Aufgabe, ergänzend als gesetzliches Erbrecht (Intestat-Anerbenrecht) da einzutreten, wo der Erblasser gestorben ist, ohne seine Beerbung unter Lebenden (Gutsüber-lassungsbertrag) oder durch Berfügung von Todes wegen zu regeln. Eine Ausnahme macht Dänemark, wo das Anerbenrecht nur als Testat-Anerbenrecht, also bermöge ausdrücklicher Anordnung durch entsprechende letztwillige Berfügung des Erblassers, vorkommt40.

Der Erblasser kann auch nach einzelnen Rechten bestimmen, daß sein überlebender Chegatte besugt sein soll, unter den Abkömmlingen den Anserben zu wählen; so in Hannover (§ 21), Grasschaft Schaumburg (§ 27) und Walbeck (§ 29).

<sup>38</sup> a Bestimmung bes Anrechnungswerts durch den Erblasser 3. B. in Tirol (§ 19), Hannover (§ 20 Abs. 2), Brandenburg (§ 14), Schlesien (§ 15), Schleswig-Holstein (§ 21), Kassel (§ 28), Grasschaft Schaumburg (§ 26), Walbeck (§ 28), Württemberg (Art. 6); regelmäßig aber unbeschadet des Pflichtteilrechts.

<sup>39</sup> **Bestimmung der Person des Anerben** durch den Erblasser ist zulässig unbeschränkt in der Tschechoslowakei (Bodenzuteilungsgesetz § 39) und in Ungarn (§ 74); mit Beschränkung auf einen der Miterben in Brandenburg (§ 14), Schlesien (§ 15), Schleswig-Holstein (§ 21), Kassel (§ 28), Rentengutsanerbengesetz (§ 32), Württemberg (Urt. 6); mit Beschränkung auf die zur Erbsolge berusenen Nachkommen in Lauenburg (§ 16) und auf die Nachkommen schlechthin in Bestfalen (§ 14) und Baden (§ 12); auf die zur Erbsolge berusenen Personen in Hannover (§ 20), Grasschaft Schaumburg (§ 26), Waldeck (§ 28), und endlich mit Beschränkung auf die gessehlichen Erben in Osterreich (§ 3) und dem entsprechend in Tirol (§ 26), Kärnten (§ 5 Abs. 2) und Böhmen (§ 3).

<sup>40</sup> Danisches Erbgeset vom 21. Mai 1843.

<sup>§ 27. &</sup>quot;So soll auch ber, der es nach seiner Lage für seiner Leibeserben Bestes hält, daß das ganze Bermögen oder ein wesentlicher Teil desselben einem einzelnen von ihnen gegen eine passende Bergütung überslassen wird, die Möglichkeit haben, ein dahin zielendes Testament in der Kanzlei bestätigt zu bekommen, wenn..."

Die Bestimmung hängt wahrscheinlich noch zusammen mit der Aufsfassung des älteren deutschen Rechts, welches erst allmählich dazu kam, eine letztwillige Verfügung über den Grundbesitz unter gewissen besons deren Umständen zuzulassen; vgl. über die Rechtsenwicklung vorn laussende Nr. I, mit Ann. 2.

#### Anerbenrecht und eheliches Guterrecht.

Fast alle Anerbengesetze enthalten Borschriften darüber, was nach Auflösung der ehelichen Gütergemeinschaft mit dem zum Gesamtgut gehörigen Anerbengut geschehen soll. Einige Rechte belassen dieses zunächst dem überlebenden Ehegatten und lassen erst nach dessen Tode
die Anerbensolge eintreten (z. B. Kassel § 24). Andere geben eine eingehende Regelung der Anerbensolge, bei welcher zumeist unterschieden
wird danach, ob das Anerbengut von dem verstorbenen oder von dem
überlebenden Ehegatten eingebracht ist und ob gemeinschaftliche Kinder
vorhanden sind oder nicht; vergleiche des näheren für Hannober
§§ 26 ff., Westsalen §§ 20 ff., 27, 38 Abs. 2, Baden §§ 19 ff., Bremen
§§ 18 ff., Grasschaft Schaumburg §§ 32 ff. und Lippe §§ 39 ff.

#### Anerbenrecht und Pflichtteilsrecht 41.

Neben Borschriften, nach denen es nicht als Beschränkung des Pflichtteilsrechts gilt, wenn die Fälligkeit der Erbteile bis zur Bollsjährigkeit der Miterben hinausgeschoben wird 42, oder wenn dem Bater oder auch der Mutter des Anerben bis zu einem gewissen Zeitpunkt 43 die Berwaltung und Nutzung des Anerbenguts gegen die Pflicht zur

<sup>41</sup> über Pflichtteilsrecht vgl. BBB. § 2303:

<sup>&</sup>quot;Jft ein Abkömmling des Erblassers durch Berfügung von Todes wegen von der Erbsolge ausgeschlossen, so kann er von dem Erben den Pflichtteil verlangen. Der Pflichtteil besteht in der Hälfte des Wertes des gesehlichen Erbteils.

Das gleiche Recht steht den Eltern und dem Chegatten des Erbslasses zu, wenn sie durch Berfügung von Todestwegen von der Erbsfolge ausgeschlossen sind."

Bu beachten ist dabei, daß das Pflichtteilsrecht den Ausschluß durch eine Berfügung von Todeswegen voraussett, also regelmäßig nicht Plat greift, wenn die Erbsolge kraft gesehlichen Anerbenrechts eintritt.

<sup>42</sup> Ofterreich § 13 Abs. 3 Rr. 2; Tirol § 25 Abs. 4 u. 5; Kärnten § 14 Abs. 3 u. 4. Als Gegenleistung hat der Anerbe die Pflicht, die Miterben bis zur Bolljährigkeit angemessen zu erziehen und wenn nötig auch zu unterhalten.

<sup>43</sup> Regelmäßig bis zur Bolljährigkeit bes Anerben (Ofterreich § 13 Abs. 3 u. 4; Tirol § 25 Abs. 4 u. 5; Kärnten § 14 Abs. 3 u. 4; Preuß. Rentenguts-Anerbengeset § 32 Abs. 3); vereinzelt auch bis zu dessen 25. oder 30. Lebensjahr (Hannover § 23, Grafsch. Schaumburg § 29 bzw. Bremen § 23).

Erziehung des Anerben und der Miterben zugewiesen wird 44, finden sielsach Bestimmungen, nach denen der Berechnung des Pflichteteils der Miterben der nach dem Anerbenrecht zu berechnende gesetzliche Erbteil 45 ohne Berücksichtigung des Boraus 46 zugrunde zu legen ist oder nach denen der Pflichtteil doch unter Bewertung des Anerbengutes nach dem Ertragswert zu berechnen ist 47. Bereinzelt ist auch bestimmt, daß als Pflichtteil der nach den anerbenrechtlichen Borschriften berechnete gesetzliche Erbteil zu gelten hat, wenn dieser geringer ist als der nach den §§ 1924, 2303—2338 BGB. berechnete Pflichtteil 48. Endlich setzt Baden (§ 10 Abs. 3) die gesetzlichen Erbteile auf ein Biertel und die Pflichtteile auf die Hälfte herab, soweit dies erforderlich ist, damit der Anerbe ein Fünstel des Ertragswertes des Hosgutes frei von Lasten erhalten kann.

#### Der Rechtscharafter der Anerbfolge

ist nach den berschiedenen Rechten berschieden. Bereinzelt kommen noch Gesetze vor (Bahern, Hessen und beide Mecklenburg), nach denen das Anerbengut ein von dem übrigen Bermögen des Erblassers verschies

<sup>44</sup> Außer den in Anm. 43 genannten vgl. Brandenburg § 16, Schlefien § 17, Lauenburg § 18, Schleswig-Holftein § 23.

<sup>45</sup> Hälfte bes nach Anerbenrecht berechneten gesetzlichen Erbteils: Hannover § 22, Westfalen § 38 Abs. 1, Grassch. Schaumburg § 28, Lauensburg § 17, Brandenburg § 15, Schlesien § 16, Schleswig-Holstein § 22, Kassel § 29, Rentenguts-Anerbengeset § 34, Zwangsauflös-Berordn. § 13 Abs. 1; Braunschweig § 14 Abs. 1, Lippe § 29; Osterreich § 13 Abs. 2 nebst Tirol § 25 Abs. 3 und Kärnten § 14 Abs. 2; die letzteren aber mit der Einschränkung, daß in keinem Fall unter den Steuerwert herabgegangen werden dars.

<sup>46</sup> Desgl. aber ohne Berücksichtigung des Voraus: Westfalen § 38 Abs. 1; Waldeck § 30; Schaumburg § 45; ähnlich Braunschweig § 14 Abs. 2.

<sup>47</sup> Ertragswert: Baden § 10 Abs. 2; Oldenburg § 25 (Berweisung auf BGB. § 2312).

<sup>48</sup> Der Besonderheit wegen ist noch zu erwähnen, daß auch das spasnische Recht eine gewisse Einschränkung des Noterbrechts kennt, in dem nach Art. 1056 Abs. 2 des Código civile der Erblasser einem Kinde ein landwirtschaftliches, gewerbliches oder Handelkunternehmen zuwenden kann gegen die Berpslichtung, den anderen Kindern ihr Erbteil in Geld auszubezahlen (nach Hallstein, Anerbenrecht; in Schlegelbergers Rechtsversgleichendem Handwörterbuch, Bb. 2 S. 190).

denes Sondervermögen 49 bildet, in das eine besondere Gesamtnachfolge stattsindet. Regelmäßig aber bildet das Anerbengut nur einen Teil der Erbschaft. Als solches fällt es entweder — nach Art des römisch=rechtlichen Vindikationslegats 50 — dem Anerben unmittel= bar kraft Gesetes zu gegen die Verpflichtung, dafür den Anrechnungs= wert zum Nachlaß einzuschießen; oder aber das Geset gibt dem Anerben nur — nach Art des römischen Damnationslegats 51 — einen obligatorischen Anspruch gegen die Miterben, vermöge dessen er von

Ebenso wie hier auch Kipp (Enneccerus-Kipp-Wolff, Lehrb. d. Bürgerl. Rechts § 146 III 1), der von einer abgesonderten Erbfolge in das Bauernaut spricht.

50 **Bindikationslegat**: Bgl. z. B. Lauenburg § 12: "Wird der Eigentümer eines Hofes von mehreren Personen beerbt, so fällt der Hof nebst Zubehör als Teil der Erbschaft kraft des Gesetzes einem Erben (dem Anerben) allein zu." Ebenso Hannover § 11, Westfalen § 13, Grafich. Schaumburg § 17, Walbeck § 19, Rentengutsanerbengeset § 14, Oldenburg § 12, Lippe § 27.

über die Pflicht, an Stelle des Anerbenguts dessen Wert zur Erbteilungs= masse einzuschießen, vgl. 3. B. Oldenburg § 12.

51 Damnationslegat: Preuß. Landgüterordnungen f. Brandenburg (§ 10), Schleswig-Holftein (§ 10), Baden (§ 10); Österreich, welches sogar in der überschrift des Gesehes vom 1. April 1889 von der "Einführung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besitzungen mittlerer Größe" spricht, Tirol (§§ 15ff.), Kärnten (§ 8), Tschechoslowakei (Gesetz von 1920 § 43), Schweiz (Art. 620), und besonders deutlich in Ungarn (§ 74): der Anerbe kann "fordern, daß der Familienbesitz als ungeteiltes Ganzes in sein Erbteil gelange".

<sup>49</sup> Sondervermögen: Eine Rechtskonstruktion, wie sie sonst nur noch beim Fideikommiß, Lehen, Haus- und Stammgut vorkommt.

Der Rechtscharakter als Sondervermögen kommt deutlich zum Ausdruck in Wecklenburg, Ausf.-Berordn. zum BGB. § 353: "Bei dem Tode des Besitzers bildet das Anerbengut mit den zum Grundstück gehörenden Gegenständen (Gutsvermögen) in Ansehung der gesetzlichen Erbsolge und der Erbteilung einen abgesonderten Teil der Erschaft." Bgl. auch baherisches Geset Art. 18 und damit übereinstimmend hessisches Erbgütergeset Art. 37: "It außer dem Erbgut noch sonstiges Bermögen vorhanden, so kommen hinsichtlich der Erbsolge in dieses die allgemeinen Gesetz in Anwendung", und auch den Ausschluß des Erbgutes von der gesetzlichen Gütergemeinschaft in Art. 7 bahr. und Art. 18 hess. Gesetze sonie das Berbot der Beräußerung oder Berpfändung des Erbgutes ohne Zustimmung sämtlicher Anerben (Bahern Art. 8, Hessen Art. 11, 14, 17).

diesen bei der Erbteilung die Zuweisung des Anerbengutes verlangen kann (Teilungsanordnung 52).

## V. Objekt des A — das Anerbengut<sup>58</sup>.

Das Anerbenrecht gilt regelmäßig nur für Landgüter, die im Eigenstum, und zwar im Alleineigentum des Erblassers stehen; Ausnahme in Dänemark für Erbpachthöse<sup>54</sup>, sofern der Erbpachtkontrakt nicht im Wege steht. Es gilt nicht, soweit eine Nachlaßverbindlichkeit zur Bersäußerung des Anerbenguts besteht<sup>55</sup>; und ebenso gilt es nach einigen Rechten auch dann nicht, wenn das Landgut zu erheblichen Teilen aus Bauland oder ähnlichem hochwertigen Gelände besteht<sup>56</sup>.

Geeignet zum Anerbengut ift regelmäßig nur eine land= oder forst= wirtschaftliche57 Besitzung, die mit einem Wohnhaus58 bersehen ist und

- 52 Eine eigentümliche Mischung von Lindikations= und Damnations= legat enthält das oldenburgische Gesetz betr. das Grunderbrecht, nach welchem der Grunderbe das Alleineigentum an der Grunderbstelle kraft Geses (§ 12) erhält und daneben einen Anspruch gegen die Miterben hat auf überlassung des Zubehörs zum Verkaufswert (§ 15).
- 53 Ausnahmsweise gilt A. auch bei Miteigentum, wenn Miteigentumer der Anerbe selbst (Hannover § 25, Westfalen § 39, Grafschaft Schaumburg § 31, Preuß. Zwangsauflösungsverordnung § 13 Abs. 1, Schaumburgslippe § 50, Württemberg Art. 7) oder der Ehegatte des Erblassers ist (Kassel § 24, Osterreich § 14 Abs. 2 u. 3 und entsprechend Tirol § 23, Kärnten § 15, Böhmen § 14, Tschechoslowakei § 49; diese indessen alle nur für den Fall, daß Nachkommen sehlen und infolgedessen das Anerbengut dem Ehegatten zufällt).
- 54 Erbpachthöfe: Dänische Berordnung vom 22. November 1837, § 8.
  55 Nachlaßverbindlichkeit: Zum Beispiel, wenn der Erblasser noch zu Lebzeiten das Anerbengut verkauft hat.
- 56 Bauland u. ä.: Lgl. z. B. Sächs. Entwurf § 2 Abs. 2: "Die Anserbfolge tritt nicht ein, wenn die Gesamtsläche des Anerbengutes zu mehr als einem Drittel auf Grund von § 36 Abs. 1 des Reichsbewertungsgesetzes vom 10. August 1925 (RGBl. I S. 214) für den zur Zeit des Erbfalles laufenden Feststellungszeitraum nicht mit dem Ertragswert, sondern mit dem gemeinen Wert bewertet worden ist oder nach dem Erbfall noch bewertet wird."
- 57 Auch forstwirtschaftliche Besitzungen fallen unter das Unerhenrecht in Hannover (§ 1), Westfalen (§ 1), Brandenburg (§ 1), Schlesien (§ 1), Kassel (§ 1), Grafichaft Schaumburg (§ 1) und Lippe (§ 1) sowie insbesondere nach der Preuß. Zwangsauflösungsberordnung § 12 (für Waldgüter).

Ebenso auch zum Betrieb des Beinbaus bestimmte Besitzungen in Bürttemberg (§ 1).

58 Borhandensein eines Wohnhauses wird erfordert in Hannover (§ 1

für den wirtschaftlichen Betrieb eine Einheit 59 bildet. Des öfteren ift eine bestimmte Größengrenze nach unten vorgeschrieben durch Fest= setzung einer bestimmten Mindestsläche 60 oder eines bestimmten Mindestsläche Grundsteuerreinertrages 61 oder auch allgemein dahin, daß der Hoffmaur selbständigen Nahrungsstelle geeignet"62 oder daß es ein "Hof

2

Abs. 3), Westfalen (§ 2 Abs. 1: "Wohnhaus, wenn auch räumlich getrennt"), Grafschaft Schaumburg (§ 1 Abs. 2), Schleswigs Holftein (§ 1 Abs. 2), Kassel (§ 1 Abs. 2), Saleswigs Holftein (§ 1 Abs. 2), Kassel (§ 1 Abs. 2), Lauenburg (§ 5 Abs. 2), Waldeck (§ 1 Abs. 2), Olbenburg (§ 1), Sippe (§ 1), Schaumburg-Lippe (§ 1 Abs. 1; Ausnahme in § 1 Abs. 2 Rr. 3), Bremen (§ 1 Abs. 2; Ausnahme in § 1 Abs. 4); ebenso in Sterreich (§ 1) und entsprechend Tirol (§ 1), Kärnten (§ 1).

Wohnhaus ist nicht erforderlich in Brandenburg (§ 1 Abs. 2).

<sup>59</sup> Betriebseinheit wird ausdrücklich erfordert in Westfalen (§ 2 Uhs. 2: "zu einem wirtschaftlichen Ganzen verbundene Grundstücke"), Würtztemberg (§ 1: "Besitzungen, die einheitlich bewirtschaftet werden"), Böhmen ("den Zwecken der Landwirtschaft dienende Liegenschaften, welche, regelzmäßig von der Hossitelle aus bewirtschaftet, eine wirtschaftliche Einheit bilden") und der Schweiz (ZGB. Art. 620); im übrigen wird sie stillzschweigend vorausgesetzt. Bgl. auch Baden (§ 3), das sogar "ein im wesentlichen abgerundetes Besitztum" fordert; andererseits aber auch die Preuß. Zwangsausschösungsverordnung, die — in weitgehender Rücksichtnahme auf die zu den westfällscherheinischen Fideikommissen gehörigen Pachthöse — die Waldzutsbildung auch ohne räumlichen Zusammenhang der zugehörigen Grundstücke zuläßt.

<sup>60</sup> Mindestfläche von 1 ha in Oldenburg § 1 (oder 15 M Grundsteuerreinertrag); von 1,5 ha in Lippe § 2 Nr. 2 µnd Schaumburg-Lippe § 1
Abs. 1; von 2,5 ha in Bremen § 1 Abs. 2; von 3 ha in Oldenburg-Lübeck
(oder 30 M Grundsteuerreinertrag); von 12 ha in Mccklenburg-Streliz § 1
Nr. 1; von 100 ha beim Waldgut der Preuß. Zwangsausschlösungsberordnung
(§§ 12, 13); von 1 t Hartforn in Dänemark.

<sup>61</sup> Mindest=Steuerreinertrag: 60 M Grundsteuerreinertrag in Schlesien § 1; 75 M Grundsteuerreinertrag in Brandenburg § 1; 50 Kronen Grundsteuerreinertrag und Fläche mindestens 15 ha in Kärnten § 2; 100 Kronen Grundsteuerreinertrag und Fläche mindestens 5 ha in Böhmen § 1 Abs. 1.

<sup>62</sup> Allgemeine Maßstäbe: "zur selbständigen Rahrungsstelle geeignet" in Bestfalen § 2 Uhs. 1, in Baldeck § 1 Uhs. 2, in Bürttemberg § 1 Uhs. 2; "Besitzungen (Höse) mittlerer Größe" in Österreich § 1; "zur angemessenen Erhaltung einer Familie von mindestens fünf Köpfen ausreichend" in Tirol § 3.

mittlerer Größe"62 fein muß. Eine Größengrenze nach oben ift nur selten borgeschrieben 63.

Das Hofesinventar ist Zubehör 64 des Hofes. Der Begriff des Zubehörs ist vielfach in den einzelnen Anerbengesetzen 65, abweichend vom allgemeinen bürgerlichen Recht bestimmt. Auch die "Hosbestandteile" 66 werden in verschiedenen Rechten besonders beschrieben. Mit der Behandlung eines landwirtschaftlichen Rebenbetriebes beschäftigt sich besonders das Schweizer Recht (3GB. Art. 625).

Sind mehrere Anerbengüter vorhanden, so werden diese regelmäßig in einem gesetzlich näher bestimmten Wahlbersahren unter die verschiedenen Miterben verteilt 67.

## VI. Subjekt des Anerbenrechts — der Anerbe.

Die Person des Anerben wird aus der Zahl der nach dem allgemeinen Recht berusenen Erben 68 bestimmt. Die Bestimmung erfolgt

<sup>63</sup> Größengrenze nach oben: "das Bierfache der vorbezeichneten Mindestgröße" in Tirol § 3; 150 ha in Mecklenburg-Strelit § 1 Nr. 1; 1500 ha Waldgut der Preuß. Zwangsauflösungsverordnung (§ 16), 1000 bzw. 1500 Kronen Grundsteuerreinertrag in Kärnten § 2 und Böhmen § 1 Abs. 1 d.

<sup>64</sup> Nach BGB. § 97 sind Zubehör bewegliche Sachen, die, ohne Bestandteile der Hauptsache zu sein, dem wirtschaftlichen Zweck der Hauptsache zu dienen bestimmt sind und zu ihr in einem dieser Bestimmung entsprechenden räumlichen Verhältnis stehen.

<sup>65</sup> Betr. Zubehör des Hofes nach Anerbenrecht vgl. Hannober § 7, Lauenburg § 11, Grafschaft Schaumburg § 13, Schleswig-Holftein § 15, Kassel § 13, Waldeck § 15, Braunschweig § 2, Bremen § 7, Schaumburgslippe § 32.

<sup>66</sup> Betr. die Hospikandteile, aus denen sich "der Hoss" als besondere Sachgesamtheit zusammensetzt, vgl. Gesetze für Hannover § 6 (auch die dem Hossigentümer persönlich zustehenden Realgemeindeberechtigungen; Abeweichung von BGB. § 96), Westfalen § 24, Grafschaft Schaumburg § 12, Waldeck §§ 13, 14, Preuß. Zwangsauflösungsverordnung § 12 Ubs. 1, Österereich § 1 Ubs. 2 und entsprechend Kärnten § 3 Ubs. 4 und Böhmen § 1 Ubs. 5.

Ein besonderes "Gutsvermögen" bildet Medlenburg-Schwerin §§ 353 u. 357 sowie Medlenburg-Strelit §§ 5ff.

<sup>67</sup> Betr. mehrerer Anerbengüter bgl. 3. B. Hannober § 24, Westsfalen § 34, Brandenburg § 12, Norwegen § 12, Sächs. Entwurf § 19.

<sup>68</sup> Aus der Bahl der gesetlichen Erben; anders nach Fideikommigrecht.

entweder noch durch den Erblasser<sup>69</sup>, sonst durch das Gesetz (gesetzliche Anerbsolgeordnung) oder auf Grund einer entsprechenden gesetzlichen Ermächtigung durch die Miterben<sup>70</sup>, durch einen Familienrat<sup>71</sup> oder durch eine besonders hierzu berusene Behörde<sup>72</sup>.

Das gesetzliche Anerbenrecht gilt nach manchen Rechten nur zusgunsten von Nachkommen 73, nach anderem auch zugunsten von Gesichwistern und deren Nachkommen 74, vereinzelt auch für Eltern 75 und Chegatten 76.

Innerhalb der gesetzlich zur Anerbfolge berufenen Personen stehen regelmäßig leibliche Kinder vor Adoptivkindern?, eheliche vor uns

69 Die Besugnis des Erblassers zur Bestimmung des Anerben folgt schon aus der allgemeinen Testiersreiheit (EG. BGB. Art. 64); es ist aber vielsach auch noch im Anerbengeset ausdrücklich darauf hingewiesen, z. B. Hannover § 20 Abs. 2: "Der Eigentümer kann... bestimmen, welche unter den zur Erbsolge berusenen Personen Anerbe sein... soll"; Westfalen § 14 Abs. 1: "Die Reihensolge, in welcher die Abkömmlinge des Erblassers zu Anerben berusen werden, richtet sich, falls nicht letztwillig etwas anderes bestimmt ist, nach solgenden Grundsätzen"; ebenso Brandenburg §§ 10, 14; Schleswigsholsens §§ 10, 21 u. a.

Die entgegengesetzte Bestimmung in Bahern (Art. 12) und Hessen (Art. 24) widerspricht dem EG. BGB. Art. 64 Abs. 2 und ist daher nicht mehr gültig.

- 70 Auch die Bestimmung durch die Miterben folgt allgemein schon aus deren Recht, sich über die Verteilung der Erbschaft zu einigen. Besonderer Hindels auf dieses Recht in Osterreich § 5 und entsprechend Tirol § 17, Kärnten § 7, Böhmen § 6; Tschechoslowakei § 40 und Kassel § 14: "in Ermangelung einer Vereinbarung der Beteiligten über die Person des Gutse übernehmers".
- <sup>71</sup> Durch einen Familienrat unter Borsitz des Amtsrichters wird der Anerbe bestimmt nach der Landgüterordnung für Kassel §§ 15ff.
- 72 Bestimmung durch eine Behörde ersolgt z. B. in der Schweiz (Art. 620) und in der Tschechoslowakei (§ 40: Zuweisung durch das "Bodensamt").
- 73 Nur zugunsten von Nachkommen: Brandenburg § 10, Schleswig-Holstein § 10, Kassel § 12, Braunschweig § 7, Bremen § 22.
- 74 Auch zugunsten von Geschwistern und deren Kindern oder Nach= kommen: Hannover § 10, Schlesien §§ 10, 13, Bahern Art. 9, Hessen Art. 21, Württemberg Art. 8 Abs. 3.
- 75 Auch für Eltern: Hannover § 10, Oldenburg § 11, Oldenb. Lübeck § 10, Württemberg Art. 8 Abs. 2.
  - 76 Auch für Chegatten: Hannover § 10, Württemberg Art. 8 Abs. 2.
  - 77 Aboptivfinder: Ausnahme in Olbenburg (§ 8) und Danemart, die

ehelichen 78, während die durch nachfolgende Ehe legitimierten 79 den ehelichen gleichstehen.

Die Reihenfolge, in der die gesetzlichen Anerben zur Anerbsolge berufen sind, ist nicht überall gleich. In der Regel geht der ältere Sohn (Majorat) und dessen männliche Nachkommenschaftso vor; das nach die ältere Tochter des älteren Sohnes 11 und deren Nachkommen. Falls aber Nachkommen von Söhnen nicht vorhanden sind, die ältere Tochter des Erblassers und deren Nachkommen. Vereinzelt gilt auch

Noch weiter gehen Hannover § 10, Lippe und Schaumburg-Lippe § 26, die Tschechoslowakei § 10 Nr. 2 und Dänemark, welche auch die anderweit, d. h. durch rescriptum principis Legitimierten den ehelichen Kindern gleichsftellen, sowie Bremen (§ 11), welches diesen zum wenigsten die Rechtsstellung der Aboptivkinder beilegt.

so Der ältere Sohn und bessen männliche Nachkommenschaft sind an erster Stelle berufen in Hannover § 10, Lauenburg § 13, Schleswig-Holstein § 12, Grafschaft Schaumburg § 16, Walbeck § 18, Preuß. Iwangsausstösungsverordnung § 13 Ubs. 2, Mecklenburg-Schwerin § 362, Mecklenburg-Strelit § 13, Oldenburg §§ 8ff., Lippe § 7, Schaumburg-Lippe § 26, Bremen § 11 (unter Bevorzugung der gemeinschaftlichen Abkömmlinge, wenn das Anerbengut von der Chefrau in die Gütergemeinschaft eingebracht ist).

In Westfalen (§ 14) erbt zwar auch an erster Stelle der ältere Sohn. Die weiteren Abkömmlinge sind aber erst nach allen Kindern des Erbslasses zu Anerben berusen. In Brandenburg (§ 11), Schlesien (§ 11) und dem Rentengutsanerbengesetz (§ 11) sowie auch in Norwegen (§ 11) solgen nur die männlichen Nachkommen des älteren Sohnes unmittelbar hinter diesem.

die an Kindesstatt angenommenen Kinder nicht zu den Abkömmlingen rechnen.

<sup>78</sup> Nur uneheliche Kinder der Mutter fommen in Betracht; das heben einige Anerbengesche auch noch besonders hervor. In Hannober (§ 10), Grafschaft Schaumburg (§ 16), Schaumburg-Lippe (§ 26) und Waldeck (§ 28) stehen die unehelichen Kinder hinter fämtlichen ehelichen Nachkommen des Erdlassers.

<sup>79</sup> Die durch nachfolgende She legitimierten Kinder stehen — in Anerkennung einer entsprechenden Bolkssitte — den ehelichen Kindern gleich in Hannover § 10, Westfalen § 14, Lauenburg § 13, Brandenburg § 11, Schleswig-Holfein § 12, Grafschaft Schaumburg § 16, Schaumburg-Lippe § 26, Baden § 7, Wecklenburg-Schwerin § 362, Bremen § 11, Ofterreich § 5 und entsprechend Tirol § 17 Abs. 2, Kärnten § 7 Abs. 2, Tschechossowie § 10 Kr. 2.

<sup>81</sup> Die sogenannte Erbtochter.

<sup>82</sup> Die sogenannte Regredienterbin.

das Minorat<sup>83</sup>. Im einzelnen kommen Abweichungen vor<sup>81</sup>. So haben zum Beispiel in der Schweiz (ZGB. Art. 621 Abs. 2) Erben, die das landwirtschaftliche Gewerbe selbst betreiben wollen, in erster Linie Ansspruch auf dessen ungeteilte Zuweisung<sup>85</sup>. In Norwegen<sup>86</sup> erbt seit dem Geseh von 1927 noch vor den Abkömmlingen der überlebende Chesgatte; ähnlich in Dänemark<sup>87</sup>.

Ungeeignet zur übernahme des Anerbenguts sind in der Regel Entmündigte und zu Zuchthausstrafe Berurteiltess; nach einzelnen Rechten auch Richtlandwirtes und sonst Richtgeeignetes. Die Folge der Ungeeignetheit ist nach den außerdeutschen Anerbengesehen zumeist die gänzliche Ausschließung des Betreffenden von der Anerbfolge; nach den deutschen Anerbenrechten tritt er nur hinter die übrigen Berufenen zurück.

<sup>83</sup> Das Minorat, d. h. bevorzugte Folge des jüngsten Sohnes, gilt kraft Gesetzes in Westfalen für die im § 15 näher bezeichneten Bezirke, Baden § 7, Oldenburg § 9. Das Minorat kraft entsprechender Eintragung in die Höfervolle bzw. Landgüterrolle gilt in Hannover (§ 10) und Schleswigs-Holstein (§ 13) sowie nach dem Sächs. Entwurf (§ 5 Abs. 3).

<sup>84</sup> Gute Zusammenstellung bei Hallstein (Rechtsvergleichendes Handsvorterbuch, 2. Bb., S. 188f.).

<sup>85</sup> Borzug für Landwirte: vgl. auch Bremen § 11a u. 11b. Umgekehrt geht in Bahern (Erbgütergeset Art. 113) der nicht ansässige Anerbe dem bereits ansässigen vor.

<sup>86</sup> Norwegen: Das Geset über den ungeteilten Besitz vom 4. Juli 1927 ist abgedruckt unter laufender Nr. VI 3.

<sup>87</sup> Dänemark: Bgl. Berordn. vom 22. November 1837, enthaltend nähere Bestimmungen über die den freien Bauern durch die Berordn. vom 13. Mai 1769 gewährte Testationsfreiheit, abgedruckt unter lsd. Nr. V 2. Eine ähnliche Rechtsentwicklung vollzieht sich zur Zeit in Schweden.

<sup>88</sup> Entmündigte und zu Zuchthaus Verurteilte: Brandenburg § 11, Schleswig-Holftein § 12, Waldeck § 18, Preuß. Rentengutsanerbengeset § 12, Preuß. Zwangsaufl.-Verordn. § 13 Uhs. 2, Mecklenburg-Schwerin § 362, Mecklenburg-Strelit § 13, Baden § 18, Bremen § 10 Uhs. 2 (Baden und Bremen rechnen auch den zu Entmündigenden und den unter Gebrech-lichkeitspflegschaft Stehenden schon hierher).

<sup>89</sup> Der Nichtlandwirt und auch die Frau eines Nichtlandwirtes haben hinter dem Landwirt zurückzutreten in Bremen (§ 10—11 b) und in der Schweiz (Art. 621 Abs. 2).

<sup>90</sup> Die Schweiz (Art. 620) forbert allgemein "Geeignetheit" bes übernehmers.

#### VII. Die Rechtsstellung des Anerben

fennzeichnet sich dadurch, daß er berechtigt ift, das Anerbengut als un= geteiltes Ganzes zu übernehmen. Un die Stelle des Anerbengutes tritt im Verhältnis der Miterben untereinander dessen Wert91.

a) Die Ermittlung des Gutswertes erfolgt in Ermangelung einer Bestimmung des Erblassers durch Bereinbarung unter den Miterben, notfalls durch Abschätzung. Die Abschätzung — für die vielfach ein besonderes Verfahren vorgeschrieben ist 92 - geschieht nach manchen Beseten allgemein "nach billigem Ermessen, jo daß der über= nehmer wohl bestehen kann" (so insbesondere Bfterreich § 7 Mbs. 1 und entsprechend Tirol § 19, Kärnten § 9, Böhmen § 8, Tschecho= flowakei § 43 Abs. 2); in Norwegen "nach einer billigen Tare"93, in Schleswig nach der "Brüder= und Schwestertare".

Andere Gesetze schreiben einen bestimmten Makstab vor, zum Beispiel Abschähung nach dem Ertragswert 94, der dann wieder zu einem Biel-

Wert vorgeschrieben, ist aber auf Grund der damit gemachten ungünstigen Erfahrungen bereits in dem Geset vom 9. Mai 1863 zur Abschätzung "nach billiger Tage" zurudgekehrt. Die Miterben konnen verlangen, daß die

Taxation wiederholt wird.

über Anrechnung eines Landgutes zum Ertragswert vgl. allgemein BCB. §§ 1515, 2049, 2312; über Feststellung des Ertragswertes EG. BGB. Art. 137 und die auf Grund besfelben erlassenen Landesgesche, 3. B. Preuß. Ausführungsgeset z. BGB. Art. 83, Badisches Ausführungsgeset Art. 35 und Berordn. vom 11. November 1899 §§ 38ff., Heffen Ausführungsgeset Art. 106, 130.

Ebenso Schweiz 36B. Art. 617 Abs. 2 u. 620 Abs. 3. Bgl. auch Art. 618 Abf. 2: "Ift der Ertragswert nicht genügend bekannt, fo wird angenommen, daß er drei Bierteile des Berkehrswertes betrage". Der Ertragswert gilt aber nur für das landwirtschaftliche Gewerbe (Art. 625); vgl. auch Tirol § 19 Abs. 3.

<sup>91</sup> So 3. B. Hannober § 9.

<sup>92 3.</sup> B. schiedsgerichtliches Verfahren: Württemberg Art. 4 Abi. 5. 6. 93 Norwegen hatte unter dem Einfluß des "liberalen Agrarrechts" in seinem Odels= und Asaedesrett von 1821 Anrechnung gum gemeinen

<sup>94</sup> Ertragswert: 3. B. Württemberg Urt. 4 Abs. 1: "Bei der Feststellung des Gutswertes wird der jährliche Reinertrag des Gutes nebst Zubehör geschätt, den es nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung mit entlohnten fremden Arbeitsträften unter gewöhnlichen Berhältniffen im Durchschnitt nachhaltig zu gewähren vermag. Die der Land- und Forstwirtschaft dienenben Gebäude werden nicht besonders bewertet, sondern bei der Ermittlung des Ertragswertes einbegriffen.

fachen des um die dauernden Lasten berminderten Reinertrages 35 oder auch zu einem Vielfachen des behördlich festgesetzten Grundsteuerreinsertrages 36 angenommen wird. Dabei werden die borhandenen Gebäude und Anlagen, soweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung erforderlich sind, meist nicht besonders abgeschätzt 37.

Eine Abschätzung des Anerbengutes nach dem Berkaufswert ift in einigen Gesetzen 38 vorbehalten für den Fall, daß die Gebäude nebst

Ein nach dem Zins für hhpothekarisch gesicherte Darlehen zu berechnendes Bielfaches legen zugrunde Oldenburg § 13 Abs. 4 und Oldenb. Lübeck § 12 Abs. 4. Bon dem "Ertrag unter gewöhnlichen Berhältnissen mit entslohnten fremden Arbeitskräften" spricht Bremen § 12.

96 Ein Bielsaches des Grundsteuerreinertrages legen zugrunde Brandenburg § 13 (das 30-sache), Schlesien § 14 Abs. 1 (das 40-sache), Kassel § 19 (eine Summe zwischen dem 25- und 40-sachen nach näherer Bestimmung des Familienrates).

Bon einem Bielsachen des Kastralreinertrages spricht auch Ofterreich § 7 Abs. 4 und dementsprechend Kärnten § 9 und Böhmen § 8.

97 Gebäude und Anlagen einschließlich: Hannover § 13 Nr. 2, Lauensburg § 14 Abs. 3, Schleswig-Holstein § 14 Abs. 3, Westfalen § 25 Abs. 2, Walbeck § 21 Nr. 2, Grafschaft Schaumburg § 19 Nr. 1, Preuß. Rentens gutsanerbengeset § 17 Abs. 2, Oldenburg § 13 Abs. 3, Schaumburg-Lippe § 33, Württemberg Art. 4 Abs. 1 Sat 2.

Anders Bremen § 12 Abs. 5, welches die Wohngebäude nach ihrem Mietswert anrechnet.

98 Hannover § 13 Nr. 5, Westfalen § 25 Abs. 4, Schleswig-Holstein § 14 Abs. 5, Lauenburg § 14 Abs. 8, Grafschaft Schaumburg § 19 Nr. 5, Schaumsburg-Lippe § 36, Lippe § 21 Abs. 2 und Bremen § 14.

<sup>95</sup> Bgl. 3. B. Westfalen § 25: "Das Anerbengut wird nach dem jährlichen nachhaltigen Reinertrag geschätt, den es durch Benugung als Ganzes bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung und in dem bisherigen Kulturzustande gewährt... Bon dem ermittelten jährlichen Wirtschaftsertrag sind alle dauernd auf dem Anerbengut ruhenden Lasten und Absgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrage abzusehen... Der übrigbleibende Teil des jährlichen Wirtschaftsertrages wird mit dem Fünfundzwanzigsachen zu Kapital gerechnet". Ühnlich Preuß. Rentengutsanerbengeseh § 17 Abs. 3; Bremen § 12 Abs. 3; Mecklenburg-Strelih § 17 Abs. 1. Den zwanzigsachen Ertrag legen zugrunde: Hannover § 13 Ar. 4, Grafschaft Schaumburg § 19 Ar. 4, Walbeck § 21 Ar. 4, Preußzungsauflösungsverordnung § 13 Abs. 1, Lippe § 23, Schaumburg-Lippe § 35.

Hofraum einen größeren Wert haben als der sonstige Grundbesitz, sowie auch für Bauland und andere hochwertige Grundstücke.

- b) **Berrechnung der Schulden:** Bon dem so ermittelten Gutswert wird der Wert der auf dem Anerbengut ruhenden Lasten und Abgaben abgesetzt, soweit sie nicht als Nachlaßverbindlichkeiten aus dem sonstigen Nachlaß zu decken sind, wie dies regelmäßig für Hypotheken, Grundund Rentenschulden vorgeschrieben ist; vergleiche des näheren die gesetlichen Vorschriften unten in Anmerkung 100.
- c) Auf den so festgestellten Anrechnungswert erhält der Anerbe, um eine übermäßige Berschuldung und daraus folgende Zersplitterung des Anerbengutes zu verhindern, nach vielen Gesehen noch den sogenannten Boraus, dessen Höche zwischen einem Fünstel und zwei Dritteln des Ansrechnungswertes schwankt 101. Bei einigen Anerbengesehen ist auch ein

Ebenso für Grundstüde, deren Berkaufswert das Bierfache des Ertrags= wertes übersteigt, weil sie Mineralien, die dem Abbaurecht des Grund= eigentümers unterliegen (z. B. Erze, Ralkstein, Schiefer, Ton u. ä.), ent= halten: Bestfalen § 25 Abs. 4.

100 Hannover § 13 Mr. 3 u. 6, § 14; Westfalen § 25 Abs. 5—7, § 26; Brandenburg § 13 Abs. 4; Schleswig-Holftein § 14 Abs. 4; Lauenburg § 15; Grafschaft Schaumburg § 19 Mr. 3 u. 6, § 20; Kassel § 20; Preuß. Zwanzseauflösungsverordnung § 13; Rentengutsanerbengeset §§ 185.; Lippe §§ 245.; Schaumburg-Lippe § 37; Oldenburg § 14; Kärnten § 10 Bollzugsvorsschrift XII.

#### 101 Der Boraus beträgt

- 1/5 im Landgerichtsbezirk Duisburg (Westf. Anerbengeset § 26 Abs. 2 u. 3):
- 1/4 in Bremen § 13 Abs. 2; Didenb. Lübeck § 11; Sächs. Entwurf § 11;
- 1/3 in Hannover § 15, Grafschaft Schaumburg § 21 (bei beiden mit dem Zusat; "Ist jedoch der Anerbe zu einem geringeren Bruchsteil als einem Biertel als Anerbe berusen, so gebührt ihm von dem Hoseswert als Boraus und Erbteil zusammen die Hälfte"); Westfalen § 26 Abs. 2 (außer Duisdurg); Waldeck § 23; Lippe § 27; Braunschweig § 11 Abs. 2 (höchstens 1/3);
- 40% in Oldenburg § 12 Mr. 2 b 2;
- 1/2 Preuß. Zwangsauflösungsverordnung § 13 Abs. 1;
- 2/3 in Medlenburg=Strelit § 16.

<sup>99</sup> Betr. Bauland vgl. insbesondere Bremen § 14, welches das Recht auf Abschäung zum Berkaufswert allgemein für Land gibt, mit dessen Berswertung zu nichtlandwirtschaftlichen Zwecken zu rechnen ist, sowie Bestssalen § 25 Abs. 4, welches dieses Recht für die Grundstücke anerkennt, die innerhalb eines behördlich sestgeskellten Bebauungsplanes liegen, mit Aussnahme freilich der Hosstelle selbst.

Mindestwert festgeset, der dem Anerben frei bon Lasten verbleiben muß 102.

d) Die Gewährung des Boraus und sonstiger Bevorzugungen für den Anerben erfolgt lediglich im öffentlichen Interesse zum Zweck der Erhaltung leistungsfähiger Bauernhöse. Beräußert der Anerbe den Hof, so besteht keinerlei Anlaß mehr, ihm diese Bevorzugung zu beslassen. Demgemäß bestimmen auch die meisten Anerbengesetze 103, daß der Anerbe, wenn er innerhalb der nächsten 10 oder 20 Jahre den Hof oder wesentliche Teile davon veräußert, zur Nüderstattung der empsfangenen Bevorzugung an die Miterben verpslichtet ist, so daß diese damit ihr volles Erbteil bekommen. über das in solchen Fällen weiter noch eintretende gesetzliche Borkaussrecht der Miterben vergleiche lsd. Rr. VIII a. E.

## VIII. Die Rechtsstellung der Miterben.

Die nach den oben dargestellten Grundfätzen sich berechnende "Ab= findung" der Miterben — in Österreich auch "Erbgelder" genannt ist entweder in Rapital 104 oder in Rente 105 zu zahlen. Die Kapital =

 $<sup>^{102}</sup>$  Der Mindestwert, den der Anerbe frei von Lasten behalten muß, beträgt in Baden (§ 10 Abs. 3)  $^{1}/_{5}$  des Gutswertes, in Bahern (Art. 14)  $^{1}/_{3}$ , in Lippe (§ 27)  $^{4}/_{10}$ , in Hannover (§ 15) und Grafschaft Schaumburg (§ 21)  $^{1}/_{2}$ .

<sup>103</sup> Betr. Rückgewähr vgl. Braunschweig § 19a (Rückerstattung bei Berstauf innerhalb 20 Jahren), Westfalen § 32, Hannover § 19, Grafschaft Schaumburg § 25, Waldeck § 26, Preuß. Zwangsauflösungsverordnung § 13 Uhf. 1 (Rückerstattung bei Berkauf innerhalb 15 Jahren), Lippe § 37 und Schaumburg-Lippe § 46 (bei Berkauf innerhalb 10 Jahren), Württemberg Urt. 14.

Ebenso unter Anordnung einer Nachtragserbteilung Baden § 23, Bremen § 26a, Tirol § 24 und Böhmen § 11. Ahnlich auch die Schweiz (Art. 619) und die Tschechoslowakei (§ 46).

Ausnahmen bestehen für den Fall, daß die Beräußerung nicht an einen Familienfremden, sondern an einen Anerbenberechtigten ersolgt, der dann aber seinerseits für die Kückerstattung hastet, wenn er weiter veräußert. Ebenso auch für den Fall, daß der Anerbe mit dem Berkausserlös innershalb eines Jahres nach der Beräußerung ein anderes Lands oder Waldgut von demselben Werte erwirdt (Sächs. Entwurf § 17 Abs. 1).

<sup>104</sup> Rapitalabfindung ist besonders vorgeschrieben in Oldenburg § 21, Schaumburg-Lippe § 41, Walbed § 24, Norwegen § 15.

Abfindung in fünf jährlichen Teilbeträgen in Baden § 11; desgleichen

abfindung wird in der Regel gegen dingliche Sicherstellung 106 und entsprechende Berzinsung 107 zunächst gestundet 108; die Fälligkeit tritt dann erst bei Eintritt bestimmter wichtiger Gründe 109 (z. B. Volljährig=

in zehn jährlichen Teilbeträgen in Württemberg Art. 11 und Sächs. Entewurf § 13.

 $^{105}$  Abfindungsrechte insbesondere in Westsalen  $\S$  29ff. (=  $^{1}/_{25}$  des Absindungskapitals, halbjährlich zahlbar; Ablösungsrecht des Eigentümers und des Berechtigten nach sechsmonatiger Kündigung); Kentengutsanerbensgeset  $\S$  20 Abs. 5,  $\S$  21 unkündbare Erbabsindungsrente mit gesetzlichem Tilgungsplan.

106 Dingliche Sicherstellung der Erbabfindung durch Hypothek, Grundschuld oder sonktige Eintragung auf dem Anerbengut schreiben vor Westfalen § 37, Schleswig-Holftein § 20, Preuß. Rentengutsgesetz § 20 Abs. 5, Schaumburg-Lippe § 49, Mecklenburg-Schwerin §§ 368, 369, Mecklenburg-Strelitz § 18, § 20a, Olbenburg § 22; Hierreich § 9 Abs. 3 und entsprechend Tirol § 21 Abs. 4 u. 5; Schweiz Art. 837; Norwegen § 15.

107 Berzinsung der Erbabsindung z. B. in Baden § 11 Ubs. 1 (4%); Oldenburg § 21 (landesüblich); Schleswig-Holstein § 16 Ubs. 1 (nach dem Ermessen von Sachverständigen); Mecklenburg-Strelit § 18 Ubs. 2, § 20 a Ubs. 2 Nr. 2; Osterreich § 9 und entsprechend Tirol § 21 (nach billigem Ermessen des Gerichts); Schweiz Art. 624 und Norwegen § 15 (gesetzliche Zinsen); neuer Sächs. Entwurf § 13 (1% unter Reichsbankdiskont); desgl. Württemberg Art. 11.

Die Berzinsung ruht in der Regel, solange der zinsberechtigte Abfindsling freien Unterhalt auf dem Hofe bezieht.

108 Stundung kraft Gesetzes z. B. in Baden § 11 (fünf gleiche Jahreseraten), Württemberg und Sachsen (zehn Jahresraten).

Nach anderen Gesehen bestimmt eine Behörde den Zeitpunkt der Fälligkeit; z. B. in Mecklenburg-Strelit § 20a (Stundung bis zu fünf und, wenn die Mehrheit der Miterben zustimmt, bis zu zehn Jahren) und in Österreich § 9, Tirol § 21 (nach billigem Ermessen, im allgemeinen aber auf drei Jahre); vgl. auch Schleswig-Holstein § 16 Abs. 1 (Feststellung der Zahlungsfristen durch Sachverständige unter Leitung des Nachlaß-richters).

Nicht hiermit zu verwechseln ist der Aufschub der ganzen Erbeteilung, wie er sich in einigen außerdeutschen Ländern (Schweiz Art. 622, Tirol § 16, Kärnten Bollzugsvorschrift § 11, Tschechoslowakei § 48) und in beschränktem Umfange auch in Mecklenburg (Schwerin §§ 371ff., Streliß §§ 21ff.) findet.

109 Fälligkeitsgründe: Die Abfindungen werden fällig mit der Bollsjährigkeit des Abfindungsberechtigten oder vorher erfolgten Beräußerung des Hofes in Hannover § 17, Grafschaft Schaumburg § 23 und Walbeck § 24 (statt Bolljährigkeit: 25. Lebensjahr); ebenso und auch bei Berheis

keit oder Verheiratung des Abfindungsberechtigten, Verkauf des Anserbengutes durch den Anerben u. ä.) oder nach Kündigung<sup>110</sup> unter Einhaltung einer längeren Kündigungsfrist ein. Die Erbabfindungserente kann zumeist abgelöst werden, und zwar bei den Preußischen Kentengütern und in der Tschechoslowakei unter Mitwirkung eines öffentlichen Kreditinstitutes<sup>111</sup>.

Minderjährige112 Miterben 113, denen ihre Abfindungen noch nicht

ratung der Abfindungsberechtigten in Lippe § 32 und Schaumburg-Lippe § 41 Abf. 2; ebenso aber auch, wenn der Abfindungsberechtigte den Hof verläßt, um einen anderen Lebensberuf zu ergreisen, in Kassel § 22.

110 Mündigung mit halbjähriger Frist 3. B. in Norwegen § 15, Oldensburg § 21, Oldenb. Lübeck § 20.

111 Preuß. Rentengutsanerbengesetz § 20 Abs. 5, § 21: Ablösung der "Erbabfindungsrente" durch Hingabe von Kentenbriesen, für die eine Kentenbankrente auf dem Kentengut eingetragen wird. Tschechoslowakei § 45: Auszahlung der Erbabfindung notfalls durch ein Kenteninstitut (§ 35), welches dafür eine Tilgungsrente auf der Wirtschaftsheimstätte erhält; "die Tilgungsquote ist so zu bestimmen, daß die Kenten amortisiert sind, wenn nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung die Wirtschaft des übernehmers auf dem Hofe endet".

Die durch Einschaltung eines öffentlich-rechtlichen Areditinstituts erleichterte Ablösung der Absindungsrenten stellt eine beachtliche Fortentwicklung
des Anerbenrechts dar; den Absindungsberechtigten wird auf diese Weise
die Kapitalisierung ihrer Rente erleichtert, ohne daß der Anerbe unbillig
beschwert würde. Es verdient erwähnt zu werden, daß in Holland die
gleiche Aufgabe in privatwirtschaftlicher Form erreicht wird, indem eine
private Aktiengesellschaft — die Nederlandsche Bankinstelling for warden
belast met fruchtgebroik en periodike eutkeringe — sich mit der Beleihung von Nießbrauchsrechten und ähnlichen periodisch wiederkehrenden
Ruhungsrechten unter gleichzeitiger Ausgabe von Pfandbriesen beschäftigt.

112 Nur Minderjährige haben im allgemeinen das Recht auf Unterhalt (z. B. Hannover § 18, Westfalen § 35, Sächs. Entwurf § 13 Abs. 2); in Schaumburg-Lippe (§ 34) und Kassel (§ 22) endet es schon mit dem 15., in Mecklenburg (Schwerin § 374, Strelit § 20) mit dem 16. Lebenssjahr; ist aber der Absindungsberechtigte infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen unfähig, sich selbst zu unterhalten, so hat er nach beiden letztbezeichneten Rechten einen Unspruch auf Unterhalt auch noch über die Vollsjährigkeit hinaus. Ebenso auch in Waldeck (§ 25) und Lippe (§§ 355).

113 Sämtliche Miterben, soweit sie abfindungsberechtigt sind, haben das Recht auf Unterhalt: in Hannover § 18, Grafschaft Schaumburg § 24, Schaumburg-Lippe § 44, Lippe §§ 33, 36, Walbeck § 24, Sächs. Entwurf § 14.

In Bestfalen § 35 und beiden Medlenburg (Schwerin § 374, Strelig § 24) hingegen steht es nur ben eigenen Geschwiftern bes Unerben gu.

vollständig ausgezahlt sind 114, können von dem Anerben standesges mäßen Unterhalt auf dem Hofe gegen Leistung standesgemäßer und ihren Kräften entsprechender Arbeitshilse verlangen 115. Darüber hinaus ist nach manchen Rechten 116 der Anerbe auch noch verpflichtet, dem Absindungsberechtigten in Anrechnung auf die Absindung die Kosten der Vorbildung zu einem Beruse oder zur Erlangung einer Brotstelle und bei Verheiratung einer Miterbin auch eine angemessen Aussteuer zu gewähren 116.

Der Chegatte des Erblassers kann nach vielen Rechten 117 durch Ausschlagung der Erbschaft und Berzicht auf Berwendungsersatz 118 — nach manchen Rechten auch ohne diese Boraussetzungen 110 — sich für die Zeit bis zum vollendeten 25. Lebensjahre des Anerben ein Recht auf den Nießbrauch an dem Hofe<sup>120</sup> und für die spätere Zeit ein lebenslängliches Altenteilsrecht<sup>121</sup> verschaffen. Die Rechte erslöschen mit seiner Wiederverheiratung.

Berkauft der Anerbe im Laufe der auf den Anerbfall folgenden 10, 15 oder 20 Jahre das Anerbengut an einen Richtanerbenberechtigten, so können die Miterben nicht nur Herausgabe der Bevorzu-

<sup>114</sup> Das Recht endet im allgemeinen mit der vollständigen Auszahlung der Absindung; in Bestsalen (§ 35 Abs. 2) und Kassel (§ 22 Abs. 1) schon vorher, wenn auf Berlangen des Berechtigten überhaupt Zinsen oder Kente auf die Absindung gezahlt sind.

<sup>115</sup> Bgl. die borbezeichneten Gesetze sowie auch Württemberg Art. 12.

<sup>116</sup> Betr. Berufsvorbildung und Aussteuer vgl. Hannover § 17, Grafschaft Schaumburg § 23, Schaumburg-Lippe § 44, Waldeck § 24, Sächs. Entwurf § 14 Abs. 1, Württemberg Art. 12.

<sup>117</sup> Hannover § 12, Westfalen § 36, Grafschaft Schaumburg § 18, Schaumsburg-Lippe §§ 16ff., 51ff., Mecklenburg-Schwerin § 377, Mecklenburg-Strelig § 27.

<sup>118</sup> Gemeint ist der Verzicht auf Ersat desjenigen, was aus dem Versmögen des Ehegatten in den Hof verwendet ist.

<sup>119</sup> Zum Beispiel Sächs. Entwurf § 15, Württemberg Art. 13.

<sup>120</sup> Für die Dauer des Nießbrauchs liegen dem Chegatten die Berspflichtungen zur Gewährung des standesgemäßen Unterhalts an die Mitserben gegen Leistung von entsprechender Arbeitshilse ob: Hannober § 12 Abs. 1 a. E.

<sup>121</sup> Ein vollständiges Altenteilsrecht mit standesgemäßem Unterhalt wird nur gewährt, soweit die Kräfte des Hoses dazu ausreichen: Hannover § 12 Abs. 1 Sat 1; bei kleinen Hösen besteht nur ein Wohnrecht oder Recht auf "Insith": Schaumburg-Lippe § 48.

gung<sup>122</sup> berlangen, sondern es steht ihnen vielsach auch noch ein gesetze liches Borkaufsrecht — die alte Erblosung — an dem Anerbengute zu<sup>123</sup>. Zur Geltendmachung desselben sind sie in der Reihenfolge ihres Anerbenrechtes befugt<sup>123</sup>.

Sind mehrere Anerbengüter im Rachlaß vorhanden, so haben nach den meisten Rechten die Miterben das Recht, sich in der Reihensfolge ihrer Berufung je ein Anerbengut auszuwählen 124.

## IX. Formalien.

Besondere Anerbenrechtsbehörden bestehen nur ausnahmsweise, zum Beispiel in der Grasschaft Schaumburg<sup>125</sup>, in Tivol<sup>126</sup>, in der Tschechoslowakei<sup>127</sup>, in Ungarn<sup>128</sup> und nach dem neuen Sächstichen Entwurf<sup>129</sup>. Ein Familienrat unter Borsit des Amtsrichters wird in Kassel<sup>130</sup> gebildet. Im übrigen werden die Anerbengutsangelegenheiten

<sup>122</sup> Herausgabe der Bevorzugung: bgl. laufende Ar. VII d.

<sup>123</sup> Gesetzliches Vorkaufsrecht der Miterben: in Westfalen § 33, Walbeck § 27, Württemberg Art. 14 (15 Jahre); Braunschweig § 19b (20 Jahre); Böhmen § 11 und Mecklenburg=Schwerin § 383 (10 Jahre).

<sup>124</sup> Mehrere Anerbengüter: z. B. Hannover § 24, Westfalen § 34, Lauenburg § 19, Schleswig-Holstein § 19, Kärnten § 16, Württemberg Art. 16.

<sup>125</sup> Grafschaft Schaumburg: Kommissionen bei jedem Amtsgericht, bestehend aus dem aufsichtführenden Amtsrichter als Borsitzendem und dem Landrat sowie dem Bürgermeister der Gemeinde, in der die Besitzungen liegen, als Beisitzern (§ 3); sosortige Beschwerde an das Landgericht (§ 5).

<sup>126</sup> Tirol § 9: Höfebehörde erster Instanz ist die Höfekommission; in zweiter Instanz entscheidet die unter dem Borzit eines Bertreters des Statts halters (jest Landesregierung) gebildete Landeshösekommission.

<sup>127</sup> Tichechoslowakei § 40: Zuständig ist das "Bodenamt", dem auch die aus bevölkerungs und nationalpolitischen Gründen ersolgende Austeilung und Zuweisung der landwirtschaftlichen Anwesen obliegt.

<sup>128</sup> Ungarn § 74: "Landesgericht für Grundbesitzegelung". Funktionen ähnlich wie in der Dichechoslowakei.

<sup>129</sup> Sächs. Entwurf § 23: Besondere Anerbenbehörde bei jeder Amts= hauptmannschaft; Unerbenoberbehörde bei der Kreishauptmannschaft. Bessonders geregeltes Bersahren.

<sup>130</sup> Kassel § 16: Der Familienrat wird aus dem zuständigen Umtsrichter als Borsitzendem und drei bis sechs Berwandten oder Berschwägerten des Erblassers als Mitgliedern gebildet. Die Mitglieder müssen großjährig sein, einen tadellosen Ruf genießen und genaue Kenntnis von den wirtschaftlichen und Kamilienverhältnissen des Erblassers besitzen.

zumeist von den allgemein zuständigen Gerichten und Verwaltungsbehörden erledigt.

Die Führung der Höferolle und der Landgüterrolle gehört zu den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und liegt daher regelmäßig den Amtsgerichten ob. Die Führung ist durch besondere Berwaltungsanordnungen näher geregelt<sup>131</sup>. Die Einsicht in die Höser rolle ist jedem gestattet, der ein berechtigtes Interesse darlegt<sup>132</sup>, sofern die Rolle nicht überhaupt öffentlich ist<sup>133</sup>. Die zu jedem Blatte der Höse (Landgüter-) Rolle gehörigen Urkunden und Schriftstücke werden in besonderen Höse- (Landgüter-) Akten gesammelt und als Beistücke zu den Grundakten behandelt<sup>134</sup>.

Die Rosten, die durch die Eintragung oder Löschung der Anerbens gutzeigenschaft im Grundbuche oder in der Höse= (Landgüter=) Rolle entstehen, sind vielsach in den Anerbengesetzen selbst näher geregelt. Wo eine solche Regelung nicht besteht, sinden die allgemeinen Borschriften der Gerichtskostengesetze Anwendung. Nach diesen wird beispielsweize in Preußen 135 für jede auf Antrag bewirkte Eintragung oder Löschung in eine Landgüter= oder Höserolle einschließlich der darüber dem Eigen= tümer zu machenden Mitteilung eine seste Gebühr von 4 Rn erhoben.

<sup>131</sup> Bgl. z. B. Allg. Berf. d. Preuß. Justizministers, betr. Führung der Höferollen im Kreise Grasschaft Schaumburg vom 26. September 1910 (JMBl. S. 355) und auch die Allg. Berf. vom 22. Januar 1900 (Preuß. JMBl. S. 34) sowie § 21 der Allg. Berf. betr. das Grundbuchwesen vom 20. Rovember 1899 (JMBl. S. 349).

<sup>132</sup> Württemberg Art. 2 Abs. 4.

<sup>133</sup> Hannover § 3 Abs. 2, Brandenburg § 7 Abs. 2 und andere Lands güterordnungen.

<sup>134 § 49</sup> der Geschäftsordnung für die Amtsgerichte in Preußen.

<sup>135</sup> Preuß. Gerichtskostengesetz vom 28. Oktober 1922 (GS. S. 363) mit späteren Anderungen §§ 68 und 105 Abs. 1.

# Gesetzete.

— siehe Inhaltsverzeichnis Seite V —

## A. Deutschland.

### 1. Länder mit unmittelbarem Unerbenrecht.

## Preußen (Gesamtstaat).

### 1. Gefet 1-3

### betr. das Anerbenrecht bei Renten- und Anfiedlungsgütern vom 8. Juni 1896 (GS. S 124).

- § 1. Durch Eintragung ber Anerbengutseigenschaft im Grundbuche werden Anerbengüter im Sinne diefes Befetes:
  - 1. alle Rentengüter, welche gemäß § 12 des Gesetzes, betr. die Beförderung der Errichtung bon Rentengütern, bom 7. Juli 1891 (BS. S. 279) durch Vermittlung der Generalkommission begründet sind oder fünftig begründet werden, oder nach Maggabe der §§ 1, 2 oder 10 desfelben Gefetes der Rentenbank rentenpflichtig geworden find oder fünftig werden, sowie alle der Breuß. Landesrentenbank renten= pflichtigen Rentengüter;
  - 2. alle Rentengüter, welche bom Staate in Gemägheit des Gefetes über Rentengüter vom 27. Juni 1890 (GS. S. 209) begründet sind ober fünftig begründet werden 4:
  - 3. alle Unfiedlerftellen, welche nach dem Gefet, betr. die Beforderung deutscher Unsiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Bosen, vom 26. April 1886 (GS. S. 131) zu Eigentum ausgegeben sind ober fünftig ausgegeben werden.

Bei den durch Bukauf gebildeten Rentengütern wird durch Eintragung der Unerbengutseigenschaft im Grundbuche die ganze Stelle Unerbengut im Sinne biefes Gefetes.

§§ 2-5 (betr. die Eintragung der Unerbengutseigenschaft und die Löschung im Grundbuch 5).

<sup>2</sup> Einführungs-Berordn. für Lauenburg bom 10. Oktober 1906.

3 Ausführungsbestimmungen bom 10. August und bom 24. September

\* Ausjufungsbestimmungen vom 10. Lugust und vom 24. Septembet 1896 (Min.Bl. i. B. S. 152 u. 184).

\* Ju § 1 Abs. 1 Ar. 2: Die Worte "sowie alle der Preußischen Landesrentenbank rentenpslichtigen Kentengüter" sind neu hinzugesügt durch § 43
bes Landesrentenbankgesetzs vom 29. Dezember 1927 (GS. S. 283).

\* Betr. die Eintragung im Grundbuch vgl. auch Allg. Berf. z. Ausf.
d. Grundbuchordnung vom 20. Kovember 1899 (JWBl. S. 349) § 21; und

Schriften 178, III.

<sup>1</sup> Geltungsbereich des Gesetzes: ganz Preußen mit Ausnahme des Oberslandesgerichtsbezirks Köln.

- § 6. Das Recht des Eigentümers, über das Anerbengut unter Lebenden und von Todes wegen zu verfügen, bleibt unberührt, soweit dieses Geset keine Beschränkungen enthält.
- § 7. Der Eigentümer eines Anerbengutes kann ohne die Genehmigung der Generalkommission weder durch Berfügung unter Lebenden noch von Todes wegen die Zerteilung des Anerbengutes oder die Abveräußerung von Teilen desselben vornehmen.

Wenn der Eigentümer durch Berfügung unter Lebenden das Gut im ganzen an einen anderen als an einen seiner Nachkommen, Geschwister, deren Nachkommen oder seine Ehefrau beräußert, so ist hierzu die Genehmigung der Generalkommission ersorderlich. Diese Genehmigung darf nur versagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtssertigen, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit des Anerbengutes durch Bereinigung mit einem größeren Gute ausgehoben wird.

Bor der Entscheidung der Generalkommission ist der Kreis (Stadts) Ausschuß, in dessen Bezirk das Anerbengut belegen ist, gutachtlich zu hören. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Diese Bestimmungen sinden nur auf die nach Inkrafttreten dieses Gessetzs begründeten oder rentenpflichtig gewordenen Rentengüter und Ansfiedlerstellen Anwendung.

- § 8. Der Eigentümer, welcher die Abschreibung von Teilen eines Unerbengutes beantragt, hat außer der nach § 7 ersorderlichen Genehmigung der Generalkommission deren Erklärung darüber beizubringen, ob mit dem Trennstück die Anerbengutseigenschaft übertragen werden soll. Die übertragung unterbleibt, wenn die Generalkommission hierin einwilligt. Sie hat ihre Einwilligung zu erklären, wenn das Trennstück eine wirtschaftliche Selbständigkeit nicht besitzt oder der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit überwiegende gemeinwirtschaftliche Interessen entgegenstehen.
- § 9. Bon der Eintragung und von der Löschung der Anerbengutseigenschaft, von der die Anerbengutseigenschaft begründenden Zuschreibung (§ 4) sowie von jeder Abschreibung (§ 8) ist den Beteiligten und der Behörde, welche die Eintragung oder Löschung nachgesucht hat, in allen Fällen dersjenigen Generalkommission, in deren Bezirk das Anerbengut belegen ist, underzüglich Kenntnis zu geben.
- § 10. Wenn zu einem Nachlasse ein Anerbengut gehört und der Erblasser von mehreren Personen beerbt wird, so fällt ohne Kücksicht auf den letzten Wohnsitz des Erblassers in Ermangelung einer entgegenstehenden Ber-

betr. die Zuständigkeit der Generalkommission (jeht Landeskulturamtspräsisbent) zu Ersuchen um Eintragung in die Höferollen oder Landgüterrollen bei den einem Auseinandersetungsversahren unterliegenden Grundstücken das besondere Gesetz betr. Eintragungen in die Höferollen und Landgütersrollen auf Ersuchen der Generalkommission dom 11. Juli 1891 (GS. S. 303).

fügung von Todes wegen das Anerbengut nebst Zubehör als Teil der Erbsichaft kraft des Gesetzes einem Erben (dem Anerben) allein zu.

Das Anerbenrecht gilt, unbeschadet der Bestimmungen des § 30, nur für die Nachkommen und die Geschwister des Erblassers sowie deren Nach-kommen.

Es tritt nur ein, wenn der Anerbe zugleich Erbe des Erblaffers ift.

§ 11. Die Reihenfolge, in welcher die Nachkommen des Erblassers zu Anerben berufen werden, richtet sich

in den Geltungsgebieten der Höfegesete und Landgüterordnungen, unbeschadet der Bestimmung des § 12, nach den entsprechenden Borschriften dieser Gesetze,

im übrigen nach folgenden Grundfäten:

Leibliche Kinder gehen den Adoptivkindern, eheliche den unehelichen vor. Uneheliche Kinder sind nicht Anerben ihres Baters. Durch nachfolgende She legitimierte Kinder stehen den ehelichen gleich. Ferner geht vor der ältere Sohn und dessen Nachkommen männlichen Geschlechtes, in Ermangelung von Söhnen oder männlichen Nachkommen solcher die ältere Tochter des älteren Sohnes und deren Nachkommen; salls aber Nachkommen von Söhnen nicht vorhanden sind, die ältere Tochter des Erblassers und deren Nachkommen.

Unter den Nachkommen eines Kindes richtet sich die Berufung zum Anerben nach denselben Grundsätzen.

- § 12. Kinder, welche zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind, sowie Kinder, welche vor dem Tode des Erblassers eine rechtsfräftige Berurteilung zu Zuchthausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen Miterben nach.
- § 13. Gehören zu den Erben Geschwister oder deren Nachkommen, so finden die §§ 11 und 12 entsprechende Anwendung. Bollbürtige Geschwister und deren Nachkommen gehen den halbbürtigen und deren Nachkommen vor.
- § 14. Der Anerbe erwirbt das Eigentum des Anerbengutes nebst Zubehör mit dem Erwerbe der Erbschaft. Jedoch steht es ihm frei, ohne die Erbschaft auszuschlagen, auf sein Anerbenrecht zu verzichten. In solchem Falle geht dieses auf den nächsten Anerbenderechtigten mit der Wirkung über, als ob derselbe von vornherein der Anerbe gewesen wäre.

Bur Eintragung des Anerben als Eigentümer im Grundbuche ist die Einwilligung der Miterben erforderlich. Bor der Eintragung ist das Anserbengut der Zwangsvollstreckung durch die Gläubiger des Anerben nicht unterworsen. Dieselben sind aber berechtigt, an Stelle des Anerben dessentragung als Eigentümer zu beantragen und die zum Zwecke derselben erforderlichen Urkunden von Gerichten und Notaren zu ersordern.

Die übertragung des Anerbenrechtes durch Berfügung unter Lebenden, insbesondere durch Erbschaftskauf, ist unzulässig.

§ 15 (betr. den Berzicht auf das Anerbenrecht).

3\*

- § 16. 3m Sinne dieses Gesetes sind Bubehör des Anerbengutes:
- 1. die mit dem Anerbengute oder mit Teilen des Gutes verbundenen Gerechtigkeiten;
- 2. bie auf bem Unerbengute borhandenen Gebäude, Anlagen, Holzungen und Bäume:
- 3. das Wirtschaftsinbentar; es umfaßt: das auf dem Unerbengute borhandene für die Wirtschaft ersorderliche Bieh, Ucker- und Hausgerät einschließlich des Leinenzeuges und der Betten, den vorhandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung bis zur nächsten Ernte dienenden Borräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.
- § 17. Der Unrechnungswert des Unerbengutes nebst Zubehör wird nach folgenden Grundsägen festgestellt:

Das Anerbengut wird nach dem jährlichen nachhaltigen Reinertrage geschätt, den es mit dem Bubehör durch Benutung als Ganges bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung und in dem bisherigen Rulturzustande ge= währt. Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, insoweit sie gur Wohnung und Bewirtschaftung erforderlich find, nicht besonders zu schäpen, sonst aber nach dem Werte bes Nupens, welcher durch Bermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letteres gilt insbesondere von Rebentvohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, welche zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind. Bon dem ermittelten jährlichen Wirtschaftsertrage sind alle dauernd auf dem Unerbengute nebst Bubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaglichen jähr= lichen Betrage abzusehen. Laften und Abgaben, auf welche die Ablösungsgesetze Anwendung finden, sind dabei nach deren Borichriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der bas Anerbengut belaftenden Sppotheken, Grundichulben und dauernden Renten mit Ausnahme berjenigen, welche auf Grund der Ablösungsgesete an die Stelle von Laften und Abgaben getreten sind, findet ein Abzug nicht ftatt.

Der übrigbleibende Teil des jährlichen Wirtschaftsertrages wird mit dem 25 sachen zu Kapital gerechnet. Bon dem hiernach sestgestellten Betrage werden die auf dem Anerbengute haftenden vorübergehenden Lasten (Altenteile und dergleichen) mit einem ihrer wahrscheinlichen Dauer entsprechenden Kapital in Abzug gebracht. Tilgungsrenten werden nur insoweit abgezogen, als sie auf Grund der Ablösungsgesehe an die Stelle von Lasten und Abgaben getreten sind, und alsdann mit demjenigen Kapitalbetrage in Rechnung gestellt, welcher durch die Kentenzahlungen noch zu tilgen ist.

Das sich aus biefer Berechnung ergebende Rapital bilbet den Un= rechnungswert des Unerbengutes.

§ 18. Bei der Erbteilung sind die Erbschaftsschulden, einschließlich der das Anerbengut nebst Zubehör belastenden Henten, Grundschulden und der nach § 17 nicht in Abzug gebrachten Renten, auf das außer dem Anerbengute nebst Zubehör vorhandene Bermögen anzurechnen. Zu diesem Zwecke sind die dauernden Renten mit dem 25 sachen Betrage oder, wenn

für den Fall ihrer Ablösung auf Berlangen des Berpflichteten ein höherer Betrag vereinbart ist, mit diesem zu kapitalisieren. Die Tilgungsrenten sind mit den durch die Rentenzahlungen noch zu tilgenden Kapitalbeträgen in Rechnung zu stellen.

Werden die hiernach in Ansatz zu bringenden Erbschaftsschulben burch das außer dem Anerbengute vorhandene Bermögen gedeckt, so erhält der Anerbe ein Dritteil des Anrechnungswertes als Boraus.

Werden sie durch dieses Vermögen nicht gedeckt, so ist der Mehrbetrag der Erbschaftsschulden von dem Anrechnungswerte in Abzug zu bringen, und es erhält von dem verbleibenden Betrage der Anerbe ein Dritteil als Boraus. In diesem Falle ist der Anerbe den Miterben gegenüber verspslichtet, den vom Anrechnungswerte in Abzug gebrachten Mehrbetrag der Erbschaftsschulden als Alleinschuldner zu übernehmen.

Den Erbschaftsschulben stehen im Sinne dieses Gesetzes die Bermacht= nisse gleich.

- § 19. Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, ersolgt die Teilung der Erbmasse unter die Miterben, einschließlich des Anerben, nach dem allgemeinen Rechte. Nach diesem Rechte richtet sich auch die Haftung der Erben für Erbschaftsschulden. Der Anerbe hastet den Erbschaftsgläubigern auch mit dem Vermögen, welches er als Anerbe erhalten hat.
- § 20. In Ermangelung einer Einigung der Erben über die Art der Erbeteilung hat die Generalkommission auf Antrag eines Erben eine gütliche Bereinbarung der Beteiligten nach Maßgabe dieses Gesehes zu versuchen und hierbei auf die Erhaltung der Einheit und Leistungsfähigkeit des Anerbengutes hinzuwirken.

Hierbei ist für den Fall, daß die übernahme der Erdabfindungsrente (Absat 5) seitens der Rentenbank nicht zu gewärtigen ist, auf Gewährung einer Kapitalabsindung an die Miterben insoweit Bedacht zu nehmen, als die Berhältnisse der Miterben solche ersordern und sie, unbeschabet der Leistungsfähigkeit des Anerbengutes, geschehen kann. Behuss Feststellung des Anrechnungswertes haben der Anerbe und die Miterben je einen Sacheverständigen zu wählen; diese bestimmen einen Obmann. Beigern sich die Beteiligten, einen Sachverständigen zu ernennen, oder kommt unter den Miterben eine Einigung über die Person des Sachverständigen oder unter den Sachverständigen eine Einigung über die Person des Obmannes nicht zustande, so wird der Sachverständige (Obmann) von der Generalkommission ernannt.

Nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen hat auch das Nachlaßsgericht bei der Nachlaßregulierung zu versahren.

Die Generalkommission hat von der Einleitung und von dem Ausgang des Einigungsversahrens das Nachlaßgericht sosort zu benachrichtigen. War vor dem Eingang einer Mitteilung von der Einleitung des Bersahrens durch die Generalkommission bereits die Nachlaßregulierung beantragt, so hat das Nachlaßgericht hiervon die Generalkommission sofort in Kenntnis zu setzen. Letztere hat alsdann das Einigungsversahren einzustellen. Wird nach

Eingang der Mitteilung der Generalkommission bei dem Nachlaßgerichte die Nachlaßregulierung beantragt, so hat die Generalkommission ebenfalls auf Ersuchen des Gerichts ihr Bersahren einzustellen.

Erfolgt eine Einigung nicht, so können die Miterben ihre Erbanteile von dem Betrage des Anrechnungswertes, welcher nach Abzug des Boraus und des etwaigen Mehrbetrages der Erbschaftsschulden (§ 18 Absat 3) übrigbleibt, nur in einer ihrerseits unkündbaren Geldrente (Erbabfindungserente) beanspruchen. Sie können verlangen, daß diese Renten auf dem Anerbengute im Grundbuche eingetragen werden. Benn jedoch die Erbsanteile im einzelnen den Betrag von 30 M oder in ihrer Gesamtheit den Betrag des jährlichen nachhaltigen Reinertrages nicht übersteigen, so kann von den Miterben Kapitalabsindung verlangt werden.

§ 21. Die Erbabfindungsrente entspricht dem fünfundzwanzigsten Teile des den Erbanteil ausmachenden Kapitals. Sie läuft dom Todestage des Erblassers an und ist mit Ablauf eines jeden Vierteljahres seit diesem Tage zahlbar. In Ermangelung einer anderweiten Vereinbarung der Beteiligten ist sie, und zwar durch Zuschlag eines jährlichen Amortisationsbetrages don einundeinhalb Prozent des Absindungskapitals, zu tilgen.

Die Dauer der Tilgungsperiode bestimmt sich nach der als Anlage I beisgefügten Tabelle<sup>6</sup>.

Der Anerbe und, sofern die Rente im Grundbuche eingetragen ist, auch der Eigentümer des Anerbengutes sind berechtigt, die Rente nach vorsgängiger dreimonatiger Kündigung durch Kapitalzahlung abzulösen.

- § 22. Die nach vorstehenden Bestimmungen sestigesette Erbabsindungserente kann auf Antrag eines Beteiligten nach solgenden Grundsätzen durch Bermittlung der Rentenbank abgelöst werden:
  - 1. Der Rentenberechtigte erhält als Abfindung entweder den 24½ sachen Betrag der Erbabfindungsrente (§ 20) in dreieinhalbprozentigen oder den 26 sachen Betrag in dreiprozentigen Rentenbriesen nach deren Nennwert, oder, soweit dies durch solche nicht geschehen kann, in barem Gelde. Bei einer wesentlichen Beränderung des Zinssussetann für künftige Abfindungen das Bielsache der Erbabsindungsrente im Wege Königlicher Berordnung anderweit sestgeset werden.
  - 2. Der Anerbe hat bom Zeitpunkte der Abernahme der Erbabfindungsrente auf die Rentenbank an eine Rentenbankrente zu entrichten. Sie beträgt:
    - a) falls breieinhalbprozentige Rentenbricfe als Abfindung gegeben sind, fünf Prozent,
    - b) falls breiprozentige Rentenbriefe gegeben sind, viereinhalb Prozent bes Nennwertes der Rentenbriefe und des zur Ergänzung gegebenen baren Geldes.

<sup>6</sup> **3u § 21 Abs. 2:** Die Tabelle in Unlage I ist nicht mit abgebruckt, da sie mit einem Zinssuß bon 4% rechnet und daher zurzeit keine Besbeutung hat.

Der Anerbe hat die Rentenbankrente von fünf Prozent während einer Tilgungsperiode von 35 Jahren, die Rentenbankrente von viereinhalb Prozent während einer Tilgungsperiode von 372/12 Jahren zu entrichten.

§ 23. Der Antrag auf Abernahme ber Erbabfindungsrente auf die Rentenbank ist bei der Generalkommission zu stellen.

Wird bei einer gerichtlichen Erbauseinandersetzung die Ubernahme einer Erbabfindungsrente auf die Rentenbank beantragt, so hat das Gericht nach Beendigung des Bersahrens die Akten der Generalkommission zur Einsleitung des übernahmeversahrens zu übersenden.

Das übernahmeverfahren richtet sich nach folgenden Borichriften:

- 1. Die Generalkommission hat sofort nach der Einleitung den Grundbuchrichter zu ersuchen, bei der eingetragenen Erbabfindungsrente vorzumerken, daß das übernahmeversahren eingeleitet ist. Wenn die Erbabsindungsrente nicht eingetragen und der Rentenverpslichtete Eigentümer des Anerbengutes ist, so ist das Ersuchen dahin zu richten, daß die Rentenpslicht bei dem Anerbengute vorgemerkt werde. Diese Bormerkungen haben die Wirkung, daß der Rentenbankrente der Rang der eingetragenen Erbabsindungsrente zur Zeit der Eintragung der Bormerkung oder, wenn die Erbabsindungsrente nicht im Grundbuche eingetragen ist, der Borrang vor späteren Eintragungen gesichert wird.
- 2. Im Falle einer Einstellung des übernahmeversahrens hat die Generalstommission den Grundbuchrichter um die Löschung der Vormerkungen zu ersuchen.
- 3. Nach itbernahme der Erbabfindungsrente auf die Kentenbank wird auf Ersuchen der Generalkommission im Grundbuche vermerkt, daß das Anerbengut der Kentenbank rentenpflichtig ist. In den Einstragungsvermerk ist der Betrag der Kentenbankrente und des ihr entssprechenden Kapitals sowie Beginn und Dauer der Tilgung aufzusnehmen.
- 4. Die Vorschriften des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (GS. S. 111) nebst den dasselbe ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen sowie § 6 Ziff. 1, 2, 3, 5 und 7 des Gesetzs, betr. die Besörderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 sinden auf die von der Rentenbank übernommenen Erbsabsindungsrenten mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß sich die Rangordnung der an die Stelle der Erbabsindungsrenten getretenen Rentenbankrenten gegenüber anderen Belastungen des Anerbengutes nach §§ 17 und 36 des Gesetzes über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Erundstücke usw. vom 5. Mai 1872 (GS. S. 433) regelt.
- 5. Die Ressortminister bestimmen, ob und von welchem Zeitpunkte an dreieinhalb= oder dreiprozentige Kentenbriese als Absindung gegeben werden sollen. Wenn der Kurs der dreieinhalbprozentigen Kentenbriese an der Berliner Börse dauernd auf dem Kennwerte oder darunter

- steht, durfen dreiprozentige Rentenbriefe nur mit Zustimmung des Empfängers ausgegeben werben.
- 6. Nach den als Anlagen II und III beigefügten Tabellen? beftimmt sich, welche Summen im Falle des § 23 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 in den verschiedenen Jahren der beiden Tilgungsperioden (§ 22 Ziff. 2) zur Ablösung von Rentenbeträgen erforderlich sind.
- § 24. Die Generalkommission hat den Antrag auf übernahme der Erbsabsindungsrente auf die Rentenbank zurückzuweisen, soweit für die zu übersnehmende Rentenbankrente eine ausreichende Sicherheit nicht vorhanden ist.

Die Sicherheit der Rentenbankrente kann als vorhanden angenommen werden, soweit der Rennwert der auszugebenden Rentenbriese innerhalb des dreißigsachen Betrages des bei der letzen Grundsteuereinschätzung ermittelten Katastralreinertrages mit hinzurechnung der hälfte des Wertes, mit welchem die Gebäude bei einer der nach § 19 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 bestimmten Versicherungsgesellschaften versichert sind, oder innerhalb der ersten drei Viertel des von der Generalkommission zu ermittelnden Anrechnungswertes (§ 17) zu stehen kommt. Die Ermittlung des Anrechnungswertes ersolgt unter Zuziehung der Veteiligten sowie zweier mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter Sachverständigen und geeignetensfalls eines Bausachverständigen.

Bar bereits früher auf behördliche Beranlassung eine Tage des Anerbens gutes aufgenommen, so ist diese, soweit angängig, zugrunde zu legen. Bon der Zuziehung von Sachverständigen kann in diesem Falle abgesehen werden.

In einsachen und klaren Fällen ist die Generalkommission besugt, nach ihrem Ermessen ben Anrechnungswert festzusetzen oder sich die überzeugung von der Sicherheit in anderer geeigneter Beise zu verschaffen.

§ 25. Bei Prüfung der Sicherheit der Rentenbankrente sind die das Anerbengut belastenden Tilgungsrenten mit denjenigen Kapitalbeträgen in Rechnung zu stellen, welche durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen sind.

Soweit wegen der auf dem Anerbengute ruhenden Belastungen die zur übernahme der Erbabfindungsrente auf die Rentenbank ersorderliche Sicherheit nicht vorhanden ist, kann die Erbabfindungsrente nachträglich nach Maßgabe der Tilgung dieser Belastungen auf Antrag eines Beteiligten auf die Rentenbank übernommen werden. Die Festsehung der übernahmes bedingungen bleibt den Ausstührungsvorschriften vorbehalten.

§ 26. Wird das Anerbengut innerhalb 20 Jahren nach dem Tode des Erblassers veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Boraus (§ 18) und bei Teilveräußerungen, soweit nicht gleichwertige Grundstücke ausgetauscht werden, einen entsprechenden Teil des Boraus nachträglich in die Erbschaftsmasse einzuwersen.

<sup>7</sup> **3u § 23 Abs. 3 Rr. 6:** Die Tabellen II und III sind nicht mit abgebruckt, da sie mit einem 3= bzw.  $3\frac{1}{2}\%$ =Jinssuß rechnen.

Diese Bestimmung sindet keine Anwendung, wenn der Anerbe das Anerbengut ganz ober teilweise an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten (Nachkommen, Geschwister ober deren Nachkommen) veräußert. Der Erwerber ist jedoch in Gemäßheit des Absabes 1 das Boraus ganz oder teilweise einzuwersen verpstlichtet, wenn er das Anerbengut oder einen Teil desselben während des angegebenen Zeitraumes an einen anderen als einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten (Nachkommen, Geschwister oder deren Nachkommen) weiterveräußert.

Jeder Beteiligte kann verlangen, daß sein Anspruch auf das Boraus durch Eintragung einer Kautionshhpothek im Grundbuche sichergestellt werbe.

§ 27. Wird das Anerbengut innerhalb 20 Jahren nach dem Tobe des Erblassers verkauft, so steht den anerbenberechtigten Miterben, soweit sie nicht auf das Anerbenrecht verzichtet haben, ein gesetzliches Vorkaufserecht zu.

Die Reihenfolge mehrerer Borkaufsberechtigten regelt sich nach den §§ 11—13 und 28.

Das Borkaufsrecht beschränkt sich auf den Fall des Berkaufs durch den Anerben. Es sindet auch statt, wenn die Beräußerung im Wege der Zwangs-vollstreckung erfolgt. Das Borkaufsrecht kann nicht ausgeübt werden, wenn das Gut an einen dem Berkäufer gegenüber anerbenberechtigten Berwandten verkauft wird.

§ 28. Sind mehrere Anerbengüter vorhanden, so finden die borftebenden Bestimmungen mit folgender Maggabe Anwendung:

Jeder Erbe kann in der Reihenfolge seiner Berufung zum Anerben je ein Anerbengut wählen.

Sind mehr Anerbengüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

Auf die Ausübung des Wahlrechtes finden die Bestimmungen des § 15 entsprechende Anwendung.

Der Mehrbetrag der Erbschaftsschulben (§ 18 Abs. 3) ist auf die mehreren Unerbengüter nach Verhältnis der Anrechnungswerte zu verteilen.

- § 29. Durch die Borschriften dieses Gesetzes wird, unbeschabet ber Bestimmungen ber §§ 30 und 31, das eheliche Güterrecht nicht berührt.
- § 30. Wenn zu dem Gesamtgute einer durch den Tod eines Ehegatten ausgelösten allgemeinen Gütergemeinschaft oder Errungenschaftsgemeinschaft oder Gemeinschaft des beweglichen Bermögens und der Errungenschaft ein Anerbengut gehört, so tritt der nach den Borschriften des allgemeinen Rechtes zur übernahme des Anerbengutes Berechtigte, falls er von diesem Rechte Gebrauch macht, als Anerbe ein. Dasselbe gilt, wenn ein Anerbengut zum Gesamtvermögen einer ausgelösten sortgesetzen Gütergemeinschaft gehört.

Sind mehrere Anerbengüter borhanden, so tritt unter den Boraussetzungen des Absatzs 1 der überlebende Ehegatte in betreff sämtlicher Anerbengüter als Anerbe ein.

Ist der zur übernahme berechtigte Ehegatte zur Zeit des Todes des berstorbenen Chegatten entmündigt, oder hat er vor dessen Tode eine rechts-kräftige Berurteilung zu Zuchthausstrase unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Chrenrechte erlitten, so sinden die Borschriften des Absates 1 keine Anwendung.

Bei Auflösung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung ist in den Fällen des Absates 3 und der §§ 21, 26 und 27 statt der Zeit des Todes des Erblassers der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Auseeinandersetzung erfolgt. Das gleiche gilt bei Auslösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des berstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag.

Sind nach den Borschriften des allgemeinen Rechtes (Absat 1) Nach-kommen des Erblassers zur übernahme des Gutes derechtigt, so bestimmt sich die Reihenfolge der Berufung zu Anerben nach den §§ 11 und 12, jedoch ist dei Auslösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schlichtung im Falle des § 12 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absat 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Wenn in den Fällen des Absates 1 ein nach den Borschriften des allgemeinen Rechtes zur übernahme des Anerbengutes Berechtigter nicht dorshanden ist oder der Berechtigte von seiner Besugnis zur übernahme keinen Gebrauch macht, so sinden die §§ 10 bis 28 Andrendung. Bei Auflösung der sortgesetzen Gütergemeinschaft durch Schichtung und bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Chegatten und den Erben des verstorbenen Chegatten bestehenden Bersmögensgemeinschaft durch Bertrag ist jedoch in den Fällen der §§ 12, 21, 26 und 27 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absat 4 bezgeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Bird eine Vermögensgemeinschaft der im vorigen Absat erwähnten Art durch den Tod des überlebenden Ehegatten aufgelöst, so sinden die §§ 10 bis 28 insoweit Anwendung, als nach Maßgabe derselben gegensüber beiden Eheleuten dieselben Nachkommen anerbenderechtigt sind. Nachskommen, welche hinsichtlich der Erbschaft des letztverstorbenen Ehegatten gemäß § 12 den übrigen Miterben nachstehen, stehen ihnen auch hinsichtlich der Erbschaft des berstorbenen Ehegatten nach.

§ 31. Wenn im Geltungsbereiche bes Märkischen Provinzialrechtes der überlebende Ehegatte ein ihm gehöriges Anerbengut in Ausübung seines statutarischen Erbrechtes zur Erbmasse einwirft, so kann er von den übrigen Beteiligten verlangen, daß ihm das Anerbengut nach Maßgabe der §§ 16 bis 18 überlassen werde. Macht der überlebende Ehegatte von diesem Rechte Gebrauch, so ist bei Berechnung der ihm zukommenden statutarischen Hälfte das Gut mit dem Anrechnungswerte (§ 17) in Ansah

zu bringen. Die Borschriften der §§ 14 Absatz 3, 15, 26 und 27 finden sinnsgemäße Anwendung.

§ 32. Wer über das Anerbengut letitvillig verfügen kann, ist besugt, in einer gerichtlich ober notariell beglaubigten Urkunde ober in einer eigenshändig geschriebenen und unterschriebenen und vom Amtss ober Gemeindes (Gutss) Borsteher beglaubigten stempelfreien Urkunde abweichend von den Borschriften der §§ 10 bis 13 und 28 unter den Miterben die Person des Anerben zu bestimmen.

In gleicher Beise kann bestimmt werden, daß der Anerbe berpflichtet sein soll, seine Miterben gegen angemessene Mitarbeit längstens bis zu deren Großjährigkeit standesgemäß zu erziehen und sie für den Notfall auf dem Anerbengute zu unterhalten, und daß dagegen während dieser Zeit der Anspruch der Miterben auf Zahlung der Erbabfindungsrente ruhen soll.

Ebenso kann bestimmt werden, daß das Anerbengut vom leiblichen Bater oder von der leiblichen Mutter des Anerben bis zu dessen Großjährigkeit in eigene Nutung und Berwaltung genommen werden kann unter der Berpflichtung, während dieser Zeit den Anerben gegen angemessene Mitzarbeit standesgemäß zu erziehen und für den Notsall auf dem Anerbenzute zu unterhalten sowie für ihn die Erbabsindungsrente an die Miterben zu zahlen oder die letzteren nach Waßgabe des Absates 2 zu erziehen und zu unterhalten.

- § 33. Wird außerhalb der Fälle der gesetlichen Erbsolge ein Anerbengut durch Bersügung unter Lebenden (Altenteils=, stbergabe=, stbertragsvertrag usw.) oder von Todes wegen einem anerbenderechtigten Berwandten zu alleinigem oder zu gemeinschaftlichem Eigentume mit seinem Ehegatten übertragen, und sind die für die Gutsübernahme dorgeschriebenen Bedingungen in ihrem Gesamtergebnis dem Gutsübernehmer nicht günstiger als die in diesem Gesetz vorgeschenen, so können die Erbabsindungen der übrigen Familienangehörigen nach Maßgabe der §§ 21 bis 25 auf die Rentenbank übernommen werden. Das gleiche gilt, wenn die Beteiligten in eine verhältnismäßige Kürzung ihrer Ansprüche willigen.
- § 34. Für die Berechnung der Höhe des Pflichtteils derjenigen Miterben, welche nicht Anerben werden, ist der Betrag ihres nach § 16 zu ermittelnden Erbanteiles maßgebend.

Dasselbe gilt von dem Schichtteile, welcher den Kindern im Falle ber fortgeseten Gütergemeinschaft von dem Werte des gemeinschaftlichen Bersmögens zuzuwenden ist.

- § 35. Berfügungen des im § 32 bezeichneten Inhaltes können nicht wegen Berletung des Pflichtteiles, diejenigen des in Absat 3 daselbst bezeichneten Inhaltes auch nicht auf Grund der gesetzlichen Borschriften über die Nachteile der Wiederberheiratung angesochten werden.
- § 36. War der Erblasser bei seinem Tode nicht der alleinige Eigentümer bes Anerbengutes, so kommen, unbeschadet der Borschriften des § 30, die

Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zur Anwendung, es sei denn, daß Erblasser und Anerbe alleinige Miteigentümer des Gutes waren.

§ 37. Wenn zu dem Nachlasse einer Person ein Anerbengut gehört, so ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Anerbengut belegen ist, das Nachlaß=gericht.

Sind mehrere, in verschiedenen Amtsgerichtsbezirken belegene Anerbengüter vorhanden, so ersolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts durch das Oberlandesgericht und, wenn die mehreren Anerbengüter den Bezirken verschiedener Oberlandesgerichte angehören, durch den Justizminister.

§ 38. Für das gerichtliche Verfahren bei den nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgenden Erbteilungen und Auseinandersetzungen regeln sich die Kostensätze nach dem geltenden Rechte. Die Erbteilungen und Auseinanderssetzungen sind stempelfrei.

Die Eintragung und die Löschung der Anerbengutseigenschaft sowie die Aufsorderung des Anerben zur Abgabe einer Erklärung in Gemäßheit des § 15 Absat 2 und § 28 Absat 4 sind kostenfrei.

- § 39 (betr. Berfahren und Roften).
- § 40. Die Bestimmungen der Höfegesetze und Landgüterordnungen sinden, unbeschadet der Borschriften der §§ 11 bis 13, auf Anerbengüter (§ 1) keine Anwendung. Die in die Höfe- und Landgüterrollen eingetragenen Anerbengüter und die Bermerke über diese Eintragungen im Grundbuche sind auf Antrag der im § 2 bezeichneten Behörden kostensrei zu löschen. Bon der Löschung ist der Eigentümer zu benachrichtigen.
- § 41. Dieses Geset tritt, außer in dem Geltungsbereiche des Gesets, betr. das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Bermögen, in dem Gebiet der vormals freien Stadt Frankfurt sowie den vormals großherzoglich hessischen und landgräslich hessischen Gebietseteilen der Prodinz Hessen-Nassau vom 19. August 1895 (GS. S. 481) am 1. Oktober 1896 in Kraft.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens im Geltungsbereich des genannten Gesest wird durch Königliche Berordnung bestimmt.

Durch Königliche Berordnung kann dieses Geset im Kreise Herzogtum Lauenburg eingeführt werben.

(Es folgen noch drei Tabellen bal. Berechnung des Ablösungskapitals, die aus den zu §§ 21 und 23 angegebenen Gründen hier nicht mit abgedruckt find.)

#### 2. Befet

## über die Stärfung bes Deutschtums in einigen Landesteilen (Befigbefestigungsgefeg)

vom 26, Juni 1912 (GS. S. 183).

— Auszua. —

§ 4. Die Weltung des Gefetes, betr. das Anerbenrecht bei Renten= und Unsiedlungsgütern, bom 8. Juni 1896 (GS. S. 124) wird auf die nach diesem Geset gegründeten Rentengüter ausgebehnt.

#### 3. Preußisches 3wangsauflösungsgeses

vom 22. April 19302, 2 a.

— Auszug. —

#### Sechster Abschnitt.

Die Erhaltung der Wälder und anderer Bestandteile der Fideikommisse im öffentlichen Interesse.

A. Die Erhaltung der Bälder3.

§ 151. Waldungen, die sich nach Beschaffenheit und Umfang zu nach= haltiger, forstmäßiger Bewirtschaftung eignen, sind durch Bildung

1 Rechtsgrundlage: Reichsberjassung Urt. 155: "Die Fideikommisse sind aufzulösen"; EGBGB. Urt. 57 bis 59 betr. Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, baw. Preug. Gefet betr. Aufhebung der Standesborrechte des Abels und die Auflösung der Hausvermögen vom 23. Juni 1920 (GS.

Abels und die Auflösung der Hausbermögen vom 23. Juni 1920 (GS. S. 367) § 3 Sat 2.

2 Die Fibeikommißauflösung in Breußen regeln insbesondere: die Familiengüterverordnung in der Neufassung vom 30. Dezember 1920 (GS. S. 77), die sogenannte Ergänzungsderordnung vom 22. September 1921 (GS. S. 431), die Iwangsauflösungsderordnung vom 19. November 1920 (GS. S. 431), sämtlich geändert durch das Geset über Anderungen der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausbermögen ergangenen Gesetz und Berordnungen vom 22. April 1930 (GS. S. 51).

Durch Art. 47 des zuletzt bezeichneten Gesetzes ist der Justizminister ermächtigt, den Wortlaut der sämtlichen zur Auflösung der Familiengüter und Hausbermögen bisher ergangenen Gesetz unter Einarbeitung der Anderungen und fortlaufender Paragraphenfolge in der Preuß. Gesetzemmlung neu bekanntzumachen, und zwar die Zwangsauflösungsverordnung vom 19. November 1920 unter der Bezeichnung Zwangsauflösungsgesetz vom 22. April 1930, und die Familiengüterordnung unter der Bezeichnung Familiengütergesetz vom 22. April 1930.

Die Fibeikommißgesetz treten in ihrer obigen Reusassung am 1. Oktober

Die Fideikommißgesetse treten in ihrer obigen Neufassung am 1. Oktober 1930 in Rraft.

Den preußischen berwandte Vorschriften über Waldgutsbildung enthält auch das dänische Fideikommißauflösungsgesetz vom 4. Dktober 1919 (§ 5).

24 Literatur: Alasser Familien, Die Zwangsauflösung der Familien-fibeikommisse und sonstiger Familiengüter (1930); Seelmann-Eggebert, Familiengütergeset (1930); Breme, Das Waldrecht der Auflösungsgesete (1922); außerdem zum älteren Recht: Seelmann-Klässel, Das Recht der

eines Waldguts oder eines Schutzforstes gegen ordnungswidrige Bewirtsschaftung und unwirtschaftliche Zersplitterung zu schützen. Waldslächen unter 100 ha sollen regelmäßig dem Waldschutze nicht unterstellt werden 4.

#### a) Das Waldgut.

- § 152. (1) Ein Waldgut ist zu bilden aus wirtschaftlich zusammensgehörigen Waldungen nebst den zu ihrer zweckmäßigen Bewirtschaftung ersorderlichen Ackern, Wiesen, Wasserslächen und sonstigen Grundstücken, wenn die Erhaltung der Waldwirtschaft als Wirtschaftseinheit im öffentslichen Interesse liegt.
- (2) Bu dem Waldgut gehören außer den Grundstücken mit ihren Bestandteilen, insbesondere den Gebäuden und den mit dem Grundeigentume verbundenen Gerechtigkeiten, das im Eigentum des Besitzers stehende Zusbehör des Gutes, insbesondere das Wirtschafts und Hausindentar, die Forderungen aus den für das Gut eingegangenen Bersicherungen sowie die hierauf ausgezahlten Entschädigungssummen und der zur allmählichen Tilgung eines das Grundstück belastenden Kapitals entrichtete und dem Eigentümer gutgeschriebene Betrag. Das Waldgut kann auch Grundstücke umfassen, die an Forstbeamte, Arbeiter und Fuhrwerkshalter oder andere Personen, deren Tätigkeit mit dem Waldgut im Jusammenhang steht, verpachtet sind.
- (3) Grundstücke, die nicht zum gebundenen Bermögen des Besitzers geshören, können mit dessen Zustimmung dem Waldgut einverleibt werden, wenn sie bisher mit dem gebundenen Waldbesitz einheitlich bewirtschaftet worden sind oder bewirtschaftet werden konnten.
- (4) Ein Waldgut soll im allgemeinen keine größere Waldfläche umsjassen als 5000 ha. Bei größerem Waldbesitz können mehrere Waldgüter gebildet werden. Wehrere Waldgüter sollen auch gebildet werden, wenn ein einheitlicher Betrieb für den gesamten zu dem Fideikommiß gehörigen

Familienfideikommisse (1920) und Kübler-Beutner, Die Zwangsauflösung der Fideikommisse, sowie Wodersohn, Zwangsauflösungsverordnung.

nung.

3 Betr. Erhaltung der Wälder vgl. auch schon § 7 des jog. preuß. Abelsgesetzes vom 23. Juni 1920 (GS. S. 367), § 14 des Familiengütersgesetzes in der Fassung vom 22. April 1930 und die entsprechenden Borschriften im § 5 des dänischen Fideikommißauflösungsgestes vom 15. Okstoner 1919 sowie den hahrischen Roldoniteraeseskentwurk.

tober 1919 sowie den bahrischen Waldgütergeseinetwurf.

4 Betr. Größengrenzen nach oben und nach unten vgl. die Einleitung

auf Seite 17.

<sup>5</sup> Während die Familienfideikommisse in erster Linie der Erhaltung des splendor familias und nur mittelbar der Erhaltung leistungsfähiger Wirtsschaftsbetriebe dienten, ist für die geschlossene Erhaltung der Walds, Weins und Deichgüter lediglich das öffentliche Interesse bestimmend. Bgl. auch die überschrift im amtlichen Gesetzetzt über § 151.

<sup>6</sup> Die Bildung von Waldgütern aus sideikommiksreiem Besit ist bislang

G Die Bildung von Waldgütern aus fibetkommißfreiem Besit ist bislang nicht zulässig, außer im Zusammenhang mit einer Fibeikommißauflösung. Es liegt hierin eine gewisse Ironsequenz der Gesetzgebung. Denn wenn für die Bildung der Waldgüter das öffentliche Interesse maßgebend ist, so ift nicht abzusehen, warum die Bildung dann auf den früher fideikommissarisch gedundenen Besit beschränkt bleibt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57521-3 | Generated on 2025-11-01 16:35:20 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bald nicht möglich oder nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Forst= wirtschaft nicht zwedmäßig ober bisher nicht vorgenommen worden ift. oder wenn der Besitzer die Bildung mehrerer Waldguter beantragt hat und dem Untrag öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

- (5) Die Bildung eines Waldguts unterbleibt, wenn der Besitzer die Bildung eines Schutforstes? beantragt, oder wenn die Bildung eines Wald= guts eine unwirtschaftliche Teilung des Besitzes herbeiführen würde, es sei benn, daß der Besitzer tropdem die Bildung eines Waldauts beantragt.
  - c) Berfahren bei der Waldguts= und Schutforstbildung.
- § 154. (1) Die Bildung eines Waldguts oder eines Schutforstes erfolgt nach dem Freiwerden des Fideikommigvermögens und bor der Erteilung des Fideikommigauflösungsscheins von Amts wegen burch Beschluß der Auflösungsbehörde . . .
- (2) Auf Antrag des Besitzers und mit Zustimmung des nächsten Folge= berechtigten (Anfallberechtigten) kann die Bildung eines Waldguts ober eines Schutforstes schon vor dem Freiwerden des Bermögens erfolgen.
- (3) In dem Beschluß, durch den ein Waldgut oder ein Schutzforst gebildet wird, sind die Bestandteile des Waldauts oder des Schutsforstes im ein= zelnen zu bezeichnen. Sind die dem Waldgut oder dem Schutzforst zuzu= teilenden Grundstude noch nicht bermeffen, fo find fie fo genau zu bezeichnen, daß sie bermessen werden fonnen.
- (4) In dem Beschluß ist der Rame des Waldguts oder des Schupforstes zu bestimmen. Bei der Bestimmung ist auf Bunsche des Besitzers nach Möglichkeit Rüdficht zu nehmen.
- (5) Der Beschluß ist dem Besitzer und dem Regierungspräsidenten (Forst= aufsichtsbehörde) zuzustellen. Soweit die Bildung eines Baldguts ober eines Schutforstes abgelehnt wird, steht auch dem Regierungspräsidenten die sofortige Beschwerde zu.
- § 155. (1) Der Beschluß über die Bildung eines Waldguts oder eines Schutforftes bedarf ber Genehmigunge bes Justizministers und bes Ministers für Landwirtschaft, Domanen und Forsten. Die Auflösungs= behörde hat den Beschlug nach Rechtstraft den Miniftern zur Genehmigung vorzulegen. Mit der Genehmigung kommt das Baldgut oder der Schutforst zur Entstehung.
- (2) Die Entscheidung der Minister hat die Auflösungsbehörde dem Befiger bekanntzugeben.

tommikauflösung berhindern.

<sup>9</sup> Die Bilbung des Walbguts erfolgt im öffentlichen Interesse (§ 152 Abs. 1) und daher von Amts wegen und kostensrei.

Bgl. auch die entsprechenden Vorschriften des Westfälischen Anerbengesetes.

Der Schutforst (3wangsauflösungsgeset § 153) unterscheidet sich bom Baldgut vornehmlich dadurch, daß bei letzterem auch ein Schutz gegen die Zerhlitterung im Erbgang — durch das Anerbenrecht! — besteht, während der Schutzforst nur sachenrechtlichen Berfügungsbeschränkungen unterliegt.

\* Die Borschrift will eine Umgehung der Borschriften über die Fidei-

- e) Die Wirkungen der Waldguts= und Schutforstbildung. I. Staatliche Forstaufsicht10.
- § 157. (1) Baldgüter und Schutforften ftehen unter ftaatlicher Forft-aufficht.
- (2) Staatliche Forstaufsichtsbehörde ist der Regierungsprasident, in dessen Bezirke das Balbgut ober der Schutsorft liegt.

(Abf. 3 und 4 betr. Ginzelheiten.)

#### Durchführung der Forstaufsicht10

§ 158. (1) Die Forstaussicksbehörde hat darüber zu wachen, daß der Wald nach sorstwirtschaftlichen Grundsätzen, welche die Nachhaltigkeit gewährleisten, bewirtschaftet wird. Der Bewirtschaftung ist ein von der Forstaussichtsbehörde genehmigter Wirtschaftsplan (Betriebsplan oder Betriebsgutachten) zugrunde zu legen. Die Betriebsart und innerhalb der Grenzen einer pfleglichen Forstwirtschaft auch die Wirtschaftsziele, die Umtriebszeiten, den Gang der Abnutzung und die technische Behandlung des Waldes bestimmt der Eigentümer nach freiem Ermessen. Auch im übrigen ist auf berechtigte Wünsche und die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Eigentümers nach Möglichkeit Kücksicht zu nehmen. Die Forstaussichtsbehörde hat auch darüber zu wachen, daß die öfsentlichen Interessen gewahrt werden.

(Abs. 2 bis 11...)

- (12) Wenn der Eigentümer die Bewirtschaftung des Waldes der Aufslicht einer Landwirtschaftskammer unterstellt und diese die Aufsicht übernommen hat, so beschränkt sich die Aufsicht der Forstaussichtsbehörde auf die Oberaussicht. Der Landwirtschaftskammer liegen in diesem Falle die nach den Abs. 1 bis 11 der Forstaussichtsbehörde zugewiesenen Ausgaben ob ...
  - II. Teilungs= und Beräugerungebeichränkungen.
- § 160. (1) Bur Teilung des zum Balbgut ober Schutsorfte gehörenden Grundbesitzes sowie zu seiner Beräußerung im ganzen ober in Teilen ist die Genehmigung der Forstaufsichtsbehörde ersorberlich . . .

(Abs. 2 und 3...)

(4) Bur Beräußerung im Wege ber Zwangsvollstredung bedarf es der Genehmigung nur, wenn sich die Beräußerung nicht auf den gesamten zum Baldgut oder Schutzorst gehörenden Grundbesitz, sondern auf Teile erstreckt . . .

(Apl. 2...)

10 Die Vorschriften wollen dafür sorgen, daß die anerkannt vorzügliche Bewirtschaftung der Fideikommißwaldungen auch über den Zeitpunkt der Fideikommißauflösung hinaus erhalten bleibt, da sie im öffentlichen Intersesse liegt.

Der solgerichtige Gedanke, derartige Borschriften allgemein auch für den früher nicht sideikommissarisch gebundenen Privatwald zu erlassen, hat zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Forstkulturgesetzes geführt. Dieser ist indessen bistang nicht zu Annahme gelangt.

§ 161. Durch einen Eigentumswechsel, der sich auf den gesamten zu dem Waldgut oder Schutsforst gehörenden Grundbesitz erstreckt, wird der Fortbestand des Waldguts oder des Schutsvrstes nicht berührt. Das gleiche gilt. wenn das Eigentum am Balbaut oder Schutforfte mehreren gemeinichaft= lich oder zur gesamten Sand zusteht und ein Wechsel in der Berson der Berechtigten eintritt.

(§§ 162 bis 164...)

#### III. Anerbenrecht bei Waldgütern.

- § 165. (1) Das Waldgut fällt, wenn der Eigentümer von mehreren Bersonen beerbt wird und keine abweichende Berfügung bon Todes wegen 11 getroffen hat, als Teil ber Erbichaft fraft Gesetzes einem der Erben als Gutserben (Anerben) zu.
- (2) An die Stelle des Waldguts tritt im Berhältnis der Miterben unter= einander der Gutswert. § 69 findet Anwendung12. Auf Antrag eines Beteiligten ist ein von der Landwirtschaftskammer zu benennender Sachverständiger darüber zu hören, ob der festgestellte Einheitswert im Sinblick auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit des Waldguts der Billigkeit, entsprickt
- (3) Bon dem Gutswert gebührt dem Gutserben die Hälfte als Boraus13. Die Bestimmungen der §§ 11, 14, § 15 Abs. 3, §§ 16, 19, § 20 Abs. 2, § 22 und § 25 Ziff. 1 des Höfegesetzes für die Brovinz Hannover in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1909 — GS. S. 662 — sowie bes § 33 Abs. 1 und 3 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Land= gütern in der Provinz Bestfalen, vom 2. Juli 1898 — GS. S. 139 gelten entsprechend. Der Bergicht 14 auf bas Gutserbenrecht ift dem Nachlaggericht gegenüber zu erklären. Die Eintragung des Gutserben im Grundbuch erfolgt auf Grund eines Gutsfolgezeugnisses des Nachlaggerichts. Auf Antrag eines Beteiligten kann das Nachlaggericht nach Anhörung der übrigen Beteiligten bestimmen, daß bon der Tilgung der auf dem Waldgute ruhenden Schulben (§ 14 des Höfegesetes) abzusehen ift. Die Reihen-

Bur Realteilung des Waldguts bleibt aber die Genehmigung nach §§ 160 und 161 erforderlich.

12 Der Gutswert wird unter Zugrundelegung des Einheitswerts nach dem Reichsbewertungsgeset vom 10. August 1925 (RGBl. I S. 214) berechnet. Von dem so ermittelten Gesantwerte sind die Schulden und Lasten,

soweit sie nicht bereits bei der Feststellung des Einheitswerts berücksichtigt sind, in Abzug zu bringen. Bgl. des näheren § 69.

13 Betr. Boraus dgl. Einleitung Ar. VII c auf Seite 24.

14 Die entsprechend anwendbaren Borschriften des hannoverschen Höfegeses betreffen: Erwerb und Bergicht auf das Anerbenrecht (§§ 11, 16); Nachläßverbindlichteiten (§§ 14, 15 Abs. 3); nachträgliche Beräußerung (§ 19); Zulässigkeit abweichender Berfügungen (§ 20 Abs. 2); Pflichtteil (§ 22). Der § 33 Bestfälischen Anerbemgesetzes betrifft das gesetze liche Borkaufsrecht der Miterben.

Das hannoversche Höfegesetz ist auf Seite 125, das westfälische Anerben=

geset ist auf Seite 53 abgedruckt.

Schriften 178, III.

<sup>11</sup> Freiheit der Berfügung bon Todes wegen entsprechend EBBGB. Art. 64 Abs. 2.

folge mehrerer borkaufsberechtigter Beteiligter regelt sich nach ben Bestimmungen des Abs. 4.

- (4) Als Gutserben sind zunächst die Abkömmlinge, der Ehegatte und die Eltern des Erblassers sowie seine Geschwister und deren Abkömmlinge berusen. Die Borschriften des § 10 des genannten Hösegesetzes mit Ausenahme des Sates 2 unter Ziffer 1 Abs. 3 gelten entsprechend. Alsdann sind die gesetlichen Erben der späteren Ordnungen (§ 1926ss. des Bürgerslichen Gesetzlichen Grenzbeuches) berusen 1.5; treffen mehrere gleichberechtigte Erben zussammen, so wird der Anerbe unter sinngemäßer Anwendung der vorbezeicheneten Borschriften bestimmt; innerhalb der einzelnen Stämme entscheidet der Borzug des männlichen Geschlechts und der Erstgeburt. Personen, die zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind, stehen den übrigen Miterben nach, sosen die Ansechtungsklage rechtskräftig abgewiesen oder nicht innerhalb der gesetlichen Frist erhoben wird.
- (5) Sinterläßt der Erblaffer mehrere Waldgüter16 oder außer dem Baldgute noch ein Bein-, Deich- oder Landgut, fo können, unbeschadet abweichender Beftimmungen des Erblaffers, die als Gutserben Berufenen in der Reihenfolge ihrer Berufungen je ein Gut wählen. Sind mehr Güter als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in der gleichen Reihenfolge wiederholt. Das Nachlaggericht kann jedoch auf Antrag einem Gutserben. und awar aunächst dem auerst Berufenen, nach Unbörung der übrigen Gutserben gestatten, mehrere benachbarte Güter vorweg zu wählen, wenn ihre gemeinschaftliche Bewirtschaftung durch einen Gutserben zweckmäßig ericheint. Der Mehrbetrag der Nachlagverbindlichkeiten (§ 14 Abf. 1 Sat 2, Abs. 2 des genannten Höfegesetzes) ist auf die Gutserben und die Güter nach dem Berhältnisse des Gutswerts der Güter zu berteilen. Das Eigentum an den Gütern geht mit der Auseinandersetzung auf die Gutserben über. 3m 3meifelsfall ist der Zeitpunkt des übergangs vom Nachlaggerichte festzuftellen. Die Bestimmungen des § 24 Ziff. 2 Abs. 2 des genannten Sofegefetes gelten entsprechend.
- (6) Gehört das Waldgut zu einer ehelichen oder fortgesetzten Güters gemeinschaft, so gelten für die Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft die Borschriften der Abs. 2 und 3 entsprechend. Das Eigentum an dem Waldgute geht mit der Auseinandersetzung auf den Gutserben über. Macht der überlebende Shegatte von der ihm nach dem ehelichen Güterrechte zusstehenden Besugnis zur übernahme des Gutes Gebrauch, so gilt er als Gutserbe. Die Bestimmungen der Säte 1 und 2 sind anwendbar. Ersolgt die Auseinandersetzung bei Bestehen der Ehe, so kann, sosern sich nicht aus § 1477 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzuchs ein anderes ergibt, in erster Linie der Chemann erklären, daß er das Gut übernehmen wolle.
  - (7) Das Nachlaßgericht hat auf Antrag eines Beteiligten eine gütliche

<sup>15</sup> Gesetliche Erben der späteren Ordnungen (§§ 1926ff. BGB.) 3. B. die Großeltern, Urgroßeltern usw. und deren Abkömmlinge.

Einziger Fall, in dem so entfernte Verwandte zu Anerben berusen sind. 

16 Betr. mehrere Waldgüter bgl. den shsematischen überblick unter Nr. V a. E. auf Seite 18.

Bereinbarung über die Auseinandersetzung zu versuchen und dabei auf die Erhaltung der Leiftungöfähigkeit des Waldguts hinzuwirken. Erfolgt eine Einigung nicht, so kann das Nachlaggericht auf Antrag eines Beteiligten nach Unhörung der übrigen bestimmen, dag die Abfindung nicht in Rapital, sondern durch Errichtung einer Rente gewährt wird 17. Die Borschriften des § 20 Abs. 5 und des § 21 des Gesetzes, betreffend bas Unerbenrecht bei Renten- und Unsiedlungsgütern bom 8. Juni 1896 (GS. S. 124) finden in diesem Falle entsprechende Anwendung 18. Das Rachlaggericht kann bei Anderung der allgemeinen oder der persönlichen Berhältnisse der Beteiligten bestimmen, daß der Berechtigte die Ablösung der Rente beanspruchen kann. Wird von einer öffentlichen Rreditanstalt dem Eigentümer des Waldguts zur Ablösung einer im Grundbuch eingetragenen Abfindung ein Tilgungsdarlehen gewährt, so gelten die Bestimmungen des § 31 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Landgütern in der Proving Westfalen, vom 2. Juli 1898 (GS. S. 139) entsprechend 19.

- (8) Die Befugnis des Grundeigentümers, über das Waldgut von Todes wegen abweichend zu verfügen, bleibt unberührt 20.
- (9) Das Anerbenrecht ruht, solange das Waldgut noch fideikommissarisch gebunden ist<sup>21</sup>. Ist der Eigentümer nach dem Freiwerden des Bermögens noch nach Art eines Borerben in der Verfügung über das Waldaut beschränkt. so wird das Anerbenrecht erst wirksam, wenn die Beschränkung weggefallen ist 22.
- (10) Die Bestimmungen der geltenden Anerbenrechte sind auf die Bald= auter nicht anwendbar, soweit nicht in den vorstehenden Borichriften auf sie verwiesen ist.
  - g) Teilung der Baldgüter und der Schutforften.
- § 167. Auf Antrag des Eigentümers können Waldgüter und Schutzforften in der Beise geteilt 23 werden, daß aus den Teilen selbständige Bald= auter oder Schukforften gebildet werden, wenn die Borausfetungen hierfür vorliegen.
  - h) Umwandlung von Waldgütern und Schutforsten.
- § 168. (1) Ein Waldaut kann auf Antrag des Eigentümers in einen Schutforst umgewandelt werden. Grundstude, die einem Schutforst nicht einverleibt werden können, sind bei der Umwandlung auszuscheiden.

<sup>17</sup> Betr. Abfindung in Rapital oder Rente bgl. ihstematischen überblick unter Rr. VIII a auf Seite 25.

<sup>18</sup> Die entsprechend anwendbaren § 20 Abs. 5 und § 21 Rentenguts-Unerbengeset regeln die sog. Erbabfindungsrente näher. Diese ist in der Regel untündbar und beträgt ½5 des Kapitals.

<sup>19</sup> Der § 31 Westfälischen Anerbengesetzes betrifft den Rang der einzustragenden Rente.

<sup>20</sup> Testierfreiheit entsprechend EGBGB. Art. 64 Abs. 2. Bgl. auch

ben § 165.

21 Bgl. § 154 Abs. 1 u. 2.

22 Rach Art eines Borerben beschränkt kann nur ber erste Folger sein, in deffen Sand das Bermögen frei geworden ift.

<sup>23</sup> Betr. Teilung des Waldguts vgl. § 160.

(2) Ein Schutforft kann auf Antrag des Eigentumers in ein Balbaut umgewandelt24 werden, wenn die Boraussehungen für die Bildung eines Waldauts vorliegen.

Aufhebung der Waldgüter und der Schutforsten.

§ 169. Ein Waldgut oder ein Schutforst ist auf Antrag aufzuheben, wenn bie für seine Bildung festgestellten Borausseungen 26 weggefallen sind. insbesondere wenn ein Baldgut die wirtschaftliche Selbständigkeit berloren hat. Wenn bei einem Teile des Waldauts oder des Schukforstes die Boraussetungen seiner Einbeziehung in das Waldqut oder den Schutforst weggefallen sind, kann die Waldguts- oder Schutforsteigenschaft dieses Teiles aufgehoben werden. Untragsberechtigt ift auch die Forstaufsichtsbehörde.

#### B. Deich= und Baldguter.

- § 174. (1) Besteht ein Fideikommiß zu einem wesentlichen Teile aus deich= pflichtigen Grundstüden, so ift ein Deichgut zu bilben, wenn bies nach bem Gutachten des Deichamtes mit Rudficht auf die gute bauliche Erhaltung der Deiche oder auf die Gewinnung oder Erhaltung von Weideland durch Bolderdeiche im öffentlichen Interesse 26 liegt.
- (2) Gehören zu einem Fideikommiß Grundstücke, die dem Weinbau dienen, so ist aus diesen sowie aus den zur Bewirtschaftung und Erhaltung der Weinberge erforderlichen land= und forstwirtschaftlich genutten Grund= ftuden ein Weingut zu bilden, wenn dies im öffentlichen Interesse 26 liegt.
- (3) Die für die Waldgüter geltenden Bestimmungen finden sinngemäß Unwendung. Gine Mindestgröße ist nicht vorgeschrieben. Zum Bestandteil eines Weinguts können auch zerftreut liegende, dem Weinbau dienende Grundstücke erklärt werden 27. Aufsichtsbehörde über Deich= und Beingüter ift der Regierungsbräsident, in dessen Bezirk das Gut liegt. Die Borlegung eines Wirtschaftsplans findet nicht statt.

#### C. Lanbauter.

Auf die Landgüter28, die auf Grund des § 16 der 3wangsauflösungs= berordnung vom 19. November 1920 (GS. S. 463) in ihrer bis zum 1. Oktober 1930 geltenden Fassung gebildet worden sind, find die Bestimmungen über Baldgüter entsprechend anzuwenden. Aufsichtsbehörde ift der Landeskulturamtspräsident. Ihm stehen dieselben Befugnisse zu wie dem Regierungspräsidenten bei Balbgutern. Die Borlegung eines Birtichafts= planes findet nicht statt.

gut nach § 152 Abs. 1.

28 Landgüter (§ 16 3w.A.Brdg.) dürsen nicht mehr neu gebildet werden: Art. 41 Abj. 2 Fid.-Anderungsgesetzes vom 22. April 1930.

<sup>24</sup> Rur auf diesem Wege kann ein Waldgut aus nicht mehr fideikom= missarisch gebundenem Besit gebildet werden; bgl. Anm. 6 zu § 152.

<sup>26</sup> Boraussehungen für die Waldgutsbildung: § 151.

<sup>26</sup> Betr. öffentliches Interesse bgl. Anm. 5 zu § 152.
27 Zerstreute Lage beim Weingut nicht hinderlich. Anders beim Walb-

## Westfalen.

#### 4. Befeg 1-3,

betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Proving Westfalen und in den Rreisen Rees, Effen (Land), Effen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr,

vom 2. Juli 1898 (GS. S. 139).

- § 1. Anerbengut im Sinne dieses Gesetzes wird jedes in der Provinz Bestfalen und in den Rreisen Rees, Effen (Land), Effen (Stadt), Duisburg. Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr belegene Landaut durch Gintragung ber Unerbengutseigenschaft im Grundbuche.
- § 2. Landgut ist jede ihrem Sauptzwecke nach zum Betriebe der Land= oder Forstwirtschaft bestimmte und zur selbständigen Nahrungsstelle ge= eignete Besitzung, welche mit einem, wenn auch räumlich von ihr getrennten Wohnhause versehen ift.

Das Landgut besteht aus den zu einem wirtschaftlichen Ganzen ber= bundenen Grundstüden des Eigentümers.

§ 3. Die Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche erfolgt auf Ersuchen bes zuständigen Spezialkommissars.

Die Anerbengutseigenschaft wird auf dem Titelblatte eingetragen. Besteht das Anerbengut aus mehreren im Grundbuche gesondert eingetragenen Grundstüden, so ift bei einem jeden die Bugehörigkeit zum Anerbengute im Grundbuche zu bermerken.

§ 4. Auf Antrag bes Eigentümers können dem Anerbengute andere Grundstüde zugeschrieben werden. Diese Grundstüde erlangen durch die Buschreibung Anerbengutseigenschaft, auch wenn sie außerhalb bes Geltungs= bereiches diefes Gefetes belegen find.

1 Ausführungsvorschriften

a) Allg. Berf. b. Juft.-Min. bom 22. Januar 1900 betr. die Einstragung der Anerbengutseigenschaft bei Anerbengutern im Sinne

des Gesetzes vom 2. Juli 1898 (JMBI. S. 34).

b) Ausf.-Anweisung zum Gesetz betr. das Anerbenrecht bei Lands gütern in der Krodinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisdurg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr dom 17. April 1920 (Landw.-Min.Bl. S. 162) — regelt die Zuständigkeit der Kulturamtsvorsteher.

<sup>2</sup> Dentschrift betr. Aussührung des Westfälischen Anerbengesets bom 2. Juli 1898; bom 8. September 1905 — Landtags-Druck. Nr. 6 Haus d. Abg. 20. Leg. Per. II. Sess. 1905/06.

3 Alteres Recht: Landgüterordnung für die Provinz Westfalen und die Kreise Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr vom 30. April 1882 (GS. S. 255).

Die Landgüterordnung — welche (§ 5) einen Antrag des Eigentümers auf Eintragung in die Landgüterrolle voraussetze — hat sich in der Praxis nicht bewährt. Es wurde daher (hauptsächlich auf Betreiben des westfälischen Bauernvereins) das jest gültige Anerbengesetz — mit Eintragung bon Umts wegen - eingeführt.

§ 5. Die Anerbengutseigenschaft wird durch Löschung im Grundbuche aufgehoben.

Die Löschung erfolgt auf Ersuchen des Spezialkommissars.

§ 6. Die Unerbengutseigenschaft von Teilen eines Landgutes erlischt mit dem Abergange des Eigentums an diesen Teilen auf einen anderen. Die Löschung der Anerbengutseigenschaft erfolgt in diesem Falle bei der Einstragung des neuen Eigentümers von Amts wegen.

Werden Teile eines Anerbengutes ohne eine gleichzeitige Eigentumss veränderung von dem bisherigen Grundbuchblatt oder Artikel abgeschrieben, so bleiben diese Teile Anerbengut und ist die Anerbengutseigenschaft auf das neue Blatt oder den neuen Artikel zu übertragen.

- § 7. Bon der Eintragung und von der Löschung der Anerbengutseigenschaft, von der die Anerbengutseigenschaft begründenden Zuschreibung (§ 4) sowie von jeder Abschreibung (§ 6) ist den Beteiligten und dem Spezialkommissar unverzüglich Kenntnis zu geben.
- § 8. Der Spezialkommissar hat die Eintragung und die Löschung von Amts wegen nachzusuchen.

Bei Besitzungen mit einem Grundsteuer-Reinertrage von weniger als 60 M erfolgt die Prüfung, ob sie ein Landgut im Sinne des § 2 darstellen, nur auf Antrag des Eigentümers.

Die Eintragung ist nachzusuchen, wenn und insoweit die Voraussetzungen bes § 2 borhanden sind.

Die Löschung ist nachzusuchen, wenn und insoweit die Grundstücke, bei benen die Anerbengutseigenschaft eingetragen ist, ein Landgut im Sinne des § 2 ober einen Teil eines solchen nicht mehr darstellen.

§ 9. Der Spezialkommissar hat, falls er eine Eintragung ober eine Löschung nachzusuchen beabsichtigt, den Eigentümer zu hören. Bestehen zwischen ihm und dem Eigentümer Meinungsverschiedenheiten, so entscheidet eine Kommission (Anerbenkommission), welche aus dem Spezialskommissar als Borsikendem und zwei Sachverständigen als Beisikern besteht. Die Sachverständigen werden von dem Kreistage aus der Zahl derjenigen Personen gewählt, welche im Kreise mit einem den Ersordernissen des § 2 entsprechenden Landgute angesessen sind. Dem Beschluß der Anerbenkommission ist eine Begründung beizusügen.

Gegen den Beschluß der Anerbenkommission, ob eine Eintragung oder eine Löschung nachgesucht werden soll oder nicht, steht dem Eigentümer und dem Spezialkommissar binnen einer Notfrist von zwei Wochen, welche bei dem Eigentümer mit der Zustellung des Beschlusses, bei dem Spezialkom-missar mit der Beschlußfassung beginnt, die Beschwerde an eine bei der Generalkommission zu Münster zu bildende Berufungskommission zu, welche endgültig entschetet. Diese Kommission besteht aus zwei von dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestellten Mitgliedern der Generalkommission, von denen das eine den Borsitz führt, und aus drei von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen gewählten Sachsverständigen.

Das Ersuchen um Eintragung oder um Löschung ist erst nach Rechtskraft bes Beschlusses zu stellen.

§ 10. Der Spezialkommissar hat in Zwischenräumen von regelmäßig zehn Jahren zu prüfen, ob und inwicweit die Grundstücke, bei denen die Anerbengutseigenschaft eingetragen ist, ein Landgut im Sinne des § 2 oder Teile eines solchen noch darstellen, oder ob Grundstücke, bei denen die Anerbengutseigenschaft nicht eingetragen ist, die Eigenschaft eines Landsgutes im Sinne des § 2 oder von Teilen eines solchen erlangt haben. Sosern der Spezialkommissar beabsichtigt, eine Eintragung oder eine Löschung nachzusuchen, findet das im § 9 vorgesehene Versahren Anwendung.

§ 11. Bei Landgütern, deren Wohnhaus in einem

der Landgerichtsbezirke

Bochum.

Effen mit Ausschluß des Amtsgerichtsbezirks Dorften,

Duisburg mit Ausschluß der Amtsgerichtsbezirke Emmerich, Rees, Wesel und der zum Amtsgerichtsbezirke Dinslaken gehörigen Gemeindebezirke Bruchhausen, Görsicker, Löhnen, Mehrum, Möllen und Börde,

der Amtsgerichtsbezirke

Altena, Berleburg, Burbach, Dortmund, Hagen, Haspe, Hilchensbach, Hörbe, Hohenlimburg, Jscrlohn, Kastrop, Laasphe, Lübensscheid, Meinertshagen, Menden, Plettenberg, Schwelm und Siegen,

der Stadtbezirke

Brilon im Amtsgerichtsbezirke Brilon, Medebach, Winterberg und Hallenberg im Amtsgerichtsbezirke Medebach,

der Gemeindebegirke

Berge, Braunshausen, Dreislar, Hesborn, Liesen, Medelon und Züschen im Amtsgerichtsbezirke Medebach,

Albagen, Fürstenau, Hörter, Lüchtringen und Stahle im Amts= gerichtsbezirke Hörter, Steinheim und Lügde im Amtsgerichts= bezirke Steinheim

belegen ist, erfolgt die Eintragung und die Löschung der Anerbengutseigensschaft auf Antrag derjenigen, welche über das Landgut letzwillig verfügen können. Der Antrag kann auf die Eintragung oder auf die Löschung von Teilen eines Landgutes beschränkt werden.

Die Eintragung der Anerbengutseigenschaft ersolgt nur, wenn nach Bescheinigung des Spezialkommissars die Grundstücke, bei denen die Einstragung bewirkt werden soll, ein Landgut im Sinne des § 2 darstellen. Die Löschung der Anerbengutseigenschaft von Teilen eines Landgutes erfolgt nur, wenn nach Bescheinigung des Spezialkommissars die übrigen Teile ein Landgut im Sinne des § 2 darstellen. Das Amtsgericht hat, wenn ihm von dem Antragsteller eine entsprechende Bescheinigung des Spezialskommissars nicht vorgelegt ist, diesen um eine Außerung zu ersuchen.

- Der § 7 findet insoweit keine Anwendung, als darin eine Benachrichtigung bes Spezialkommiffars borgeschrieben ift.
- § 12. Das Recht bes Eigentümers, über bas Anerbengut unter Lebenden und von Todes wegen zu berfügen, wird durch dieses Geset nicht berührt.

Der Eintritt des Unerbenrechtes kann für den einzelnen Erbfall außer in der Form einer lettwilligen Berfügung durch eine öffentlich beglaubigte Erklärung derjenigen, welche über das Landgut lettwillig verfügen können, ausgeschlossen werden. Die Erklärung ist auf Berlangen der Beteiligten koftenfrei zu den Grundakten zu nehmen.

§ 13. Wenn zu einem Nachlasse ein Anerbengut gehört und der Erblasser von mehreren Personen beerbt wird, so fällt ohne Rücksicht auf den letzten Wohnsitz des Erblassers in Ermangelung einer entgegenstehenden Berfügung von Todes wegen das Anerbengut als Teil der Erbschaft kraft des Gesetzes einem Erben (dem Anerben) allein zu.

Das Anerbenrecht gilt, unbeschadet der Bestimmungen des § 20, nur für die Abkömmlinge und die Geschwister des Erblassers sowie deren Abskömmlinge.

Es tritt nur ein, wenn der Anerbe zugleich Erbe des Erblaffers ift.

Bum Nachlasse gehört im Sinne bes Absages 1 bas Anerbengut nicht, wenn und insoweit eine Nachlagberbindlichkeit zur Beräußerung besteht.

§ 14. Die Reihenfolge, in welcher die Abkömmlinge des Erblassers zu Unerben berufen werden, richtet sich, falls nicht lehtwillig etwas anderes bestimmt ist, nach folgenden Grundsätzen.

Leibliche Kinder gehen den Adoptivkindern, eheliche den unehelichen bor. Legitimierte Kinder stehen den ehelichen gleich. Ferner geht bor der ältere Sohn und in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter.

An die Stelle eines verstorbenen Kindes oder eines Kindes, welches die Erbschaft ausgeschlagen hat, treten dessen Abkömmlinge nach den für die Kinder geltenden Grundsähen. Die Abkömmlinge sind erst nach den Kindern des Erblassers zu Anerben berufen. Sie gehen aber den in § 16 bezeichneten Kindern des Erblassers vor.

- § 15. Bei Anerbengütern, deren Wohnhaus in einem der Amtsgerichtsbezierke Bielefeld, Bünde, Delbrück, Gütersloh, Halle, Herford, Lübbecke, Dehnhausen, Rhaden, Rheda, Rietberg, Tecklenburg, Blotho und Wiedenbrück belegen ist, geht der jüngere Sohn, und in Ermangelung von Söhnen die jüngere Tochter vor. Dasselbe gilt für die Gemeindebezirke Eickhorst, Eisbergen, Hausberge, Holzhausen I, Kostädt, Lohfeld und das Amt Dützen im Amtsgerichtsbezirke Minden sowie für die Gemeindebezirke Ibbenbüren-Land, Brochterbeck, Mettingen und Riesenbeck im Amtsgerichtsbezirke Ibbenbüren.
- § 16. Kinder, welche zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind, sowie Kinder, welche vor dem Tode des Erblassers eine rechtskräftige Beruteilung zu Zuchthausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerslichen Ehrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen Miterben nach.

- § 17. Gehören zu den Erben Geschwifter oder beren Abkömmlinge, so sinden die §§ 14 bis 16 entsprechende Anwendung. Vollbürtige Geschwister und deren Abkömmlinge gehen den halbbürtigen und deren Abkömmlingen vor.
- § 18. Der Anerbe erwirbt das Eigentum des Anerbengutes mit dem Erwerbe der Erbschaft. Jedoch steht es ihm frei, ohne die Erbschaft auszusichlagen, auf das Anerbenrecht zu verzichten. In solchem Falle geht dieses auf den nächsten Anerbenberechtigten mit der Wirkung über, als ob derselbe von vornherein der Anerbe gewesen wäre.
- § 19. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Ansnahme und Ausschlagung der Erbschaft finden auf das Anerbenrecht entsprechende Anwendung.

Die Frist für den Berzicht auf das Anerbenrecht beginnt mit dem Zeitpunkte, in welchem der Anerbe von seiner Berufung zum Anerben Kenntnis erlangt. Ist ein Erbe durch Berfügung von Todes wegen zum Anerben berufen, so beginnt die Frist nicht vor der Berkündigung der Berfügung.

Steht der zum Anerben Berufene unter elterlicher Gewalt oder unter Bormundschaft, so ist zum Berzicht auf das Anerbenrecht die Genehmigung des Bormundschaftsgerichtes erforderlich.

§ 20. Wenn zu dem Gesamtgute einer aufgelösten Gütergemeinschaft ein Anerbengut gehört, so tritt der überlebende Ehegatte, falls er nach den Borschriften des allgemeinen Rechtes zur übernahme des Gutes berechtigt ist und von diesem Rechte Gebrauch macht, als Anerbe ein. In diesem Falle erwirdt er das Eigentum des Anerbengutes mit der Auseinandersstung, und wenn er vorher in öffentlich beglaubigter Form gegenüber dem Nachlaßgerichte erklärt hat, daß er von seinem übernahmerechte Gebrauch mache, mit dem Zeitpunkte des Einganges der Erklärung bei dem Nachlaßegerichte.

Der überlebende Ehegatte tritt nicht als Anerbe ein, wenn er bei Beendigung der Gütergemeinschaft entmündigt ist oder vorher eine rechtseträftige Verurteilung zu Zuchthausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten hat, oder wenn die Anerbengutseigenschaft auf seinen Antrag während fortgesetzter allgemeiner Gütergemeinschaft eingetragen ist.

§ 21. Ist ein Chegatte zur übernahme bes zum Gesantgute einer aufgelösten Gütergemeinschaft gehörigen Anerbengutes nicht berechtigt, ober macht er von seinem Rechte zur übernahme keinen Gebrauch, so treten die bei der Auseinandersehung über das Gesantgut beteiligten Abkömmlinge, Geschwister und Abkömmlinge von Geschwistern nach Maßgabe der §§ 14 bis 17 als Anerben ein; es ist jedoch im Falle des § 16 statt der Zeit des Todes des Erblassers der Zeitpunkt der Beendigung der Gütergemeinschaft maßgebend.

Mit dem gleichen Zeitpunkte erwirbt der Anerbe das Eigentum des Anerbengutes, wenn ein zur übernahme des Gutes berechtigter Ehegatte nicht vorhanden ist. Ist ein solcher vorhanden, so erwirbt der Anerbe das Eigentum mit der Auseinandersehung, sosern nicht der Ehegatte vorher in öffentlich beglaubigter Form gegenüber dem Nachlaßgerichte den Berzicht auf die übernahme des Gutes erklärt hat. In letzterem Falle sindet die Bestimmung des § 20 Absat 1 Sat 2 entsprechende Anwendung.

§ 22. Zur Eintragung des Anerben als Eigentümers im Grundbuche ist die Einwilligung der übrigen bei der Auseinandersetzung Beteiligten erforderlich. Bor der Eintragung ist das Anerbengut der Zwangsvollstreckung durch die Gläubiger des Anerben nicht unterworfen.

Die übertragung bes Anerbenrechtes durch Berfügung unter Lebenden, insbesondere durch Erbschaftskauf, ist ungulässig.

- § 23. Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, erfolgt die Teilung des Nachlasses ober des Gesamtgutes unter die Beteiligten einschließlich bes Anerben nach dem allgemeinen Rechte. Nach diesem Rechte richtet sich auch die Haftung der Beteiligten für Nachlaß= und Gesamtgutsberbindlich= keiten. Der Anerbe haftet für diese Berbindlichkeiten auch mit dem Ber= mögen, welches er als Anerbe erhalten hat.
  - § 24. Im Sinne biefes Gesches gehören zu dem Unerbengute:
  - 1. die mit dem Anerbengute oder mit Teilen des Gutes verbundenen Gerechtigkeiten;
  - 2. bie auf bem Anerbengute borhandenen Gebäude, Anlagen, Holzungen und Bäume;
  - 3. das Wirtschaftsinventar; es umfaßt: das auf dem Anerbengute borhandene, für die Wirtschaft erforderliche Bieh, Ader- und Hausgerät einschließlich des Leinenzeuges und der Betten, den borhandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung bis zur nächsten Ernte dienenden Vorräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.
- § 25. Der Unrechnungswert bes Unerbengutes wird nach folgenden Grundfägen festgestellt:

Das Anerbengut wird nach dem jährlichen nachhaltigen Reinertrage gesichätzt, den es durch Benutzung als Ganzes oder bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung und in dem bisherigen Kulturzustande gewährt. Die vorshandenen Gebäude und Anlagen sind, insoweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorderlich sind, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Werte des Autens, welcher durch Vermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letzteres gilt insbesondere von Rebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, welche zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind. Bon dem ermittelten jährlichen Wirtschaftsertrage sind alle dauernd auf dem Anerbengute ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrage abzusehen. Lasten und Abgaben, auf welche die Ablössungsgesetze Anwendung sinden,

sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Gelbrente umzurechnen. Wegen der das Anerbengut belastenden Hopotheken, Grundschulden, Rentenschulden und dauernden Renten mit Ausnahme derjenigen, welche auf Grund der Ablösungsgesetze an die Stelle von Lasten und Abgaben getreten sind, findet ein Abzug nicht statt.

Der übrigbleibende Teil des jährlichen Wirtschaftsertrages wird mit dem 25 fachen zu Kapital gerechnet.

Auf Berlangen eines Beteiligten sind Anerbengüter, beren Gebäude nebst Hofraum einen größeren Berkaufswert haben als der übrige Grundbesitz, sowie die zu einem Anerbengute gehörigen Grundstücke, welche innerhalb eines behördlich sestgestellten Bebauungsplanes liegen, mit Ausnahme der Hosesstelle, nach dem Berkaufswerte zu schätzen. Das gleiche gilt von Grundstücken, deren Berkaufswert das Biersache des Ertragswertes übersteigt, weil sie Mineralien, deren Aussuchung und Gewinnung den Borschriften des allgemeinen Berggesehes für die preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 (GS. S. 705 ss.) nicht unterliegt, insbesondere Erze, Kalksteine, Schiefer, Strontianit, Ton enthalten.

Bon dem so ermittelten Kapitalwerte, welchem der Wert des nach sorstwirtschaftlichen Grundsäßen überständigen Holzes hinzuzurechnen ist, werden
die auf dem Anerbengute haftenden vorübergehenden Lasten (Altenteile und
dergleichen) mit einem ihrer wahrscheinlichen Dauer entsprechenden Kapital
in Abzug gebracht. Tilgungsrenten werden nur insoweit abgezogen, als sie
auf Grund der Ablösungsgesetze an die Stelle von Lasten und Abgaben getreten sind, und alsdann mit demjenigen Kapitalbetrage in Rechnung gestellt, welcher durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen ist.

Das sich aus dieser Berechnung ergebende Kapital bilbet ben Unrechnungswert bes Anerbengutes.

Auf Anerbengüter, beren Wohnhaus im Landgerichtsbezirke Duisdung belegen ist, sinden vorstehende Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Reinertrag des Anerbengutes ohne Berücksichtigung des vorhandenen Wirtschaftsinventars ermittelt, das letztere besonders geschätzt und sein Wert dem gemäß Absat 3 kapitalisierten Teile des Wirtschaftsertrages hinzusgerechnet wird.

§ 26. Bei der Auseinandersetzung sind die Nachlaßverbindlichkeiten, soweit sie allen Beteiligten zur Last fallen, einschließlich der das Anerbensaut belastenden Hypotheken, Grundschulden, Mentenschulden und der nach § 25 nicht in Abzug gebrachten Renten auf das außer dem Anerbengute vorhandene Bermögen anzurechnen. Zu diesem Zwecke sind die dauernden Renten mit dem 25 sachen Betrage oder, wenn für den Fall ihrer Ablösung auf Berlangen des Berpflichteten ein höherer Betrag vereinbart ist, mit diesem zu kapitalisieren. Die Tilgungsrenten sind mit den durch die Rentenzahlungen noch zu tilgenden Kapitalbeträgen, die Rentenschulden mit der Ablösungssumme in Rechnung zu stellen.

Werden die hiernach in Ansatz zu bringenden Berbindlichkeiten durch das außer dem Anerbengute vorhandene Bermögen gedeckt, so erhält der Ans

erbe ein Dritteil, im Landgerichtsbezirke Duisburg ein Fünfteil des Unrechnungswertes als Boraus.

Werben sie durch dieses Vermögen nicht gedeckt, so ist der Mehrbetrag der Berbindlichkeiten von dem Anrechnungswerte in Abzug zu bringen, und es erhält von dem verbleibenden Betrage der Anerbe ein Dritteil, im Landsgerichtsbezirke Duisburg ein Fünfteil als Voraus.

In diesem Falle ist der Anerbe den anderen Beteiligten gegenüber berspflichtet, den vom Anrechnungswerte in Abzug gebrachten Mehrbetrag der Berbindlichkeiten als Alleinschuldner zu übernehmen und in Höhe eines gleichen Betrages die anderen Beteiligten von der Haftung für die Bersbindlichkeiten zu besteien. Er ist hierzu nicht verpflichtet, wenn und insoweit Schulden auf dem Anerbengute lasten, neben welchen eine persönliche Bersbindlichkeit nicht besteht.

§ 27. Auf die Auseinandersetzung nach Beendigung einer Gütergemeinsschaft finden die Bestimmungen des § 26 mit folgender Maßgabe entssprechende Anwendung:

Tritt ein Chegatte als Unerbe ein, so erhält er keinen Boraus.

Tritt ein anderer Beteiligter als Anerbe ein, so erfolgt die Auseinanders setzung in Ansehung des Gesamtgutes ohne Kücksicht auf den dem Anerben gebührenden Boraus.

Fallen im Verhältnisse der Beteiligten zueinander Gesamtverbindlicheteiten nur einem Teile zur Last, so ist dieser Teil verpflichtet, den anderen Teil insoweit von der Haftung zu befreien, als die Verbindlichkeiten durch das außer dem Anerbengute vorhandene Vermögen nach vorgängigem Abzug der allen Beteiligten zur Last fallenden Gesamtgutsverbindlichkeiten nicht gedeckt werden.

§ 28. Findet eine Ausgleichung statt, so wird bei der Berechnung des Boraus der Bert der sämtlichen Zuwendungen, die zur Ausgleichung zu bringen sind, demjenigen Betrage des Anrechnungswertes und des sonst vorhandenen Bermögens hinzugerechnet, welcher den Miterben, unter denen die Ausgleichung stattfindet, rechnungsmäßig zukommt.

Hat der Anerbe durch die Zuwendung mehr erhalten, als ihm bei der Auseinandersetzung ausschließlich des Boraus zufallen würde, so verringent sich der Boraus um einen entsprechenden Betrag.

itberfreigt der Wert der Zuwendung denjenigen Betrag, welchen der Anerbe einschlichlich des Boraus bei der Auseinandersetzung erhalten würde, und verweigert der Anerbe die Herauszahlung des Mehrbetrages, so gilt diese Weigerung als Verzicht auf das Anerbenrecht. Die Fristbestimmung des § 19 findet keine Anwendung.

§ 29. Die Abfindungen vom Anrechnungswerte können nur in einer Geldrente (Abfindungsrente), die dem fünfundzwanzigsten Teile des Abfindungskapitals entspricht, verlangt werden. Soweit jedoch die Absfindungen im einzelnen den Betrag von 100 *M* nicht übersteigen, können die Berechtigten Kapitalabfindung beanspruchen.

Die Abfindungsrente läuft von dem für die Auseinandersetzung maßsgebenben Zeitpunkte an und ist mit Ablauf eines jeden Halbighres seit diesem Zeitpunkte zahlbar.

- § 30. Der Anerbe und, sofern die Rente im Grundbuche eingetragen ist, auch der Eigentümer des Anerbengutes sind berechtigt, die Rente nach vorsgängiger sechsmonatlicher Kündigung durch Barzahlung des Absindungstapitals abzulösen. Ebenso kann der Rentenberechtigte nach vorgängiger sechsmonatlicher Kündigung die Ablösung der Rente verlangen. Die Zahlung muß in Ermangelung einer anderweitigen Einigung in ungetrennter Summe durch Barzahlung erfolgen.
- § 31. Wird von der Westfälischen Landschaft oder von einer öffentlichen, mit Korporationsrechten versehenen Grundkreditanstalt dem Eigentümer eines Anerbengutes zur Ablösung einer im Grundbuche eingetragenen Abssindungsrente ein Tilgungsdarlehen gewährt, so kann die Hypothek für das Darlehen, soweit sie das nach Maßgabe der Eintragung noch zu tilgende Absindungskapital nicht übersteigt, bei Löschung der Kente mit deren Kange eingetragen werden. Die Zustimmung der im Range gleich= oder nach=stehenden Berechtigten ist nicht ersorderlich.

Die Feststellung weiterer Grundsätze über die Ablösung der Abfindungserenten durch Bermittlung geeigneter Kreditanstalten bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

§ 32. Wird das Unerbengut innerhalb 15 Jahren nach dem übergange des Eigentums auf den Unerben beräußert, so hat der Unerbe den Betrag des Boraus (§ 26) nachträglich in die Erbmasse einzuwersen.

Beräußert der Anerbe innerhalb des gedachten Zeitraumes Teile des Anerbengutes, deren Gesamtkauspreis höher ist als der zwanzigste Teil des Anrechnungswertes, so hat er denjenigen Teil des Boraus, welcher dem auf die veräußerten Grundstücke entsallenden Teile des Anrechnungs-wertes entspricht, nachträglich in die Erbmasse einzuwersen, soweit nicht inzwischen gleichwertige Grundstücke dem Anerbengute zugeschrieben sind.

Diese Bestimmungen sinden keine Anwendung, wenn der Anerbe das Anerbengut ganz oder teilweise an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten veräußert. Der Erwerber ist jedoch in Gemäßheit der Absäte 1 und 2 den Boraus ganz oder teilweise einzuwersen verpslichtet, wenn er das Anerbengut oder einen Teil desselben während des angegebenen Zeitraumes an einen anderen als einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten weiterveräußert.

§ 33. Wird das Unerbengut innerhalb 15 Jahren nach dem übergange des Eigentums auf den Unerben verkauft, so steht den bei der Auseinanders setzung beteiligt gewesenen Unerbenberechtigten, soweit sie nicht auf das Unerbenrecht verzichtet haben, ein Borkaufsrecht zu.

Die Reihenfolge mehrerer Borkaufsberechtigten regelt sich nach ben Parasgraphen 14 bis 17 und 21.

Das Borkaufsrecht beschränkt sich auf ben Fall bes Berkauses durch ben Anerben. Es findet auch statt, wenn die Beräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung ersolgt. Das Borkaufsrecht kann nicht ausgeübt werden, wenn
das Gut an einen dem Berkäuser gegenüber anerbenberechtigten Berwandten verkaust wird.

§ 34. Sind mehrere Anerbengüter vorhanden, so finden die vorstehenden Bestimmungen mit folgender Maggabe entsprechende Anwendung:

Der überlebende Ehegatte tritt unter den Boraussehungen des § 20 in betreff sämtlicher Anerbengüter als Anerbe ein; im übrigen kann jeder Berechtigte in der Reihenfolge seiner Berusung zum Anerben je ein Anerbensgut wählen. Sind mehr Anerbengüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

Der Mehrbetrag der Nachlaß- oder Gesamtgutsverbindlichkeiten (§§ 26 und 27) ist auf die mehreren Anerbengüter nach Verhältnis der Ansrechnungswerte zu verteilen.

Der Anerbe erwirbt das Eigentum des Anerbengutes mit der Auseinandersetzung, soweit er nicht in betreff sämtlicher Anerbengüter Anerbe ist.

- § 35. Die Geschwister des Anerben können standesgemäßen Untershalt auf dem Anerbengute gegen standesgemäße, ihren Kräften entsprechende Mitarbeit von dem Anerben bis zu ihrer Großjährigkeit beanspruchen.
- Diese Befugnis hört auf, wenn auf Berlangen der Berechtigten das Absfindungstapital ober Zinsen davon oder Abfindungsrenten gezahlt werden.
  - Sind mehrere Anerben vorhanden, jo haften diese als Gesamtschuldner.
- Diese Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn gemäß § 20 der Ehegatte als Anerbe eintritt.
- § 36. Wenn ein Chegatte, welcher nicht in Gütergemeinschaft gelebt hat, nach dem Tode des anderen Ehegatten auf alle ihm gegen den Nachlaß zustehenden Ansprüche verzichtet und sein Vermögen zur Erbmasse einwirft, so kann er von dem Anerben lebenslänglichen standesgemäßen Unterhalt auf dem Anerbengute verlangen. Die Ansprüche, auf welche der Ehegatte verzichtet, das in die Erbmasse eingeworsene Vermögen und sein Recht auf Unterhalt sind bei der Feststellung des Anrechnungswertes und der Abfindungen nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 25 bis 27 zu berücksichtigen.

Der Anspruch des Shegatten auf Unterhalt erlischt mit seiner Wiedersverheiratung. In diesem Falle kann der Chegatte von dem Anerben die Zahlung eines dem Werte des Anspruches entsprechenden Kapitals, jedoch nie mehr als den Betrag seiner Zuwendungen an die Erbmasse, verlangen.

§ 37. Die Beteiligten können verlangen, daß ihre Absindungsrenten (§ 29), ihre Ansprüche auf den Boraus (§ 32) und auf Unterhalt (§§ 35 und 36) sowie ihr Borkaufsrecht (§ 33) im Grundbuche eingetragen werden,

und zwar die Abfindungsrenten mit dem Range vor den übrigen Ansprüchen.

Im Falle der Beräußerung des Anerbengutes kann der Anerbe die Löschung des eingetragenen Rechtes auf Unterhalt beanspruchen, sofern er gleichzeitig für die Erfüllung seiner aus den §§ 35 und 36 sich ergebenden Berbindlickleiten anderweite Sicherheit leistet.

§ 38. Für die Berechnung des Pflichtteils derjenigen Beteiligten, welche nicht Anerben werden, ist der Betrag ihres nach diesem Gesetze zu ermittelnden Erbteiles maßgebend; es ist jedoch bei der Berechnung der dem Anerben gebührende Boraus nicht zu berücksichtigen.

Dasselbe gilt von dem Anteile an dem Gesamtgut, welchen Abkömmlinge bei Eintritt ober Auflösung der sortgesetzten Gütergemeinschaft verlangen können.

- § 39. Steht ein zu dem Gesamtgute einer Gütergemeinschaft nicht geshörendes Anerbengut in dem für die Auseinandersetung maßgebenden Zeitspunkte im Eigentume mehrerer Personen, so kommen die Bestimmungen dieses Gesehes nicht zur Anwendung, es sei denn, daß der zum Anerben Berusene Miteigentümer des Gutes war und insolge des Anerbenrechts Alleineigentümer des Gutes wird.
- § 40. Das Nachlaßgericht hat bei der Auseinandersetzung auf eine gütliche Bereinbarung der Beteiligten nach Maßgabe dieses Gesetzs hinzuwirken.

In dem Berfahren ift der Unrechnungswert zu bestimmen.

Die Bestimmung ersolgt durch zwei Sachverständige, von denen der eine von dem Anerben, der andere von den übrigen Beteiligten zu wählen ist. Wird ein Sachverständiger von dem Anerben oder von den übrigen Besteiligten nicht gewählt, oder kommt unter den letzteren eine Einigung über die Person des Sachverständigen nicht zustande, so wird der Sachverständige von dem Nachlaßgerichte ernannt.

Wird der Unrechnungswert von den Sachberständigen verschieden bestimmt, so ist von dem Nachlaßgerichte aus den Mitgliedern der Kreissvermittlungsbehörde ein Obmann zu bestellen.

Das Nachlaßgericht hat den von den Sachverständigen und, sofern ein Obmann bestellt ist, den von diesem bestimmten Anrechnungswert den sämtlichen Beteiligten schriftlich mitzuteilen. Auf die Mitteilung und auf das weitere Bersahren sinden die Bestimmungen des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Anwendung.

Die Bestimmung bes Anrechnungswertes kann ausnahmsweise unterbleiben, wenn die Erfolglosigkeit des Einigungsversuches mit Bestimmtheit vorauszusehen ist.

§ 41. Die Beftimmungen bes § 40 finden entsprechende Anwendung, wenn sich die Beteiligten über die sich aus den §§ 35 und 36 ergebenden

Rechte und Verbindlichkeiten nicht einigen. Bei dem Einigungsversuche ist auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Anerbengutes bei gleichzeitiger angemessener Berücksichtigung der Bedürfnisse des Unterhaltungsberechtigten hinzuwirken.

§ 42. Nachlaßgericht ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Wohnhaus des Anerbengutes belegen ist.

Sind mehrere in berichiebenen Umtsgerichtsbezirken belegene Unerbens güter borhanden, so erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gesrichtes durch das Oberlandesgericht.

§ 43. Die bei der Auseinandersetung Beteiligten können im Wege der Klage geltend machen, daß infolge nachträglicher Beränderungen das Gut oder Teile desselben in dem für die Auseinandersetung maßgebenden Zeitpunkte den Ersordernissen des § 2 nicht mehr entsprochen haben und deshalb dem Anserbenrechte nicht unterstehen. Die Klage kann nur auf solche Beränderungen gestützt werden, welche seit der Eintragung der Anerbengutseigenschaft und im Falle des § 10, soweit eine Eintragung der Anerbengutseigenschaft nicht erfolgt, seit Rechtskraft des Beschlusses oder, wenn ein Beschluß nicht gesaßt ist, seit dem Anhörungstermin eingetreten sind.

Der Rlage ist eine gutachtliche Außerung des Spezialkommissars beizu- fügen.

§ 44. Für das gerichtliche Berfahren bei ben nach den Borfchriften bieses Gesetzes erfolgenden Auseinandersetzungen regeln sich die Koftensätze nach dem geltenden Rechte. Die Auseinandersetzungen sind stempelfrei.

Die Eintragung und die Löschung der Anerbengutseigenschaft sowie die Abertragung der auf mehreren Grundbuchblättern eingetragenen einzelnen Teile eines Anerbengutes auf ein Grundbuchblatt erfolgen kostenfrei.

§ 45. Die zur Bestimmung der Zuständigkeit der Spezialkommissare, zur Bildung der Anerbenkommissionen sowie der Berufungskommissionen und zum Erlasse von Geschäftsanweisungen für diese Kommissionen erforderslichen Borschriften sind vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu treffen.

Im übrigen finden auf das Berfahren und das Kostenwesen bei Ausführung der §§ 8 bis 11, 43 und 48 durch die Auseinandersehungs-behörden, die Anerbenkommissionen und die Berufungskommissionen die für Gemeinheitsteilungen geltenden Borschriften mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung.

Die Entscheidung der Berufungskommission erfolgt auf Grund mündlicher Berhandlung.

Das Berfahren erster Instanz nach § 8 Absat 1, 3 und 4, § § 9, 10 und 48, die Prüfung auf Grund eines gemäß § 8 Absat 2 gestellten Antrages, salls die Eintragung der Anerbengutseigenschaft ersolgt, sowie das Bersfahren, auf Grund dessen eine Bescheinigung gemäß § 11 ausgestellt wird, sind kostenfrei.

Für die Prüfung auf Grund eines gemäß § 8 Absatz 2 gestellten Anstrages, salls die Eintragung der Anerbengutseigenschaft nicht ersolgt, sür das Bersahren gemäß § 11, salls die beantragte Bescheinigung nicht außegestellt wird, sowie für die Abgabe einer gutachtlichen Außerung nach § 43 ist ein Pauschquantum nach Maßgabe der wirklich erwachsenen Kosten zu erheben. Das gleiche gilt für das von einem Eigentümer beantragte Bersahren zweiter Instanz nach §§ 9 und 10; die Kosten bleiben jedoch insoweit außer Ansatz auß der Beschwerde stattgegeben wird. Hat der Spezialskommissar die Beschwerde erhoben, so ist das Bersahren kostensrei.

§ 46. Auf Fideikommisse, Lehen= und Stammgüter sowie auf Anserbengüter im Sinne des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten= und Ansiedlungsgütern, vom 8. Juni 1896 (GS. S. 124) finden die Borsschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

Bei denjenigen Landgütern, welche sich nicht im Eigentume einer natürlichen Person befinden, unterbleibt die Eintragung der Anerbengutseigenschaft.

- § 47. Dieses Gesetz findet auch auf diejenigen Fälle Anwendung, in benen ein Anerbengut zu dem Gesamtgute einer fortgesetzen Gütergemeinsschaft gehört, welche bei Inkrasttreten dieses Gesetzes schon bestanden hat.
  - § 48. Diefes Gefet tritt am 1. Januar 1900 in Rraft.

Die in den §§ 1 bis 9 und 11 enthaltenen Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Die Landgüterordnung für die Probinz Westfalen und die Kreise Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr vom 30. April 1882 (GS. S. 255) tritt am 1. Januar 1900 außer Kraft.

Neue Eintragungen in der Landgüterrolle dürsen nach dem 1. Juli 1899 nicht mehr erfolgen.

Bei benjenigen Grundstücken, welche am 1. Juli 1899 in der Landgüterrolle eingetragen sind und den Ersordernissen des § 2 entsprechen, hat der Spezialkommissar bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes um die Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuche zu ersuchen. Andert sich hierdurch die Reihenfolge, in welcher die Beteiligten zu Anerben berusen werden, so ist der Eigentümer bei Benachrichtigung von der Eintragung der Anserbengutseigenschaft aus diese Anderung hinzuweisen.

### Schleswig.

### 5. Verordnung1, 2, 3

### wegen des Näher-Rechts an die mehreren Kindern oder Collateral-Erben angefallenen unzertrennlichen Eigentumsoder Bondengüter auf der Geeft

vom 18. Juni 1777.

Wir Christian VII. etc. thun kund hiemit: Demnach in den Geests-Aemtern und Districten Unsers Herzogthums Schleswig, wo die Contribution<sup>4</sup> der Bauer-Güter in solidum auf dem ganzen Hose oder Staden haftet und sie daher ordentlicherweise untheilbar sind, bisher in Fällen, da ein Eigenthums- oder Bonden-Gut mehreren Kindern oder Collateralerben angesallen ist, die Frage: Wer unter den Erben zu dem Besitze dieses Guts der nächste, und wie es mit der Ausmachung des Werths unter ihnen zu halten seh? verschiedentlich zu Irrungen und Streitigkeiten und zu wider einander lausenden Entscheidungen Anlaß gegeben hat; daß Wir daher sür dienlich und nöthig geachtet haben, diesen Gegenstand mit landesväterlicher Kücksicht auf das gemeine Beste und auf den gehörigen Betrieb des Landbaues, durch eine zulängliche und durchgehende gleiche Bestimmung für die Zukunst in Gewisheit zu setzen, und zu dem Ende in den Aemtern

<sup>1</sup> Abdrud aus Serings Bererbung bes ländlichen Grundbesitzes Bb. VII Erbrecht und Agrarbersassung in Schleswig-Holstein S. 74ff.

Bgl. auch Esmarch, Sammlung der Statute, Berordnungen und Berfügungen, welche das bürgerliche Recht des Herzogtums Schleswig betreffen, 1846, S. 140ff.

<sup>1846,</sup> S. 14011.

2 Die fortbauernde Geltung der Näher-Mechts-Berordnung ist in der Rechtsprechung anerkannt. — Bgl. auch die Amtl. Begr. zu § 26 der Landsgüterordnung für Schleswig-Holstein b. 2. April 1886 (GS. S. 117), wo das bestehende Anerbenrecht ausdrücklich als sortgeltend bezeichnet wird. — Auch in dem auf Grund des Bersailler Bertrages 1920 zu Dänemark gekommenen Nordschleswig ist die Näher-Mechts-Berordnung in Geltung geblieben kraft des besonderen Borbehalts im § 62 des dänischen Gesetzes b. 28. Juni 1920 betr. die Einsührung des dänischen Personen-, Familienund Erbrechtes in den südjütischen Landeskeilen (Lowtidende for Danmark S. 1033) — abgedr. Isd. Ar. V 5.

<sup>3</sup> Geltungsbereich:

a) räumlich: bie Geestämter und Distrifte bes Herzogtums Schleswig;

b) fachlich: die folidar berhafteten Bauerngüter.

<sup>4</sup> Die Näher-Nechts-Berordnung hatte — wie Sering a. a. D. S. 78, 86ff. überzeugend dargetan hat — nicht steuersiskalische Zwecke; vielmehr wird die Solidarhaftung der Kontribution hier nur zur besseren Kennzeichnung der Bauergüter, welche dem Näherrecht unterliegen, angesührt. 5 Im übrigen del. über das Anerbenrecht in Schleswig-Holstein lid. Ar. II 18 (betr. Herzogtum Lauenburg), II 21 (betr. Landgüterordnung f. Schleswig-Holstein) und insbesondere den spstematischen überblick dor lid. Ar. II 21.

und Landschaften unsers vorbenannten Herzogthums das Erforderliche nache gesetztermaßen vorzuschreiben und zu verordnen:

- Art. 1. Der Besitzer einer auf der Geest belegenen Bonden-Sufe, Boble und Stavens, wie auch einer eigenthümlichen Rathe, bleibet fernerhin befugt, als Bater und Eigenthümer zu bestimmen, welchem bon feinen Rindern, männlichen oder weiblichen Geschlechts, und aus der erfteren oder letteren Che geboren, sein But, es seh geerbt oder erworben, praestitis praestandis, ju Theil werden solle, und diesen Bunkt entweder durch einen Contracte vermöge deffen er den Sof oder die Rathe icon ben feinem Leben an eines bon seinen Kindern auf gewisse Bedingungen überläft und abtritt, oder durch eine lette Willens-Berordnung, mit Borbehalt Unferer Bestätigung, festzuseten. Sedoch versteht es fich hierbei bon felbit. daß er durch Bestimmung des Werths, zu welchem der künftige Besitzer das Gehöfde oder die Wohnstelle anzunehmen hat, die übrigen Kinder an ihrem Pflichttheil nicht berkurzen darf, und dag wenn er durch Seirath zu dem Eigenthume einer folden Bondenhufe usw. mit dem Bedinge gelanget ist, daß den aus dieser Ehe zu erzielenden Kindern der nächste Anspruch auf ben Besitz berselben zustehen folle, ihm hiedurch die Sände gebunden sind, und er nur aus diesen Kindern den Nachfolger in der Hufe benennen fann.
- Art. 2. Wenn aber der Bater von der ihm solchergestalt zustehenden Besugnis, über sein Gehösde oder Gut zu disponieren, keinen Gebrauch gemacht hat, mithin der Fall eintritt, da es beh dem in Anschung desselben zu genießenden Vorzuge auf eine gesetzliche Vorschrift ankömt; so sollen, nach seinem Ableben, oder wenn die Theilung von den mündigen Erben verlanget wird, jederzeit der älteste Sohn, er seh auf der Huse erzeuget und geboren, oder nicht, und falls er sich dieses Vorrechts nicht bedienen kann oder will, der nachgeborene und so ferner die anderen Söhne, der ältere vor dem jüngeren, und, in Ermangelung der Söhne, eben so die älteste Tochter und überhaupt die ältere Tochter vor der jüngeren, zu dem väterlichen Hose oder Gute die nächsten, und die Mitzerben auszulösen besugt sehn.
- Art. 3. Wenn der Eigenthümer Kinder aus zwei Ehen hinterläßt, ohne den Nachfolger zu ernennen, so sollen, zu welcher Zeit und in welcher Ehe er auch die Huse an sich gebracht haben mag (ausgenommen den am Ende des Art. 1 genannten Fall) die Söhne erster, dann die Söhne zweiter Ehe, wenn Söhne aber ganz sehlen, die Töchter erster Ehe, darauf die zweiter Ehe, stets dem Alter nach, den Borzug haben.
- Art. 4. Wenn der Nächste zum Hose vor dem Erblasser gestorben ist, so können die Kinder des ersteren sich nicht auf dessen persönliches Borrecht berusen. Konkurrieren Enkel des Bondenbesitzers mit Kindern des-

<sup>6</sup> Sog. "Abnahmeberträge", die in weitem Umfange üblich waren (Sering a. a. D. S. 80).

selben, so steht vielmehr das Näherrecht demjenigen zu, welcher den größten Teil an der Berlassenschaft nach Lovrecht in Unspruch zu nehmen hat; dasselbe ist der Fall, wenn nur Enkel konkurrieren. Unter gleichmäßig Unstheilsberechtigten gibt das männliche Geschlecht und das höhere Alter den Borzug.

- Art. 5. Hinterläßt ein Bondengutsbesitzer "sowohl eine Witwe als mit ihr erzeugte Leibeserben, so sollen diese vorzüglich zu dem Gute gelangen, so daß dersenige unter ihnen, der dazu der nächste ist, der Mutter wegen ihres Miterbrechts an dem von dem Verstorbenen während der Ehe erkauften oder sonst erworbenen Gute oder an den Gebäuden Abtrag thue". Wenn Unmündige vorhanden sind, die Witwe mit Einwilligung der Vormünder und etwaiger Miterben, sowie des Obervormundes, im Hose sitzen bleibt, und dieser ihrem zweiten Chemanne auf gewisse Setzahre eingethan wird, so ist im Setzungskontrakte das Gut den Kindern erster Ehe vorzubehalten und das Kind, dem der Hos dereinst abgeliesert werden soll, nach dem Vorzuge des Geschlechts und Alters namhast zu machen.
- Art. 6. Die Bestimmungen der Art. 1—4 sinden entsprechende Anwendung, wenn das Bondengut Sondergut der Frau ist. Sie kann den Anerben bestimmen, und ex intestato haben ihre Nachkommen in der vorgenannten Ordnung das Näherrecht. Der nachlebende Bater ist in dem Besitz und der Berwaltung der Stelle zu lassen, auch wenn er zur zweiten Ehe geschritten ist, solange die mündigen Erben nicht auf Teilung des mütterlichen Erbes dringen. Der Hos verbleibt jedoch den Kindern erster Ehe gegen eine dem Bater "auszumachende billige Abnahme und mit Borbehalt seines gesetzlichen Anteils an der Ablösungssumme".
- Art. 7. Unter Collateralerben<sup>8</sup> erhält mangels anderer Bestimmung burch den Erblasser oder die Erben selbst derjenige das Gut, welcher den größten Antheil an dem Nachlaß hat, bei gleichen Antheilen gibt das männsliche Geschlecht und das höhere Alter den Borzug.
- Art. 8. Durch das "dem einen Erben vor dem andern eingeräumte Räher- und Auflösungsrecht" sollen Erbverträge unter den mündigen Erben und den Bormündern der unmündigen (für die letzteren mit Konssens des Obervormunds) nicht ausgeschlossen sein; vielmehr bleibt ihnen "vorbehalten, von der gesetzlichen Bestimmung durch ausdrückliche Bergleiche abzugehen".
- Art. 9. Um den theilbaren Werth eines solchen, dem Erben, der dazu der nächste ist, von den Miterben zu überlassenden Eigenthums-Hoses usw. auszumachen, kann kein Miterbe ihm die öffentliche Beräußerung des Hoses an den Meistbietenden, oder eine Privat-Licitation der Erben unter

<sup>7</sup> Gemeint ist das Erbrecht des jütischen Lov, das damals als allgemeines Recht galt. Bgl. auch Art. 13.

<sup>8</sup> Rollakeralerben = Seitenberwandte; im Gegensatz zu den Abkömmlingen (Art. 2 bis 5).

sich wider seinen Willen aufdringen, sondern, wenn weder durch eine gütsliche Bereinigung aller Erben, noch durch ein bestätigtes Testament des Erblassers, die Summe, wosür ein solches Gut angenommen werden soll, bestimmt worden, muß ein jeder Miterbe, sowohl der, welcher das Gut übernehmen, als der, welcher mit dem Gelde, oder einer Berschreibung des übernehmers, abgesunden werden soll, sich an dem durch die Taxation des ganzen zu übertragenden Gehösdes auszumachenden Werth begnügen lassen.

- Art. 10. Diese Taxation ist zwar nach einem leidlichen Anschlag ober einer sogenannten Bruder= und Schwester=Taxe, so daß der über= nehmer bei einer guten Birtschaft dabeh bestehen kann, von den ordentslichen beeidigten Taxatoren<sup>9</sup> vorzunehmen, jedoch aber hiebeh nicht bloß auf den Bortheil des künstigen Besitzers, sondern auch auf das Beste der auszulösenden Miterben, nach der Beschaffenheit aller Umstände eines jeden Falls, gewissenhafte Rücksicht zu nehmen, mit Borbehalt der von dem unzufriedenen Theile nach Maßgebung der Berordnung vom 22. Januar 1770 § 510 zu veranlassenden anderweitigen Taxation.
- Art. 11. Wenn bei einer berartigen Taxation Unmündige interessiert sind, so soll sie in Gegenwart und unter Leitung der "Unterobrigkeit" ersfolgen. Auch haben Bormund und Obervormund sich zu "bemühen, beh dem Erbvergleich für die unmündigen Miterben die vortheilhaftesten Bedingungen und vornehmlich die Alimentation auf dem Hofe bis zu gewissen Jahren, wo nicht den Umständen nach ganz unentgeltlich, dennoch gegen den Genuß der jährlichen Zinsen ihres ausgesetzten Erbtheils, in so ferne diese nicht 30 Athlr. übersteigen, zu bewirken".
- Art. 12. Obschon die Bondengüter in den Geestdistrikten ordentlicher Weise ungetrennt bleiben müssen und dieser Fall bei obiger Borschrift vorausgesetzt wird; so soll dennoch... die in der Berordnung vom 8. Juni 1774<sup>11</sup> empsohlene, der Bevölkerung und dem Landbau so zuträgliche zweckmäßige Theilung größerer Höse in kleinere keineswegs ausgeschlossen sehn, vielmehr diese für ein bequemes Mittel, wodurch ein Bater mehr als eines seiner Kinder sehhaft machen kann, geachtet und auf alle Weise nach wie vor besördert werden.
- Art. 13. Die in der Berordnung bom 8. Juni 177412 freigestellte Ber- äußerung der eigenthümlichen Bauerngüter nach eines jeden Willfür und

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Die Taxatoren, nicht das Teilungsgericht, haben die Schätzung borzunehmen, so ausdrücklich Bescheid des Obergerichts Schleswig vom 14. Nov. 1848.

<sup>10</sup> Jetzt Berordnung vom 20. Nov. 1811 "wegen Ernennung beständiger Taxatoren". Als solche sollen "besonders verständige, allgemein als rechtschaffene Männer von guter Aufführung bekannte Hauswirte", darunter stets auch ein Maurer und ein Zimmermann berufen werden.

<sup>11</sup> Berordnung wegen Einschränkung der Reunionsprozesse bom 8. Juni

<sup>12</sup> Berordnung wegen Einschränkung der Reunionsprozesse bom 8. Juni 1774.

Gutbefinden soll hierdurch nicht mehr als zuvor eingeschränkt sein. Die Bestimmungen des jütischen Lov13 und anderer Land-Rechte und Berordnungen über Erbfolge und Erbgüter bleiben im übrigen unberührt und für die Erbtheilungen maßgebend.

Art. 14. Alle Gewohnheiten und obrigkeitlichen Berfügungen, welche mit diefer Berordnung nicht übereinstimmen, werden aufgehoben.

### Waldeck.

### 6. Gefet 1, 2, 3

# über das Unerbenrecht bei land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen

vom 27. Dezember 1909. (Wald. Reg. Vl. S. 1.)

### Erfter Abichnitt.

### Unerbengüter.

§ 1. Unerbengut im Sinne diejes Gejetes ift eine in der Güterrolle bes zuständigen Amtsgerichts eingetragene Bejigung.

Eintragungsfähig ist jede ihrem Hauptzwecke nach zum Betriebe der Lands oder Forstwirtschaft bestimmte und zur selbständigen Nahrungsstelle geeignete Besitzung, welche mit einem, wenn auch räumlich von ihr gestrennten Wohnhause versehen ist.

Zuständig ist das Amtsgericht, in bessen Bezirke das Wohnhaus der Besitzung liegt.

§ 2. Die Eintragung erfolgt entweder nach Maßgabe der §§ 3 bis 7 von Amts wegen oder nach § 8 auf Antrag.

<sup>13</sup> Bgl. Unm. oben zu Art. 4.

<sup>1</sup> Betr. die Fortgeltung. Das oben abgedruckte Anerbengeset ist in Waldeck dermaßen dom Bertrauen der Bedölkerung getragen, daß bei Albsschluß des Staatsvertrages zwischen Preußen und Waldeck über die Berseinigung Waldecks mit Preußen vom 23. März 1928 (Pr. GS. S. 179) die underänderte Fortgeltung des Waldeckschen Anerbengesetzs ausdrücklich zur Bedingung gemacht wurde (Staatsvertr. § 13 Abs. 3 Buchst. d).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausführungsvorschriften. Allg. Berf. d. Kreuß. Just.-Min vom 2. März 1910 über die Führung der Güterrollen in den Fürstentümern Waldeck und Phrmont (FMB1. S. 86).

<sup>3</sup> Alteres Recht. Berordnung über die Erbfolge in ein Bauerngut, vom 11. Dezember 1830 (Wald. Reg.Bl. S. 111). — Gesetz, die Aufhebung der Geschlossenheit der Bauerngüter und die Regulierung sonstiger gutäherrelicher Berhältnisse betreffend. Bom 24. September 1851 (Wald. Reg.Bl. S. 169). §§ 7 bis 11. — Ausf.-Ges. 3. BGB. Art. 23.

§ 3. Für jeden Gemeindebezirk hat der Bürgermeister ein Berzeichnis der Besitzungen, für die schon bisher Anerbenrecht gilt, aufzustellen und darin bei jeder Besitzung die nach § 13 zum Anerbengute gehörenden Grundstücke anzugeben.

Das Berzeichnis ist während zweier Wochen in den Geschäftsräumen bes Bürgermeisteramtes zu jedermanns Ginsicht offenzulegen. Der Beginn der Frist ist in ortsüblicher Beise bekanntzumachen.

- § 4. Erachtet in Ansehung einer Besitzung der Eigentümer das Berzeichnis für unrichtig oder unvollständig, so kann er binnen einer mit dem Ablause der Offenlegungsfrist beginnenden weiteren Frist von zwei Bochen bei dem Bürgermeister schriftlich oder zu Protokoll Widerspruch erheben. Nach dem Ablause dieser Frist hat der Bürgermeister das Berzeichnis und die erhobenen Widersprüche mit einer Außerung über deren Berechtigung dem Amtsgericht einzureichen.
- § 5. Das Amtsgericht soll vor der Eintragung einer Besitzung den Eigenstümer vernehmen. Es kann ihn zum Erscheinen und zur Erklärung durch Ordnungsstrafen bis zu einhundert Mark anhalten.
- § 6. Liegt in Unsehung einer Besitzung gegen die Richtigkeit und Bollständigkeit des Berzeichnisses weder ein Biderspruch des Eigentümers noch ein Bedenken des Amtsgerichts vor, so ist die Besitzung in die Güterrolle einzutragen.

Andernfalls entscheidet über die Eintragung endgültig eine Kommission (§ 7).

§ 7. Die Kommission besteht aus dem Umtörichter als Borsitzenden sowie einem von dem Kreisdorstande aus seiner Mitte gewählten Mitgliede und einem aus der Zahl der ortskundigen Gutsbesitzer von dem Kreisamtmann bestimmten praktischen Landwirt als Beizitzern.

Der zweite Beisitger wird von dem Amtsrichter auf treue und gewissenschafte Erfüllung seiner Pflichten durch Handichlag an Eides Statt verspflichtet. Er erhält wie ein Schöffe Bergütung der Reisekoften.

Die Kommission ist berechtigt, von Amts wegen Ermittlungen anzustellen und Zeugen zu vernehmen oder vernehmen zu lassen.

§ 8. Die Eintragung von Besitzungen, die nicht von Amts wegen einsgetragen werden, erfolgt auf Antrag des Eigentümers.

Der Eigentümer ist nur dann antragsberechtigt, wenn er über die Bestigung letztwillig verfügen kann.

Der Antrag wird bei dem Amtsgerichte mündlich angebracht oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Schrift eingereicht.

- § 9. Bon ber Gintragung ift ber Eigentümer und, wenn sie bon Umts wegen erfolgt, auch ber Bürgermeifter zu benachrichtigen.
- § 10. Die Löschung eines Anerbenguts in der Güterrolle erfolgt auf Antrag des Eigentümers, bei einem von Amts wegen eingetragenen Gute jedoch nur dann, wenn es aufgehört hat, eine ihrem Hauptzwecke nach

zum Betriebe der Lands oder Forstwirtschaft bestimmte und zur selbstäns digen Nahrungsstelle geeignete Besitzung zu sein. Das Umtsgericht hat darüber, ob diese Boraussetzung erfüllt ist, eine Außerung des Bürgersmeisters einzuholen. Erachtet dieser oder das Amtsgericht die Boraussestung nicht für erfüllt, so entscheidet über die Löschung endgültig eine Kommission gemäß § 7.

Die Borichriften des § 8 Abs. 2, 3 und des § 9 finden entsprechende Anwendung.

- § 11. Die Güterrolle ift öffentlich.
- § 12. Für Eintragungen von Amts wegen sowie für die Gestattung der Einsicht der Güterrolle sind Gebühren nicht zu erheben.

Für jede auf Antrag bewirkte Eintragung sowie für jede Löschung, mit Einschluß der Benachrichtigung des Eigentümers, wird eine Gebühr von drei Mark erhoben.

§ 13. Zum Anerbengute gehören alle Grundstücke des Eigentümers, die unter der Bezeichnung nach dem Grundbuch in die Güterrolle eingetragen oder im Grundbuche auf demselben Blatte mit dem Wohnhause der Besitzung vermerkt sind oder wirtschaftlich mit dem Gute zusammengehören, auch wenn sie außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzen sind.

Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit ist im Zweisel bei allen regelmäßig von derselben Hofstelle aus bewirtschafteten Grundstücken anzunehmen; sie wird durch eine Berpachtung oder ähnliche vorübergehende Benutzung von Grundstücken, z. B. als Leibzuchtland, nicht ausgeschlossen. Insbesondere gehören zum Anerbengute Grundstücke, die an Personen verpachtet sind, von denen dagegen Dienstleistungen für die Gutswirtschaft erwartet werden.

- § 14. Außer den gesetzlichen Bestandteilen des Gutes, insbesondere den mit dem Eigentume verbundenen Gerechtigkeiten (Bürgerliches Gesetzuch § 96), gehören zum Anerbengute auch die dem Eigentümer persönlich zusstehenden Realgemeindeberechtigungen.
- § 15. Das Wirtschaftsinventar ist Zubehör des Anerbengutes. Es umsfaßt das auf dem Gute für die Bewirtschaftung vorhandene Bieh, Acterund Hausgerät, mit Einschluß des Leinenzeugs und der Betten, den vorshandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung dienenden Borräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.

### 3weiter Abschnitt.

### Bererbung der Anerbengüter.

§ 16. Für die Beerbung des Eigentümers eines Anerbenguts ist das allgemeine Recht insoweit maßgebend, als nicht in diesem Abschnitt ein anderes bestimmt ist.

- § 17. Wird der Eigentümer von mehreren Personen beerbt, so fällt das Unerbengut nebst Zubehör als Teil der Erbschaft kraft des Gesetzes einem der Erben (bem Anerben) zu. An seine Stelle tritt im Berhältnisse der Miterben untereinander der Anrechnungswert.
- § 18. Als Anerben find die Abkömmlinge, der Chegatte und die Eltern des Erblaffers sowie seine Geschwister und deren Abkömmlinge nach folgenden Grundsägen berufen:
  - 1. Zunächst jind die Abkömmlinge des Erblaffers berufen.

Leibliche Kinder gehen an Kindes Statt angenommenen, cheliche sowie durch nachfolgende Ehe legitimierte oder für ehelich erklärte Kinder gehen unehelichen bor.

Ferner geht der ältere Sohn und in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter vor.

Kinder, welche zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind, sowie Kinder, welche vor dem Tode des Erblassers eine rechtskräftige Berurteilung zu Zuchthausstrase unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Chrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen Erben nach.

Treten an Stelle eines Kindes, das nach Abs. 2 bis 4 als Anerbe berufen sein würde, dessen Abkömmlinge als Erben ein, so sind sie nach den für die Kinder geltenden Grundsätzen auch als Anerben berusen. Doch stehen uneheliche Abkömmlinge ehelichen leiblichen Kindern oder entsernteren Abkömmlingen des Erblassers nach.

- 2. Nach den Abkömmlingen des Erblassers ist sein Chegatte berufen.
- 3. Nach dem Chegatten bes Erblassers ist sein Bater, nach diesem ist seine Mutter berufen.
- 4. Nach den Eltern des Erblassers sind seine vollbürtigen Geschwister und deren Abkömmlinge, nach diesen sind seine halbbürtigen Gesichwister und deren Abkömmlinge berusen. Die Vorschriften der Nr. 1 Abs. 2 bis 5 finden entsprechende Anwendung.
- § 19. Der Anerbe erwirbt das Eigentum an dem Gute nebst Zubehör mit dem Erwerbe der Erbschaft.

Der Anerbe kann auf das Anerbenrecht verzichten, ohne die Erbschaft auszuschlagen. Auf den Berzicht finden die Borschriften des Bürgerlichen Gesethuchs über die Ausschlagung der Erbschaft entsprechende Anwendung. Die Frist für den Berzicht beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem der Anerbe von seiner Berufung zum Anerben Kenntnis erlangt, wenn jedoch die Berufung auf einer Berfügung von Todes wegen beruht, nicht vor der Berkündung der Berfügung.

Wird auf das Anerbenrecht verzichtet, so gilt der Anfall des Gutes an den Berzichtenden als nicht ersolgt. Das Gut fällt an den nächsten als Anerbe berusenen Miterben. Dieser Ansall gilt als mit dem Erbsall ersolgt.

§ 20. Ift ber Chegatte des Erblassers neben Abkömmlingen des letteren als Miterbe berufen, so erwirbt er, wenn er die Erbschaft ausschlägt und

auf die Herausgabe desjenigen, was aus seinem Bermögen in das Gut verwendet ist, berzichtet, mit der Beendigung der elterlichen Ausnießung oder, falls ihm diese nicht zusteht, sosort den Nießbrauch an dem Gute nebst Zubehör dis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahre des Anerben und für die spätere Zeit den Anspruch gegen den Anerben auf lebenslänglichen und, soweit die Kräfte des Gutes dazu ausreichen, standesmäßigen Unterhalt auf dem Gute (Leidzucht). Der Erbschaftsausschlagung steht es gleich, wenn der Ehegatte bei der Erbteilung auf Zahlung des ihm von dem Anrechnungswerte gebührenden Betrags verzichtet. Für die Dauer des Nießbrauchs liegen ihm die im § 31 bezeichneten Berpsclichtungen gegenüber dem Anerben und den Miterben ob.

Auf die Leibzucht finden die Borschriften des Artikel 12 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 11. Dezember 1899 (Reg. Bl. S. 137) entsprechende Anwendung.

Der Nießbrauch und die Leibzucht erlöschen mit der Wiederverheiratung bes Ehegatten. In diesem Falle kann der Ehegatte erst drei Monate nach der Wiederverheiratung von dem Anerben die Zahlung eines dem Werte der Leibzucht entsprechenden Kapitals, sedoch nicht mehr als den Betrag verlangen, der ihm ohne die Erdschaftsausschlagung und den Verzicht bei der Auseinandersetung zugekommen sein würde.

- § 21. Der Anrechnungswert wird nach folgenden Borichriften er- mittelt:
  - 1. Das Anerbengut nebst Zubehör wird nach dem jährlichen Reinsertrage geschätzt, den es durch Benutung als Ganzes im gegenwärtigen Kulturzustande bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung gewährt.
  - 2. Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, soweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorberlich sind, nicht besonders zu schätzen,
    sonst aber nach dem Werte des Nutens, welcher durch Vermietung oder
    auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Dies
    gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, die zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind.
  - 3. Bon dem ermittelten jährlichen Ertrage sind alle dauernd auf dem Anerbengute nehst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrag abzuseten. Lasten und Abgaben, auf welche die Ablösungsgesete Anwendung sinden, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der auf dem Anerbengute ruhenden Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden sindet ein Abzug nur nach Maßgabe des § 22 Abs. 2 statt.
  - 4. Der so ermittelte Jahresertrag wird mit dem Zwanzigsachen zu Kapital gerechnet.
  - 5. Haben die Gebäude nebst Hofraum einen höheren Berkaufswert als der sonstige Grundbesitz, so ist das Anerbengut auf Berlangen eines Beteiligten nach dem Berkaufswerte zu schätzen.
  - 6. Bon dem Kapitalwerte des Anerbenguts (Nr. 1 bis 5) werden die auf dem Gute ruhenden vorübergehenden Lasten (Leibzuchten und ber-

gleichen), insbesondere im Falle des § 20 der Nießbrauch und die Leibzucht des Ehegatten, nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital gerechnet, abgezogen.

§ 22. Die gemeinschaftlichen Nachlaßverbindlichkeiten, mit Einschluß der auf dem Anerbengute ruhenden Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, sind, soweit das außer dem Anerbengute nebst Zubehör vorhandene Vermögen dazu ausreicht, aus diesem zu berichtigen. Soweit sie nicht in solcher Weise berichtigt werden, ist der Anerbe seinen Miterben gegenüber verpflichtet, sie allein zu berichtigen und die Miterben von ihnen zu befreien.

Die nicht durch das sonstige Bermögen gedeckten gemeinschaftlichen Nachlagberbindlichkeiten werden von dem Anrechnungswert abgezogen.

§ 23. Bon dem Unrechnungswerte gebührt dem Unerben ein Drittel als Boraus.

Ist jedoch der Anerbe zu einem geringeren Bruchteil als einem Biertel als Erbe berufen, so gebührt ihm von dem Anrechnungswert als Voraus und Erbanteil zusammen die Hälfte.

Im Falle des § 22 Abs. 2 ist der nach dieser Vorschrift gefürzte Anrechnungswert maßgebend.

§ 24. Ein Miterbe des Anerben kann die Zahlung des ihm von dem Anrechnungswerte gebührenden Betrags erst nach Bollendung des 25. Lebensjahres, falls aber der Anerbe das Anerbengut vorher an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person veräußert, nach der Beräußerung verlangen. Der Anerbe kann ohne Zustimmung des Miterben die Zahlung nicht vor demselben Zeitpunkte bewirken. Eine Berzinsung des Betrags sindet dis dahin nicht statt. Er ist auf Berlangen des Miterben durch Eintragung einer Hypothek in das Grundbuch sicherzustellen.

Der Anerbe ist verpflichtet, bis zur Höhe bes im Abs. I bezeichneten Betrags und in Anrechnung auf diesen dem Miterben die Kosten der Borbildung zu einem Beruf oder der Erlangung einer Brotstelle zu gewähren, soweit nicht ein anderer dazu verpflichtet ist oder der Miterbe selbst ausreichendes sonstiges Bermögen hat. In gleicher Beise hat der Anerbe einer Miterbin im Falle einer Berheiratung eine angemessene Aussteuer zu gewähren. Steht der Miterbe unter Bormundschaft, so ist der ihm zu gewährende Betrag von dem Bormundschaftsgericht nach Anhörung des Anerben, des Bormundes und des Minderjährigen, falls er das 18. Lebensejahr vollendet hat, sestzuseten.

Der Miterbe kann, solange er den ihm bon dem Unrechnungswerte gebührenden Betrag noch nicht vollständig gezahlt erhalten hat, gegen Leistung standesmäßiger und seinen Kräften entsprechender Urbeitshilfe von dem Unerben standesmäßigen Unterhalt auf dem Unerbengute verslangen.

§ 25. Sit ein Miterbe des Anerben infolge körperlicher ober geiftiger Gebrechen außerstande, sich selbst standesmäßig zu unterhalten, so fteht

ihm das im § 24 Abs. 3 bestimmte Recht auch nach Bollendung des 25. Lebensjahres zu. Der Anerbe kann die Zahlung des dem Miterben von dem Anrechnungswerte gebührenden Betrags nicht ohne dessen Zustimmung bewirken.

Die Borschriften des § 24 Abs. 1 Sat 3, 4 finden Unwendung.

Der Unspruch des Miterben auf Zahlung des Betrags erlischt mit seinem Tobe.

§ 26. Wird das Anerbengut innerhalb fünfzehn Jahren nach dem tibersgange des Eigentums auf den Anerben oder innerhalb zehn Jahren nach dem Erlöschen eines in Ansehung des Gutes bestehenden Berwaltungssoder Nießbrauchsrechts veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Boraus nachträglich in die Erbmasse einzuwersen.

Berden innerhalb des gedachten Zeitraums auf einmal oder nacheinander Teile des Gutes gegen ein Entgelt veräußert, das im ganzen höher ist als ein Zehntel des Anrechnungswerts, so hat der Anerbe denjenigen Teil des Boraus, welcher dem auf die veräußerten Grundstücke entfallenden Teile des Anrechnungswerts entspricht, nachträglich in die Erbmasse einzuwersen. Diese Berpflichtung besteht nicht, soweit an Stelle der veräußerten Grundstücke vor dem Ablauf eines Jahres nach der Beräußerung für das Gut wirtschaftlich gleichwertige Grundstücke gemäß § 13 in den Bestand des Anerbenguts eingetreten sind.

Die Borschriften der Abs. I, 2 gelten nicht, wenn der Anerbe das Gut ganz oder teilweise an eine ihm gegenüber anerbenberechtigte Person verzünfert. Sie sinden jedoch auf den Erwerber entsprechende Anwendung, wenn dieser das Gut oder Teile des Gutes innerhalb des angegebenen Zeitraums an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person weiterveräußert.

Die vorstehend bestimmten Unsprüche verjähren in fünf Jahren.

Diese Borschriften finden auch dann Anwendung, wenn das Gut vor der Beräußerung in der Güterrolle gelöscht worden ist.

§ 27. Berkauft der Anerbe das Anerbengut innerhalb der im § 26 Abs. 1 bezeichneten Zeiträume, so steht den bei der Auseinandersetzung beteiligten Anerbenberechtigten, soweit sie nicht auf das Anerbenrecht verzichtet haben, ein Borkaufsrecht zu. Die Reihensolge mehrerer Borkaufsberechtigten regelt sich nach § 18.

Das Borkaufsrecht kann nicht ausgeübt werden, wenn das Gut an einen dem Berkäufer gegenüber anerbenberechtigten Berwandten verkauft wird.

§ 28. Das Recht bes Eigentümers, über bas Anerbengut unter Lebenden ober von Todes wegen zu berfügen, wird durch dieses Gesetz nicht besichränkt.

Der Eigentümer kann für den Fall, daß bei seinem Tode ein Anerbenrecht eintreten würde, den Eintritt des Anerbenrechts ausschließen oder bestimmen, daß die Beborzugung des Anerben in anderer als der durch

dieses Geset vorgeschriebenen Beise stattsinden, welche unter den zur Erbstolge berufenen Personen Anerbe sein oder welcher Betrag als Anrechenungswert bei der Erbteilung angerechnet werden soll.

Die im Abs. 2 bezeichneten Bestimmungen können in einer Berfügung von Todes wegen oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Urstunde getroffen werden.

§ 29. Der Erblasser kann, wenn nach seinem Tode seine Abkömmlinge als Anerben berusen sein würden, in den Formen des § 28 Abs. 3 bestimmen, daß sein überlebender Ehegatte besugt sein soll, unter den Abkömmlingen den Anerben zu wählen.

Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.

Die Besugnis des überlebenden Chegatten erlischt mit seiner Wiederverheiratung sowie mit der Bolljährigkeit des gesetzlich berusenen Anerben, wenn aber dem Chegatten über diesen Zeitpunkt hinaus der Nießbrauch an dem Anerbengute zusteht, mit dem Erlöschen des Nießbrauchs.

Das Eigentum an dem Anerbengute nebst Zubehör erwirbt im Falle der Ausübung der Besugnis des überlebenden Ehegatten der von diesem ge-wählte Anerbe mit der Bollziehung der Wahl, im Falle des Erlöschens der Besugnis der gesetlich berusene Anerbe mit dem Erlöschen der Besugnis.

- § 30. Für die Berechnung des Pflichtteils des Anerben ist der nach dem allgemeinen Rechte, für die Berechnung des Pslichtteils der übrigen Erben ist der nach diesem Gesetze zu ermittelnde gesetzliche Erbteil maßgebend.
- § 31. Der Eigentümer kann in den Formen des § 28 Abs. 3 anordnen, daß nach seinem Tode seinem überlebenden Ehegatten über die Bolljährigsteit, jedoch nicht über das vollendete 25. Lebensjahr des Anerben hinaus die Berwaltung und der Nießbrauch des Anerbenguts nebst Zubehör zustehen sollen unter der Berpflichtung, dem Anerben und dis zur vollständigen Zahlung des ihnen von dem Anrechnungswerte gebührenden Bestrags auch dem Miterben gegen Leistung standesmäßiger und ihren Kräften entsprechender Arbeitshilse standesmäßigen Unterhalt auf dem Gute zu gewähren. Auf diese Anordnung sindet die Borschrift des § 2306 Abs. 1 Sah 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs keine Anwendung.
- § 32. Hinterläßt der Erblasser mehrere Anerbengüter, so finden bie borftebenden Bestimmungen mit folgenden Maggaben Anwendung:
  - 1. Die Güter fallen sämtlich dem zunächst berufenen Unerben zu, wenn dies der Ehegatte, der Bater oder die Mutter des Erblassers ist, oder wenn die Güter bei dem Tode des Erblassers von derselben Hofstelle aus bewirtschaftet werden.
  - 2. In den übrigen Fällen des § 18 Mr. 1, 4 können die als Unerben Berufenen in der Reihenfolge ihrer Berufung je ein Gut wählen.

Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben. Das Nachlaßgericht hat dem Wahlberechtigten auf Antrag eines nachtehenden Berechtigten eine angemessene Frist zur Erklärung der Wahl zu bestimmen. Erfolgt die Wahl nicht vor dem Ablause der Frist, so tritt der Wahlberechtigte in Ansehung des Wahlrechts hinter die übrigen Berechtigten zurück.

Sind mehr Güter als Berechtigte vorhanden, jo wird die Wahl nach benselben Grundsäßen wiederholt.

Jeder Unerbe erwirbt das Eigentum an dem von ihm gewählten Gute nebst Zubehör mit der Bollziehung der Wahl. Mit der Vollziehung der Nächstberusene das Eigentum an dem übrigbleibenden Gute nebst Zubehör.

3. Fallen die Güter an verschiedene Anerben, so hat im Falle des § 20 der Ehegatte die Wahl, auf oder von welchem Gute er die Leibzucht beziehen will.

In den Fällen des § 22 Abs. 1 Sat 2, Abs. 2 ist der Mehrbetrag der Nachlaßverbindlichkeiten auf die Anerben und die Güter nach dem Berhältnisse der Anrechnungswerte zu verteilen.

In den Fällen des § 24 Abs. 3 und § 25 entscheidet in Ermangelung einer gütlichen Bereinbarung das Bormundschaftsgericht nach Anhörung der Beteiligten und von Sachverständigen unter Berücksichtigung der Berhältnisse der Güter darüber, auf welchem Gute der Unterhalt zu gewähren ist.

- 4. Die vorstehenden Borschriften gelten nur, soweit nicht der Erblasser in den Formen des § 28 Abs. 3 ein anderes bestimmt hat.
- § 33. Die Borichriften dieses Abschnitts finden keine Unwendung:
- 1. wenn der Erblasser bei seinem Tode nicht Alleineigentümer des Gutes gewesen ist, es sei denn, daß der Anerbe der alleinige Miteigentümer war;
- 2. wenn das Anerbengut zur Zeit des Todes des Erblassers aufgehört hat, eine ihrem Hauptzwecke nach zum Betriebe der Lands oder Forstswirtschaft bestimmte und zur selbständigen Nahrungsstelle geeignete Besitzung zu sein oder seit länger als zehn Jahren nicht mehr mit einem Wohnhause versehen war;
- 3. soweit eine Rachlagverbindlichkeit zur Beräußerung des Anerbenguts ober seines Zubehörs besteht.

### Dritter Abidnitt.

### Schlußbestimmungen.

- § 34. Dieses Geset tritt, soweit es die Eintragungen in die Güterrolle betrifft, mit dem 1. April 1910, im übrigen mit dem 1. April 1911 in Kraft.
- § 35. Alle bisher geltenden Borschriften über das Anerbenrecht und die bamit zusammenhängenden Rechtsverhältnisse treten außer Kraft.

Dies gilt insbesondere bon den auf diesen Gegenstand bezüglichen Borichriften des Gefetes, die Aufhebung der Geschlossenheit der Bauernguter und die Regulierung sonstiger gutsherrlicher Berhaltnisse betreffend, bom 24. September 1851 (Regierungebl. S. 169) und von den fie ergangenden und abandernden Borichriften.

# 7. **Bahern** 1, 2, 3.

### a) Befet die landwirtschaftlichen Erbgüter betreffend

vom 22. Februar 1855 (G. Vl. S. 49).

— Auszug —

#### Art. 1.

Jeder Grundeigentümer kann aus seinem in Bahern gelegenen land= wirtschaftlichem Grundvermögen, soweit er nach ben zur Unwendung tommenden Bivilgeseben über basselbe zu berfügen befugt ift, ein ober mehrere den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetes unterliegende Erbgüter errichten, wenn das zu jedem Erbgute bestimmte Grundvermögen mit einem Simplum ber Grundsteuer von wenigstens feche Gulden belegt und bis zu dem diesem Steuerbetrage entsprechenden Grundwerte ichulden-

(Abj. 2 und 3: betr. das Steuersimplum.)

#### Mrt. 5.

Der jeweilige Besitzer eines Erbgutes ist Eigentümer desselben und hat die Rechte und Aflichten eines solchen, insoweit nicht durch das gegenwärtige Geset etwas anderes verordnet ift.

### Art. 6.

Berpfändung des Erbgutes fann von dem Eigentümer ohne Bustimmung der Anerben vorgenommen werden:

<sup>1</sup> Das banrifche Erbgutsgeset von 1855 und das ihm nahe verwandte großherzoglich heffische Gefeg, die landwirtschaftlichen Erbgüter betreffend bom 11. September 1858 (Reg. Bl. G. 537) ftellen einen erften - prattijch miglungenen - Berfuch gur partitularrechtlichen Wiederbelebung bes Unerbenrechts dar.

Die auf Grund derselben gebildeten Erbgüter bilden ahnlich dem Fideifommiß ein Sonderbermögen, in das eine besondere Gesamtnachsolge stattsindet (vgl. Art. 18 bahr. u. hess. Erbgutsgeset Art. 37), während sie hinsichtlich der Berufung zum Anerben (stets nur einer von den gesehlichen Erben: bahr. Art. 9ff.; heif. Art. 21ff.) echte Anerbengüter find.
2 Bgl. auch bahr. Ausf.-Gef. 3. BGB. Art. 152.

<sup>3</sup> Die weitere Rechtsentwidlung ist noch nicht abzusehen. Nach der amt-lichen Begründung zum neuen Sächsischen Anerbengesesentwurf liegen die nachstehend unter b und c angeführten Gesetzentwurfe eines Waldgütergefeges und eines Unerbengefeges bor.

- 1. bis zu dem Betrage, welchen er zur Tilgung auf dem Erbgute haftender und von ihm mit dem Erbgute übernommener Hypotheken und zur Tilgung der von ihm zu leistenden Absindungssumme (Art. 14, 15 und 17) verwendet hat;
- 2. in dem weiteren Betrage eines Drittels des Erbgutwertes, welchen der Eigentümer nach Abzug der bei der Errichtung oder itbernahme des Erbgutes vorhandenen Hypotheken, der von ihm zu leistenden Abfindungssumme (Ziff. 1) und des dem übernehmer zum Voraus zugewendeten Drittels (Art. 14, Abs. 1) noch frei besitzt.

Beitere Berwendung ober teilweise Beräußerung der Substanz des Erbsgutes, Beschwerung desselben mit ständigen Lasten, Austausch von Grundsstüden und Hingabe im Bergleichswege oder an Zahlungs Statt können nur mit Zustimmung sämtlicher vorhandenen Anerben vorgenommen werden.

Wenn einer oder mehrere Anerben die Zustimmung verweigern oder innerhalb einer angesetzen Frist keine Erklärung abgeben, so kann die Zustimmung von dem nach Art. 3 zuständigen Gerichte ergänzt werden, wenn das in Frage stehende Rechtsgeschäft zur Erhaltung des Erbgutes notwendig oder mit überwiegenden Gründen nüglich und im Interesse des Hypothekengeses §§ 24—26, jederzeit angesochten werden.

Jebe mit Außerachtlassung der Borschriften des Art. 6 und 7 gesichehene Beräußerung und Belastung der Substanz des Erbgutes ist uns wirksam und kann von denselben Anerben, welche nicht ausdrücklich ihre Einwilligung dazu erteilt haben, vorbehaltlich der Bestimmungen des Hopothekengesets §§ 24—26, jederzeit angesochten werden.

#### Mrt. 9.

Bur Gutsnachfolge in bezug auf Erbgüter find vorbehaltlich ber im Art. 11 enthaltenen Bestimmungen berufen:

- 1. die Defgendenten des Erbgutseigentumers;
- 2. wenn solche nicht vorhanden sind, oder dieselben bei dem Borhandensein einer Enterbungsursache von der Gutsnachfolge ausgeschlossen wurden, oder auf die Gutsübernahme verzichtet haben, dessen vollsbürtige Geschwister und die Kinder ersten Grades verstorbener vollsbürtiger Geschwister;
- 3. nach biefen unter benselben Boraussetzungen bessen halbgeschwifter und die Kinder ersten Grades verstorbener Halbgeschwifter.

In allen Fällen, in welchen das gegenwärtige Gesetz von Deszendenten spricht, sind darunter nur die ehelichen und die ihnen nach allgemeinen Bestimmungen gleichzuachtenden zu verstehen.

#### Art. 10.

Der Erbgutseigentumer ist berechtigt, das Erbgut noch während seines Lebens, jedoch nur nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetes, an einen zur Gutsnachfolge berufenen Anerben zu übergeben.

Hat der Erbgutseigentümer das Erbgut sämtlichen vorhandenen Anserben (Urt. 9) zu solcher übernahme angeboten, und hat keiner derselben sich hierzu bereit erklärt, so ist er berechtigt, das Erbgut zu veräußern. (Abs. 3—5: betr. Formalien.)

### Art. 11.

Erbgüter können unter Einhaltung ber im Art. 9 festgesetzten Rlaffenfolge immer nur an einen ber borhandenen Anerben gelangen.

### Art. 12.

Borbehaltlich der in dem Art. 11 festgesetzten Beschränkung steht dem Erbgutseigentümer die freie Auswahl seines Nachfolgers aus der zur Gutsenachsolge zunächst berusenen Sukzessionsklasse zu.

Befinden sich die Chegatten im gemeinschaftlichen Eigentume des Erbsgutes, so kann der Nachsolger nur durch gemeinsamen Willen der Eigenstümer bestimmt werden.

Die Bestimmung des Nachfolgers kann gültig nur in einer öffentlichen Urkunde ober in einem schriftlich errichteten Testament geschehen.

#### Mrt. 13.

Hat der Borgänger über die Person des zur Gutsnachsolge zu berufenden Anerben keine Anordnung getroffen, und findet hierüber keine Bereinigung unter den Anerben statt, so kommen unter Einhaltung der in dem Art. 9 festgesetzten Klassensolge folgende Bestimmungen zur Anwendung:

- 1. nichtanfässige Unerben haben den Borzug bor den bereits anfässigen;
- 2. demnächst haben die männlichen Anerben den Borzug vor den weiblichen;
- 3. insoweit die vorstehenden Bestimmungen nicht ausreichen, entscheibet das Alter in der Art, daß der ältere Anerbe den Borzug vor dem jüngeren hat.

  Art. 14.

Gehört der Nachfolger der ersten Sukzessionsklasse an (Art. 9 Ziff. 1), und sind mehrere Deszendenten vorhanden, so hat derselbe ein Drittel des schuldenfreien Erbgutwertes zu empfangen.

Die weiteren zwei Drittel werden Eigentum der Deszendenten. Der übernehmer hat hieran gleichen Anteil.

Im Falle einer übergabe unter Lebenden ist der Borgänger berechtigt, sich von diesen zwei Dritteln einen Kindesteil als Eigentum vorzubehalten.

#### Art. 15.

Gehört der Erbgutsnachsolger der zweiten oder dritten Sukzessionsklasse an (Art. 9 Ziff. 2, 3), und sind Deszendenten des Borgängers vorhanden, so hat er denselben und beziehungsweise dem Borgänger (Art. 14 Abs. 3) die vollen zwei Drittel des Erbgutswertes zu geben.

#### 2(rt. 16.

Die Teilung der Abfindungssumme (Art. 14 und 15) unter die Deszenbenten geschieht nach Stämmen.
Satisten 178. III. In dem Falle, daß Chegatten sich im gemeinschaftlichen Eigentume des Erbgutes besanden, geschieht die Teilung nach Linien, wenn lediglich Deszendenten beider Ehegatten aus früheren Chen, oder wenn solche Deszendenten eines oder beider Ehegatten und zugleich Deszendenten ihrer Che vorhanden sind. In jeder Hälfte teilen die Deszendenten je eines Chegatten nach Stämmen.

Anerben der zweiten und der dritten Klasse (Art. 9 Ziff. 2 und 3) haben, insolange ein Anerbe der vorausgehenden Klasse vorhanden ist, keinen Anspruch auf Absindung aus dem Erbgute.

Ebensowenig kann benselben ober fremden Personen durch Berfügung des Borgängers ein Erbteil ober eine sonstige Zuwendung von Todes wegen aus dem Erbqute verschafft werden4.

Abs. 3 und 4 die zweite und dritte Sutzessionsklasse.

#### Mrt. 185.

If außer dem Erbgute noch ein anderes Vermögen borhanden, so kommen hinsichtlich der Erbsolge in das letztere die allgemeinen Gesetze dur Anwendung.

Art. 23.

Die Abfindungssummen der Anerben werden bis zum Zahlungstage mit bier bom Hundert berginft.

#### 2(rt. 27.

Einen gesethlichen Titel gur Erwerbung einer Sppothet auf dem Erbgute haben:

- 1. der Borgänger im Erbgute für die Summe, welche er sich bei der übergabe als Eigentum vorbehalten hat (Art. 14, 15 und 17);
- 2. die Anerben für ihre Abfindungssummen;
- 3. alle Personen, welche nach Art. 20 und 24 Alimente anzusprechen haben, für diese Alimente.

### b) Entwurf eines Waldgütergesetes

regelt die Bererbung der Waldgüter nach Unerbenrechts.

### c) Entwurf eines Unerbengesetes

wird zurzeit nicht weiter verfolgt7.

<sup>4</sup> Die Borschrift im Art. 17 Abs. 2, welche den Erblasser in der Bersügung von Todes wegen beschränkt, ist mit dem Reichsrecht (Art. 64 Abs. 2 EGBGB.) nicht vereinbar und daher seit dem 1. Januar 1900 außer Kraft getreten.

<sup>5</sup> Art. 18 läßt deutlich den Charafter der Sondernachfolge erkennen. 6 Bgl. Preuß. 3mangsauflösungs-Berordn. §§ 12, 13.

<sup>7</sup> Mit baldiger Biederaufnahme kann — nach Ansicht der amtlichen Begründung zum Sächischen Anerbengesetzentwurf — gerechnet werden, zumal sich erst der einiger Zeit noch starke und einslußreiche Kräfte — (Bahr. Bolkspartet, Bahr. Landesbauernkammer, Gruppe "Lande und Forstwirtsschaft" des Wirtschaftsbundes) — für die Einsührung des unmittelbaren Anerbenrechts in Bahern eingesetzt haben.

# Sessen (Freistaat).

### 8. Gefet. die landwirtschaftlichen Erbgüter betreffend,

vom 11. September 1858.

(Reg. 281. S. 537.)

Das Gesetz stimmt inhaltlich mit dem unter lfd. Nr. 7 abgedruckten bahrischen Geset die landwirtschaftlichen Erbgüter betreffend weitgehend überein.

Es hat in der Pragis nur wenig Bedeutung erlangt. Bon einem bejonderen Abdruck ist daher abgesehen.

### Baden.

### 9. Befet, die geschloffenen Sofgüter betreffend,

vom 20. August 1898.

(Bad. Ges.= u. Brdg.Bl. S. 405.)

§ 1. Geschloffene Sofgüter sind die in den Amtsgerichtsbezirken Billingen, Triberg, Bonndorf, Emmendingen, Ettenheim, Freiburg, Neustadt, Staufen, Waldkirch, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Gengenbach, Wolfach, Achern

gelegenen Hofgüter, deren Bestand und Umfang nach Maggabe des Gesetzes vom 23. Mai 18881 zur Feststellung gelangt find.

Für die Butunft geht man mit dem Gedanken um, das Gefet, die ge-

Für die Jukunst geht man mit dem Gedanken um, das Geset, die geschlossenen Hosgüter betrefsend, das 20. August 1898 auf eine breitere anserbenrechtliche Grundlage zu stellen (Amtl. Begr. z. Sächs. Anerbengesesentwurf S. 14).

Zu § 1: Nach dem Geset, die geschlossenen Hofgüter betrefsend, dem 23. Mai 1888 (Bad. Ges. u. Berordn. Bl. S. 235) sind geschlossene Hofgüter die in den oben bezeichneten Amtsgerichtsbezirken gelegenen Hofgüter, welche seit Erlassung des Edikts dem 23. März 1808 zusolge Horstommens unzertrennt den einem Eigentümer auf den anderen übergegangen sind. Ihre Feststellung erfolgt den Amts wegen nach näherer Maßgabe der §§ 3fs. des dorbezeichneten Gesetzes durch die für die Führung der Erund- und Pfandbücher zuständigen Behörden und unter Mitwirkung der Umtsgerichte. der Umtsgerichte.

Das auf Grund des Gesethes bom 23. Mai 1888 erfolgte Feststellungsverfahren hat ergeben, daß 4943 folder Hofgüter in 166 Gemeinden bestehen (Hermes und Whgodzhniel im Sandwörterbuch der Staatswissenschaften,

4. Aufl., Bd. 1, S. 293).

6\*

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Allgemein. Alteres Recht: Badisches Zivilgesetzuch Art. 827c bis 827g; landesherrliche Berordnung über den Borzug am unteilbaren liegenschaftlichen Erbe, Besitzgerechtigkeit oder Borteilgerechtigkeit genannt bom 23. März 1808 (Reg.-VI. S. 93). Geseth die geschlossenen Erbgüter betreffend vom 23. Mai 1888 (GBBI. S. 235).

§ 2. Der Eigentümer eines geschlossenen Hofgutes kann mit Genehmigung der zuständigen Berwaltungsbehörde einem geschlossenen Hofgut Parzellen einverleiben, wenn er als Eigentümer des Hofguts und der Parzellen im Grundbuch eingetragen ist, und wenn auf den einzuberleibens den Parzellen, abgesehen von Dienstbarkeiten, keine dinglichen Rechte lasten.

Diese Boraussehungen sind bei Einholung ber Genehmigung nachzu- weisen.

§ 3. Der Eigentümer eines geschlossenen Hofgutes kann mit Genehmisgung der zuständigen Berwaltungsbehörde die Geschlossenheit eines Hofguts aufheben, einzelne Teile lostrennen ober das Hofgut in eine Mehreheit von geschlossenen Hofgütern zerlegen. Im letzen Falle hat der Eigentümer bei Einholung der Genehmigung nachzuweisen, daß der Zerlegung keine wirtschaftlichen Bedenken namentlich in bezug auf die etwa sich ergebende Pfandbelastung der neu entstehenden Hofgüter entgegenstehen, sowie daß bei jedem einzelnen Gut das Anwesen ein im wesentlichen abgerundetes, zur Ernährung einer Familie völlig ausreichendes Besitztum bildet und mit den ersorderlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden versehen ist.

Wird die Lostrennung einzelner Teile auf dem Wege der Zwangsabtretung erwirkt, so ist die Genehmigung der Verwaltungsbehörde nicht erforderlich.

- § 4. An Teilen eines geschlossenen Hofguts können, abgesehen von Dienstbarkeiten, keine dinglichen Rechte entstehen.
- § 5. Ein geschlossenes Hofgut ist als ein Grundstück im Grundbuch einzutragen.

Einverleibte Bargellen find dem Sofgut zuzuschreiben.

Bei Lostrennung einzelner Parzellen und bei einer Zerlegung des Hofguts in mehrere geschlossene Hofgüter sind die Teile als besondere Grundstücke zu buchen.

Die zuständige Berwaltungsbehörde hat dafür Sorge zu tragen, daß biese Buchung erfolgt, und daß die in den §§ 2 und 3 genannten Erskärungen in das Grundbuch eingetragen werden, sobald die Genehmigung vollzugsreif geworden ist.

Mit dem Eintrag in das Grundbuch tritt die Gebundenheit des Eigenstümers ein.

- § 6. In Ermangelung einer lettwilligen Berfügung unterliegt das Hofgut nebst dem zum Nachlaß gehörigen Zubehör den Bestimmungen über das Anerbenrecht.
- § 7. Zum Anerbenrecht werden die Abkömmlinge des Erblaffers in folgender Reihenfolge berufen:

Leibliche Kinder gehen den angenommenen, eheliche den unehelichen bor. Uneheliche Kinder sind nicht Unerben ihres Laters.

Ferner geht bor:

Der jüngste Sohn und bessen Abkömmlinge, in Ermangelung von Söhnen und von Abkömmlingen von Söhnen die älteste Tochter des Erblassers und deren Abkömmlinge. Unter den Abkömmlingen eines Kindes richtet sich die Berusung zum Anerben nach den gleichen Grundsätzen.

- § 8. Wer zur Zeit des Erbfalls entmündigt ist, und ebenso wer infolge eines spätestens sechs Wochen nach dem Erbfall gestellten Antrags ent-mündigt wird, ist vom Anerbenrecht ausgeschlossen.
  - § 9 (betr. Berichollenheit des Anerben).
- § 10. Der Anerbe ist berechtigt, das Hofgut nebst Zubehör zu dem Ertragswert zu übernehmen.

Für die Berechnung des Pflichtteils ist der Ertragswert des Hofguts maßgebend.

Die Erbteile der fraft Gesetzes berufenen Erben werden auf ein Bierteil, die Pflichtteile auf die Hälfte ermäßigt, soweit dies erforderlich ist, damit der Anerbe ein Fünfteil des Ertragswerts des Hofguts frei von Lasten erhalten kann.

§ 11. Der Anerbe kann bei der Auseinandersetzung verlangen, daß ihm zur Tilgung der Forderungen der Pflichtteilsberechtigten und der Miterben fünf gleiche zu vier Prozent verzinsliche Jahrestermine bewilligt werden.

Für diese Forderung hat er bei der Auseinandersetzung Sicherheit zu leiften.

Bermag der Unerbe biese Sicherheit nicht zu leisten, so geht das Unserbenrecht auf den nächsten Berechtigten über.

- § 12. Die Bestimmungen der §§ 10 und 11 sinden auch auf einen vom Erblasser abstammenden Erben Anwendung, welchen derselbe als Allein=erben eingesetzt oder als Anerben bezeichnet hat, sofern nicht der Tat=bestand des § 8 vorliegt.
- § 13. Der Anerbe kann auf das Anerbenrecht verzichten ohne die Erbschaft auszuschlagen. In diesem Fall geht das Anerbenrecht auf den nächsten Berechtigten über.
- § 14. Der Berzicht auf das Anerbenrecht kann wirksam nur gegenüber bem Nachlaggericht erklärt werben.

Auf Antrag eines Miterben kann das Nachlaßgericht den Anerben auffordern, sich binnen einer bestimmten Frist zu erklären, ob er auf sein Anerbenrecht verzichtet.

Gibt der Anerbe innerhalb der Frist keine Erklärung ab, so gilt er als verzichtend.

Steht der Berzichtende unter Bormundschaft oder unter elterlicher Geswalt, so ist die Genehmigung des Bormundschaftsgerichtes ersorderlich.

§ 15. Das Anerbenrecht erlischt und die Anwendung des § 12 ist ausgeschlossen:

- 1. wenn dem übernehmer nicht ein Fünftel des Ertragswerts des Sofguts nach § 10 frei überwiesen werden fann;
- 2. wenn die in § 11 verlangte Sicherheit von keinem der Berufenen geleistet werden kann.
- § 16. Gehören zu einem Nachlaß mehrere geschlossene Hofgüter, so kann jeder Erbe in der Reihenfolge seiner Berufung zum Anerben je eines wählen. Sind mehr Hofgüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Bahl in derselben Reihenfolge wiederholt.
- § 17. Hat ein Abkömmling gemäß § 2050 des Bürgerlichen Gesethuchs ein von dem Erblasser bei dessen Lebzeiten erhaltenes geschlossens Hofgent zur Ausgleichung zu bringen, so ist im Zweifel der Ertragswert maßzgebend.
- § 18. Hat der Erblasser einem Abkömmling, welcher nicht sein Erbe wird, ein geschlossenes Hofgut geschenkt, so ist im Falle des § 2325 Abs. 1, 2 des Bürgerlichen Gesethuchs im Zweifel der Ertragswert maßgebend.
  - §§ 19-22 (betr. Gütergemeinschaft).
- § 23. Berkauft der Anerbe innerhalb von zehn Jahren nach dem Erbfall das übernommene Hofgut um einen den Ertragswert übersteigenden Preis, und gehört der Käufer nicht zu den Abkömmlingen des Berkäufers, so können die beteiligten Miterben eine Berichtigung der Auseinandersetzung und die beteiligten Pflichtteilsberechtigten eine entsprechende Nachzahlung von dem Berkäufer berlangen.

Statt des Ertragswertes ist der Kaufpreis — abzüglich des seit der übernahme zur Berbesserung des Hosquts gemachten Auswandes — für die Berechnung der Ansprüche der Miterben und der Pslichtteilsberechtigten maßgebend. Sämtliche Begünstigungen, welche dem Berkäuser wegen seiner Eigenschaft als Anerbe zugekommen sind, kommen in Wegfall.

Un Stelle der in der Zwischenzeit verstorbenen Miterben und Pflichtetilsberechtigten treten nur deren Abkömmlinge, und zwar nur solche, welche Erben oder pflichtteilsberechtigt geworden sind.

Die vorstehenden Bestimmungen sinden entsprechende Anwendung, wenn das Hofgut durch Tausch oder ein anderes entgeltliches Rechtsgeschäft oder im Wege der Zwangsversteigerung veräußert wird.

- § 24. Jeder Miterbe und jeder Pflichtteilsberechtigte kann bei der Auseinandersetzung verlangen, daß der Anspruch, der ihm nach § 23 künftig entstehen kann, durch eine Sicherungshhpothek (Bürgerliches Gesethuch § 1190, Landrechtsat 2132) an dem Hofgut sichergestellt wird. Bei Bemessung des Höchtbetrages, für welchen dieses Grundstück haften soll, ist in Ermangelung eines übereinkommens davon auszugehen, daß ein künftiger Kaufpreis den bei der Auseinandersetzung maßgebenden Ertragswert um ein Dritteil übersteigen kann.
- § 25. hat der Anerbe das hofgut an einen Abkömmling veräußert, so ift dieser bei einem Weiterverkauf innerhalb zehn Jahren vom Erbfall

an gegenüber den Miterben und Pflichtteilsberechtigten zu den gleichen Leistungen wie der Anerbe im Falle des § 23 verpflichtet.

§ 26. Die den Miterben und Pflichtteilsberechtigten und ihren Rechtsnachfolgern nach den §§ 23, 25 zustehenden Unsprüche mussen binnen Jahresfrist durch Klage geltend gemacht werden.

Die Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die Miterben und Pflichtteilsberechtigten von der Beräußerung erhalten haben, spätestens aber mit dem Tage der Auflassung zum Grundbuch.

- § 27. Das Edikt über die Borteilsgerechtigkeit vom 23. März 1808, die Landrechtjätze 827c-g und das Gesetz vom 23. Mai 1888, die geschlossenen Hofgüter betreffend, werden aufgehoben.
- § 28. § 25 Ziffer 38 bes Gesetes vom 4. Juni 1888, die Gebühren in Berwaltungs= und verwaltungsgerichtlichen Sachen betreffend, erhält folgenden Zusat:
  - "c) zur Aufhebung eines geschloffenen Sofgutes 20 bis 100 Mart".
- § 29. Borstehendes Geset tritt gleichzeitig mit bem Bürgerlichen Gesethuch in Rraft.
- § 30. Die erforderlichen Bollzugsvorschriften werden von den Ministerien der Justig und des Inneren je für ihren Geschäftskreis erlassen.

# Mecklenburg-Schwerin.

### 10 a. Verordnung 1-4 zur Ausführung des Bürgerlichen Gesethuchs

vom 9. April 1899. (Reg. Bl. S. 152.)

#### Dritter Sitel.

### Bauerliches Anerbenrecht.

### I. Allgemeine Borichriften.

- § 349. Unerbengüter sind die im Nugeigentum ober ungeteilten Eigentum einer Privatperson stehenden Landguter, welche
  - 1. im Domanium belegen und nach den für die Domanialverwaltung maßgebenden Grundsätzen auf mindestens 37½ bis höchstens 350 Scheffel bonitiert sind;

2 Spezialliteratur: Langfeld, Medl. Ausführungsverordnungen zum

BUB. 1899. S. 266ff.

<sup>1</sup> Die praktiche Bedeutung der Borschriften in § 349 Kr. 2 und § 351 ist gering, da bäuerliche Höse nur noch im Domanium in größerer Zahl borhanden sind. Die in Mecklenburg-Schwerin borhandenen Anerbensgüter sind durchweg Erdpachtgüter und als solche nur mit Genehmigung des Obereigentümers teilbar.

- 2. außerhalb des Domaniums belegen find, wenn entweder
  - a) für das Grundstück bisher die revidierte Berordnung, betreffend die Intestaterbfolge in die Bauerngüter der Domänen, vom 24. Juni 1869 maggebend gewesen ist, oder
  - b) das Grundstud durch gesetliche Borschrift oder grundbriefliche Bestimmung den Borschriften der §§ 353 bis 388 unterstellt worden ist, oder
  - c) für das Grundstück bisher die Erbfolgeordnung für die Erbpachthufen in den drei Landesklöstern (Additionalakten von 1855 und Unlage C der neuen Additionalakte zu den Erbpachtkontrakten vom 30. Januar 1869) oder eine andere, auf den Grundfägen der Sondernachfolge und des Borzugs eines einzelnen Erben beruhende Erbfolgeordnung maggebend gewesen ift.
- § 350. Die Borschriften der §§ 353 bis 388 finden Anwendung auf die in § 349 unter Nr. 1 sowie unter Nr. 2a und b bezeichneten Anerbengüter.
- § 351. Die Vorschriften der §§ 353 bis 359, 361, 379, 380, 386 bis 388 finden auf die im § 349 unter Rr. 20 bezeichneten Unerbengüter ent= ibrechende Anwendung.

In Ansehung der Borschriften der §§ 356 bis 359 steht dem Grundbrief das bäuerliche Herkommen gleich.

Im übrigen verbleibt es, unbeschadet des Art. 64 Abs. 2 des Einführungsgesetes zum Bürgerlichen Gesetbuch, in Ansehung dieser Grundftude bei den Bestimmungen des Grundbriefs und des bauerlichen Berfommens.

- § 352. Die Borschriften der §§ 353 bis 388 finden keine Anwendung:
- 1. soweit sich aus einer für das Grundstück maßgebenden Fideikommißjahung oder aus einer für die Zeit nach dem Intrafttreten des Bürger= lichen Gefetbuchs getroffenen grundbrieflichen Bestimmung ein anderes ergibt;
- 2. auf Grundstücke, die im Nuteigentum oder ungeteilten Eigentum des jeweiligen Eigentumers eines ritterschaftlichen Landgutes stehen.
- § 353. Bei dem Tode des Besitzers bildet das Anerbengut mit den zu bem Grundstüde gehörenden Gegenständen (Gutsbermögen) in Unsehung der gesetlichen Erbfolge und der Erbteilung einen abgesonderten Teil der Erbschaft.
- § 354. Auf die Erbfolge in das Gutsvermögen finden in Ansehung der Annahme und Ausschlagung der Erbschaft sowie in Ansehung der Für-

b. 4. Mai 1872.

<sup>3</sup> Sonstige Borichriften über Anerbengüter: Ausf. Brdg. § 31 (betr. 3 Sonsetge Borigitsten aver anervenguter, ausz. Stog. 8 or (vert. Zubehör); § 257 (betr. Schähung); Ausf. Brdg. 3. Zwangsversteigerungsgeseth § 2 und Ausf. Brdg. 3. Zivilprozesordnung §§ 12—14, sowie serner das nachstehend unter Nr. 10b abgedr. Geseth betr. Erbpacht.

4 Alteres Recht: Revidierte Berordnung betr. die Intestaterbsolge in die Bauerngüter der Domänen v. 24. Juni 1869 (Reg. Bl. S. 437) u.

forge des Nachlaßgerichts die Borschriften der §§ 1942 bis 1966 des Bürgerslichen Gesethuchs und in Ansehung des Berzichts auf das Erbrecht die Borschriften der §§ 2346 bis 2352 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung.

§ 355. Auf die Erteilung eines Erbscheins über das Recht des Anserben an dem Gutsbermögen sinden die Borschriften des § 325 entsprechende Anwendung.

### II. Sonderung des Gutevermögens und des übrigen Bermögens.

- § 356. Auf die Sonderung des Gutsvermögens und des übrigen Bermögens des Gutsbesitzers sinden, soweit nicht durch den Grundbrief ein anderes bestimmt ist, die Borschriften der §§ 357 bis 359 Anwendung.
  - § 357. Bu bem Gutsbermogen gehören:
  - 1. das Landgut mit seinen Bestandteilen und dem in den §§ 97, 98 des Bürgerlichen Gesethuches bezeichneten Zubehör.

Als Zubehör des Grundstücks gehören zu dem Gutsbermögen:

- a) das gesamte vorhandene auf dem Grundstücke gewonnene Stroh und Heu;
- b) die vorhandenen nach gesetzlicher Borschrift zu haltenden Feuerlöschgerätichaften;
- c) die vorhandenen das Grundstück betreffenden Papiere, insbesondere der Grundbrief.

Bubehörstude, die nicht in das Eigentum des Gutsbesitzers gelangt sind, gehören nicht zu dem Gutsbermögen;

- 2. die Forderungen gegen den Versicherer aus Versicherungen gegen Feuer- und Hagelschaden, welche über die unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände abgeschlossen worden sind, sowie die ausgezahlten Entsichäbigungssummen;
- 3. der zum Zweck allmählicher Tilgung eines das Grundstück belastenden Kapitals an eine öffentliche Kreditanstalt, insbesondere an den Großherzoglichen Domanial-Kapitalsonds entrichtete und dem Nutzeigentümer gutgeschriebene Betrag.
- § 358. Zu dem übrigen Bermögen des Besihers gehören insbesondere die auf dem Grundbuchblatte des Grundstücks für den Besiher eingetragenen oder auf ihn übergegangenen Shpotheken, Grundschulden und Rentenschulden, soweit sie nicht nach § 1178 des Bürgerlichen Gesehbuchs erslöschen.
  - § 359. Dem Unerben fallen zur Laft (Gutsichulden):
  - 1. die Berbindlichkeiten bes Erblassers, für welche eine Hppothek an dem Grundstücke besteht, sowie die auf dem Grundstücke lastenden Grundschulben und Rentenschulden;
  - 2. die nach § 364 den Miterben zu gewährenden Abfindungen;

- 3. ber nach ben §§ 374 bis 376 ben Geschwistern zu gewährende Unterhalt:
- 4. der nach dem § 377 dem überlebenden Chegatten bes Erblaffers und bem Interimswirte zu gewährende Altenteil;
- 5. die sonst noch auf dem Grundstücke laftenden Berbindlichkeiten und Abgaben.

Alle übrigen Rachlagberbindlichkeiten hat der zu der übrigen Erbsichaft berufene Erbe zu tragen.

### III. Gejegliche Erben.

- § 360. Für die gesetzliche Erbsolge in das Gutsvermögen kommen die Borschriften der §§ 1923 bis 1936 des Bürgerlichen Gesetzuchs mit den in den §§ 361 bis 363 enthaltenen Abanderungen zur Anwendung.
- § 361. Das Gutsvermögen geht bei bem Borhandensein mehrerer Erben nur auf einen der Erben (Unerben) über.

Unter mehreren gleichberechtigten Erben entscheibet das Los. Das gleiche gilt, wenn bei Zwillings- oder Mehrgeburten ungewiß ist, wem von den Geschwistern das Anerbenrecht zusteht.

§ 362. Unter den gesetzlichen Erben der ersten Ordnung schließen die Söhne die Töchter, die älteren Söhne die jüngeren Söhne und die älteren Töchter die jüngeren Töchter aus.

In gleicher Beise gehen die Abkömmlinge eines älteren Sohnes den übrigen Söhnen und Töchtern und deren Abkömmlingen, die Abkömmlinge einer älteren Tochter den jüngeren Töchtern und deren Abkömmlingen vor. Ebenso entscheidet innerhalb der einzelnen Stämme der Borzug des männslichen Geschlechts und der Erstgeburt.

In der ersten Ordnung stehen an Kindes Statt angenommene Kinder den leiblichen Kindern, uneheliche Kinder den ehelichen Kindern sowie die Kinder, welche zur Zeit des Todes des Erblassers entmündigt sind oder eine rechtskräftige Berurteilung zu Zuchthausstrase erlitten haben, den übrigen Kindern nach. Das gleiche gilt in Ansehung weiterer Abkömmslinge.

- § 363. Sind gesetzliche Erben der ersten Ordnung nicht vorhanden, so sind zur Erbsolge in das Gutsvermögen in nachstehender Reihenfolge berrufen:
  - 1. der Borfahr, durch dessen Abtretung der Erblasser das Gutsvermögen erworben hat:
  - 2. die vollbürtigen Geschwister bes Erblassers und seine Salogeschwister bon ber Seite, bon welcher bas Gutsbermögen herstammt, sowie deren Abkömmlinge;
  - 3. der überlebende Chegatte des Erblassers;
  - 4. der Bater des Erblassers;

- 5. die eheliche Mutter des Erblaffers;
- 6. die übrigen gesetlichen Erben ber zweiten und ber folgenden Ordnungen nach den §§ 1925 bis 1929 des Bürgerlichen Gesethuchs.

Treffen in ben unter 2 und 6 bezeichneten Abteilungen mehrere gleichserechtigte Erben zusammen, so wird der Anerbe unter entsprechender Answendung der Borschriften des § 362 bestimmt.

### IV. Anipruche der von der Erbfolge ausgeschloffenen Berfonen.

- § 364. Wird der Erblasser von mehreren Abkömmlingen beerbt, so hat der Anerbe den von der Erbsolge in das Gutsvermögen ausgeschlossenen Abkömmlingen eine Abkindung aus dem Gutsvermögen zu gewähren.
- § 365. Die Art und das Maß der Abfindung wird durch den Grundbrief und, soweit dieser keine Bestimmung enthält, durch Ortssatung bestimmt. Besteht die Absindung in einer Kapitalzahlung, so ist sie vom Schlusse des Sterbemonats ab zu verzinsen.

Das Grundstück ist zum Zwecke der Feststellung der Abfindung mit dem Ertragswerte in Ansatz zu bringen. Der Ertragswert bestimmt sich nach dem Reinertrage, den das Grundstück nach seiner bisherigen wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung nachhaltig gewähren kann. Die Vorschriften der §§ 254 bis 256 sinden entsprechende Anwendung, soweit nicht durch Ortssatzung ein anderes bestimmt ist.

- §§ 366 und 367 (betr. die Ortsjagungen).
- §§ 368 und 369 (betr. Eintragung des Anerben und der Abfindungen für die Miterben im Grundbuch).
- § 370. Hat einer der abzufindenden Abkömmlinge zu einer Zeit, zu welcher das Grundstück dem Erblasser bereits gehörte, etwas im voraus empfangen, was er nach gesetzlicher Borschrift zur Ausgleichung zu bringen hat, so wird das Empfangene auf die Abfindung angerechnet.
- § 371. Ist der Unerbe minderjährig, und sind neben ihm nur minderjährige von dem Erblasser abstammende Geschwister als Erben vorhanden, so wird das Grundstück bis zu dem Johannistermin, der auf den Eintritt der Bolljährigkeit des Unerben solgt, für gemeinschaftliche Rechnung der Erben bewirtschaftet.

Jeder Miterbe ist berechtigt und auf Verlangen des Anerben verpflichtet, gegen Auszahlung der für ihn festgestellten Absindung aus der Gemeinschaft auszuschen, wenn er vollsährig geworden ist, oder wenn er sich verheiratet. Die Auszahlung erfolgt in dem zweiten auf die Feststellung folgenden landesüblichen Zahlungstermin; die Absindung ist bis dahin von dem Zeitpunkte des Aushörens der gemeinschaftlichen Wirtschaft ab zu verzinsen.

Bor seinem Ausscheiben aus ber Gemeinschaft kann ein Miterbe bie Feststellung seiner Abfindung nicht verlangen.

§ 372. Bor dem im § 371 bezeichneten Johannistermin kann der Anserbe nicht einseitig über das Gutsvermögen und die einzelnen dazu geshörenden Gegenstände verfügen.

Bor seinem Ausscheiden aus der Gemeinschaft kann einer der übrigen Miterben nicht über seinen Anspruch auf Abfindung verfügen.

Die Vorschriften der §§ 717, 719 Abs. 2, 720, 2038 bis 2041 des Bürger-lichen Gesehbuchs sinden entsprechende Anwendung.

§ 373. Durch ben Tob bes Anerben vor bem im § 371 bezeichneten Johannistermin wird die Gemeinschaft beendet.

Stirbt einer der Miterben des Anerben, bevor er aus der Gemeinschaft ausgeschieden ist, so treten seine Abkömmlinge an seine Stelle. Hintersläßt er keine Abkömmlinge, so wächst sein Anteil an der Gemeinschaft den übrigen Miterben an.

§ 374. Hinterläßt der Erblasser mehrere Abkömmlinge, so ist der Anerbe verpflichtet, seinen vollbürtigen Geschwistern und seinen von dem Erblasser abstammenden halbbürtigen Geschwistern auf Berlangen bis zur Bollendung ihres sechzehnten Lebensjahres gegen den Genuß der Zinsen ihres Bermögens standesmäßigen Unterhalt zu gewähren.

Diese Berpflichtung liegt bem Anerben ohne Zeitbeschränkung ob, wenn ber Berechtigte infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen unfähig ist, sich selbst zu erhalten, es sei benn, daß er bereits abgefunden ist.

Der Anerbe haftet bor den nach den §§ 1601 bis 1615 des Bürgerlichen Gefethuchs unterhaltspflichtigen Bersonen.

§ 375. Das Waß des zu gewährenden Unterhalts bestimmt sich nach der Lebensstellung des Berechtigten sowie nach der Größe des Gutsversmögens unter Berücksichtigung der auf dem Gutsvermögen lastenden Schulben und der Zahl der nach § 374 unterhaltsberechtigten Personen.

Der Unterhalt umfaßt den ganzen Lebensbedarf, bei einer der Erziehung bedürftigen Person auch die Kosten der Erziehung und der Borbildung zu einem Berufe. Die Kosten der Unterbringung des Berechtigten in einer öffentlichen Unstalt hat der Anerbe in dem Falle des § 374 Abs. 2 nicht zu tragen.

§ 376. Auf den Anspruch finden die Vorschriften des § 1612 Abs. 1, 3 und der §§ 1613, 1615 des Bürgerlichen Gesethuchs mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen, der Verpflichtete verlangen kann, den Unterhalt durch Aufnahme des Berechtigten in seinen Hausstand zu leisten.

Der Berechtigte kann die Begründung einer seinem Unterhaltsanspruch entsprechenden Reallast an dem Grundstücke verlangen. Die Vorschriften des § 316 finden entsprechende Anwendung. Die Ablösungssumme wird durch Schiedsmänner nach Maßgabe der für die Feststellung der Absindungen (§§ 364ss.) geltenden Vorschriften sestgesett. Die Ablösungssumme bestimmt sich in dem Falle des § 374 Abs. 1 nach der Summe der Jahres-

werte des Rechts für die Zeit bis zur Bollendung des sechzehnten Lebensjahres.

§ 377. Der überlebende Chegatte des Erblassers, welcher nicht felbst zur Erbsolge in das Gutsvermögen berusen ist, erhält aus dem Gutsvermögen den durch Ortssatzung festgestellten Altenteil. Der Altenteil ist durch Begründung einer Reallast an dem Grundstücke im Range vor den in §§ 364st. bezeichneten Absindungen zu sichern. Im übrigen sinden auf den Altenteil die Borschriften der §§ 365 bis 369 und des § 376 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

Hinterläßt der Erblasser mehrere Landgüter, auf welche die Borschriften der §§ 353 bis 388 Anwendung finden, so kann der überlebende Ehegatte wählen, aus welchem Grundstücke der Altenteil zu gewähren ist.

### V. Interimswirtschaft.

§ 378. Die Einführung einer Interimswirtschaft ist zulässig, wenn der Anerbe ein Abkömmling des Erblassers ist. Auch kann dem Interimswirt ein Altenteil gewährt werden.

Der Vertrag mit dem Interimswirte bedarf gerichtlicher oder notarieller Beurkundung. Der gerichtlichen Beurkundung steht die Beurkundung durch eine nicht gerichtliche Vormundschafts- oder Nachlaßbehörde gleich. Im Falle des § 371 ist die Zustimmung aller Miterben ersorderlich. In diesem Falle sowie in dem Falle, daß der Anerbe geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, bedarf der Vertrag der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

### VI. Saftung für die Gutsichulden.

§ 379. Ift der Anerbe zugleich Erbe der übrigen Erbschaft geworden, so finden die Borschriften der §§ 283 bis 286 dieser Berordnung und des § 1992 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung.

§ 380. Der Anerbe, welcher nicht zugleich Erbe der übrigen Erbschaft geworden ist, haftet für die Gutkschulden (§ 359) nur mit dem Gutse vermögen. Die Borschriften des § 287 Abs. 2 und des § 288 finden entsprechende Anwendung.

Mit dem Gutsvermögen haftet er auch aushilflich für die Nachlaßverbindlichkeiten, welche dem zu der übrigen Erbschaft berufenen Erben zur Last fallen.

Auf die Haftung des Gutserben und des zu der übrigen Erbschaft berufenen Erben für die Gutsschulden und die übrigen Nachlachverbindlichsteiten sie Vorschriften des § 289 entsprechende Anwendung.

#### VII. Borfauferecht.

§ 381. Verkauft der Anerbe das ihm nach den Vorschriften der §§ 360 bis 363 zugefallene Grundstück, so sind seine Miterben nach der sich aus diesen Vorschriften ergebenden Reihenfolge zum Vorkaufe berechtigt.

Als vorkaufsberechtigte Miterben im Sinne dieser Vorschrift sind die Personen anzusehen, welche bei sonst gleicher Erbberechtigung mit dem Anserben durch diesen insolge des ihm zustehenden Vorzugsrechts oder nach Entscheidung durch das Los ausgeschlossen worden sind.

Das Borkaufsrecht geht einem an dem Grundstude bestehenden grundsherrlichen oder bertragsmäßigen Borkauferechte bor.

- § 382. Das Borkaufsrecht findet keine Anwendung, wenn der Anerbe das Grundstud an einen seiner erbberechtigten Abkömmlinge oder an seinen sonstigen nächstberechtigten Erben abtritt.
- § 383. Die Frist für die Ausübung des Borkaufsrechts beträgt zwei Monate. Das Borkaufsrecht ist vererblich.

Die Ausübung des Vorkaufsrechts ift ausgeschlossen, wenn seit dem Anfall des Grundstücks an den Anerben zehn Jahre verstrichen sind; im Falle des § 371 beginnt die Frist mit dem Aufhören der gemeinschaftlichen Wirtschaft.

§ 384. Auf das Borkaufsrecht finden die Borschriften des § 1096 Sat 2, der §§ 1098 bis 1102 und des § 1104 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung.

### VIII. Lettwillige Berfügungen des Befigers.

- § 385. Das Recht des Erblassers, über sein Unerbengut von Todes wegen zu verfügen, bleibt unbeschränkt.
- § 386. Der Pflichtteil der Abkömmlinge, der Eltern und des überlebenden Ehegatten des Erblassers, welche gesetzlich als Anerben zur Nachfolge in das Gutsvermögen berusen sind, aus dem Gutsvermögen bestimmt sich nach den Borschriften der §§ 1924, 1925, 1931, 2303 bis 2338 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ohne Berücksichtigung des ihnen durch die §§ 360 bis 363 eingeräumten Borzugs, soweit nicht in den §§ 387, 388 ein anderes bestimmt ist.

Der Pflichtteil eines nicht zur Nachfolge in das Gutsbermögen berusenen Abkömmlings aus dem Gutsbermögen besteht in dem Werte der ihm nach Ortsfahung zustehenden Abkindung, soweit nicht dieser Wert den Pflichtteil übersteigt, der ihm nach den §§ 1924, 2303 bis 2338 des Bürgerslichen Gesehbuchs zustehen würde.

- § 387. Die Eltern und der überlebende Ehegatte des Erblassers sind insoweit nicht pflichtteilsberechtigt, als ein Erbe, der sie im Falle der gesetzlichen Erbsolge nach den §§ 360 bis 363 ausschließen würde, den Pflichtteil verlangen kann oder das ihm Hinterlassen annimmt.
- § 388. Der Pflichtteilsberechtigte hat sich auf den Pflichtteil aus dem Gutsbermögen anrechnen zu lassen, was er aus dem übrigen Bermögen des Erblassers durch letztwillige Berfügung oder durch Erbvertrag über den Pflichtteil hinaus erhält.

### 10 b. Gefek über Umwandlung bäuerlicher Rutungsrechte in Erbpacht

vom 6. November 1923.

(Reg. 31. S. 885.)

### — Auszug —

§ 21. Die vererhpachteten Besithstellen sind, sosern sie mindestens 20 ha groß oder auf mindestens 37½ Scheffel bonitiert sind, Anerbengüter. Auf sie finden die §§ 353—388 der Ausführungsverordnung zum Bürgerlichen Gesehuch entsprechende Anwendung. Dieses ist im Grundbriese sestzusitellen.

# Mecklenburg-Strelitz.

### 11. Gefet über das Anerbenrecht

vom 20. April 1922 (Amtl. Anz. S. 201) mit Änderungen, durch das Gesets vom 1. Mai 1925 (Amtl. Anz. S. 127) und das Gesets vom 8. April 1926 (Amtl. Anz. S. 223).

#### überblid.

- I. Allgemeine Borichriften §§ 1-4.
- II. Sonderung des Gutsbermögens und des übrigen Bermögens §§ 5-9.
- III. Gesetliche Erben §§ 10—14.
- IV. Unsprüche der von der Erbfolge ausgeschlossenen Bersonen.
  - 1. Abfindung §§ 15-20a.
  - 2. Bewirtschaftung auf gemeinschaftliche Rechnung §§ 21—23.
  - 3. Unterhaltsansprüche §§ 24—26.
  - 4. Altenteil § 27.
- V. Interimswirtschaft § 28.
- VI. Haftung für die Gutsichulden §§ 29-30.
- VII. Ausgleichungspflicht im Beräußerungsfalle § 31.
- VIII. Lettwillige Verfügungen des Erblassers §§ 32-36.

Inhaltlich stimmen die Borschriften weitgehend mit den entsprechenden Borschriften des Anerbengesetzes für Mecklenburg-Schwerin überein.

Berordnung betr. die Rechtsberhältnisse der in den ritterschaftlichen Gütern aufzurichtenden Erbpachtbauernstellen v. 10. Dezember 1824 (abgedr. a. a. D. S. 131).

Rebibierte Berordnung wegen der Erbfolge in die regulierten Bauernsgehöfte des Fürstentums Rapeburg b. 9. Oktober 1859 (abgedr. a. a. D. S. 135).

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Alteres Recht: Berordnung betr. die Feststellung der Berhältnisse Bauern und Bauernstellen in den ritterschaftlichen Gütern v. 10. Dezember 1824 (abgedr. b. Frommhold, Deutsches Anerbenrecht 1896, S. 129).

Berordnung betr. die Rechtsberhältnisse der in den ritterschaftlichen

# Braunschweig.

### 12. Gefeß 1-3,

### den bäuerlichen Grundbesit betreffend

vom 28. März 1874 (Gef.= und Vrdg.=Samml, S. 43) ergänzt durch Gefetz vom 22. März 1919 (GVS. S. 81).

§ 1. Die landesgesetliche Geschlossenheit des bäuerlichen Grundbesites im bisherigen Sinne und die Rechtsnormen, auf denen diese Geschlossenheit beruht, insbesondere:

die Landtagsabschiede vom 3. Juni 1597 und 22. November 1643, die Artikel 28 und 29 der allgemeinen Landesordnung vom 7. März 1647 - die landesherrlichen Berordnungen und Reskripte vom 24. April 1694, 27. März 1705, 15. Januar 1712, 18. März 1720, 7. August 1721, Deklaration vom 2. November 1751 und der § 110 der Ablösungsordnung vom 20. Dezember 1834.

welche die Zerschlagung oder Teilung eines Bauernguts, oder die Veräußerung einzelner Bubehörungen desfelben verbieten, oder bon einer Benehmigung der Herzoglichen Landesregierung abhängig machen, treten unbeschadet jedoch der dem Bauernrechte eigentümlichen Institute des Anerbenrechts, der Interimswirtschaft und der Leibzucht, außer Kraft, dergestalt, daß dem Eigentümer eines Bauerguts fortan die Befugnis eingeräumt sein soll, über dasselbe und dessen Zubehörungen unter Lebenden und von Todes wegen in den gesetzlichen Formen frei zu berfügen.

Rugleich werden hierdurch nicht nur die zur Verhinderung der Vereinigung mehrerer Bauerhöfe in einer Sand erlassenen gesetlichen Anordnungen, namentlich das landesfürstliche Restript vom 3. November 1760 und die Höchste Verordnung vom 4. Mai 1778, sondern auch die in den obigen landesgesetlichen Erlassen mitenthaltenen Bestimmungen aufgehoben, welche dem Besitzer ein Wiedervereinigungsrecht in bezug auf die ohne regiminellen Konsens beräußerten Zubehörungen gewähren.

Soweit die Gesetze vom 20. Mai 1858 über die Unteilbarkeit der Ritter-, Schrift, Freisassen= und sonstigen Landguter, Nr. 28, und über die Errichtung von Familienstammgütern, Nr. 30, Beschränkungen enthalten, welche auf den gedachten, die Verhinderung der Bereinigung mehrerer

<sup>1</sup> Spezialliteratur: Reinbeck, Das Recht des bäuerlichen Grunds besitzes im Herzogtum Braunschweig (1903).

<sup>2</sup> Alteres Recht: Geset über die Unteilbarkeit der Ritter=, Schrift=, Freisassen= und sonstigen Landgüter v. 20. Mai 1858 (Ges.= u. Brog.=Samml. ල. 99).

Gefet über die Bererbung der Ritter-, Schrift-, Freisassen- und sonstigen Landgüter v. 20. Mai 1858 (a. a. D. S. 103).

Gesetz, die Grundbuchordnung betr., v. 8. März 1878 (a. a. D. S. 61) — §§ 25 u. 32. 3 Bgl. auch braunschw. Ausf.Ges. 3. BGB. § 14.

Bauergüter in einer hand bezwedender Beftimmungen beruhen, werden biefe Beschränkungen hierdurch gleichfalls aufgehoben.

Eben dieses gilt von den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Mai 1858, Nr. 28, in den §§ 1 und 3, nach denen die Bergrößerung des Pertinenzsuts durch späterhin erworbene Höse oder Grundstücke, imgleichen die Berzäußerung der in den Lagerbüchern als Zubehörungen eines Pertinenzguts verzeichneten Bestandteile nur mit landesherrlicher Genehmigung gestattet — und dem Besitzer eines solchen Gutes das Reunionsrecht eingeräumt ist.

Endlich wird auch das Gesetz vom 23. April 1867, Ar. 21, die Aufsbebung der Pertinenzqualität bei Grundstücken in den Städten betreffend, soweit dasselbe für die in den Städten befindlichen geschlossenen Ackerwesen oder Höfe den Eigentümer in der freien Verfügung beschränkt, nebst den auf Grund jenes Gesetzes etwa errichteten städtischen Statuten hierdurch ausgehoben.

§ 2. Die vorhandenen Bauergüter bestehen als solche fort und werden auch fernerhin in Beziehung auf Anerbenrecht, Interimswirtschaft und Leibzucht nach dem geltenden Bauernrechte beurteilt.

Künftig entstehende, bebaute Wirtschaftsstellen auf dem Lande, die nicht (wic z. B. Mühlen, Fabriken, Landhäuser) wesentlich andern als landwirtsschaftlichen Zweden dienen und weder zu den Ritters und Freisasserr noch zu den Stamms und Pertinenzgütern (cfr. die Gesetz vom 20. Mai 1858 Nr. 28 und 30) gehören, gelten für bäuerliche Besitzungen und werden in gleicher Weise wie die vorhandenen Bauergüter nach Bauernrecht besurteilt.

Die Grundstüde und Berechtigungen, welche bei einem Bauerhof beswirtschaftet beziehungsweise benutzt werden, gelten für dessen Zubeshörungen und bilden mit Einschluß des bebauten Gehöftes dessen einheitslichen wirtschaftlichen Bestand.

Im Zweifel sollen Grundstücke ober Berechtigungen als Zubehörungen berjenigen Hossielle angesehen werden, von welcher aus sie regelmäßig bewirtschaftet beziehungsweise benutt sind. Die hiernach im Zweisel sich bestimmende Zugehörigkeit wird durch eine vorübergehende Berpachtung ober ähnliche Benutung, 3. B. als Leibzuchtsland, nicht ausgeschlossen.

- § 3. Auch nach Abtrennung von Zubehörungen bleibt die Eigenschaft eines Bauerguts als solche für das übriggebliebene bebaute Gehöft und den etwaigen Restbestand der Zubehörungen desselben in Kraft.
  - § 4 (betr. die Rechte Dritter).
- § 5. In Ermangelung anderer rechtsbeständiger Verfügungen des Erblassers gelangt da, wo das Anerbenrecht bis jest in Anwendung war, kraft des für die Bauergüter mit Einschluß der Anbauerwesen in Geltung bleibenden Anerbenrechts von den vorhandenen mehreren Erben nur einer (der Anerbe) zum Naturalbesitze des Hoses samt Zubehör und Inventar; die übrigen erhalten Absindungen.

Schriften 178, III.

Für eine rechtsbeständige Ernennung des Anerben unter den zur gesetzlichen Erbfolge berufenen Nachkommen des Hofeigentümers soll außer einer letztwilligen Berfügung auch schon eine diese Ernennung enthaltende einfache Erklärung des Sigentümers dann gelten, wenn sie gerichtlich oder notariell beurkundet ist.

Einer gleichen Form bedarf es für die einfache Erklärung des Eigentümers, durch welche die Ernennung eines Anerben widerrufen wird.

Im übrigen gelten für das Anerbenrecht und die Absindungen, wenn ein anderes von dem Erblasser nicht angeordnet ist, die nachfolgenden Bestimmungen.

- § 6. Das Anerbenrecht tritt nicht ein, wenn der Erblasser
- 1. bei seinem Tode nur Miteigentumer des Hofes war;
- 2. bei seinem Tobe seinen Wohnsitz nicht im Herzogtum Braunschweig hatte;
- 3. wenn der Bauerhof wirtschaftliche Zubehörung eines Ritter-, Freissassen- voer sonstigen größeren, nicht bäuerlichen Landgutes bilbet.
- § 7. Das Anerbenrecht besteht nur für Nachkommen des Erblassers. Unter Nachkommen gleichen Grades gibt das männliche Geschlecht und bei gleichem Geschlechte das höhere Alter den Borzug. Unter Nachkommen berschiedenen Grades geht ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters der nähere Grad dem entsernteren vor.

Alle auf gesetlichen Borschriften, auf dem Gerichtsgebrauche und Observanzen beruhenden Abweichungen von dieser Ordnung werden hierdurch aufgehoben.

- § 8. Der zugleich mit Nachkommen zu der Erbschaft berufene Spegatte erhält als Abfindung nach seiner Wahl eine Leibzucht oder lebenslängliche Rente.
  - § 9. Wegenstand des Anerbenrechts ift:
  - 1. das zum Nachlasse gehörige bebaute Bauergut;
  - 2. bessen gesamtes Bubehör (f. § 2), selbst wenn basselbe aus einem ober mehreren sogenannten wüsten Höfen besteht;
  - 3. das notwendige Haus- und Hofinventar, sowohl das lebende als das tote, einschließlich des Düngers und der vorhandenen, für die Fortschrung der Hofwirtschaft bis zur nächsten Ernte ersorderlichen Frucht-, Futter- und sonstigen Borräte.
- § 10. Gehören zu dem Nachlasse mehrere Bauergüter, so fallen solche demselben Anerben zu, insosern sie bisher eine wirtschaftliche Einheit gebildet haben. Andernfalls kann jeder Nachkomme in der Reihenfolge seiner Berufung zum Anerbenrechte (§ 7) sich einen Hof wählen.

Sind mehr getrennt bewirtschaftete Höfe als Racksommen vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

§ 11. Ist von dem Erblasser eine gültige Bestimmung darüber getroffen, in welcher Beise dem Anerben der Hof gegen Absindung der Miterben zuteil werden soll, so hat es dabei sein Berbleiben.

Fehlt es an einer solchen Bestimmung und an einer gütlichen Einigung der Beteiligten, so erhält der Anerbe von dem — wie nachsteht — zu ermittelnden Werte des Hoses, der Zubehörungen und des Inventars (§ 9) seinen Erdteil mit einem so hohen Boraus, als ersorderlich ist, damit der Hos bei Kräften bleibe. Jedoch soll dieses Boraus ein Dritteil des ermittelten Hoswerts nicht übersteigen.

Der Anerbe, der seinen Anteil in dem ihm verbleibenden Hofe samt Zubehör und Inventar erhält, hat die Anteile der Miterben herauszuzahlen, und diese Anteile bilden deren Abfindung vom Hofe, auf welchem sie als dingliche Last bis zur Tilgung hasten, und auf den sie bei Berichtigung des Besitztiels des Anerben mit einzutragen sind.

Bilben Anbauers oder Brinksigerwesen oder sonstige bäuerliche Besitzungen den Gegenstand der erbschaftlichen Auseinandersetzung, bei denen fruchttragende Grundstücke gar nicht oder von nur geringer Bedeutung für landwirtschaftliche Benutzung sich befinden, so muß der Anerbe auf Berslangen der Miterben sich gefallen lassen, daß das Boraus ermäßigt wird oder ganz hinwegfällt.

### § 12. Entsteht unter ben Beteiligten Streit

#### 1. über das Maß

- a) der dem überlebenden Chegatten gebührenden Leibzucht oder lebenslänglichen Rente (§ 8),
- b) des dem Anerben vom Hofswerte zu gewährenden Boraus (§ 11),
- c) der den Abfindlingen gebührenden Abfindungen (§ 11);

### 2. über die Frage,

- a) ob und welchem bebauten Hofe die in der Erbschaft befindlichen Grundstücke angehören und behufs des Anerbenrechts zuzuteilen sind (§ 9 Nr. 2),
- b) ob mehrere zu dem Nachlasse gehörige Bauergüter eine wirtschaftliche Einheit bilden oder getrennt bewirtschaftet sind und demgemäß demselben oder berschiedenen Anerben zusallen sollen (§ 10),
- c) ob bei bäuerlichen Besitzungen, bei denen fruchttragende Grundftücke gar nicht oder von nur geringer Bedeutung für landwirtsschaftliche Benutzung sich besinden, das Boraus des Anerben ganz hinwegfallen soll (§ 11 a. E.),

so wird darüber unter Leitung des betreffenden Amtsgerichts von drei amtsgerichtsseitig dazu ausersehenen, auf Berlangen der Beteiligten oder auch nur eines derselben zu beeidigenden Schiedsmännern aus dem Bauernstande, soweit nötig nach vorgängiger Abschähung des Hoses, seiner Zubeshörungen und Inventarien (§ 9) endgültige Bestimmung getroffen, welche schriftlich oder zu Protokoll abzugeben und zu begründen ist.

Gegen die Auswahl der Schiedsmänner stehen den Beteiligten nur die in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit statthaften Rechtsmittel der Borstellung und Beschwerde zu.

7\*

Bei der Abschätzung sind nicht nur die auf dem Hose dauernd ruhenden Lasten und Berbindlichkeiten, sondern auch vorübergehende Lasten, z..B. ältere oder infolge der Teilung neu aufzuerlegende Leibzuchten und lebenstängliche Kenten, und zwar diese vorübergehenden Lasten nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital berechnet, in Anschlag zu bringen.

Sofern die Auseinandersetzung hinsichtlich des Hoses mit der Teilung des sonstigen Nachlasses zusammentrifft, sind Erbschaftsschulden zunächst aus dem außer dem Hofe nebst Zubehör und Inventar vorhandenen Bermögen zu decken, soweit sie aber dasselbe übersteigen, vom Anerben zu übernehmen und vom Hofswerte in Absatz zu bringen.

§ 13. In betreff der vom Hofswerte abgesetzen und von dem Anerben übernommenen Erbschaftsschulden hat der Anerbe die Miterben gegen die Ansprüche der Erbschaftsgläubiger zu vertreten; er haftet zugleich wegen der übernommenen Erbschaftsschulden den Gläubigern direkt vom Zeitpunkte der Besitztielberechtigung an.

Im übrigen tritt die Haftung der Erben für die Erbschaftsschulben nach ben Bestimmungen bes gemeinen Rechts ein.

§ 14. Für die Berechnung des Pflichtteils der Nachkommen eines Hofbesitzers ist der nach den Borschriften der §§ 11 und 12 ermittelte Erbteil derselben maßgebend, wenn der Besitzer den Bauerhof durch letztwillige Berfügungen einem seiner zur gesetzlichen Erbsolge berusenen Nachkommen zuwendet.

In diesem Falle wird das dem Anerben gesetlich gewährte Boraus vom Hofswerte bei Berechnung des Pflichtteils des Anerben und der übrigen Miterben nicht als Teil derjenigen Masse behandelt, welche bei Berechnung des Pflichtteils als Intestaterbmasse anzusehen ist.

- § 15. Ist der Bauerhof von demjenigen Chegatten, welchem das Eigentum zusteht, dem ausheiratenden Chegatten verschrieben und der Eigentümer mit Hinterlassung von Kindern verstorben, so wird unbeschadet des dem überlebenden Bater am Muttergute seiner Kinder lebenslänglich gebührenden Nießbrauchs in Ermangelung anderer Bestimmungen die Bewirtschaftung des Hoses in ungeteilter Gemeinschaft mit unabgesundenen Kindern vom ausgeheirateten Ehegatten sortgesetzt, die der Anerbe sein 21. Lebensjahr vollendet hat.
- § 16. Solange die Abfindlinge im Hofe bleiben, haben sie kein Recht auf Zahlung oder Berzinsung ihrer Abfindung.
- § 17. Mit der Ausschlagung der Erbschaft geht auch jeder Anspruch auf das Anerbenrecht verloren.

Der zunächst berusene Erbe kann auf sein Anerbenrecht verzichten und statt dessen als Absindling an der Erbschaft teilnehmen. Ein solcher Berzicht muß in gerichtlicher oder notarieller Form erklärt werden, bedarf aber alsdann zu seiner Wirksamkeit keiner weiteren Akzeptation.

Berzichtet der Unerbe auf sein Anerbenrecht zugunsten eines bestimmten Miterben, so ist zur Gültigkeit eines solchen Berzichts ein gerichtlich oder notariell abgeschlossener Bertrag erforderlich.

§ 18. Die vertragsmäßige Abtretung des Hofes (jogenannte antizispierte Erbfolge) bewirkt auch Dritten gegenüber vom Augenblicke der Berlassung an den Eintritt des Hofsannehmers in alle Rechte und Verbindslichkeiten des Hofseigentümers, welche durch den Vertrag auf ihn übertragen sind.

Insbesondere haftet der Hofsannehmer den Gläubigern, deren Befriedisgung er übernommen hat; doch bleibt auch der Abtretende diesen Gläubisgern für die auf den Hofsannehmer übergehenden Schulden verhaftet.

- § 19. Soweit nicht infolge rechtsgültiger Anordnungen des Erblassers oder nach den Bestimmungen dieses Gesetzes das Anerbenrecht Platz greift, wird bäuerlicher Grundbesitz nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts vererbt.
- § 19a4. Wird der Hof innerhalb zwanzig Jahren nach dem Tode des Erblassers veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Borauß (§ 11) und bei Teilveräußerungen, soweit nicht gleichwertige Grundstücke ausgetauscht werden, einen entsprechenden Teil des Boraus nachträglich in die Erbsichaftsmasse einzuwersen. Die gleiche Borschrift gilt auch im Falle der zwangsweisen Enteignung oder Bersteigerung des Hoses oder eines Hofteiles.

Diese Bestimmung sindet keine Anwendung, wenn der Anerbe den Hof ganz oder teilweise an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten veräußert. Der Erwerber ist jedoch nach Absat 1 verpflichtet, das Boraus ganz oder teilweise einzuwersen, wenn er den Hof oder einen Teil desselben während des angegebenen Zeitraumes an einen anderen als an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten weiterveräußert.

Jeder Beteiligte kann verlangen, daß sein Anspruch auf das Voraus durch Eintragung einer Sicherungshhpothek im Grundbuche sichergestellt werde.

§ 1964. Wird der Hof innerhalb zwanzig Jahren nach dem Tode des Erblassers verkauft, so steht den anerbenberechtigten Miterben, soweit sie nicht auf das Anerbenrecht verzichtet haben, ein gesetzliches Borkausserecht zu.

Die Reihenfolge mehrerer Borkaufsberechtigten regelt sich nach § 7. Das Borkaufsrecht beschränkt sich auf ben Fall des Berkaufes durch den Unerben. Es sindet auch statt, wenn die Beräußerung im Wege der Zwangs-vollstreckung erfolgt. Das Borkaufsrecht kann nicht ausgeübt werden, wenn der Hof an einen dem Berkäuser gegenüber anerbenberechtigten Berwandten verkauft wird.

§ 20. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Juni 1874 in Kraft. Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ju §§ 19a u. 19b: Die Borschriften sind neu eingefügt durch das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den bäuerlichen Grundbesitz v. 22. März 1919 (Brichwg. Ges. u. Brdg.Samml. S. 81).

## Lippe.

### 13. Befet über die Anerbengüter

vom 26. März 1924 (Lipp. GS. S. 557). geändert durch Gesetz vom 12. Oktober 1925 (Lipp. GS. S. 189) und das Geset vom 8. April 1926 (Lipp. GS. S. 316).

#### überblid.

- I. Anerbengüter §§ 1-5 (die §§ 4 und 5 machen Teilung und Bereinigung von staatlicher Genehmigung abhängig).
- II. Erbfolge in Anerbengüter §§ 6-19.
- III. Erbteilung §§ 20-38.
- IV. Cheliches Güterrecht §§ 39-50.
  - A. Unbeerbte Ehe §§ 40-47.
  - B. Beerbte Che §§ 48-50.
- V. Leibzucht §§ 51-67.
  - A. Gesetliche Leibzucht §§ 51-65.
  - B. Vertragliche Leibzucht §§ 66-67.
- VI. Nachlaßgericht und Grundbucheintragungen §§ 68-71.
- VII. übergangs- und Schlußbestimmungen §§ 72-81.

1 Alteres Recht: Berordnung, die Erbfolge in die Bauerngüter betr., b. 24. Sept. 1782 (Landesberordnungen 3. Bd. [1789] S. 25).
Berordnung wegen der Gütergemeinschaft unter Eheleuten b. 27. März 1786 (a. a. D. Nr. LXXIX S. 166) — § 4.
Authentische Interpretation des § 4 der Berordnung über die eheliche Gütergemeinschaft b. 27. März 1786, b. 18. Mai 1847 (Lipp. GS. 1847 Mr. 6).

Geset über die Brautschätze von Colonaten v. 26. April 1864 (Lipp. GS.

1864 Mr. 13).

Gefet b. 8. Juli 1886.

## Schaumburg-Lippe.

### 14. Befet,

# betr. die geschlossenen Bauerhöfe und das Anerbenrecht 1,

vom 24. März 1909 (Sch.-L. Landes-Verordng, S. 371).

§ 1. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden Anwendung auf alle diejenigen Bauerhöfe des Landes, die einen Flächeninhalt von mindeftens ein und einem halben Sektar haben und mit einem Wohnhause versehen find ("Geschlossene Bauerhöfe").

1 Alteres Recht: Gefet betr. die Rechtsberhältniffe der Bauernhöfe b. 11. April 1870 (Sch. L. Landes-Brogen. S. 667). Gefet betr. Bufatbestimmungen jum Gefet betr. die Rechtsberhaltniffe

der Bauernhöfe v. 11. April 1870, v. 8. März 1888 (a. a. D. S. 57).

Die Anwendung dieses Gesetes wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß ein vorhandenes Wohnhaus wegfällt oder bei Inkrafttreten dieses Gesetes bereits weggesallen ift.

Liegt das Wohnhaus innerhalb eines städtischen Gemeindebezirks oder des Gemeindebezirks Steinhude oder außerhalb des Landes, so gilt der dazugehörige Grundbesit nicht als Bauerhof.

Auch werden bei Bemessung des Mindestflächeninhalts die innerhalb eines städtischen Gemeindebezirks ober des Gemeindebezirks Steinhude beslegenen Grundstüde nicht berücksichtigt (vgl. § 3 Ubs. 3).

Alle ausschließlich oder borwiegend zu gewerblichen Zwecken benutzen Grundbesitzungen, ferner Rittergüter und Grundstücke, welche zum Fürstelichen Domanium gehören, oder welche im Eigentum öffentlicher Berbande, der Kirchen, Pfarreien, Küstereien und Schulen stehen, sind für die Dauer der bezeichneten Benutzung oder des Bestehens der bezeichneten Eigentumse verhältnisse von der Anwendung dieses Gesetzes ausgeschlossen.

§ 2. Die den Borschriften dieses Gesetzes unterliegenden Bauerhöfe sind geschlossen, bilden also nebst ihrem Zubehör (§ 32) ein rechtliches Ganzes.

Die Teilung eines solchen Bauerhoses und die Abtrennung einzelner Teile vom geschlossenen Hosbestande ersordern zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Landratsamts. Zuständig ist das Landratsamt, in dessen Bezirke der Hof belegen ist, und, wenn derselbe in mehreren Landratssämtern belegen ist, das, dessen Bezirke das Wohnhaus angehört. Bleibt trothem die Zuständigkeit zweiselhaft, so bestimmt Unser Ministerium das zuständige Landratsamt.

§ 3. Der Umfang bes geschlossenen Hofbestandes bestimmt sich nach bem bisher gultigen Recht.

Jedoch gelten die bislang freien und die bürgerlich steuerpflichtigen Grundstücke, falls sie den im § 1 dieses Gesetzes aufgestellten Ersordernissen genügen, künftig als geschlossen oder als Teile des geschlossen Hofsbestandes.

Grundstüde, die innerhalb eines städtischen Gemeindebezirks oder des Gemeindebezirks Steinhude liegen, können weder Bestandteile noch Zusbehör eines geschlossenen Hoses bilden, mögen sie auch bislang wirtschafts lich mit dem Hose verbunden gewesen sein.

Die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetes neu entstehenden Bauernhöfe sind, soweit sie den Ersordernissen des § 1 entsprechen, ebenfalls als gesichlossen zu behandeln.

§ 4. Die Genehmigung zur Teilung (unter der auch die Abtrennung einselner Teile mitbegriffen ist) ist durch den Hofseigentümer, der die Bersäußerung beabsichtigt, zu erwirken, kann aber auch von dem Erwerber auf

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bgl. auch das in bieler hinsicht eine Ergänzung bildende besondere Geset über Leibzuchtsverträge v. 24. März 1909 (Schl. Landes-Brogen. S. 393).

Grund eines über die Beräußerung bereits abgeschlossenen Bertrages besantragt werden.

- § 5. Insofern die Teilung sich nicht von vornherein oder doch nach Unshörung des Gemeindevorstehers als völlig unbedenklich darstellt, hat das Landratsamt vor seinem Ausspruche zunächst eine Erklärung des Gemeindesrats zu veranlassen.
- § 6. Erklärt der Gemeinderat sich für die Zulassung der Teilung, und ist den Borschriften des § 9 genügt, so hat das Landratsamt die Genehmigung der Teilung in der Regel ohne weiteres auszusprechen.
- Ist die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder persönlich bei der Sache beteiligt, oder gibt die zustimmende Erklärung des Gemeinderats aus anderen Gründen zu erheblichen Bedenken Anlaß, oder widerspricht der Gemeinderat der beabsichtigten Teilung, so hat das Landratsamt selbständig über die Zulässigkeit der Teilung zu entscheiden.
- § 7. Für die Zulässigkeit der Teilung ist dann zu entscheiden, wenn anzunehmen ist, daß dieselbe die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Hoses nicht oder nicht wesentlich beeinträchtigen werde, oder daß die Nachteile durch Borteile des infolge der Teilung entstehenden neuen Zustandes ausgeglichen werden. Letteres trifft namentlich dann zu, wenn es sich um Abverkäuse handelt, die durch wirtschaftliche oder Ansiedlungszwecke gerechtsertigt werden.
- § 8. Im geeigneten Falle ist die Genehmigung der Teilung an die Bebingung zu knüpfen, daß das abgetrennte Grundstück Bestandteil des geschlossenen Hoses des Erwerbers werde oder mit dessen bislang nicht geschlossenem Grundbesitze einen geschlossenen Hof zu bilden habe.
- Die Einverleibung darf aber nicht ausgesprochen werden, bebor das absgetrennte Grundstück von allen zur Zwangsversteigerung berechtigenden dinglichen Rechten, insbesondere von den darauf ruhenden Hppotheken und Grundschulden, befreit ist.
- Die Bereinigung des abgetrennten Grundstücks mit dem bislang nicht geschlossenen Grundbesitze des Erwerbers zu einem geschlossenen Hofe darf nicht ausgesprochen werden, wenn und solange die beiden Grundstücke mit dinglichen Rechten, die zur Zwangsversteigerung berechtigen, verschieden belastet sind.
- § 9. In jedem Falle einer Teilung müssen die auf dem Hofe haftenden öffentlichen Lasten (Staats-, Gemeinde-, Kirchen-, Schul- und sonstige Berbandslasten) sowie die mit dem Hofe verbundenen öffentlichen Nechte ordnungsmäßig geregelt werden.
- Auch ist die Teilung eines in Gutsuntertänigkeit ober ähnlichem Berbande stehenden Hoses vor der Auseinandersetzung des Eigentümers mit dem Gutsherrn nicht zuzulassen.
- § 10. Der Vertrag, ber eine Teilung zum Gegenstande hat, bindet zwar die Vertragschließenden, solange die Genehmigung des Landratsamts nicht

endgültig versagt ist. Bor beren Erteilung kann jedoch weber der Erwerber die Abergabe ober Auflassung noch der Beräußerer die Gegenleistung fordern. Durch lettwillige Berfügung kann eine Teilung nicht angeordnet werden.

§ 11. Solange das Landratsamt die Zulässigkeit der Teilung nicht aussgesprochen hat, dürsen von den Gerichten und Verwaltungsbehörden keine Eintragungen und Umschreibungen in öffentlichen Büchern oder Registern erfolgen. Nur kann zur Sicherung des Anspruchs auf Auflassung eine Bormerkung in das Grundbuch in Gemäßheit der §§ 883ff. des Bürgerlichen Gesehbuchs eingetragen werden.

Wird eine Teilung bor erteilter Genehmigung des Landratsamts oder gegen die dabei vorgeschriebenen Bedingungen ausgeführt, so ist dem dadurch widerrechtlich herbeigeführten neuen Zustande von den Behörden innerhalb des Bereichs ihrer Zuständigkeit in allen Beziehungen die Anerkennung zu versagen.

§ 12. Sowohl ber Beräußerer als jeder Nachfolger im Eigentum des Hofes ist berechtigt, die ungültig abgetrennten Bestandteile mit der Eigentumsklage zurückzusordern oder im Falle einer bereits ersolgten Aufslassung die Berichtigung des Grundbuchs gemäß §§ 894ff. des Bürgerlichen Gesehbuchs zu betreiben.

Ein Berzicht auf diese Ansprüche und jede Bestimmung, welche die Rucksforderung mit Nachteilen bedroht, ist unwirksam.

Die Rückforderung und die Berjährung der Ansprüche bestimmen sich nach ben Borschriften des Bürgerlichen Gesethuches und der Artikel 169 und 189 bes Einführungsgesetzes zu solchem.

Nach vollendeter Ersitzung ist dem durch die Teilung herbeigeführten Zustande auch in öffentlich-rechtlichen Beziehungen die Anerkennung nicht weiter zu versagen.

§ 13. Entstehen Zweisel darüber, ob ein Grundstück einen geschlossenen Hosbestand darstellt oder zum geschlossenen Hosbestand gehört, so hat darüber das Landratsamt, soweit es bei Erfüllung der ihm durch dies Gesetzugewiesenen Obliegenheiten erforderlich ist, nach Anhörung des Eigenstümers die Entscheidung zu treffen.

Ein über den Streitsall bereits ergangenes oder später ergehendes rechtse kräftiges gerichtliches Urteil soll aber auch für das Landratsamt maßgebend sein.

- § 14. Die Bereinigung mehrerer geschlossener Bauerhöfe zu einem gesschlossenen Hofe ist den nämlichen Ersorbernissen wie die Teilung untersworfen.
- Die §§ 2-7, 8 Abs. 2, 9 und 11 dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung.
- § 15. Ist oder wird der Eigentümer eines geschlossenen Bauerhofs auch Eigentümer eines bislang nicht zu einem solchen gehörigen, außerhalb eines städtischen Gemeindebezirks oder des Gemeindebezirks Steinhude belegenen

Grundstüde, so ist dasselbe, sofern im übrigen die Boraussetzungen der §§ 1 und 3 vorliegen, auf seinen Antrag dem geschlossenen Hofe einzuberleiben.

Mehrere bislang nicht geschlossene Grundstücke desselben Eigentümers sind auf seinen Antrag, sofern die Boraussetzungen der §§ 1 und 3 vorliegen, zu einem geschlossenen Hofe zu vereinigen. Eine Bereinigung von Grundstücken nach § 890 Absat 1 des Bürgerlichen Gesetzuches ist unzulässig.

Die Borschriften im § 8 Abs. 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.

§ 16. Die über die Teilung eines Bauerhofs, die Einverleibung von Grundstüden in einen geschlossenen Hofvestand und die Bereinigung von Bauerhöfen zu einem geschlossenen Bestande ergehende Entscheidung des Landratsamts ist den Beteiligten und der Gemeinde sowie dem zuständigen Amtsgericht von Amts wegen zuzustellen. Die Zustellung an letzteres erfolgt sosort, falls die Entscheidung allein vom Landratsamt oder mit Zustimmung der Beteiligten, des Gemeindevorstehers oder des Gemeinderats ergangen ist, sonst nach eingetretener Rechtskraft.

Gegen die Entscheidung im Falle des ersten Absates sowie gegen die Entscheidung im Falle des § 13 steht den Beteiligten und der Gemeinde die Beschwerde an Unser Ministerium zu. Dieselbe ist binnen der Frist von zwei Bochen nach der Zustellung des Bescheides beim Landratsamte einzulegen. Dieses ist zur Abänderung seiner durch die Beschwerde angegriffenen Entscheidung besugt. Gegen die abändernde Entscheidung ist ebenfalls die Beschwerde an Unser Ministerium zulässig.

Unser Ministerium hat in allen Fällen, in benen es die Beschwerbe für begründet erachtet, die in der Sache ersorberliche Entscheidung zu treffen.

§ 17. Die Eigenschaft einer Grundbestigung als Bauerhof im Sinne bieses Gesetzes soll im Grundbuche eingetragen werden, und zwar auf dem Titelblatt.

Zuständig für diese Eintragung ist das Amtsgericht, bei dem das Grunds buch über die Grundbesitzung geführt wird.

Im übrigen regelt sich die Zuständigkeit nach den Vorschriften der §§ 2, 3 und 4 des Einführungsgesetzes zur Reichsgrundbuchordnung dem 19. August 1899 (Land.-Verord. Bd. 18 S. 146ff.).

- § 18. Die Eintragung (§ 17) erfolgt auf Ersuchen des zuständigen Landsratsamts. Die Zuständigkeit bestimmt sich nach den im § 2 angegebenen Grundsätzen.
- § 19. Berliert eine Grundbesitzung die Eigenschaft eines Bauerhofs, so ist der Eintragungsvermerk (§ 17) im Grundbuch zu löschen.

Die Löschung erfolgt auf Ersuchen des Landratsamts.

§ 20. Bon der Eintragung und Löschung der Bauerhosseigenschaft ist ben Beteiligten und dem Landratsamte unverzüglich Mitteilung zu machen. Auch soll das Amtsgericht bei jeder Beräußerung eines Bauerhoss diese Eigenschaft dem neuen Erwerber von Amts wegen schriftlich mitteilen. § 21. Das Landratsamt hat die Eintragung und die Lösichung von Amts wegen nachzusuchen.

Die Eintragung ist nachzusuchen, wenn und insolweit die Boraussetzungen ber §§ 1 und 3 vorhanden sind.

Erwirbt eine Grundbesitzung, die bislang als geschlossen nicht anzusehen war, nachträglich die Eigenschaft eines geschlossenen Hofes, so hat das Landeratsamt die Eintragung der Bauerhosseigenschaft im Grundbuch nachszusuchen. Zu diesem Zwede ist dem Landratsamte seitens der Amtsgerichte von allen Eigentumsveränderungen, die sich auf ländliche Grundstücke der im § 1 bezeichneten Art beziehen, von Amts wegen Mitteilung zu machen.

Die Löschung ist nachzusuchen, wenn und insoweit die Grundstücke, bei benen die Bauerhofseigenschaft eingetragen ist, einen Bauerhof im Sinne der §§ 1 und 3 nicht mehr darstellen.

§ 22. Wenn das Landratsamt eine Cintragung oder Löschung nachzussuchen beabsichtigt, hat es zuvor den Eigentümer zu hören und bei borsliegender Meinungsverschiedenheit eine schriftliche Entscheidung abzugeben.

Gegen diese Entscheidung steht dem Eigentümer die Beschwerde an Unser Ministerium nach Maßgabe des § 16 zu.

Die Bestimmung des § 13 Abs. 2 findet Anwendung.

§ 23. In Zwischenräumen von regelmäßig zehn Jahren ist seitens des Landratsamts eine Prüfung darüber anzustellen, ob und inwieweit die Grundstücke, bei denen die Bauerhosseigenschaft eingetragen ist, einen Bauerhos im Sinne der §§ 1 und 3 noch darstellen, oder ob Grundstücke, bei denen die Bauerhosseigenschaft nicht eingetragen ist, die Eigenschaft eines Bauerhoss im Sinne dieses Gesetzes erlangt haben.

Das weitere Berfahren richtet sich bei notwendig werdenden Ersuchen um Eintragungen und Löschungen nach den Borschriften im § 22.

§ 24. Das Recht bes Eigentümers eines Bauerhofs, über solchen von Todes wegen zu verfügen, wird durch dies Gesetz nicht berührt.

Der Eigentümer kann durch Berfügung von Todes wegen den Eintritt des Anerbenrechts ausschließen oder bestimmen, daß die Bevorzugung des Anerben in anderer als der durch dieses Geset vorgeschriebenen Beise stattsinden, welche unter den zur Erbfolge berusenen Personen Anerbesein oder welcher Betrag als Hoseswert bei der Erbteilung angerechnet werden soll.

§ 25. Wenn zu einem Nachlasse ein Bauerhof gehört und der Erblasser von mehreren Personen beerbt wird, so fällt in Ermangelung einer entgegensstehenden Verfügung von Todes wegen der Bauerhof nebst Zubehör (§ 32) als Teil der Erbschaft kraft Gesetzes nur einem Erben — dem Anserben — zu.

Das Anerbenrecht tritt nur dann ein, wenn der Anerbe zugleich Erbe bes Erblaffers ift.

Im Sinne des Absahes 1 zum Nachlasse gehörig gilt ein Bauerhof nicht, wenn und insoweit eine Nachlasverbindlichkeit zur Beräußerung besteht.

- § 26. Als Anerben sind die Abkömmlinge, der Ehegatte und die Eltern bes Erblassers sowie seine Geschwister und deren Abkömmlinge nach folgenden Grundsägen berufen:
  - 1. Bunächst sind die Abkömmlinge des Erblassers berufen.

Leibliche Kinder gehen den an Kindes Statt angenommenen, eheliche den unehelichen vor. Durch nachfolgende Che legitimierte oder für ehelich erklärte Kinder stehen den ehelichen gleich. Ferner geht vor der ältere Sohn, in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter; Abstammung aus früherer Che begründet keinen Borzug.

Treten an Stelle eines Kindes, das nach Borstehendem als Anerbe berufen sein würde, dessen Abkömmlinge als Erben ein, so sind sie nach den für die Kinder geltenden Grundsätzen auch als Anerben berufen. Doch stehen uneheliche Abkömmlinge ehelichen leiblichen Kindern oder entsernteren Abkömmlingen des Erblassers nach.

- 2. Nach den Abkömmlingen des Erblaffers ift sein Chegatte berufen.
- 3. Nach dem Chegatten des Erblassers ist sein Bater, nach diesem seine Mutter berusen.
- 4. Nach den Eltern des Erblassers sind seine vollbürtigen Geschwister und deren Abkömmlinge, nach diesen seine halbbürtigen Geschwister und deren Abkömmlinge berufen. Die oben zu Ziffer 1 gegebenen Borschriften sinden entsprechende Anwendung.
- § 27. Der Anerbe erwirbt das Eigentum am Hose nehst Zubehör mit dem Erwerbe der Erbschaft. Jedoch steht es ihm frei, ohne die Erbschaft auszuschlagen, auf das Anerbenrecht zu verzichten. In diesem Falle geht das Anerbenrecht auf den nächsten Berechtigten mit der Wirkung über, als ob derselbe von vornherein der Anerbe gewesen wäre.
- § 28. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuches über die Annahme und Ausschlagung der Erbschaft finden auf das Anerbenrecht entsprechende Anwendung. Die Frist für den Berzicht auf das Anerbenrecht beginnt mit dem Zeitpunkte, in welchem der Anerbe von seiner Berufung zum Anerben Kenntnis erlangt hat. Ift ein Erbe durch letztwillige Verfügung zum Anerben berufen, so beginnt die Frist nicht vor der Verkündigung der letztwilligen Berfügung.

Steht der zum Anerben Berusene unter elterlicher Gewalt oder unter Bormundschaft, so ist zum Verzicht auf das Anerbenrecht die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ersorderlich.

§ 29. Zur Eintragung des Anerben als Eigentümer im Grundbuche bedarf es nicht der Einwilligung der Miterben.

Dieselbe erfolgt auf Grund eines Erbscheins oder einer letztwilligen Berfügung (§ 36 der Reichsgrundbuchordnung).

§ 30. Die Beräußerung des Anerbenrechts vor Eintritt des Erbfalls durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden ist unzulässig.

§ 31. Soweit dies Gesetz nichts anderes bestimmt, erfolgt die Teilung des Nachlasses unter die Beteiligten nach den Borschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nach diesen Borschriften richtet sich auch die Haftung der Besteiligten für Nachlaßverbindlichkeiten.

Der Anerbe haftet für diese Berbindlichkeiten auch mit dem Bermögen, bas er als Anerbe erhalten hat.

Rechte und Verbindlichkeiten aus Verträgen, die, zu Zweden des Hofes oder der Bewirtschaftung desselben geschlossen, sortlaufende gegenseitige Anssprüche erzeugen, gehen allein auf den Anerben über, sofern es sich nicht um Leiftungen handelt, die zur Zeit des Erbfalles bereits fällig waren.

- § 32. Als Zubehör bes Bauerhofs im Sinne dieses Gesetzes gelten:
- 1. die mit solchem oder mit Teilen desselben verbundenen Gerechtigsteiten und die dafür in inländischen ländlichen Gemeinden aussgewiesenen Landentschädigungen,
- 2. die auf bemfelben vorhandenen Gebäude, Anlagen, Holzungen und Bäume,
- 3. das Hofsinventar. Dieses umfaßt das auf dem Hose vorhandene, zu dessen Bewirtschaftung ersorderliche Bieh, Acker- und Hausgerät, einsschließlich des Leinenzeugs und der Betten, den vorhandenen Dünger und die zur Fortführung der Hosswirtschaft bis zur nächsten Wiedersgewinnung notwendigen Borräte an Früchten und sonstigen landwirtsschaftlichen Erzeugnissen,
- 4. Entschädigungen aus Bersicherungen der unter 2 und 3 erwähnten Gegenstände gegen Brandschaden und andere Schäden sowie die Ansprüche auf solche Entschädigungen, sofern für den versicherten Gegenstand nicht schon Ersat beschafft ist.
- § 33. Der Wert des Bauerhofs wird behufs Unwendung dieses Gesetzes nach folgenden Grundsätzen ermittelt:

Der Hof nebst Zubehör (§ 32) wird nach dem jährlichen Reinertrage geschätzt, den er durch die Benutung als Ganzes bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung und im bisherigen Kulturzustande nachhaltig gewährt. Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, soweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorderlich sind, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Werte des Nutens, der durch Bermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letzteres gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, die zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind.

§ 34. Von dem ermittelten jährlichen Reinertrage sind alle dauernd auf dem Hofe ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem jährlichen Betrage abzusehen.

Abgaben und Laften, auf welche die Ablösungsgesete Anwendung finden, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Gelbrente umzurechnen.

Wegen der den Hof belastenden Sphotheken, Grundschulden, Rentenschulden und dauernden Renten, mit Ausnahme derjenigen, die auf Grund der Ablösungsgesetze an Stelle früherer Lasten und Abgaben getreten sind, findet ein Abzug vom jährlichen Wirtschaftsertrage nicht statt.

§ 35. Der so ermittelte Jahresertrag wird mit dem zwanzigsachen Betrage den Kapital in Abzug gebracht.

Diesem Kapital ist beim Borhandensein von Forstgrundstücken der Wert bes nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen überständigen Holzes hinzuszurechnen.

- § 36. Auf Berlangen eines Beteiligten sind Bauerhöse, beren Gebäude nebst Hofraum einen größeren Berkaufswert haben als der übrige Grundsbesit, nach dem Berkaufswerte abzuschätzen.
- § 37. Bon dem so ermittelten Kapitalwerte werden die vorübergehenden Hofflasten (Leibzuchten und dergleichen) mit einem ihrer Dauer entsprechensben Kapitale in Abzug gebracht.

Soweit hierbei die wahrscheinliche Lebensdauer in Frage kommt, wird ber Wert der Hofslast bei einem Lebensalter der betreffenden Person:

- 1. bis zu 25 Jahren auf das 20 fache,
- 2. von mehr als 25 Jahren bis zu 35 Jahren auf das 18 fache,

3.	"	ı,	"	35	"	,,	"	<b>4</b> 5	"	,,	#	16	"
4.	,,	"	"	45	,,	"	"	55	"	"	,,	14	"
5.	"	"	"	55	"	,,	"	65	"	"	"	12	,,
6.	,,	"	#	65	"	"	"	70	"	"	"	10	t#
7.	"	,,	,,	70	#	"	,,	<b>7</b> 5	"	"	"	8	"
8.	,,	#	,,	<b>75</b>	"	,,	"	80	"	"	"	6	,,
				00.0	V . Y		٠.		. x				

9. " " 80 Jahren auf das 4 fache

des Wertes der einjährigen Leistung angenommen. Tilgungsrenten werden nur insoweit abgezogen, als sie auf Grund der

Eligungsrenten werden nur insweit abgezogen, als sie auf Grund der Ablösungsgesetze an die Stelle von Lasten und Abgaben getreten sind, und alsdann mit dem Kapitalbetrage in Rechnung gestellt, der durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen ist.

- § 38. Das sich aus dieser Rechnung ergebende Kapital stellt den Ansrechnungswert des Bauerhoses dar.
- § 39. Bei der Auseinandersetzung der Erben sind die Nachlafverbindslichkeiten, soweit sie allen Beteiligten zur Last fallen, einschließlich der den Holastenden Houten, Grundschulden, Rentenschulden und der nach den §§ 34 und 37 nicht in Abzug gebrachten Renten auf das außer dem Bauerhose vorhandene Bermögen anzurechnen.

Werden die Nachlaßverbindlichkeiten durch dies Bermögen gedeckt, so erhält der Anerbe von dem Anrechnungswerte ein Drittel als Boraus und in dem Falle, daß der Erbteil des Anerben weniger als ein Biertel beträgt, als Boraus und Erbanteil zusammen die Hälfte.

Wenn die Nachlaßverbindlichteiten aus dem neben dem Hofe vorhandenen Bermögen nicht gedeckt werden, so ist der Mehrbetrag derselben von dem Anrechnungswerte des Hoses in Abzug zu bringen, und der Anerbe erhält von dem verbleibenden Betrage die oben festgesetzten Anteile.

In diesem Falle ist der Anerbe den anderen Beteiligten gegenüber verspflichtet, den vom Anrechnungswert des Hoses in Abzug gebrachten Mehrsbetrag der Nachlaßverbindlichkeiten als Alleinschuldner zu übernehmen und in Höhe eines gleichen Betrages die übrigen Beteiligten von der Haftung für die Berbindlichkeiten zu befreien.

Er ift zu dieser Befreiung nicht verpflichtet, wenn und insoweit Schulben auf dem Hofe laften, für die neben der dinglichen eine persönliche Bersbindlichkeit nicht besteht.

§ 40. Hat der Anerbe durch eine Zuwendung, die er zur Ausgleichung zu bringen hat, mehr erhalten, als ihm bei der Auseinandersetzung einsichließlich des Boraus zukommen würde, und verweigert er die Herauszahlung des Mehrbetrages, so gilt diese Weigerung als Verzicht auf das Anerbenrecht.

Die Fristbestimmung des § 28 findet keine Anwendung.

§ 41. Der Anerbe muß den Miterben ihren Anteil am Anrechnungswerte burch Kapitalabsindung auskehren.

Diese Abfindung wird fällig:

- 1. wenn der Berechtigte bolljährig geworden ist oder im Falle früheren Ablebens bolljährig geworden sein würde,
- 2. wenn der Berechtigte fich berheiratet,
- 3. wenn der hof beräußert wird.

Der Anerbe kann ohne Zustimmung des gesetzlichen Bertreters des Mitserben die Zahlung der Absindung nicht vor den angegebenen Zeitpunkten bewirken.

Eine Berginsung der Abfindung bis zur Fälligkeit findet nicht statt.

- § 42. Die mehreren Miterben zusammen gebührende Abfindung wird unter ihnen nach denselben Grundsätzen geteilt, die für die Erbteilung nach den Borschriften des Bürgerlichen Gesehduchs zur Anwendung kommen.
- § 43. Miterben, die schon im boraus bom Hofe vollständig abgefunden sind, sowie deren Abkömmlinge haben für den nächsten Fall der Vererbung keinen Anspruch auf Abkindung.

Die Annahme einer Abfindung schließt an und für sich vom Anerbenrechte nicht aus. Die bereits erhaltene Abfindung ist jedoch, falls der Abgefundene als Anerbe eintritt, dem Anrechnungswerte des Hofes wieder zuzuführen.

§ 44. Bor Eintritt ber Fälligkeit ber Abfindung ift ber Unerbe vers pflichtet:

- 1. ben bei der Auseinandersetzung beteiligten Miterben bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahre Aufenthalt und standesgemäßen Unterhalt auf dem Hofe sowie Erziehung in seiner Familie zu gewähren;
- 2. dieselben auch nach dieser Zeit in Krankheits= und anderen Notfällen auf den Hof aufzunehmen und ihnen, soweit ihr eigenes Bermögen nicht ausreicht, Unterhalt und Pflege in seiner Familie zu geben.

Die Unterhaltspflicht besteht in beiden Fällen nur insoweit, als die Kräfte des Hoses dazu ausreichen. Der Unterhaltsberechtigte hat dem Anerben eine seinem Stande und seinen Kräften entsprechende Arbeitshilse zu leisten. Bermag der Anerbe aus einem in seiner Person oder in den Berhältnissen liegenden Grunde die Unterhaltspflicht in dem vorbezeicheneten Umfange nicht zu erfüllen, so wird die Absindung sofort fällig, soweit sie zum Unterhalt des Berechtigten erforderlich ist.

Der Anerbe ist ferner verpflichtet, bis zur Höhe des Betrages der Abfindung und in Anrechnung auf solchen einem minderjährigen Miterben die Kosten der Borbildung zu einem Beruf oder der Erlangung einer Brotstelle zu gewähren, soweit nicht ein anderer dazu verpflichtet ist oder der Miterbe selbst ausreichendes eigenes Bermögen hat.

- § 45. Für die Berechnung des Pflichtteils des Anerben ist der nach dem allgemeinen Rechte, für die Berechnung des Pflichtteils der übrigen Erben der nach diesem Gesetze zu ermittelnde gesetzliche Erbteil (Absindung) maßgebend.
- § 46. Wird ein Bauerhof innerhalb zehn Jahren nach dem ilbergange des Eigentums auf den Anerben oder nach dem Erlöschen eines in Anssehung des Hoses bestehenden Nießbrauchs von dem Anerben veräußert, so hat derselbe den Betrag des Boraus nachträglich in die Erbmasse einszuwerfen.

Beräußert der Anerbe innerhalb des angegebenen Zeitraumes auf einmal oder nacheinander Teile des Hoses, deren Gesamtkauspreis mehr als den zehnten Teil des Anrechnungswertes beträgt, so hat er den Teil des Boraus, welcher dem auf die veräußerten Grundstücke entsallenden Teil des Anrechnungswertes entspricht, nachträglich in die Erbmasse einzuwersen, soweit nicht inzwischen gleichwertige Grundstücke dem Hof zugeschrieben sind.

Beträgt das Entgelt für den Hof oder die veräußerten Teile mehr als das Doppelte des Anrechnungswertes oder des auf die veräußerten Grundstüde entfallenden Teiles des Anrechnungswertes, so hat der Anerbe neben dem Boraus oder dem Teile desselben (Absat 1 und 2) auch den Mehrsbetrag über das Doppelte nachträglich in die Erbmasse einzuwersen.

Die vorstehenden Berpflichtungen fallen fort, wenn der Anerbe den Hof an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Berwandten veräußert. Der Erwerber ist jedoch den Boraus ganz oder teilweise (Absat 1 und 2) oder den Mehrerlös (Absat 3) einzuwersen verpflichtet, wenn er den Hof oder Teile desselben während des angegebenen Zeitraumes an einen ihm gegenüber nicht anerbenberechtigten Dritten weiterveräußert.

Die in diesem Paragraphen bestimmten Unsprüche verjähren in fünf Jahren von dem Zeitpunkte an, in dem die Berechtigten von dem Eintritt der Boraussehungen Kenntnis erlangen.

§ 47. Mehrere zum Nachlaß gehörige Bauerhöse gelten in Beziehung auf das Unerbenrecht als ein Hof, wenn sie zur Zeit des Erbfalls von ders selben Hosstelle aus zusammen bewirtschaftet wurden.

Anderenfalls finden die borstehenden Bestimmungen mit folgender Maß= gabe Anwendung:

In den Fällen 2 und 3 des § 26 fallen die mehreren Höfe dem Ehegatten sowie dem Vater oder der Mutter allein zu. In den Fällen 1 und 4 des § 26 können die als Anerben Berusenen in der Reihenfolge ihrer Berusung je einen Hof wählen. Die Wahl ersolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgerichte. Die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben. Das Nachlaßgericht hat dem Wahlberechtigten auf Antrag eines nachstehenden Berechtigten eine angemessene Frist zur Erklärung der Wahl zu bestimmen. Ersolgt die Wahl nicht vor dem Ablauf der Frist, so tritt der Wahlberechtigte in Ansehung des Wahlrechts hinter die übrigen Berechtigten zurück. Sind mehr Höse als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

Der Mehrbetrag der Nachlagverbindlichkeiten ist auf die mehreren Höfe nach Berhältnis der Unrechnungswerte zu verteilen.

Der Anerbe erwirbt das Eigentum an dem von ihm gewählten Hofe nebst Zubehör mit Bollziehung der Wahl. Mit der Bollziehung der letzen Wahl erwirbt zugleich der Rächstberusene das Eigentum an dem übrigsbleibenden Hose nebst Zubehör.

Im Falle des § 44 entscheidet in Ermangelung einer gütlichen Bereinsbarung das Bormundschaftsgericht nach Anhörung der Beteiligten und nötigenfalls von Sachverständigen unter Berücksichtigung der Berhältnisse der Hoterhalt zu gewähren ift.

§ 48. Ift ber Chegatte des Erblassers, ber nicht in Gütergemeinschaft gelebt hat, neben Abkömmlingen desselben als Miterbe berusen, so erwirdt er, wenn er die Erbschaft ausschlägt und auf Herausgabe dessenigen verzichtet, was aus seinem Bermögen in den Hof verwendet ist, mit der Beendigung der elterlichen Ruthnießung oder, falls ihm diese nicht zusteht, sosort den Rießbrauch an dem Hofe nebst Zubehör bis zum vollendeten fünsundzwanzigsten Lebensjahre des Anerben und für die spätere Zeit den Anspruch gegen den Anerben auf Gewährung einer Leibzucht, bestehend in lebenslänglichem und, soweit dazu die Kräfte des Hoses ausreichen, standessegemäßem Unterhalt auf dem Hose.

Ift der überlebende Ehegatte der leibliche Bater des Anerben, so erwirbt er den Rießbrauch am Hofe nebst Zubehör lebenslänglich.

Für die Dauer des Nießbrauchs liegen dem Chegatten die im § 44 bezeichneten Berpflichtungen gegenüber dem Anerben und den Miterben ob. Schriften 178, III.

Bei kleineren höfen beschränkt sich das Leibzuchtsrecht auf freies Wohn= recht (freien Insig).

Auf die Leibzucht finden die Bestimmungen des Geseges über die Leibzuchtsverträge bom heutigen Tage entsprechende Anwendung.

Die Ansprüche, auf die der Ehegatte verzichtet, und sein Recht auf Rießbrauch und Leibzucht sind bei der Feststellung des Anrechnungs-wertes und der Absindungen nach Maßgabe der §§ 33 bis 37 zu berücksichtigen. Das Recht des Berechtigten auf Leibzucht erlischt mit seiner Wieberverheiratung. Dasselbe gilt für das Recht auf Nießbrauch, sofern dieses kein lebenslängliches ist. Im Falle des Erlöschens dieser Rechte kann der Berechtigte von dem Anerben die Zahlung eines dem Werte des Leibzuchtsrechts entsprechenden Kapitals, jedoch nie mehr als den Betrag verslangen, der ihm ohne die Erbschaftsausschlagung und den Verzicht bei der Auseinandersetzung zugekommen sein würde.

Fallen mehrere im Nachlasse borhandene Höfe an verschiedene Anerben, so hat der Ehegatte die Wahl, auf oder von welchem Hofe er die Leibzucht beziehen will.

- § 49. Die Berechtigten können verlangen, daß ihre Abfindung (§ 41), ihre Ansprüche auf nachträgliche Einwerfung des Boraus und des Mehrerbises (§ 46), auf Unterhalt (§ 44) sowie auf Nießbrauch und Leibzucht (§ 48) im Grundbuche eingetragen werden, und zwar die Absindungen mit dem Range vor den übrigen Ansprüchen.
- § 50. Wenn ein nicht zum Gesamtgute einer Gütergemeinschaft gehöriger Bauerhof in dem für die Auseinandersetzung maßgebenden Zeitpunkte im Eigentum mehrerer Personen steht, so sindet dies Gesetz in seinen erbrechtlichen Borschriften keine Anwendung, es sei denn, daß der zum Anerben Berusene Miteigentümer des Hoses war und insolge des Anserbenrechts Alleineigentümer desselben wird.
- § 51. Das Nachlaßgericht hat auf Antrag eines Beteiligten bei der Auseinandersetzung auf eine gütliche Bereinbarung nach Maßgabe dieses Gesetzes hinzuwirken.

Der Bersuch einer gutlichen Ginigung kann unterbleiben, wenn bessen Erfolglosigkeit mit Bestimmtheit vorauszusehen ist.

In dem Berfahren ift der Unrechnungswert festzustellen.

Die Feststellung erfolgt unter Hinzuziehung zweier Sachberständiger, von denen der eine vom Anerben, der andere von den übrigen Beteiligten zu benennen ist. Bird ein Sachberständiger von dem Anerben oder den übrigen Beteiligten nicht ernannt, so erfolgt die Ernennung durch das Nachlaßgericht.

Beichen die Gutachten der Sachverständigen in betreff der Höhe des Anrechnungswertes erheblich voneinander ab, so hat das Nachlaßgericht einen Obmann zu bestellen.

Das Nachlaßgericht hat den von den Sachberständigen oder dem Obmann bestimmten Unrechnungswert den sämtlichen Beteiligten schriftlich mitzus

teilen. Auf diese Mitteilung und das weitere Bersahren finden die Besstimmungen des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligem Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 entsprechende Anwendung.

§ 52. Die Bestimmungen des § 51 sind entsprechend anzuwenden, salls sich die Beteiligten über die sich aus den §§ 44 und 48 ergebenden Ansprüche nicht einigen können.

Bei dem Einigungsversuche ist auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Bauerhofs bei gleichzeitiger angemessener Berücksichtigung der Bedürfsnisse des Unterhaltss und Leidzuchtsberechtigten hinzuwirken.

§ 53. Nachlaßgericht ist das Amtsgericht, in dessen Bezirke das Wohnhaus des Bauerhoss belegen ist.

Gehören mehrere in berschiedenen Amtsgerichtsbezirken belegene Bauers höse zum Nachlaß, so wird das Nachlaßgericht durch das Landgericht bestimmt.

- § 54. Die bei der Auseinandersetzung Beteiligten können im Wege der Klage geltend machen, daß ein Grundstück einen geschlossenen Hofbestand darstellt oder zum geschlossenen Hofbestande gehört und deshalb dem Anserbenrechte untersteht oder nicht untersteht.
- § 55. Die Verhandlungen vor dem Landratsamt und dessen Entsscheidungen, welche die Teilung und Vereinigung von Bauerhösen betreffen oder die Eintragung und Löschung der Bauerhosseigenschaft im Grundbuche zum Gegenstande haben, sind gebührens und stempelfrei.

Für das in den §§ 51 und 52 geordnete gerichtliche Verfahren regeln sich die Kostensätze nach dem Gerichtskostengesetze vom 15. Dezember 1899 (Land.-Verord. Bd. 18 S. 353ff.).

Die Auseinandersetzungen find stempelfrei.

Die Eintragung und Löschung der Bauerhofseigenschaft erfolgt kostenfrei.

- § 56. Solange das Grundbuch für einzelne Gemeinden des Landes nicht angelegt ist, erfolgt die Eintragung und Löschung der Bauerhosseigenschaft in den bis dahin zu führenden Hypothekenbüchern auf dem Blatte des bestreffenden Bauerhoss. Dort haben auch die sonst nach den Bestimmungen dieses Gesehes ersorderlichen Eintragungen und Löschungen (§ 49) stattzussinden.
- § 57. Dies Geset tritt mit Ausnahme der Borschriften in den §§ 1, 3 und 17 bis 23, die sofort in Kraft treten, am 1. April 1910 in Kraft.

Für die Beurteilung aller Rechte, die unter der Herrschaft des früheren Rechts bereits erworben sind, bleibt letteres maggebend.

§ 58. Die zur Ausführung dieses Gesetzes ersorderlichen näheren Borschriften, namentlich in betreff des Versahrens, das bei den bis zum 1. April 1910 zu bewirkenden Eintragungen der Bauerhosseigenschaft im Grundbuche einzuschlagen ist, sind durch Unser Ministerium im Verordnungswege zu erlassen.

8\*

# Sachsen (Freistaat).

### 15. Entwurf eines Gefețes über das Anerbenrecht

(Landtags=Vorlagen 1929 Nr. 191, 2).

#### I. Anerbengutseigenschaft und Anerbenfolge.

- § 1. (1) Anerbengut ist jedes im Freistaat Sachsen gelegene Land= ober Walbgut.
- (2) Land= ober Waldgut ist jede ihrem Hauptzweck nach zum Betriebe ber Land= ober Forstwirtschaft bestimmte, zur selbständigen Nahrungsstelle geeignete und mindestens zwei Hettar große Besitzung. Es umsaßt alle wirtschaftlich zusammengehörigen Grundstücke desselben Eigentümers.
- (3) Zum Anerbengut gehört das Zubehör, soweit es nicht im Eigentum britter Versonen steht.
- § 2. (1) Gehört zu einem Nachlaß ein Anerbengut, und wird der Erblasser von mehr als einer Person beerbt, so fällt das Anerbengut als Teil der Erbschaft kraft des Gesehes einem der Erben (dem Anerben) allein zu. An die Stelle des Anerbenguts tritt im Berhältnis der Miterben untereinander der Anrechnungswert (§ 9).
  - (2) Diese Anerbenfolge tritt nicht ein,
  - a) wenn der Eigentümer lettwillig anders berfügt hat (§ 4),
  - b) wenn Anerbenberechtigte (§ 5) nicht vorhanden sind, oder wenn die Anerbenberechtigten die Anerbenfolge ausgeschlagen haben,
  - c) wenn die Gesamtsläche des Anerbenguts zu mehr als einem Drittel auf Grund von § 36 Abs. 1 des Reichsbewertungsgesetzes vom 10. August 1925 (Reichsgesetztl. I S. 214) für den zur Zeit des Erbsfalls laufenden Feststellungszeitraum nicht mit dem Ertragswert, sondern mit dem gemeinen Wert bewertet worden ist oder nach dem Erbsall noch bewertet wird,
  - d) soweit eine Nachlagverbindlichkeit zur Beräußerung des Anerbenguts besteht,
  - e) wenn der Erblasser bei seinem Tode nicht Alleineigentümer des Anerbenguts war, es sei denn, daß der Anerbe der alleinige Mitcigentümer war.

<sup>2</sup> Bislang bestehen in Sachsen nur sachenrechtliche Teilungsverbote (Gesehe b. 30. Nov. 1843 u. b. 21. April 1873), auf Grund deren etwa drei Viertel der Gesamtsläche geschlossener Besitz sein soll (nach Hermessungsdzinsti, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 1 (2013)

S. 293).

<sup>1</sup> Die ursprüngliche Gesetzesvorlage (Landtag 1928 Ar. 39) ist auf Grund der Beratungen im Sächs. Landtag erheblich geändert und in der so entstandenen neuen Form unter dem 21. Dez. 1929 neu im Landtag einzebracht, der sie bermutlich ebenso wie die frühere Borlage dem Rechtsausschuß überweisen wird.

- § 3. Ist streitig, ob ober in welchem Umsang ein Land- ober Walbgut beim Tobe des Eigentümers die Eigenschaft eines Anerbenguts gehabt hat, so entscheibet die Anerbenbehörde (§ 23ff.).
- § 4. (1) Das Recht bes Eigentümers, über das Anerbengut ober über Teile davon unter Lebenden oder bon Todes wegen zu verfügen, wird durch dieses Geset nicht beschränkt.
- (2) Der Eigentümer des Anerbenguts kann für den Fall seines Todes den Eintritt der Anerbenfolge ausschließen. Er kann auch bestimmen,
  - a) welche unter den zur Erbfolge berufenen Personen Anerbe sein soll,
  - b) daß der Anerbe in anderer als in der durch dieses Geset vorgeschriebenen Weise bevorzugt wird,
  - c) welcher Betrag als Anrechnungswert zugrunde zu legen ist,
  - d) ob weitere dem Anerbenrechte dieses Gesetzes nicht unterstehende Grundstücke seiner Besitzung dem Anerbengut zugerechnet werden sollen.
- (3) Die im Abs. 2 bezeichneten Bestimmungen können außer in einem Testament oder einem Erbbertrag auch in einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde getrossen werden.

#### II. Der Anerbe und feine Rechtsftellung.

- § 5. (1) Als Anerben sind die Abkömmlinge des Erblassers und, falls solche nicht vorhanden sind oder nicht Erben werden, die Geschwister des Erblassers oder deren Abkömmlinge berufen.
- (2) Bei der Reihenfolge, in der die Abkömmlinge berufen sind, gehen leibliche Kinder den an Kindes Statt angenommenen, eheliche sowie legittmierte Kinder den unehelichen vor. Im übrigen geht der ältere Sohn und in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter vor.
- (3) Statt des älteren Sohnes oder der älteren Tochter ist der jüngere Sohn oder die jüngere Tochter als Anerbe berusen, wenn dies in die Jüngstberechtigtenrolle des zuständigen Amtsgerichts eingetragen ist. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk sich das Wohnhaus, beim Fehlen eines solchen der größere Teil des Anerbenguts befindet. Die Einstragung und die Löschung in der Jüngstberechtigtenrolle ersolgen auf Antrag des Eigentümers; zum Antrag eines gesetzlichen Bertreters ist die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts ersorderlich. Der Antrag auf Einstragung oder Löschung bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Die Eintragung oder Löschung soll dem Eigentümer bekannt gemacht werden. Die Eintragung wirkt auch für jeden nachfolgenden Eigentümer. Sie berliert ihre Wirksamkeit durch Löschung. Die Einsicht der Jüngstberechtigtenvolle ist jedem gestattet.
- (4) Treten an Stelle eines Kindes, das als Anerbe berufen sein würde, bessen Abkömmlinge als Erben ein, so sind sie nach den für die Kinder geltenden Grundsäßen auch als Anerben berufen.
- (5) Hinsichtlich ber Reihenfolge, in der die Geschwifter oder deren Abkömmlinge zu Anerben berufen sind, sinden Abs. 2 bis 4 mit der Maßgabe

entsprechende Anwendung, daß vollbürtige Geschwister und deren Abkömm= linge den halbbürtigen und deren Abkömmlingen vorgehen.

- § 6. (1) Der Anerbe erlangt das Eigentum am Anerbengut mit dem Erwerb der Erbschaft.
- (2) Der Anerbe kann die Anerbenfolge ausschlagen, ohne die Erbschaft auszuschlagen.
- (3) Auf die Ausschlagung der Anerbenfolge sinden die Borschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Ausschlagung der Erbschaft entsprechende Anwendung.
- (4) Wird die Anerbenfolge ausgeschlagen, so gilt der Anfall des Anerbensguts an den Ausschlagenden als nicht ersolgt. Das Anerbengut fällt an den nächsten als Anerbe Berusenen; der Anfall gilt als mit dem Erbsall ersolgt.
- § 7. (1) Der Erblasser kann, wenn nach seinem Tode seine Abkömmlinge als Anerben berufen sein würden, in den Formen des § 4 Abs. 3 bestimmen, daß sein überlebender Ehegatte besugt sein soll, unter den Abkömmlingen den Anerben zu wählen.
- (2) Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgericht, Die Erklärung ist in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form abzusgeben.
- (3) Die Wahlbesugnis erlischt mit der Wiederverheiratung des überlebenden Chegatten sowie mit der Bolljährigkeit des gesetzlich berusenen Unerben, wenn aber dem Chegatten über die Volljährigkeit des gesetzlich berusenen Anerben hinaus der Nießbrauch an dem Anerbengut zusteht, in dem Zeitpunkt, mit dem der Nießbrauch erlischt.
- (4) Das Eigentum an dem Anerbengut erwirbt im Falle der Ausübung der Befugnis der vom überlebenden Ehegatten gewählte Anerbe mit der Bollziehung der Wahl, im Falle Ves Erlöschens der Besugnis der gesetzlich berufene Anerbe mit diesem Erlöschen.
- § 8. (1) Zur Eintragung des Anerben als Eigentümer in das Grunds buch ift die Bewilligung der Miterben erforderlich. Der gesetzliche Bertreter eines Miterben bedarf zur Bewilligung der Genehmigung des Borsmundschaftsgerichts.
- (2) Bor der Eintragung ist das Anerbengut der Zwangsvollstreckung durch die Gläubiger des Anerben nicht unterworfen.
- (3) Die übertragung des Anerbenrechts durch Berfügung unter Lebenden, insbesondere durch Erbschaftskauf, ist unzulässig.

#### III. Die Bewertung des Anerbenguts.

§ 9. (1) Zur Feststellung des Anrechnungswerts (§ 2 Abs. 1 Sat 2) wird das Anerbengut nach dem Reinertrag geschätzt, den es nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Beswirtschaftung mit entlohnten fremden Arbeitskräften unter gewöhnlichen Berhältnissen im Durchschnitt nachhaltig gewähren kann. Die zum Betrieb

des Anerbenguts gehörigen Gebäude, Betriebsmittel, Nebenbetriebe und Sonderkulturen werden nicht besonders bewertet.

- (2) Bon dem ermittelten jährlichen Reinertrag sind alle dauernd auf dem Anerbengut ruhenden Lasten mit Ausnahme der Hypotheken, Grundsichulden und Rentenschulden abzuziehen.
- (3) Der übrigbleibende Teil des jährlichen Reinertrags wird mit bem Zwanzigsachen zu Rapital gerechnet.
- (4) Bon dem berechneten Kapitalwert sind die auf dem Anerbengut ruhenden vorübergehenden Lasten, nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital gerechnet, abzuziehen.
- (5) Das sich aus dieser Berechnung ergebende Kapital bilbet den Ansrechnungswert des Anerbenguts.
- (6) Die Feststellung des Anrechnungswerts erfolgt, wenn die Beteiligten sich nicht einigen, durch die Anerbenbehörde (§ 23ff.).
- § 10. (1) Dic allen Erben zur Last fallenden Nachlaßverbindlichsteiten einschließlich der auf dem Anerbengut lastenden Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden sind auf das außer dem Ancrbengut vorhandene Bermögen anzurechnen. Ergibt sich dabei ein Mehrbetrag der Berbindlichsteiten, so ist er vom Anrechnungswert zu kürzen.
- (2) Soweit die Nachlaßverbindlichkeiten nicht aus dem sonstigen Bersmögen berichtigt worden sind, ist der Anerbe den Miterben gegenüber verspflichtet, sie allein zu berichtigen und die Miterben von ihnen zu befreien.
- § 11. Von dem Anrechnungswert, im Falle des § 10 Abs. 1 Sat 2 von dem um den Mehrbetrag der Nachlaßverbindlichkeiten gekürzten Ansrechnungswert, gebührt dem Anerben ein Biertel als Voraus.
- § 12. Hat der Anerbe durch eine Zuwendung, die er zur Ausgleichung zu bringen hat, mehr erhalten, als ihm bei der Auseinandersetzung einschließlich des Boraus zukommen würde, und verweigert er die Herauszahlung des Mehrbetrags, so gilt diese Weigerung als Ausschlagung der Anerbenfolge. Diese Wirkung tritt auch dann ein, wenn die Ausschlagungsfrift (§ 6 Abs. 3) bereits abgelaufen ist.

#### IV. Die Rechtsftellung der Miterben.

- § 13. (1) Die Anteile der Miterben am Anrechnungswert sind in zehn jährlichen Teilbeträgen zu entrichten, deren erster Teil am 1. April des auf den Tod des Erblassers folgenden Kalenderjahrs fällig wird. Die Anteile sind von dem Zeithunkt an, zu dem das Eigentum auf den Anerben übergegangen ist, zu verzinsen und auf Berlangen durch Hhpothek am Anserbengut sicherzustellen. Der Zinssah beträgt 1 v. H. unter dem jeweiligen Reichsbankdiskontsah. Die Zinsen sind am Ende jeden Kalenderviertelsahrs zu entrichten.
- (2) Der Miterbe kann mit Einwilligung der Anerbenbehörde jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten verlangen, daß ihm die Hälfte seines restlichen Abfindungsguthabens unter Anrechnung auf

bie zulet fällig werdenden Teilbeträge in Kapital ausgezahlt wird. Die Einwilligung darf nur erteilt werden, wenn die Auszahlung für den Miterben von erheblichem Interesse und für den wirtschaftlichen Bestand des Anerbenguts unschädlich ist.

- (3) Sst ein Miterbe minderjährig, so wird der erste Teilbetrag (Ubs. 1) am 1. April des auf den Eintritt der Bolljährigkeit des Miterben folgenden Kalenderjahrs fällig. Kapitalabfindung nach Ubs. 2 kann der Miterbe von der Bolljährigkeit an verlangen.
- (4) Beräußert der Anerbe das Anerbengut an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person, so hat der Miterbe das Recht, die Auszahlung des ihm noch zustehenden Anteils am Anrechnungswert in Kapital zu verlangen. Dieser Anspruch verjährt in drei Jahren.
- § 14. (1) Der Anerbe ist verpflichtet, einem minderjährigen Miterben bis zur Höhe seiner Ansprüche und in Anrechnung auf diese die Kosten der Borbildung zu einem Beruf zu gewähren, soweit nicht ein anderer dazu verpflichtet ist oder der Miterbe selbst ausreichendes sonstiges Bermögen hat. In gleicher Weise hat der Anerbe einer minderjährigen Miterbin im Falle ihrer Berheiratung eine angemessene Aussteuer zu gewähren. Die Beträge sind vom Bormundschaftsgericht nach Anhörung des Anerben, des gesetzlichen Bertreters und des Minderjährigen, falls er das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, festzusehen.
- (2) Ein minderjähriger Miterbe kann von dem Anerben gegen Leistung standesmäßiger und seinen Kräften entsprechender Arbeitshilse standesmäßigen Unterhalt auf dem Anerbengut ohne Anrechnung auf seinen Anteil verlangen (Auszug). Solange dieser Unterhalt gewährt wird, hat der Miterbe keinen Anspruch auf Berzinsung seines Anteils am Anerechnungswert, soweit die Zinsen die angemessenn Kosten des Unterhalts nicht übersteigen. Auf den Auszug sinden die Borschriften der §§ 31, 32 Abs. 1 des Gesetzs, die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 18. August 1896 und des Einsührungsgesetzs zum Bürgerlichen Gesetzbuch von demselben Tag betressend, vom 18. Juni 1898 (GBBI. S. 191) entssprechende Anwendung.
- § 15. (1) Ift ber Ehegatte bes Erblassers neben Abkömmlingen bes letzteren als Miterbe berusen, so erwirbt er mit der Beendigung der elterlichen Rugnießung oder, wenn ihm diese nicht zusteht, sofort den Nießbrauch an dem Anerbengut bis zur Bollendung des fünfundzwanzigsten Lebensejahrs des Anerben und für die spätere Zeit den Anspruch gegen den Anerben auf lebenslänglichen in derartigen Verhältnissen üblichen Unterhalt auf dem Anerbengut (Auszug).
- (2) Auf Berlangen des Ehegatten ist der Nießbrauch in das Grundbuch einzutragen. Auf den Auszug findet § 14 Abs. 2 Sat 3 Anwendung.
- (3) Während der Dauer des Nießbrauchs liegen dem Chegatten die Berspflichtungen nach § 14 Abs. 2 ob, und zwar auch gegenüber dem Anerben;

er ist auch dem Anerben gegenüber verpflichtet, die in § 13 Abs. 1 bestimmten Zinsen zu tragen.

- (4) Der Nießbrauch und der Auszug erlöschen mit der Wiederverheiratung des Ehegatten; jedoch ist alsdann dem Shegatten vom Anerben eine dem Werte des Auszugs entsprechende Gelbrente zu gewähren; § 760 des Bürgerlichen Gesethuchs sindet Anwendung. Auf Berlangen des Shegatten ist die Geldrente aus dem Anerbengut sicherzustellen.
- § 16. (1) Wird das Anerbengut innerhalb zwanzig Jahren nach dem übergang des Eigentums auf den Anerben veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Boraus (§ 11) nachträglich in die Erbmasse einzuwersen. Diese Berpflichtung besteht nicht, wenn der Anerbe mit dem Berkausserlös innerhalb eines Jahres nach der Beräußerung ein anderes im Freistaat Sachsen gelegenes Lands oder Waldgut von entsprechendem Werte erwirbt.
- (2) Werden innerhalb bes Zeitraums von zwanzig Jahren Teile bes Anerbenguts gegen ein Entgelt von insgesamt mehr als einem Zwanzigstel bes Anrechnungswerts oder bei Unentgeltlichkeit von entsprechendem Werte veräußert, so hat der Anerbe einen entsprechenden Teil des Boraus nachträglich in die Erbmasse einzuwersen. Diese Verpflichtung besteht nicht, soweit an Stelle der veräußerten Erundstücke vor dem Ablauf eines Jahres nach der Veräußerung für das Anerbengut wirtschaftlich gleichwertige Erundstücke in dessen Vestand eingetreten sind.
- (3) Die Borschriften der Absäte 1 und 2 finden auf die Erben des Anserben entsprechende Anwendung, wenn dieser innerhalb des in Abs. 1 Sat 1 festgesetzen Zeitraums das Anerbengut oder Teile davon beim Borshandensein ihm gegenüber anerbenberechtigter Personen in der Weise hintersläßt, daß Anerbenfolge nicht eintritt.
- (4) Die Borschriften der Absäte 1 und 2 gelten nicht bei einer Beräußerung an eine dem Anerben gegenüber anerbenberechtigte Person. Sie sinden jedoch auf den Erwerber entsprechende Anwendung, wenn dieser das Anerbengut oder Teile davon innerhalb des in Abs. 1 Sat 1 festgesetten Zeitraums an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person weiterveräußert; das gleiche gilt für die Erben des Erwerbers, wenn auf ihn die Boraussetungen des Abs. 3 zutreffen.
  - (5) Die vorstehend bestimmten Ansprüche verjähren in drei Jahren.
- § 17. (1) Wird das Anerbengut innerhalb zwanzig Jahren nach dem Abergang des Eigentums auf den Anerben verkauft, so steht den anerbensberechtigten Miterben des Anerben, soweit sie nicht die Anerbensolge außegeschlagen haben, ein Vorkaufsrecht zu.
- (2) Die Reihenfolge mehrerer Borkaufsberechtigter regelt sich nach § 2 Abs. 2 bis 5.
- (3) Das Borkaufsrecht beschränkt sich auf den Fall des Berkaufs durch den Anerben. Es findet auch statt, wenn die Beräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung ersolgt. Das Borkaufsrecht kann nicht ausgeübt werben,

wenn das Anerbengut an eine dem Berkäufer gegenüber anerbenberechtigte Berson verkauft wird.

§ 18. Im Falle der Beräußerung des Anerbenguts kann der Anerbe die Löschung der nach § 14 Abs. 2 und § 15 in das Grundbuch eingetragenen Auszüge beanspruchen, sosern er gleichzeitig für die Erfüllung der ihnen zugrunde liegenden Berbindlichkeiten anderweit Sicherheit leiftet.

#### V. Besondere Fälle.

- § 19. (1) Hinterläßt der Erblasser mehrere Anerbengüter, so können die Anerbenberechtigten in der Reihenfolge ihrer Berufung zu Anerben je ein Anerbengut wählen.
- (2) Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgericht in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form. Das Nachlaßgericht hat dem Wahlberechtigten auf Antrag eines nachstehenden Berechtigten eine ansgemessene Frist zur Erklärung der Wahl zu bestimmen. Erfolgt die Wahl nicht der dem Ablauf der Frist, so tritt der Säumige in Ansehung des Wahlrechts hinter die übrigen Berechtigten zurück.
- (3) Sind mehr Anerbengüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Bahl nach benselben Grundsägen wiederholt.
- (4) Jeder Anerbe erwirbt durch die Wahl das Eigentum an dem von ihm gewählten Anerbengut mit Birkung vom Erbfall an. Mit der letzten Wahl geht zugleich das Eigentum an dem übrigbleibenden Anerbengut mit derselben Wirkung auf den Nächstberechtigten über.
- (5) Im Falle des § 10 ist der Mehrbetrag der Nachlaßverbindlichkeiten auf die Anerben und die Anerbengüter nach dem Berhältnis der Ansrechnungswerte zu verteilen.
- (6) Die Berpflichtungen des § 14 Abs. 1 liegen den Eigentümern der Anerbengüter nach dem Berhältnis der Anrechnungswerte ob.
- (7) Im Falle des § 15 hat der Ehegatte die Wahl, auf welchem Unserbengut er den Auszug beziehen will. Die Eigentümer der übrigen Anserbengüter haben dem Eigentümer des vom Ehegatten gewählten Anerbenguts zu den Kosten des Unterhalts nach dem Verhältnis der Anrechnungsswerte anteilig beizutragen. Tritt an die Stelle des Nießbrauchs oder des Auszugs eine Gelbrente (§ 15 Abs. 4), so ist sie auf die Anerben und die Anerbengüter nach dem Verhältnis der Anrechnungswerte zu verteilen.
- (8) Im Falle des § 14 Abs. 2 entscheidet, wenn keine gütliche Einigung zustande kommt, das Bormundschaftsgericht unter Berücksichtigung der Bershältnisse der Anerbengüter und der Beteiligten darüber, auf welchem Anserbengut der Unterhalt zu gewähren ist. Abs. 7 Sah 2 sindet entsprechende Anwendung.
- § 20. Für die Berechnung des Pflichtteils des Anerben ist der nach dem allgemeinen Rechte, für die Berechnung des Pflichtteils der übrigen Erben ist der nach diesem Gesetz zu ermittelnde gesetzliche Erbteil maß= gebend.

- § 21. Sind beim Tode des Eigentümers eines Anerbenguts keine Anserbenberechtigten (§ 5) vorhanden, so hat der überlebende Ehegatte, falls er Erbe ist, das Necht, das Anerbengut zum Anrechnungswert (§ 9) zu übernehmen.
- § 22. Hat ein Abkömmling nach § 2050 des Bürgerlichen Gesethuchs ein Anerbengut auszugleichen, so ist im Zweisel der Ertragswert maßgebend.

#### VI. Die Anerbenbehörde.

- § 23. (1) Bei jeder Amtshauptmannschaft und in bezirksfreien Gemeinden bei jedem Stadtrat besteht eine Anerbenbehörde. Sie setzt sich zusammen aus einem vom Wirtschaftsministerium bestimmten Beamten zener Behörden als Borsitzenden und aus zwei Sachverständigen als Beisitzern.
- (2) Der Borsitgende muß die Befähigung zum Richteramt besitgen ober bie Staatsprüfung für den höheren Berwaltungsbienst abgelegt haben.
- (3) Die Sachverständigen werden von dem Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer und der Fachkammer für Forstwirtschaft auf die Dauer von fünf Jahren berufen.
  - § 24. (1) Die Anerbenbehörde entscheidet
  - 1. bei Streitigkeiten über
    - a) die Anerbengutseigenschaft (§ 3),
    - b) den Anrechnungswert des Anerbenguts (§ 9 Abf. 6),
  - 2. über die Einwilligung zur vorzeitigen Zahlung des Abfindungsguts habens im Falle des § 13 Abf. 2.
- (2) Zuftändig ist die Anerbenbehörde, in deren Bezirk sich das Wohnhaus, beim Fehlen eines solchen der größere Teil des Anerbengutes befindet.
- (3) Die Anerbenbehörde entscheidet unter Ausschluß des Rechtswegs vor den ordentlichen Gerichten. Soweit nicht in diesem Geset etwas anderes bestimmt ist, entscheiden bei Streitigkeiten die ordentlichen Gerichte.
- (4) Die Anerbenbehörde hat die ersorderlichen Ermittelungen von Amts wegen vorzunehmen und die Beteiligten, in den Fällen des Abs. 1 unter 1a und b alle Erben, zu hören.
- (5) In den Fällen des Abs. 1 unter 1a und b ist die Entscheidung ber Anerbenbehörbe allen Erben zuzustellen.
- § 25. (1) Gegen die Entscheidungen der Anerbenbehörde steht den Besteiligten, in den Fällen des § 24 Abf. 1 unter 1a und b jedem der Erben, das Recht der Beschwerde an die Anerbenoberbehörde (§ 26) zu.
- (2) Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von bier Wochen bei der Unerbenbehörde einzulegen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung an den Beschwerdeführer.
- § 26. (1) Bei jeder Kreishauptmannschaft besteht eine Anerbenobers behörde. Sie setzt sich zusammen aus einem vom Wirtschaftsministerium

bestimmten Beamten der Kreishauptmannschaft als Borsitzenden und aus vier Sachberständigen als Beisitzern.

- (2) Die Sachverständigen werden, soweit es sich um die Entscheidung nach § 24 Abs. 1 unter 1a und 2 handelt, insgesamt und, soweit es sich um die Entscheidung nach § 24 Abs. 1 unter 1b handelt, zu einer Hälfte von dem Wirtschaftsministerium im Eindernehmen mit der Landwirtschaftskammer und der Fachkammer für Forstwirtschaft auf die Dauer von fünf Jahren berusen. Die Berusung der anderen Hälfte der Sachverständigen in den Fällen des § 24 Abs. 1 unter 1b erfolgt für jeden einzelnen Streitssall gesondert in der Weise, daß der dritte Sachverständige von dem Anerben und der vierte Sachverständige von den übrigen an dem Anerbschaftsstreit Beteiligten benannt werden. Einigen sich hierbei diese Beteiligten über ihren Sachverständigen nicht, so steht das Ernennungsrecht dem ältesten von ihnen zu. Werden die Sachverständigen nicht innerhalb einer dom Borssitzenden zu bestimmenden angemessennen Frist benannt, so wählt sie der Borsitzende aus den für die übrigen Fälle des § 24 Abs. 1 zu Sachsverständigen berusenen Personen.
- (3) Die Anerbenoberbehörde entscheibet über die Beschwerden gegen die Entscheidungen der Anerbenbehörde. Ihre Entscheidung ist endgültig. § 23 Abs. 2 und § 24 Abs. 3 bis 5 finden entsprechende Anwendung.

#### VII. Schlußbestimmungen.

§ 27. (1) Zwischen Nr. 3 und Nr. 4 bes Gebührenverzeichnisses (GBI. 1924 S. 56) zum Geset über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen ber Verwaltungsbehörden und von Gebühren für die Benutung öffentlicher Einrichtungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Mai 1924 (GBI. S. 332) wird folgende neue Nr. 3a eingefügt:

3a.

#### Anerbenrecht.

Entscheidungen nach §§ 24 und 26 des Gesetzes über das Anerbenrecht vom ....... (GBI. S. ...) bis zur Höhe von 1 vom Tausend des Anrechnungswerts (§ 9 des Gesetzes über das Anerbenrecht), mindestens aber . . . . . 10 RM.

- (2) In den Tarif zum Geset über die Gerichtskoften in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 1924 (GBI. S. 575) wird als Nr. 96 eingefügt:
  - 96. Eine Eintragung in die Jüngstberechtigtenrolle als Gesamtgebühr . . . . . . . . . . . . . . . . 4 M.
- § 28. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden das Wirtschafts= ministerium und das Justizministerium beauftragt.
  - § 29. (1) Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.
- (2) Eintragungen und Löschungen in der Jüngstberechtigtenrolle (§ 5 Abs. 3) sind vom ...... an zulässig. Eintragungen, welche vor dem ..... beantragt werden, erfolgen kostenfrei.

## II. Länder mit mittelbarem Anerbenrecht 1-4.

## Hannover.

### 16. Söfegefet für die Provinz Sannover

in der Fassung vom 9. August 1909. (GS. S. 663.)

#### Erfter Abichnitt.

Allgemeine Borichriften.

§ 1. Ein in der höferolle des zuständigen Amtsgerichts eingetragener hof ift ein hof im Sinne dieses Gesetzes.

Als Hof kann jede land- oder forstwirtschaftliche, mit einem Wohnhause versehene Besitzung in der Höferolle eingetragen werden.

Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirke das Wohnhaus der Besitzung liegt.

§ 2. Die Eintragung und Löschung in der Höferolle erfolgt auf Unstrag des Eigentümers.

Bur Stellung des Antrags ift der Eigentümer berechtigt, welcher über die Besitzung letztwillig verfügen kann.

Der Antrag wird bei dem Amtsgerichte mündlich angebracht oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Schrift eingereicht.

Das Amtsgericht hat dem Eigentümer anzuzeigen, daß die Eintragung und Löschung erfolgt sei.

§ 3. Die Führung der Söferolle gehört zu den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die Söferolle ift öffentlich.

§ 4. Die Eintragung in der Höferolle ist auch für jeden nachfolgenden Eigentümer wirksam. Sie verliert ihre Wirksamkeit durch die Löschung.

<sup>3</sup> Ausführungsvorschriften: Allg. Berf. d. Just.Min., betr. die Führung der Höferollen in der Prodinz Hannover, d. 30. Sept. 1874 (JMBI. S. 261) und d. 13. Sept. 1909 (JMBI. S. 329).

<sup>1</sup> Mittelbares Anerbenrecht: d. h. das Anerbenrecht sett einen Antrag bes Eigentümers auf Eintragung seines Gutes in die Höserolle (Landgüterrolle, Grundbuch) und eine entsprechende Eintragung voraus.

Bgl. für Preußen auch das Geseth, betr. Eintragungen in die Höferolle und Landgüterrolle auf Ersuchen der Generalkommission, v. 11. Juli 1891 (GS. S. 303).

² Frühere Fassung: Geset, betr. das Höserecht in der Prob. Hannober b. 2. Juni 1874 (GS. S. 186); geändert d. Geset, b. 24. Febr. 1880 u. d. Geset, v. 28. Juli 1909 (GS. S. 651).

<sup>4</sup> Literatur: Linkelmann, Höfegeseth f. d. Provinz Hannover, 2. Aufl. 1914. Wellenkamp, Die Gütergemeinschaft im Höferecht f. d. Prov. Hansnover (J.B. 1914 S. 629ff.).

- § 5. Die Eintragung kann nicht aus dem Grunde angefochten werden, weil die Besitzung nicht eintragungsfähig gewesen sei.
- § 6. Zum Hofe gehören alle Grundstücke des Hofeseigentümers, die auf dessen Antrag in die Höserolle unter Bezeichnung nach dem Grundbuch oder nach dem Grundsteuerkataster eingetragen oder im Grundbuch auf demselben Blatte mit der Hosselle bermerkt sind oder herkömmlich zum Hofe gerechnet werden oder wirtschaftlich mit dem Hofe zusammengehören, auch wenn sie außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesehes belegen sind.

Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit ist im Zweisel bei allen regelmäßig von derselben Hosstelle aus bewirtschafteten Grundstücken anzunehmen; sie wird durch eine Berpachtung oder ähnliche vorübergehende Benutzung von Hossegrundstücken, z. B. als Leibzuchtland, nicht ausgeschlossen. Insbesondere gehören zum Hose Grundstücke, die an Personen verpachtet sind, von denen dagegen Dienstleistungen für die Hoseswirtschaft erwartet werden (Heuerleute usw.).

Außer den gesetzlichen Bestandteilen des Hoses, insbesondere den mit dem Eigentum am Hose berbundenen Gerechtigkeiten (Bürgerliches Gesetzbuch § 96), gehören zum Hose auch die dem Hoseseigentümer perstönlich zustehenden Realgemeindeberechtigungen.

- § 7. Das Hofesinventar ist Zubehör des Hofes. Es umfaßt das auf dem Hofe für die Bewirtschaftung vorhandene Bich, Uder- und Hausgerät, einschließlich des Leinenzeugs und der Betten, den vorhandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung dienenden Borräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.
- § 8. Wird der Eigentümer eines Hofes von mehreren Personen beerbt, so ist für seine Beerbung das allgemeine Recht nur insoweit maßgebend, als nicht in diesem Geset ein anderes bestimmt ist.

Die Borschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung, soweit eine Nachlagberbindlichkeit zur Beräußerung des Hoses oder des Zubehörs besteht.

- § 9. Der Hof nebst Zubehör fällt als Teil der Erbschaft kraft des Gessetzes einem der Erben (dem Anerben) zu. An seine Stelle tritt im Bershältnisse der Miterben untereinander der Hofeswert.
- § 10. Als Anerben sind die Abkömmlinge, der Ehegatte und die Eltern des Erblassers sowie seine Geschwister und deren Abkömmlinge nach folgenden Grundsägen berufen:
  - 1. Zunächst sind die Abkömmlinge des Erblassers berufen.

Leibliche Kinder gehen an Kindes Statt angenommenen, cheliche sowie durch nachfolgende Ghe legitimierte oder für ehelich erklärte Kinder gehen unehelichen bor.

Ferner geht der ältere Sohn und in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter vor.

Treten an Stelle eines Kindes, das nach Abs. 2, 3 als Anerbe berufen sein würde, dessen Abkömmlinge als Erben ein, so sind sie nach den für die Kinder geltenden Grundsätzen auch als Anerben berufen. Doch stehen uneheliche Abkömmlinge ehelichen leiblichen Kinsbern oder entsernteren Abkömmlingen des Erblassers nach.

- 2. Nach den Abkömmlingen des Erblaffers ist sein Shegatte berufen.
- 3. Nach dem Chegatten des Erblassers ist sein Vater, nach diesem ist seine Mutter berusen.
- 4. Nach den Eltern des Erblassers sind seine vollbürtigen Geschwister und deren Abkömmlinge, nach diesen sind seine halbbürtigen Gesichwister und deren Abkömmlinge berusen. Die Borschriften der Rr. 1 Abs. 2, Abs. 3 Sat 1, Abs. 4 finden entsprechende Anwendung.
- § 11. Der Anerbe erwirbt das Eigentum an dem Hofe nebst Zusbehör mit dem Erwerbe der Erbschaft.

Der Anerbe kann auf das Anerbenrecht verzichten, ohne die Erbschaft auszuschlagen. Auf den Berzicht finden die Borschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Ausschlagung der Erbschaft entsprechende Anwendung. Die Frist für den Berzicht beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem der Anerbe von seiner Berufung zum Anerben Kenntnis erlangt, wenn jedoch die Berufung auf einer Berfügung von Todes wegen beruht, nicht vor der Berkündung der Berfügung.

Wird auf das Anerbenrecht verzichtet, so gilt der Anfall des Hofes an den Berzichtenden als nicht erfolgt. Der Hof fällt an den nächsten als Anerbe berufenen Miterben. Dieser Anfall gilt als mit dem Erbfall erfolgt.

§ 12. Ist der Chegatte des Erblassers neben Abkömmlingen des letteren als Miterbe berusen, so erwirdt er, wenn er die Erbschaft ausschlägt und auf die Herausgabe desjenigen, was aus seinem Bermögen in den Hof verwendet ist, verzichtet, mit der Beendigung der elterlichen Autsießung oder, falls ihm diese nicht zusteht, sosort den Nießbrauch an dem Hofe nebst Zubehör die zum vollendeten fünfundzwanzigsten Lebenssahre des Anerben und für die spätere Zeit den Anspruch gegen den Anerben auf lebenslänglichen und, soweit die Kräste des Hofes dazu ausreichen, standessmäßigen Unterhalt auf dem Hofe (Altenteilsrecht). Der Erbschaftsausschlagung steht es gleich, wenn der Chegatte bei der Erbteilung auf Zahlung des ihm von dem Hofeswerte gebührenden Betrags berzichtet. Für die Dauer des Rießbrauchs liegen ihm die im § 23 bezeichneten Berspslichtungen gegenüber dem Anerben und den Miterben ob.

Auf das Altenteilsrecht finden die Borschriften des Artikels 15 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesethuche vom 20. September 1899 (GS. S. 177) entsprechende Anwendung.

Der Nießbrauch und das Altenteilsrecht erlöschen mit der Wiederverheisratung des Ehegatten. In diesem Falle kann der Chegatte von dem Anserben die Zahlung eines dem Werte des Altenteilsrechts entsprechenden Kapitals, jedoch nicht mehr als den Betrag verlangen, der ihm ohne die

Erbschaftsausschlagung und den Berzicht bei der Auseinandersetzung zus gekommen sein würde.

- § 13. Der hofeswert wird nach folgenden Borichriften ermittelt:
- 1. Der Hof nebst Zubehör wird nach dem jährlichen Reinertrage geschät, den er durch Benutung als Ganzes im gegenwärtigen Kulturzustande bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung gewährt.
- 2. Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, soweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorderlich sind, nicht besonders zu schätzen,
  sonst aber nach dem Werte des Nutzens, welcher durch Vermietung oder
  auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Dies
  gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, die zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind.
- 3. Bon dem ermittelten jährlichen Ertrage sind alle dauernd auf dem Hofe nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrag abzusehen. Lasten und Abgaben, auf welche die Ablösungsgesehe Anwendung sinden, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der auf dem Hose ruhenden Hypotheten, Grundschulden und Rentenschulden sindet ein Abzug nur nach Maßgabe des § 14 Abs. 2 statt.
- 4. Der ermittelte Jahresertrag wird mit dem Zwanzigsachen zu Kapital gerechnet.
- 5. Haben die Gebäude nebst Hofraum einen höheren Berkaufswert als der sonstige Grundbesitz, so ist der Hof auf Berlangen eines Beteiligten nach dem Berkaufswerte zu schätzen.
- 6. Von dem Kapitalwerte des Hoses (Nr. 1 bis 5) werden die auf dem Hose ruhenden vorübergehenden Lasten (Leibzuchten und dergleichen), insbesondere im Falle des § 12 der Nießbrauch und das Altenteilszecht des Ehegatten, nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital gerechnet, abgezogen.
- § 14. Die gemeinschaftlichen Nachlaßverbindlichkeiten, einschließelich ber auf dem Hofe ruhenden Hopotheken, Grundschulden und Rentenschulden, sind, soweit das außer dem Hofe nebst Zubehör vorhandene Bermögen dazu außreicht, aus diesem zu berichtigen. Soweit sie nicht in solcher Beise berichtigt werden, ist der Anerbe seinem Miterben gegensüber verpflichtet, sie allein zu berichtigen und die Miterben von ihnen zu befreien.

Die nicht durch das sonstige Vermögen gedeckten gemeinschaftlichen Nachlagverbindlichkeiten werden von dem Hoseswert abgezogen.

§ 15. Bon dem Hofeswerte gebührt dem Anerben ein Drittel als Bor- aus.

Ist jedoch der Anerbe zu einem geringeren Bruchteil als einem Viertel als Erbe berusen, so gebührt ihm von dem Hofeswert als Voraus und Erbanteil zusammen die Hälfte.

Im Falle des § 14 Abs. 2 ist der nach dieser Borschrift gekürzte Hoses wert maßgebend.

- § 16. Hat der Anerbe durch eine Zuwendung, die er zur Ausgleichung zu bringen hat, mehr erhalten, als ihm bei der Auseinandersetzung einsschließlich des Boraus zukommen würde, und verweigert er die Herauszahlung des Mehrbetrags, so gilt diese Weigerung als Verzicht auf das Anerbenrecht.
- § 17. Ein minderjähriger Miterbe des Anerben kann die Zahlung des ihm von dem Hofeswerte gebührenden Betrags erst nach dem Eintritte seiner Bolljährigkeit, salls aber der Anerbe den Hof vorher an eine ihm gegenüber nicht anerbenderechtigte Person veräußert, nach der Beräußerung verlangen. Der Anerbe kann ohne Zustimmung des gesetzlichen Bertreters des Miterben die Zahlung nicht vor demselben Zeitpunkte bewirken. Eine Berzinsung des Betrags sindet bis dahin nicht statt. Er ist auf Berlangen des gesetzlichen Bertreters des Miterben durch Eintragung einer Hopothek in das Erundbuch sicherzuskellen.

Der Anerbe ist verpflichtet, bis zur Höhe des im Abs. 1 bezeichneten Betrags und in Anrechnung auf diesen dem Miterben die Kosten der Borbildung zu einem Beruf oder der Erlangung einer Brotstelle zu gewähren, soweit nicht ein anderer dazu verpflichtet ist oder der Miterbe selbst außereichendes sonstiges Bermögen hat. In gleicher Beise hat der Anerbe einer Miterbin im Falle ihrer Berheiratung eine angemessene Aussteuer zu gewähren. Steht der Miterbe unter Bormundschaft, so ist der ihm zu gewährende Betrag von dem Bormundschaftsgerichte nach Anhörung des Anserben, des Bormundes und des Minderjährigen, falls er das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, sestzusehen.

- § 18. Ein minderjährige Miterbe kann, solange er den ihm von dem Hofeswerte gebührenden Betrag noch nicht vollständig gezahlt erhalten hat, gegen Leistung standesmäßiger und seinen Kräften entsprechender Arbeitsshilse von dem Anerben standesmäßigen Unterhalt auf dem Hofe verlangen.
- § 19. Wird der Hof innerhalb fünfzehn Jahren nach dem übergange des Eigentums auf den Anerben oder innerhalb zehn Jahren nach dem Erlöschen eines in Ansehung des Hoses bestehenden Berwaltungs- oder Rießbrauchsrechts veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Borauß nachträglich in die Erbmasse einzuwersen.

Werden innerhalb des gedachten Zeitraums Teile des Hoses auf einmal oder nacheinander gegen ein Entgelt veräußert, das im ganzen höher ist als ein Zehntel des Hoseswerts, so hat der Anerbe denjenigen Teil des Boraus, welcher dem auf die veräußerten Grundstücke entsallenden Teile des Hoseswertes entspricht, nachträglich in die Erbmasse einzuwersen. Diese Berpflichtung besteht nicht, soweit an Stelle der veräußerten Grundstücke vor dem Ablauf eines Jahres nach der Beräußerung für den Hos wirtschaftlich gleichwertige Grundstücke gemäß § 6 in den Bestand des Hoses eingetreten sind.

Schriften 178, III. 9

Die Vorschriften der Abs. 1, 2 gelten nicht, wenn der Anerbe den Hofganz oder teilweise an eine ihm gegenüber anerbenberechtigte Person veräüßert. Sie finden jedoch auf den Erwerber entsprechende Anwendung, wenn dieser den Hof oder Teile des Hoses innerhalb des angegebenen Zeitraums an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person weiterveräußert.

Die borftehend bestimmten Unsprüche berjähren in fünf Sahren.

Diese Vorschriften finden auch dann Anwendung, wenn der Hof vor ber Veräußerung in der Höferolle gelöscht worden ist.

§ 20. Das Recht des Eigentümers, über den Hof unter Lebenden oder von Todes wegen zu verfügen, wird durch dieses Geset nicht beschränkt.

Der Cigentümer kann für den Fall, daß bei seinem Tode ein Anerbenrecht eintreten würde, den Eintritt des Anerbenrechts ausschließen oder
bestimmen, daß die Bevorzugung des Anerben in anderer als der durch
dieses Geseh vorgeschriebenen Beise stattsinden, welche unter den zur Erbsolge berusenen Personen Anerbe sein oder welcher Betrag als Hoseswert
bei der Erbteilung angerechnet werden soll.

Die im Abs. 2 bezeichneten Bestimmungen können in einer Berfügung von Todes wegen oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Urtunde getrossen werden.

§ 21. Der Erblasser kann, wenn nach seinem Tode seine Abkömmlinge als Anerben berusen sein würden, in den Formen des § 20 Abs. 3 bestimmen, daß sein überlebender Ehegatte besugt sein soll, unter den Abkömmlingen den Anerben zu wählen.

Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlafgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.

Die Besugnis des überlebenden Chegatten erlischt mit seiner Wiederverheiratung sowie mit der Bolljährigkeit des gesetlich berusenen Anerben, wenn aber dem Chegatten über diesen Zeitpunkt hinaus der Nießbrauch an dem Hose zusteht, mit dem Erlöschen des Nießbrauchs.

Das Eigentum an dem Hofe nebst Zubehör erwirdt im Falle der Ausübung der Besugnis des überlebenden Chegatten der von diesem gewählte Anerbe mit der Bollziehung der Wahl, im Falle des Erlöschens der Besugnis der gesetlich berusene Anerbe mit dem Erlöschen der Besugnis.

- § 22. Für die Berechnung des Pflichtteils des Anerben ist der nach dem allgemeinen Rechte, für die Berechnung des Pflichtteils der übrigen Erben ist der nach diesem Gesetze zu ermittelnde gesetzliche Erbteil maßegebend.
- § 23. Der Hofeseigentümer kann in den Formen des § 20 Abs. 3 ansordnen, daß nach seinem Tode seinem überlebenden Ehegatten über die Bolljährigkeit, jedoch nicht über das vollendete fünsundzwanzigste Lebensziahr des Anerben hinaus die Berwaltung und der Nießbrauch des Hoses nebst Zubehör zustehen sollen unter der Berpflichtung, dem Anerben und bis zur vollständigen Zahlung des ihnen von dem Hoseswerte gebührenden

Betrags auch den Miterben gegen Leistung standesmäßiger und ihren Kräften entsprechender Arbeitshilse standesmäßigen Unterhalt auf dem Hose zu gewähren. Auf diese Anordnung sindet die Borschrift des § 2306 Abs. 1 Sat 1 des Bürgerlichen Gesetbuchs keine Anwendung.

- § 24. Hinterläßt der Erblasser mehrere Höfe, so finden die vorstehens den Bestimmungen mit folgenden Maßgaben Unwendung:
  - 1. Die Sofe fallen sämtlich dem zunächst berufenen Anerben zu, wenn dies der Chegatte, der Bater oder die Mutter des Erblassers ist, oder wenn die Jose bei dem Tode des Erblassers von derselben Hosstelle aus bewirtschaftet werden.
  - 2. In den übrigen Fällen des § 10 Nr. 1, 4 können die als Anerben Berufenen in der Reihenfolge ihrer Berufung je einen Hof mahlen.

Die Wahl ersolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgerichte; die Erklärung ist in öfsentlich beglaubigter Form abzugeben. Das Nachlaßgericht hat bei dem Wahlberechtigten auf Antrag eines nachsstehenden Verechtigten eine angemessen Frist zur Erklärung der Wahl zu bestimmen. Ersolgt die Wahl nicht vor dem Ablause der Frist, so tritt der Wahlberechtigte in Ansehung des Wahlrechts hinter die übrigen Verechtigten zurück.

Sind mehr höfe als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl nach benselben Grundsätzen wiederholt.

Jeder Unerbe erwirbt das Eigentum an dem von ihm gewählten Hofe nebst Zubehör mit der Bollziehung der Wahl. Mit der Bollziehung der letzten Wahl erwirbt zugleich der Nächstberufene das Eigentum an dem übrigbleibenden Hofe nebst Zubehör.

3. Fallen die Höfe an berschiedene Anerben, so hat im Falle des § 12 der Chegatte die Wahl, auf oder von welchem Hofe er den Altenteil beziehen will.

In den Fällen des § 14 Ubs. 1 Sat 2, Ubs. 2 ist der Mehrbetrag der Nachlaßverbindlichkeiten auf die Anerben und die Höse nach dem Berhältnisse der Hoseswerte zu verteilen.

Im Falle des § 18 entscheidet in Ermangelung einer gütlichen Bereinbarung das Vormundschaftsgericht nach Anhörung der Beiteiligten und von Sachverständigen unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Höfe darüber, auf welchem Hose der Unterhalt zu gewähren ist.

- 4. Die vorstehenden Borschriften gelten nur, soweit nicht der Erblasser in den Formen des § 20 Abs. 3 ein anderes bestimmt hat.
- § 25. Die Borschriften der §§ 8 bis 24 finden keine Anwendung:
- 1. unbeschadet der Borschriften der §§ 26ff., wenn der Erblasser bei seinem Tode nicht Alleineigentümer des Hoses gewesen ist, es sei denn, daß der Anerbe der alleinige Miteigentümer war;
- 2. wenn der Hof zur Zeit des Todes des Erblassers nicht mehr eine land- oder forstwirtschaftliche Besitzung oder seit länger als zehn Jahren nicht mehr mit einem Wohnhause versehen war.

9\*

#### Zweiter Abschnitt.

Besondere Borschriften für Höfe, die zum Gesamtgut einer Gütergemeinschaft gehören.

- § 26. Gehört der Hof zu dem Gesamtgut einer ehelichen oder einer fortgesetzten allgemeinen Gütergemeinschaft, für welche die Borschriften
  des Bürgerlichen Gesetzuchs gelten, so finden diese Borschriften nach der
  Beendigung der Gütergemeinschaft nur insoweit Anwendung, als nicht in
  den §§ 27 bis 38 ein anderes bestimmt ist.
- § 27. Wird die eheliche Gütergemeinschaft durch den Tod eines der Ehegatten ausgelöst, und ist ein gemeinschaftlicher Abkömmling nicht vorshanden (Bürgerliches Gesetzuch § 1482), so gelten, sosen nicht der überslebende Ehegatte der alleinige Erbe des verstorbenen Ehegatten ist, vorsbehaltlich des § 28, folgende Borschriften:

Der Anteil des verstorbenen Chegatten an dem Sofe nebst Zubehör fällt dem überlebenden Chegatten zu.

Für die Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts tritt an die die Stelle des Hofes nebst Bubehör des Hofeswert.

Auf die Ermittelung des Hofeswertes und auf die Gesamtgutsberbindslichkeiten, deren Berichtigung bei der Auseinandersetung verlangt werden kann, finden die Vorschriften der §§ 13, 14 entsprechende Anwendung.

- § 28. Hatte im Falle des § 27 der verstorbene Ehegatte den Hof in die Gütergemeinschaft eingebracht oder während der Gütergemeinschaft durch Erbsolge, durch Bermächtnis oder mit Rücksicht auf ein fünstiges Erbsrecht durch Schenkung oder als Ausstattung erworben, und wird er von Abkömmlingen beerbt, so gelten die Borschriften der §§ 29 bis 34.
- § 29. Der Anteil des verstorbenen Ehegatten an dem Hofe nebst Zubehör fällt, vorbehaltlich des § 34, dem überlebenden Ehegatten nach Maßgabe der §§ 30 bis 33 zu.

Eine Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts findet nur insoweit statt, als solches außer dem Hose nebst Zubehör vorhanden ist. Die Vorschriften des § 14 Abs. 1 finden entsprechende Anwendung.

§ 30. Der überlebende Chegatte hat in Ansehung des ganzen Hofes nebst Zubehör bis zu seinem Tode die rechtliche Stellung eines Borerben; die Abkömmlinge des verstorbenen Chegatten haben die rechtliche Stellung von Nacherben.

Dem überlebenden Chegatten liegen die im § 23 bezeichneten Verpflichtungen gegenüber den Abkömmlingen ob.

Der überlebende Ehegatte kann durch gemeinschaftliche Bestimmung der Ehegatten von den im § 2136 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Beschränkungen und Berpflichtungen eines Vorerben mit Ausnahme der Beschränkung des § 2113 Abs. 1 befreit werden. Er kann serner ohne Rücksicht auf die Beschränkung seines Berfügungsrechts das Eigentum an dem Hose nebst Zubehör dem nach § 31 berusenen Abkömmling übertragen.

- § 31. Nach dem Tode des überlebenden Ehegatten fällt der Hof nebst Zubehör, falls noch ein Abkömmling des verstorbenen Ehegatten vorhanden ist, an diesen, falls mehrer solche Abkömmlinge vorhanden sind, nach Maßgabe des § 10 Nr. 1 an einen von ihnen. Im letzteren Falle sinden im Berhältnisse der Abkömmlinge zueinander die Borschriften des § 9 Sat 2 und der §§ 11, 13 bis 19 entsprechende Anwendung.
- § 32. Un die Stelle des Zeitpunkts des Todes des überlebenden Chegatten tritt:
  - 1. wenn der nach § 31 berusene Abkömmling vorher das dreißigste Lebensjahr vollendet, dieser Zeitpunkt, unbeschadet der Borschrift der Nr. 2;
  - 2. wenn die Chegatten gemeinschaftlich einen früheren Zeitpunkt als den des Todes des überlebenden Chegatten bestimmt haben, der bestimmte Zeitpunkt.

In diesen Fällen gebührt dem überlebenden Chegatten gegenüber dem Abkömmlinge, dem der Hof zufällt, ein Altenteilsrecht nach § 12 Abs. 1, 2, Abs. 3 Sat 1.

§ 33. Berzichtet der überlebende Ehegatte auf den Erwerb des Hoses, so fällt der Hof nebst Zubehör nach Maßgabe des § 31 an den nach dieser Borschrift berusenen Abkömmling.

Auf den Berzicht finden die Borschriften des Bürgerlichen Gesethuchs über die Ausschlagung einer Erbschaft entsprechende Anwendung.

Der Unfall an den Abkömmling gilt als mit dem Tode des verstorbenen Chegatten erfolgt.

- § 34. Ist der im § 32 Abs. 1 bezeichnete Zeitpunkt zur Zeit des Todes des verstorbenen Ehegatten bereits eingetreten, so fällt der Hof nebst Zubehör mit dem Tode des verstorbenen Ehegatten nach Maßgabe des § 31 an den nach dieser Borschrift berufenen Abkömmling. Die Borschrift des § 32 Abs. 2 sindet Anwendung.
- § 35. Sind bei dem Tode eines Chegatten neben gemeinschaftlichen Abkömmlingen andere Abkömmlinge vorhanden (Bürgerliches Gesethuch § 1483 Abs. 2), so tritt für die Auseinandersethung mit ihnen in Anssehung des Gesamtguts an die Stelle des Hoses nebst Zubehör der Hoseswert. Die Borschriften der §§ 13, 14 finden Anwendung.

Die Ehegatten können gemeinschaftlich bestimmen, daß die anderen Abkömmlinge, falls sie bis zur Beendigung der Gütergemeinschaft auf die Auseinandersehung verzichten, gemeinschaftlichen Abkömmlingen gleichstehen. Zu dem Berzicht ist, wenn die Abkömmlinge unter elterlicher Gewalt oder unter Bormundschaft stehen, die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts erforderlich.

§ 36. Lehnt der überlebende Chegatte die Fortsetzung der Gütergemeinschaft ab, oder ist die Fortsetzung ausgeschlossen (Bürgerliches Gesetzuch §§ 1484, 1508, 1509), so sinden die Vorschriften des § 27 Abs. 2 dis 4, falls aber der verstorbene Chegatte den Hof in die Gütergemeinschaft eingebracht

ober während der Gütergemeinschaft durch Erbsolge, durch Bermächtnis ober mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung erworben hatte, die Borschriften der §§ 29 bis 34 entsprechende Anwendung.

Das gleiche gilt, wenn die fortgesetzte Gütergemeinschaft aufgehoben oder durch die Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten beendigt wird (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1492, 1496, § 1493 Abs. 1). Doch stehen die in den §§ 29ff. den Abkömmlingen des verstorbenen Ehegatten beigelegten Rechte nur den anteilsberechtigten Abkömmlingen zu.

Im Falle der Wiederberheiratung des überlebenden Chegatten gebührt außer diesem auch seinem neuen Ehegatten gegenüber dem Abkömmlinge, dem der Hof zufällt, ein Altenteilsrecht nach § 12 Abs. 1, 2, Abs. 3 Sat 1.

§ 37. Endigt die fortgesetzte Gütergemeinschaft durch den Tod oder die Todeserklärung des überlebenden Ehegatten (Bürgerliches Gesetzbuch § 1494), so fällt der Hof nebst Zubehör nach Maßgabe des § 10 Nr. 1 an einen anteilsberechtigten Abkömmling. Doch sind im Falle des § 35 Abs. 2 die Abkömmlinge dessenigen Ehegatten, welcher den Hof in die Gütergemeinschaft eingebracht oder während der Gütergemeinschaft durch Erbsolge, durch Bermächtnis oder mit Kücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung erworben hat, vor den anderen Abkömmlingen berufen.

Die Vorschriften des § 27 Abs. 3 und der §§ 11, 13 bis 19 finden entsprechende Anwendung, die Vorschriften der §§ 17 bis 19 jedoch nur im Verhältnisse der anteilsberechtigten Abkömmlinge zueinander.

§ 38. Die Borschrift bes § 20 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung; boch können die danach zulässigen Bestimmungen nur von den Ehegatten gemeinschaftlich getroffen werden.

Für die Form der Bestimmungen ist die Borschrift des § 20 Abs. 3 maßgebend; hat einer der Ehegatten die im § 2231 Nr. 2 des Bürger-lichen Gesehbuchs vorgeschriebene Form beobachtet, so genügt die Unterschrift des anderen Ehegatten. Das gleiche gilt für die im § 30 Abs. 3 Sah 1, im § 32 Abs. 1 Nr. 2 und im § 35 Abs. 2 bezeichneten Bestimmungen der Ehegatten.

#### Dritter Abidnitt.

#### Schlußbestimmungen.

- § 39. Die Anträge zur Söferolle find einer Stempelabgabe nicht unter-
- § 40. Unter bem Eigentümer im Sinne dieses Gesehes ist im Falle bes geteilten Eigentums ber Untereigentümer zu verstehen.
- § 41. Durch bieses Gesetz werden nicht geändert: die Rochte des Gutseherrn und sonstigen Obereigentümers; das für Fideikommiß-, Lehn-, Stamm- und Rittergüter geltende Recht; das Recht, durch Bertrag das Bermögen ganz oder teilweise unter Lebenden mit Rücksicht auf eine Erb-folge abzutreten.

## Schaumburg.

### 17. Befet 1-3,

betr. das Höferecht im Kreise Grafschaft Schaumburg, vom 9. Juli 1910 (Pr. GS. S. 113).

#### Artifel I.

Das Höfegesetz für die Prodinz Hannober in der Fassung der Bekanntmachung dem 9. August 1909 (GS. S. 662) wird mit den im Artikel II bestimmten Anderungen als Höfegesetz für den Kreis Grafschaft Schaumburg in diesem Kreise eingeführt.

#### Artifel II.

- 1. Der § 2 wird durch folgende Borschriften ersett:
- § 2. Die Besitzungen, die früher in einem Meierverbande gestanden haben, werden nach Maßgabe der §§ 2a bis 20 von Amts wegen in die Höferolle eingetragen.
- § 2a. Zur Entscheidung darüber, welche Besitzungen von Amts wegen einzutragen sind, tritt bei jedem Amtsgericht eine Kommission zusammen. Sie besteht aus dem aussichtführenden Richter als Borsitzenden und dem Landrate sowie dem Bürgermeister der Gemeinde, in der die Besitzungen liegen. Für den Landrat tritt in Fällen der Berhinderung ein von dem Kreisausschusse zu wählender Bertreter ein.

Beschließt die Kommission die Eintragung, so hat sie zugleich die nach § 6 zum Hofe gehörenden Grundstücke zu bezeichnen.

- § 2 b. Die Kommission hat die ersorderlichen Ermittelungen anzustellen und die geeignet erscheinenden Beweise aufzunehmen. Bor der Entscheidung soll sie den Eigentümer hören. Sie kann ihn zum Erscheinen und zur Erklärung durch Ordnungsstrasen bis zu einhundert Mark anhalten.
- § 2c. Der Beschluß der Kommission kann wie eine von dem Amtsgericht erlassene Berfügung von dem Eigentümer mit der sofortigen Beschwerde angesochten werden. Eine weitere Beschwerde sindet nicht statt.

<sup>1</sup> Auf Grund des Art. VI ist ergangen die Bekanntmachung des Tertes des Höfegesehes für den Kreis Grafschaft Schaumburg v. 20. Juli 1910 (IS. S. 115).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Graficaft Schaumburg ist identisch mit dem Kreise Kinteln. Dieser ist daßer von dem Anwendungsgebiet der Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Kassel mit Ausnahme des Kreises Kinteln v. 1. Juli 1887 (GS. S. 315) ausgeschlossen.

<sup>3</sup> Alteres Necht: Kurhessisses Geset über die Auseinandersetung der Lebens-, Meier- und anderen autsberrlichen Berhältnisse b. 26. Aug. 1848 (GS. für Kurhessen S. 67). §§ 26—37 berb. mit d. preuß. Geset b. 21. Febr. 1870 (GS. S. 117) § 1.

Die Eintragung der Besitzung in die Höferolle erfolgt nach Maßgabe ber rechtskräftigen Entscheidung.

§ 2d. Die Eintragung von Besitzungen, die nicht von Amts wegen einsgetragen werden, geschieht auf Antrag bes Eigentümers.

Der Cigentumer ist nur bann antragsberechtigt, wenn er über die Bestigung lettwillig berfügen kann.

Der Antrag wird bei dem Amtsgerichte mündlich angebracht oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Schrift eingereicht.

- § 2e. Die Eintragung ist dem Eigentümer bekannt zu machen.
- § 2f. Die Löschung eines Hofes in der Höferolle erfolgt auf Antrag des Eigentümers, bei einem von Amts wegen eingetragenen Hofe jedoch nur dann, wenn er aufgehört hat, eine land- oder forstwirtschaftliche Besitzung zu sein.

Die Borschriften bes § 2d Abs. 2, 3 und bes § 2e finden entsprechende Anwendung.

2. 3m § 10 Rr. 1 Abf. 3 fallen die Borichriften des zweiten Sates weg.

#### Artifel III.

Die Borschriften der §§ 26 bis 37 des kurhessischen Gesetze über die Auseinandersetzung der Lehns-, Meier- und anderen gutsherrlichen Ber- hältnisse vom 26. August 1848 (Kurhessische GS. S. 67) werden aufgehoben.

#### Artifel IV.

Dieses Geset tritt, soweit es die Eintragungen in die Höferolle betrifft, mit dem 1. Oktober 1910, im übrigen mit dem 1. April 1912 in Kraft.

#### Artifel V.

Sind bei einer Besitzung, die früher in einem Meierverbande gestanden hat, Ehegatten als Miteigentümer im Grundbuch eingetragen, so werden für die Auslassung des Anteils eines der Ehegatten an den anderen, für die Beurkundung des ihr zugrunde liegenden Bertrags und für die Einstragung von Rechten zugunsten des auflassenden Ehegatten Gerichtsegebühren und Stempel nicht erhoben, wenn die Auslassung vor dem 1. April 1912 erfolgt.

Diese Borschrift tritt mit der Berkundung in Rraft.

### Artifel VI.

Der Justizminister und der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten werden ermächtigt, den Text des Höfegesetzes für den Kreis Grafschaft Schaumburg unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen durch die Gesetzammlung alsbald bekannt zu machen.

## 18. Gefet,

# betr. das Höferecht im Rreise Herzogtum Lauenburg,

vom 21. Februar 1881 (GS. S. 19).

Erster Abschnitt.

### Bon dem bäuerlichen Recht.

§§ 1-4 (enthalten allgemeine Borichriften für die übergangszeit).

Bweiter Abichnitt.

## Bon dem Soferecht.

- §§ 5—9 (entsprechen fast wörtlich den §§ 1—4 des Hannoverschen Höfesgefetes). Abdruck unter lfd. Ar. 16. —
- § 10. Zum Hofe gehören die auf Antrag des Gigentumers in der Höfe-rolle eingetragenen Grundstüde.

In Ermangelung einer Bezeichnung in der Höferolle umfaßt der Hof den gesamten, herkömmlich zu dem Hofe gerechneten oder wirtschaftlich zu demselben gehörigen Grundbesit des Eigentümers. Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit ist im Zweisel bei allen regelmäßig von derselben Hofstelle aus bewirtschafteten Grundstücken anzunehmen. Dieselbe wird durch eine vorübergehende Verpachtung oder ähnliche Benuhung von Hofesgrundstücken, z. B. als Leibzuchtsland (Alteneilslandt), nicht ausgeschlossen. Grundstücke, welche an Personen verpachtet sind, die sich dagegen zu Diensteleistungen für die Hofeswirtschaft verpflichtet haben (Heuerleute, Häuselinge, Einlieger), gehören zum Hofe.

- § 11. Bubehör des Hofes find:
- 1. die mit bem Sofe oder einzelnen Teilen besfelben verbundenen Gerechtigkeiten;
- 2. die auf dem Hofe borhandenen Gebäude, Anlagen Holzungen und Bäume:
- 3. das Hoseinventar; dasselbe umfaßt das auf dem Hose behufs der Bewirtschaftung desselben vorhandene Bieh, Ader- und Hausgerät, einschließlich des Leinenzeugs und der Betten, den vorhandenen Dünger und die für die Hosebewirtschaftung bis zur nächsten Ernte dienenden Borräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.
- § 12. Wird der Eigentümer eines Hofes von mehreren Bersonen beerbt, so fällt der Hof nebst Zubehör als Teil der Erbschaft, kraft des Gessetz, einem Erben (dem Anerben) allein zu.

Das Anerbenrecht gilt nur für Nachkommen bes Erblaffers.

Es tritt nur ein, wenn der Anerbe zugleich Erbe des Erblassers ist. Mit dem Erwerb der Erbschaft erwirbt der Anerbe das Eigentum des Hoses nehst Zubehör. § 13. sther die Berufung zum Anerben gelten folgende Bestimmungen: Leibliche Kinder und deren Nachkommen gehen Aboptivkindern und beren Nachkommen, eheliche ben unehelichen vor.

Durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder stehen den ehelichen gleich. Ferner geht bor der ältere Sohn und dessen Nachkommenschaft beiderlei Geschlechts, in Ermangelung von Söhnen und von Nachkommen derselben die ältere Tochter und deren Nachkommen beiderlei Geschlechts.

Unter ben Nachkommen eines Kindes richtet sich die Berufung zum Anerben nach benselben Grundsätzen.

§ 14. Bei der Erbteilung wird der Hofeswert nach folgenden Borschriften ermittelt.

Der Hof nebst Zubehör, jedoch ausschließlich des Hosesinventars, wird nach dem jährlichen Reinertrage geschätzt, den er durch Benutung als Ganzes im gegenwärtigen Kulturzustande und bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung gewährt.

Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, insoweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorderlich, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Werte des Nutens, welcher durch Bermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Dies gilt insbesondere von Nebenwohnungen, sowie von zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmten Gebäuden und Anlagen.

Bon dem ermittelten jährlichen Ertrage sind alle dauernd auf dem Hofe nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrage abzusehen. Lasten und Abgaben, auf welche die Abstösungsgesehe Anwendung sinden, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen.

Wegen ber auf bem Sofe ruhenben Shpotheten und Grundschulben findet eine Absehung nicht ftatt.

Der so ermittelte Jahresertrag wird mit dem Zwanzigsachen zu Kavital gerechnet.

Diesem Kapital wird der nach einem durchschnittlichen Verkaufswerte zu berechnende Wert des Hosesinventars hinzugesetzt.

Auf Berlangen eines Beteiligten sind Höfe, deren Gebäude nebst Hofraum einen größeren Berkaufswert haben, als der sonstige Grundbesit derselben, nach dem Berkaufswerte zu schätzen.

Von dem Gesamtwerte des Hoses nebst Zubehör werden die vorübergehenden Hoseslasten, z. B. Leibzuchten, nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital berechnet, abgesett.

Das so ermittelte Rapital bilbet den Hofeswert.

§ 15. Bei der Erbteilung tritt der Hofeswert an die Stelle des dem Anerben zufallenden Hofes nebst Zubehör.

Die Erbichaftsichulben sind zunächft auf bas außer bem hofe nebst Bubehör vorhandene Bermögen anzurechnen. Insoweit sie durch dieses Vermögen nicht gedeckt werden, sind sie von dem Anerben als Schuldner allein zu übernehmen. In diesem Falle werden sie bei der Erbteilung von dem Hoseswert abgesetzt.

Der Anerbe hat nach Abzug eines ihm als Voraus verbleibenden Drittels zwei Drittel des Hofeswerts, im Falle des vorstehenden Absahes zwei Drittel des nach Abzug der vom Anerben übernommenen Schulben vom Hofeswerte übrigbleibenden Betrags in die Erbschaftsmasse einzusschießen.

Die Teilung der Erbichaftsmasse unter die Miterben, einschließlich des Anerben, erfolgt nach dem allgemeinen Rechte.

Nach diesem Rechte richtet sich auch die Haftung der Erben für Erbsschaftsschulden. Der Anerbe haftet den Erbschaftsgläubigern auch mit dem Bermögen, welches er als Anerbe erhalten hat.

- § 16. Der Erblasser kann, falls bei seinem Tode ein Anerbenrecht eintreten würde, in einem Testament ober in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten oder eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen Urkunde bestimmen, daß ein Anerbenrecht nicht eintreten, daß die Bevorzugung des Anerben in einer anderen als im zweiten Abschnitt dieses Gesetzes bezeichneten Weise stattsinden, welche Person unter den zur Erbsolge berusenen Nachkommen Anerbe sein, zu welchem Betrage der Hoseswert bei der Erbteilung angerechnet werden son.
- § 17. Für den Pflichtteil des Anerben ist der nach dem allgemeinen Recht, für den Pflichtteil der übrigen Erben der nach den §§ 14, 15 zu ermittelnde Intestat-Erbfall maßgebend.
  - § 18. Wegen Verletung des Pflichtteils können nicht angefochten werden:
  - 1. Berfügungen bes Erblassers, durch welche dem leiblichen Bater des Unerben lebenslänglich, der leiblichen Mutter bis zur Großjährigsteit des Anerben das Recht beigelegt wird, den Hof nebst Zubehör nach dem Tode des Erblassers in eigene Nutzung und Berwaltung zu nehmen, unter der Berpflichtung, den Anerben und dessen Mitzerben, letztere bis zur Auszahlung ihres Erbteils, angemessen zu erziehen und für den Notsall auf dem Hofe zu unterhalten;
  - 2. Verfügungen des Erblassers, durch welche die Fälligkeit der Erbteile der Miterben bis zu deren Großjährigkeit unter der Verpflichtung des Anerben, die Miterben bis zu diesem Zeitpunkte angemessen zu erziehen und für den Notsall auf dem Hose zu unterhalten, hinausgeset wird.

Die unter Nr. 1 erwähnten Verfügungen können auch nicht auf Grund ber gesetzlichen Vorschriften über die Nachteile der zweiten Che angesochten werden.

§ 19. Wird ein Erblasser, welcher Eigentümer mehrerer Höfe ist, von mehreren Nachkommen beerbt, so gelten, falls derselbe nicht in einem

Testament oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten oder eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen Urkunde ein anderes verfügt hat, folgende Bestimmungen.

Die mehreren Sofe fallen dem Anerben zu, wenn sie beim Tode des Erblassers von derselben Hofstelle aus bewirtschaftet sind.

Andernfalls kann jedes Kind in der Reihenfolge seiner Berufung zum Anerben sich als Anerbe einen Hof wählen.

Nachkommen eines verstorbenen Kindes treten an dessen Stelle und unter biesen hat wiederum derjenige die Wahl, welchem der Borzug nach § 13 gebührt. Sind mehr Höfe als Kinder vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt. Die Erbschaftsschulden sind auf die mehreren Höfe nach dem Verhältnis ihres für die Erbteilung maßgebenden Werts zu verteilen.

- § 20. Die in den §§ 12-19 enthaltenen Bestimmungen finden nicht Un- wendung,
  - 1. wenn der Erblasser bei seinem Tode Miteigentumer des Hofes war;
  - 2. wenn der Hof beim Tode des Erblassers infolge von Beränderungen, welche nach der Eintragung stattgefunden haben, nicht eintragungsfähig war; jedoch ist das Nichtvorhandensein eines Wohnhauses zur Zeit des Todes des Erblassers ohne Einfluß, wenn dieser Zustand alsdann noch nicht zwei Jahre gewährt hat.
- § 21. Für jede Eintragung und jede Löschung in der Höferolle, einschließlich der darüber dem Eigentümer zu machenden Anzeige, wird eine Gerichtsgebühr von drei Mark erhoben. Die Einsicht in die Höserolle ersfolgt kostenfrei.

Die Anträge gur Soferolle find einer Stempelabgabe nicht unterworfen.

#### Dritter Abschnitt.

### Schlußbeftimmungen.

- § 22. Unter bem Eigentümer im Sinne biefes Gesetzes ift im Falle bes geteilten Eigentums ber Untereigentümer zu verstehen.
  - § 23. Durch dieses Gesetz werden nicht geändert: die Rechte des Gutsherrn oder sonstigen Obereigentümers, das für Fideikommiß-Dehn-, Stamm- und Rittergüter geltende Recht, das Recht, durch Bertrag das Bermögen ganz oder teilweise unter Lebenden mit Rücksicht auf eine künftige Erbsolge abzutreten.
  - § 24. Dies Geset tritt am 1. Juli 1881 in Kraft.

Eintragungen in der Höferolle sowie Löschungen sind vom 1. April 1881 an zulässig; Eintragungen, welche vor dem 1. Juli 1881 beantragt werden, erfolgen kostenfrei.

# 19. Landgüterordnung für die Provinz Brandenburg 1

vom 10. Juli 1883 (GS. S. 111).

§ 1. Landgut im Sinne bieses Gesetes ift eine in der Landguterrolle bes zuständigen Amtsgerichts eingetragene Besitzung.

In die Rolle kann jede in der Provinz Brandenburg belegene Besitzung eingetragen werden, welche zum Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft bestimmt und mit einem Reinertrage von mindestens fünfundsiebenzig Mark zur Grundsteuer veranlagt ist.

§ 2. Jur Eintragung des Landgutes in die Landgüterrolle ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke die Grundstücke belegen sind, welche das Landgut bilben.

Liegen die Grundstücke in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte, so hat das Kammergericht zu bestimmen, bei welchem Amtsgerichte das Landgut in die Rolle einzutragen ist.

§ 3. In der Rolle erhält jedes Landgut ein eigenes Blatt.

Das Landgut besteht aus denjenigen Grundstücken, welche auf dem Rollenblatte eingetragen sind. Dieselben mussen nach Blatt, Artikel und Nummer des Grundbuches oder nach dem Grundsteuerkataster bezeichnet werden.

Auf dem Blatte oder Artikel des Grundbuches ist die Nummer des Rollenblattes kostenfrei zu bermerken.

- § 4. Ein Landgut soll in die Rolle nur dann eingetragen werden, wenn die Boraussehungen des § 1 Absat 2 zur Zeit der Eintragung vorhanden sind.
- Die Eintragung kann nicht aus dem Grunde angesochten werden, weil biese Boraussetzungen zur Zeit der Eintragung nicht vorhanden gewesen seien.
- § 5. Die Eintragung und die Löschung in der Rolle erfolgt auf Antrag des Eigentümers, welcher über das Landgut letztwillig verfügen kann.
- § 6. Die Anträge auf Eintragung und auf Löschung in der Rolle werden bei dem Amtsgerichte, unter Anwendung der §§ 32—34 der Grundbuch- ordnung vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 446), mündlich angebracht oder schriftlich eingereicht.

Das Amtsgericht hat dem Antragsteller mitzuteilen, daß die Eintragung und die Löschung erfolgt sei.

§ 7. Die Gintragung verliert ihre Wirksamkeit durch die Loschung.

Die Eintragung ist auch für jeden nachfolgenden Eigentümer wirksam, sofern derselbe Eigentümer des ganzen Landgutes oder eines den Boraussfetzungen des § 1 Absatz 2 enrsprechenden Teiles desselben ist.

<sup>1</sup> Ausführungsvorschrift: Allg. Berf. d. Just. Min. v. 6. Aug. 1883, betr. die Führung der Landgüterrollen im Bezirke des Kammergerichts (FWBI. S. 280).

§ 8. Bei Grundstückserwerbungen zu einem in der Rolle eingetragenen Landgute ist gleichzeitig mit der Zuschreibung in dem Grundbuche die Zuschreibung auch in der Rolle zu bewirken, wenn der Erwerber seine entsgegengesete Absicht nicht ausdrücklich erklärt.

Bei Beräußerungen eines Teiles von einem in der Rolle eingetragenen Landgute ist gleichzeitig mit der Abschreibung im Grundbuche auch die Löschung des veräußerten Teiles in der Rolle zu bewirken, wenn bei demsselben die Boraussetzungen des § 1 Absch 2 nicht zutreffen.

In den Fällen dieses Paragraphen erfolgen die Zuschreibungen und Löschungen in der Rolle von Amts wegen und kostenfrei.

§ 9. Die Einsicht der Rolle ist jedem gestattet, welcher nach dem Ersmessen des Amtsgerichts ein rechtliches Interesse dabei hat.

Die Einsicht der Rolle erfolgt kostenfrei.

§ 10. Wird der Eigentümer eines Landgutes von mehreren Personen beerbt, so ist in Ermangelung einer entgegenstehenden letzwilligen Bersfügung — unbeschadet der Bestimmung des § 17 — ein miterbender Nachstomme, der Anerbe, berechtigt, bei der Erbteilung das Landgut nebst Zusbehör für eine nach Maßgabe des § 13 sestzustellende Taxe zu übernehmen.

Dasselbe gilt, wenn der überlebende Chegatte Eigentümer eines Landsutes ist und dasselbe in Ausübung seines statutarischen Erbrechtes zur Erbemasse einwirft. Der überlebende Chegatte ist jedoch berechtigt, an Stelle des Landgutes den nach Maßgabe des § 13 zu ermittelnden Wert desselben einzuwersen.

§ 11. Die Berechtigung der Nachkommen zur übernahme des Landgutes wird nach folgenden Grundfäßen geregelt:

Leibliche Kinder gehen Aboptivkindern, eheliche den unehelichen bor. Unsehelichen Kindern des Baters steht die Berechtigung nicht zu. Durch nachsfolgende Che legitimierte Kinder stehen den ehelichen gleich.

Ferner geht vor der ältere Sohn und bessen Nachkommen männlichen Geschlechts, in Ermangelung von Söhnen und männlichen Nachkommen derselben die ältere Tochter des älteren Sohnes und deren Nachkommen, falls aber Nachkommen von Söhnen nicht vorhanden sind, die ältere Tochter des Erblassers und deren Nachkommen.

Kinder, welche zur Zeit der Erbteilung wegen Geisteskrankheit oder Berschwendung entmündigt sind, sowie Kinder, welche eine Verurteilung zu Zuchthausstrase und zugleich zum Berluste der bürgerlichen Chrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen Miterben nach.

Unter den Nachkommen eines Kindes richtet sich die Berechtigung zur übernahme des Landgutes nach denselben Grundsägen.

§ 12. Sind mehrere Landgüter und mehrere Nachkommen vorhanden, so finden die §§ 10 und 11 mit der Maßgabe Unwendung, daß jeder Berechtigte in der Reihenfolge seiner Berufung nach seiner Wahl ein Landgut übernehmen kann. Sind mehr Landgüter als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

- § 13. Die Feststellung der Taxe erfolgt nach folgenden Brundfäten:
- I. Der dreißigsache Betrag des Grundsteuerreinertrages der Liegensschaften, zusäglich des zwanzigsachen Betrages des bei der Bersanlagung zur Gebäudesteuer eingeschätzten Ruzungswertes dersenigen Gebäude, welche weder zur Wohnung des Eigentümers, seiner Fasmilie, seiner Dienstleute und Arbeiter bestimmt, noch zur Bewirtschaftung ersorderlich sind, wird als Wert des Landgutes angenommen.
- II. Dem Werte zu I wird hinzugerechnet:
  - 1. der zwanzigsache Sahresbetrag der mit dem Landgute als Bubehör berbundenen nugbaren Gerechtigkeiten, Renten und Gefälle;
  - 2. der Wert des nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen überständigen Holzes auf solgen Grundstücken, welche zur forstwirtschaftlichen Benutzung bestimmt sind;
  - 3. der Wert der auf dem Landgute befindlichen gewerblichen Unlagen, soweit solche nicht für den Betrieb der Land= oder Forstwirt= schaft ersorderlich sind.
- III. Nicht besonders abgeschätt werden und bleiben außer Berechnung:
  - 1. die zur Wohnung des Eigentümers, seiner Familie, Dienstleute und Arbeiter bestimmten sowie die zur Bewirtschaftung ersorderlichen Gebäude;
  - 2. das Gutsinventarium und alle sonstigen beweglichen Pertinenzs stücke (§§ 48ff., §§ 75ff. Titel 2 Teil I des Allgemeinen Landsrechts);
  - 3. Bäume und Holzungen, welche nicht unter die Nr. II 2 fallen.
- IV. Bon dem Werte zu I und II wird abgesetzt der Wert der auf dem Landgute nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben.

Dauernde Lasten und Abgaben werden mit dem Zwanzigsachen ihres mutmaßlichen Jahresbetrags, vorübergehende, z. B. Altenteile, mit einem nach Waßgabe des § 9 der Zivilprozesordnung zu berechenenden Kapital, höchstens aber mit dem Zwanzigsachen des Jahresbetrages in Abzug gebracht.

Für Lasten und Abgaben, auf welche die Ablösungsgesetze Anwendung sinden, wird das nach diesen zu berechnende Ablösungskapital in Abzug gebracht.

V. In Ermangelung einer Bereinbarung der Beteiligten über die Tage erfolgt die Feststellung der letzteren nach den Bestimmungen unter I bis IV durch Sachverständige, über deren Person sich die Beteiligten zu einigen haben, unter Leitung des Nachlahrichters. Kommt unter den Beteiligten über die Person der Sachverständigen eine Einigung nicht zustande, so ernennt sie der Nachlahrichter und nötigensalls einen Obmann.

Diese sind, sofern sie nicht zur Abgabe von Gutachten der betreffenden Art ein für allemal beeidigt sind, vom Nachlaßrichter nach § 375 der Zivilprozegordnung zu beeidigen. Das erstattete Gutachten ist nur unter den Boraussetzungen der Nr. 2—5 des § 543 der Zivilprozefordnung ansechtbar.

§ 14. Der Eigentümer des Landgutes, welcher über dasselbe letztwillig versügen kann, ist besugt, in einem Testament oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Urkunde oder in einer eigenhändig geschriebenen und unter Beisügung des Jahres und Tages unterschriebenen stempelstreien Urkunde die Anwendung der §§ 10—13 auszuschließen oder unter den Miterben diesenige Person zu bestimmen, welche zur übernahme des Landgutes oder der mehreren Landgüter berechtigt sein soll, sowie die in dem § 16 erwähnten Verfügungen zu treffen.

In gleicher Weise kann vorbehaltlich des Pflichtteilsrechtes der Nach-kommen und des überlebenden Ehegatten bestimmt werden, zu welchem Betrage der Gutswert bei der Erbteilung angerechnet werden, daß und in welcher Höhe der Gutsübernehmer bei der Teilung ein Voraus erhalten oder in einer sonstigen Beise bevorzugt werden soll.

- § 15. Behufs Ermittelung des Pflichtteiles der Miterben, welche das Landgut nicht übernehmen, erfolgt die Abschätzung des letzteren nach Maßegabe des § 13.
  - § 16. Wegen Verletung des Pflichtteils können nicht angefochten werden:
  - 1. Berfügungen des Erblassers, durch welche dem leiblichen Bater des Anerben lebenslänglich, der leiblichen Mutter dis zur Großjährigkeit des Anerben das Recht beigelegt wird, das Landgut nebst Zubehör nach dem Tode des Erblassers in eigene Nutzung und Berwaltung zu nehmen, unter der Berpflichtung, den Anerben und dessen Miterben, letzere dis zur Auszahlung ihres Erbteils, angemessen zu erziehen und für den Notfall auf dem Landgute zu unterhalten:
  - 2. Berfügungen des Erblassers, durch welche die Fälligkeit der Erbteile der Miterben bis zu deren Großjährigkeit unter der Berpflichtung des Anerben, die Miterben bis zu diesem Zeitpunkte angemessen zu erziehen und für den Notsall auf dem Landgute zu unterhalten, hinausgesetzt wird.
- § 17. Das in einigen Teilen der Provinz geltende Recht, nach welchem der überlebende Chegatte besugt ist, das zum Nachlasse des verstorbenen Ehegatten gehörende Landgut zu übernehmen, bleibt unberührt.
- § 18. Die in den §§ 10—16 enthaltenen Bestimmungen finden nicht Un- wendung:
  - 1. auf Landgüter, beren Gebäude zur Zeit des Todes des Erblassers mit einem den Grundsteuerreinertrag der Liegenschaften übersteigenden Rutzungswerte zur Gebäudesteuer angesetzt sind,
  - 2. wenn der Erblasser bei seinem Tode nicht allein Eigentümer des Landgutes war,
  - 3. wenn das Landgut beim Tode des Erblassers infolge von Beränderungen, welche nach der Eintragung des Landgutes in die Rolle statt-

gefunden haben, nach § 1 Absatz 2 nicht eintragungsfähig gewesen wäre.

§ 19. Für jede Eintragung und für jede Löschung in der Rolle, einschließlich der darüber dem Eigentümer zu machenden Mitteilung, wird außer in den Fällen des § 8 eine Gerichtsgebühr von drei Mark erhoben.

Die Antrage zur Rolle find einer Stempelabgabe nicht unterworfen.

Erbteilungen, welche auf Grund biefes Gesetzes erfolgen, sind frei vom staufstempel.

§ 20. Dieses Geset tritt mit dem 1. Oktober 1883 in Kraft.

# 20. Landgüterordnung für die Provinz Schlesien 1

vom 24. April 1884 (GS. S. 121).

§ 1. Landgut im Sinne dieses Gesetzes ift eine in der Landguterrolle bes zuständigen Amtsgerichts eingetragene Besitzung.

In die Rolle kann jede in der Provinz Schlesien belegene, mit einem Wohnhause versehene Besitzung eingetragen werden, welche zum Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft bestimmt und mit einem Reinertrage von mindestens sechzig Mark zur Grundsteuer veranlagt ist.

- $\S\S$  2—9 entsprechen den  $\S\S$  2—9 LGD. für die Provinz Brandenburg abgedruckt lfd. Nr. 19.
- § 10. Wird der Eigentümer eines Landgutes von mehreren Personen beerbt, so ist in Ermangelung einer entgegenstehenden lettwilligen Bersügung einer der Erben, der Anerbe, berechtigt, bei der Erbteilung das Landgut nebst Zubehör für den nach § 14 festzustellenden Preis zu übersnehmen.

Diese Berechtigung steht nur den Nachkommen des Erblassers, den Gesichwistern des Erblassers und deren Nachkommen zu.

Die nach §§ 570ff. Titel 1 Teil II des Allgemeinen Landrechts dem überlebenden Shegatten zustehenden Befugnisse bleiben unberührt.

- §§ 11, 12 entsprechen den §§ 11, 12 LGD. für die Provinz Brandenburg.
- § 13. Wird der Eigentümer eines Landgutes von Geschwistern oder deren Nachkommen beerbt, so finden die §§ 11 und 12 entsprechende Unswendung.
- § 14. In Ermangelung einer anderweitigen Bereinbarung bilbet ber vierzigfache Betrag bes Grundsteuerreinertrages der Liegenschaften den übernahmepreis.

Auf Antrag des Unerben oder eines Miterben ift jedoch der itbernahmepreis durch Abschätzung des Gutswertes festzustellen.

<sup>1</sup> Ausführungsvorschriften: Allg. Berf. d. Just.Min. v. 15. Mai 1884 betr. die Führung der Landgüterrollen im Bezirke des Oberlandessgerichts zu Breslau. Soritten 178, III.

Diese erfolgt nach den zur Zeit der Aufnahme der Taxe für Auseinsandersetzungen geltenden Abschätzungsgrundsätzen der Schlesischen Landschaft durch deren Behörden.

 $\S\S$  15—20 entsprechen im wesentlichen den  $\S\S$  14—16, 18—20 LGD. für die Provinz Brandenburg.

# 21. Schleswig-Holftein.

## a) Überblick über das Anerbenrecht.

## Bisheriges Recht.

In dem größten Teil der Provinz Schleswig-Holftein hat von alters her ein gesetzliches Anerbenrecht bestanden. In den früheren Zeiten waren es gesetzliche Teilungsverbote, durch die nach Möglichkeit die Geschlossenheit der Landgüter gewahrt werden sollte. Später führte die Rechtsentwicklung zur Ausstellung von Grundsätzen, durch die die Art der Vererbung des ländlichen Grundbesitzes geregelt, und durch die insbesondere die Person des Erben (der Anerbe) und die Bedingungen der übernahme durch ihn bestimmt wurden. Im einzelnen ist die Ausgestaltung des Anerbenrechts in den beiden Herzogtümern keine gleichmäßige gewesen. Vielmehr sinden sich zahlreiche ältere Rechte nebeneinander.

#### Geltendes Recht.

Bon ben borbezeichneten Gesetzen und Verordnungen sind gegenwärtig noch in Geltung

## I. in Solftein

- 1. die fürstliche Berordnung vom 15. März 1704 (abgebr. in der Shstematischen Sammlung der für die Herzogtümer Schleswig und Holstein annoch gültigen königlichen, fürstlichen, großfürstlichen und gemeinschaftlichen Berordnungen und Verfügungen Bd. 2 Ubt. 2 S. 631) mit Anderungen durch die Berordnung vom 15. Juni 1742 und das Restript vom 11. Jan. 1745 (Corpus Constitutionum Regio-Holsaticarum Vd. 1 S. 154, 157);
- 2. Berordnung Christians VI. für die Herrschaft Pinneberg vom 20. Sept. 1737 (Corpus Constitutionum Regio-Holsaticarum Bd. 2 S. 1070);
- 3. Restript Christians VII. für das Amt Segeberg vom 20. Jan. 1766 (Chronologische Sammlung der königlichen Berordnungen und Berfügungen für die Herzogtümer Schleswig und Holstein, Jahrgang 1766 S. 1);
- 4. Resolution Christians VII. an den Klosterpropsten zu Preet vom 17. Okt. 1786 (Chronologische Sammlung, Jahrgang 1786 S. 162);
- 5. Regulativ Christians VII. für die vormals Plönschen Amter vom 27. Febr. 1789 (Chronologische Sammlung, Jahrgang 1789, S. 9).

Die vorbezeichneten Berordnungen aus älterer Zeit regeln das Unerbenrecht nur lüdenhaft, da sie nicht eine vollständige Regelung desselben, sondern nur die Beantwortung einzelner dem Anerbenrecht angehörender Fragen enthalten. Außerdem aber ist ihr Geltungsbereich örtlich eng begrenzt. Sie sinden daher eine weitgehende Ergänzung durch das Gewohnheitsrecht, dessen Entwicklung indessen auch in den verschiedenen Landesteilen nicht einheitlich gewesen ist. So ist das Anerbenrecht in Holstein außerordentlich zersplittert und unübersichtlich.

Gleichwohl hat die neuere Gesetzebung bei Erlaß des Gesets betr. das Höferecht im Kreise Herzogtum Lauenburg vom 21. Febr. 1881 (GS. S. 19) und der Landgüterordnung für Schleswig-Holstein vom 2. April 1886 (GS. S. 117) sich nicht entschließen können, das bisherige Recht aufzuheben; vielmehr ist dessen Fortgeltung ausdrücklich anerkannt, so daß also neben den oben bezeichneten unmittelbaren Partikularrechten subsidiär noch ein allgemeines mittelbares Anerbenrecht auf Grund der neuen Gesetze gilt.

- II. In Schleswig gelten gegenwärtig nachdem hier ebenso wie in Holstein die älteren Teilungsverbote durch den § 29 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Seeschiffen in der Provinz Schleswig-Holftein vom 27. Mai 1873 (GS. S. 241) aufgehoben sind nur noch folgende Gesetze:
  - 1. Die Berordnung Christians VII. betr. das Mäherrecht in den Bondengütern auf der Geest vom 18. Juni 1777 — abgedr. vorn unter lsd. Nr. I 5.

Die für die sogenannten Festegüter früher geltenden besonderen Bestimmungen der Berordnung vom 14. April 1766/26. März 1772 (Esmarch, Sammlung der Statute, Berordnungen und Bersügungen, welche das bürgerliche Erbrecht des Herzogtums Schleswig betressen, daß durch den § 2 des Gesets betr. die Ablösung der Reallasten in der Prodinz Schleswig-Holsten vom 3. Jan. 1873 (GS. S. 3) das Obereigentum und das Heimfallrecht für alle Festegüter ohne Entschädigung ausgehoben worden ist, und dadurch gemäß der Bersügung vom 22. Juni 1784 wegen der Erbsolge in Ansehung der in Bondengüter verwandelten Festen sämtliche noch vorhandenen Festegüter dem Bondenerbrecht unterworsen sind (vgl. dazu auch Sering, Erbrecht und Agrarversassiung in Schleswig-Holstein S. 334f.); es gelten infolgebesseisen nunmehr auch für die früheren Festegüter die Bestimmungen der Räherrechts-Berordnung vom 18. Juni 1777.

2. Die Landgüterordnung für die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg vom 2. April 1886 (GS. S. 117).

Diese hat sich selbst nur subsidiären Charakter beigelegt, indem sie in § 26 die älteren Rechte, insbesondere also auch die Vorschriften der Näherrechts-Verordnung aufrecht erhält.

10\*

#### Rechtsquellen.

Die vorstehende Darstellung folgt in weitem Umfange der allgemeinen Begründung zu einem im Jahre 1914 von dem damaligen Geheimen Justizrat und Bortragenden Rat im Preuß. Justizministerium Dr. Güthe † aufgestellten Entwurf zu einem einheitlichen Anerbengesetz für die Provinz
Schleswig-Holstein (sog. Güthescher Entwurf).

Im übrigen vgl. außer den bereits zitierten Geschsammlungen vor allem die eingehende Darstellung in Serings Bererbung des ländlichen Grundbesitzes Bd. VII: Erbrecht und Agrarversassung in Schleswig-Holftein, 1908 S. 27ff., 63ff., 360ff. nebst Anlagen.

## b) Landgüterordnung 1, 2 für die Provinz Schleswig-Holstein, mit Ausnahme des Rreises Herzogtum Lauenburg 3,

vom 2. April 1886 (GS. S. 117).

§ 1. Landgut im Sinne dieses Gesetzes ift eine in der Landguterrolle des zuständigen Umtsgerichts eingetragene Besitzung.

In die Rolle kann jede in der Provinz Schleswig-Holftein, mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg, belegene, mit einem Wohnhause versehene Besitzung eingetragen werden, welche zum Betriebe der Landwirtschaft bestimmt ist.

- $\S\S\ 2-9$  entsprechen im wesentlichen den  $\S\S\ 2-9$  LGD. für die Provinz Brandenburg.
- § 10. Wird der Eigentümer eines Landguts ohne Hinterlassung eines Chegatten von mehreren Nachkommen beerbt, so ist in Ermangelung einer entgegenstehenden letztwilligen Berfügung einer derselben, der Anerbe, besechtigt, bei der Erbteilung das Landgut nebst Zubehör nach Maßgabe der §§ 11—16 zu übernehmen.
- § 11. Der Unerbe ift berechtigt, das Landgut nebst Zubehör für zwei Dritteile des nach ben §§ 14—16 festzustellenden Wertes zu übernehmen.
- § 12. Die Berechtigung der Nachkommen zur übernahme des Landguts wird nach folgenden Grundfäten geregelt:

Leibliche Kinder gehen Adoptivkindern, eheliche den unehelichen bor. Unsehelichen Kindern des Baters steht die Berechtigung nicht zu. Durch nachsfolgende She legitimierte Kinder, soweit dieselben volles Erbrecht haben, stehen den ehelichen gleich.

3 Bgl. auch das Gesetz betr. das Höferecht im Kreise Herzogtum Lauens burg v. 21. Febr. 1881 (GS. S. 19) — abgedr. unter lid. Kr. II 18.

<sup>1</sup> Ausführungsvorschriften: Allg. Berf. d. Just.Min. v. 10. Mai 1886 betr. die Führung der Landgüterrollen im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Kiel, mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg (JMBI. S. 110).

zu Kiel, mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg (HWBL & 110).

2 Ju § 26: Die Landgüterordnung gilt nur jubsidiar, hinter den zahlreichen örtlichen Gesetzen und Gewohnheitsrechten. Lediglich diese haben in der Prodinz Schleswig-Holftein praktisch Bedeutung erlangt; so z. B. die Berordnung über das Käher-Recht, abgedr. unter lid. Ar. I 5.

Ferner geht bor der ältere Sohn und in Ermangelung bon Söhnen die ältere Tochter.

Kinder, welche zur Zeit der Erbteilung wegen Geisteskrankheit oder Berschwendung entmündigt sind, sowie Kinder, welche eine Berurteilung zu Zuchthausstrase und zugleich zum Berluste der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten haben, stehen den übrigen nach.

Un die Stelle eines berftorbenen Kindes treten beffen Rachkommen nach ben für die Kinder geltenden Grundfätzen.

- § 13. Mittelst Eintragung in die Landgüterrolle kann bestimmt werden, daß der jüngere Sohn und in Ermangelung von Söhnen die jüngere Tochter vorgeht.
- § 14. Der Wert des Landguts wird nach folgenden Grundfähen festgestellt:

Das Landgut nebst Zubehör, jedoch ausschließlich des Wirtschaftsinventars, wird nach dem jährlichen nachhaltigen Reinertrage geschätzt, den dasselbe durch Benutzung als Ganzes im gegenwärtigen Kulturzustande und bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung gewährt.

Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, insoweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorderlich, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Werte des Autens, welcher durch Vermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letzteres gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, welche zu besonderen Gewerbetrieben bestimmt sind.

Bon dem ermittelten jährlichen Ertrage sind alle dauernd auf dem Landgute nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßelichen jährlichen Betrage abzusehen. Lasten und Abgaben, auf welche die Ablösungsgesehe Anwendung sinden, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der auf dem Landgute ruhenden Hypotheken und Grundschulden sindet eine Absehung nicht statt. Der so ermittelte Jahresertrag wird mit dem Zwanzigsachen zu Kapital gerechnet. Diesem Kapital wird der nach einem durchschnittlichen Berkaussewerte zu berechnende Wert des Wirtschaftsindentars hinzugeseht.

Auf Berlangen eines Beteiligten sind Landgüter, beren Gebäude nebst Hofraum einen größeren Berkaufswert haben als die übrigen Grundstüde, nach dem Berkaufswerte zu schähen.

Bon dem Gesamtwerte des Landguts nebst Zubehör werden die vorübergehenden Gutslasten, z. B. Altenteile, mit einem nach Maßgabe des § 9 der Zivilprozesordnung zu berechnenden Kapital, höchstens aber mit dem Zwanzigsachen des Jahresbetrages, in Abzug gebracht.

Das so ermittelte Rapital bildet den Wert des Landguts.

- § 15. 3m Sinne dieses Gesetes sind Bubehör des Landguts:
- 1. die mit dem Landgute oder einzelnen Teilen desselben verbundenen Gerechtigkeiten;
- 2. die auf dem Landgute vorhandenen Gebäude, Anlagen, Hölzungen und Bäume;

- 3. das Wirtschaftsinventar; dasselbe umfaßt:
  - bas auf dem Landgute behufs der Bewirtschaftung desselben vorhandene Bieh, mit Ausschluß des nicht auf dem Landgute selbst gezüchteten, als Handelsware dienenden Biehes,
  - bas auf dem Landgute behufs der Bewirtschaftung desselben vorhandene Acer- und Hausgerät, einschließlich des Leinenzeuges und der Betten,
  - ben vorhandenen Dünger und die für die Bewirtschaftung des Landguts bis zur nächsten Ernte dienenden Vorräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen.
- § 16. In Ermangelung einer Bereinbarung der Beteiligten erfolgt die Feststellung des Berts des Landguts nach den Bestimmungen der §§ 14 und 15, sowie die Feststellung der Zahlungsfristen für die Absindungen und der Berzinsung der letzteren durch Sachberständige unter Leitung des Nachlaßerichters. Bei den letzteren Feststellungen sind nach billigem Ermessen die wirtschaftlichen Berhältnisse des Landguts, die Leistungsfähigkeit des Guissübernehmers und das Bedürfnis der Abzusindenden zu berücksichtigen.

Die Beteiligten haben sich über die Person der Sachverständigen zu einigen; anderenfalls ernennt der Nachlaßrichter dieselben und nötigensfalls einen Obmann.

Die Sachverständigen und der Obmann sind, sofern sie nicht für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im allgemeinen beeidigt sind, vom Nachlaßrichter nach § 375 der Zivilprozeßordnung zu beeidigen. Das erstattete Gutachten ist nur unter den Boraussehungen der Nr. 2—5 des § 543 der Zivilprozeßordnung ansechtbar.

- § 17. Die §§ 14—16 finden außer den Hällen des § 10 Anwendung, wenn nach bestehendem Recht den Nachkommen des verstorbenen Ehegatten bei der Auseinandersetzung mit dem überlebenden Ehegatten die Besugnis zur übernahme des Landguts zusteht; bei dem Borhandensein mehrerer Nachkommen sinden die Borschriften der §§ 10—16 Anwendung, jedoch mit der Maßgade, daß der Anerbe bei der Auseinandersetzung mit dem überlebenden Ehegatten diesem gegenüber nicht besugt ist, von dem Werte des Landguts ein Dritteil (§ 11) in Abzug zu bringen.
- § 18. Kann nach bestehendem Recht der überlebende Ehegatte bei der Auseinandersetzung mit den Erben des verstorbenen Ehegatten einen geringeren Teil als die Hälfte des gemeinschaftlichen Vermögens, zu welchem das Landgut gehört, beanspruchen, so sinden bei dem Vorhandensein eines oder mehrerer Nachkommen die §§ 10—16 Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß der Anerbe bei der Auseinandersetzung mit dem überlebenden Ehegatten diesem gegenüber nicht besugt ist, von dem Werte des Landguts ein Dritteil (§ 11) in Abzug zu bringen.
  - § 19 entspricht dem § 12 LGD. für die Provinz Brandenburg.
- § 20. Die Beteiligten können verlangen, daß ihre Unsprüche gegen ben Gutsübernehmer burch Eintragung in bas Grundbuch sichergestellt werben.

- §§ 21—23 entsprechen ben §§ 14—16 LGD. für die Provinz Brandenburg.
- §§ 24—25 entsprechen den §§ 18, 19 LGD. für die Provinz Brandenburg.
- § 262. Das bestehende Anerbenrecht sowie das bestehende Recht über Altenteil, Sehwirtschaft, väterliche Aussage und fortgesetzte Gütergemeinsschaft bleiben in Geltung.

## 22. Landgüterordnung 1 für den Regierungsbezirk Caffel, mit Ausnahme des Kreises Rinteln 2,

vom 1. Juli 1887 (GS. S. 315).

§ 1. Landgut im Sinne bieses Gesetes ift eine in ber Landguterrolle bes zuständigen Umtsgerichts eingetragene Besitzung.

In die Rolle kann jede in dem Regierungsbezirke Kassel, mit Ausnahme des Kreises Rinteln, belegene, mit einem Wohnhause versehene Besitzung eingetragen werden, welche zum Betriebe der Lands und Forstwirtschaft bestimmt ist.

- §§ 2-11 regeln die Eintragung in die Landgüterrolle.
- § 12. Wird der Eigentümer eines Landgutes von mehreren Nachkommen beerbt, so ist in Ermangelung einer entgegenstehenden lettwilligen Bersfügung einer derselben berechtigt, bei der Erbteilung das Landgut nebst Maßgabe der §§ 13—26 zu übernehmen.

Dasselbe gilt, wenn bei der Erbteilung neben den Nachkommen der überlebende Chegatte beteiligt ist.

Die Abfindung der Miterben (§ 20) tritt, auch Dritten gegenüber, an die Stelle des Miteigentums.

- § 13 betrifft das Bubehör des Landguts.
- § 14. In Ermangelung einer Bereinbarung der Beteiligten über die Person des Gutsübernehmers und über die Bedingungen der Gutsübernahme hat das nach § 2 zuständige Amtsgericht auf Antrag der Beteiligten oder eines derselben die sämtlichen Beteiligten zu einem Einigungss versuche zu laden und bei demselben möglichst auf die Erhaltung der Einheit und Leistungsfähigkeit des Landgutes hinzuwirken.
- § 15. Erfolgt bei diesem Bersuche eine Einigung nicht, so bestimmt ein Familienrat nach Maßgabe der §§ 12, 13, 16—26 die Person des Guts-übernehmers und die Bedingungen der übernahme.

1 Ausführungsvorschriften: Allg. Verf. d. Just.Min. v. 18. Aug. 1887 betr. die Führung der Landgüterrollen im Regierungsbezirk Kassel, mit Ausnahme des Kreises Kinteln (FMBI. S. 198).

<sup>2</sup> Der Areis Minteln umfaßt die soa. Grafschaft Schaumburg. Bal. für diese das Höfegesch für den Kreis Grafschaft Schaumburg v. 9. Juli 1910 (GS. S. 116) — abgedr. lfd. Ar. A II 17.

§ 16. Der Familienrat wird aus dem nach § 2 dieses Gesetzes zuständigen Umtsrichter als Borsitzenden und drei bis sechs Berwandten oder Bersschwägerten des Erblassers als Mitgliedern gebildet.

Die Mitglieder muffen großjährig sein, einen tadellosen Auf genießen und genaue Kenntnis von den wirtschaftlichen und Familienverhältnissen des Erdlassers besitzen.

Ift nach dem Ermessen des Amtsrichters eine genügende Anzahl nach Absatz 1 und 2 geeigneter Berwandten oder Berschwägerten nicht vorhanden, oder ist deren Zuziehung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so hat der Amtsrichter den Familienrat durch Zuziehung anderer nach Absatz 2 geeigneter Versonen zu ergänzen.

Die Mitglieder des Familienrats werden nach Anhörung der Beteiligten und des Ortsvorstandes von dem Amtsrichter berusen und von demselben auf treue und gewissenhafte Führung ihres Amtes mittelst Handschlags an Eides Statt verpflichtet. Über Einwendungen gegen ihre Berusung entsscheidet der Amtsrichter.

Gegen die Entscheidung des Amtsrichters, welche sämtlichen Beteiligten zuzustellen ist, ist binnen einer Frist von einer Boche nach der Zustellung die Beschwerde an das Landgericht zulässig. Für die Beschwerden sind die Zivilkammern der Landgerichte zuständig. Eine weitere Beschwerde sindet nicht statt.

§ 17. Der Familienrat ist nur bei Anwesenheit des Amtsrichters und mindestens dreier Mitglieder beschlußfähig. Er entscheidet nach Anhörung der Beteiligten und freier Untersuchung der Sachlage durch Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Amtsrichters den Ausschlag.

Die Entscheidung des Familienrates kann nur angesochten werden, soweit sie auf der Berletzung einer Rechtsnorm beruht. Die Ansechtung kann nur durch Erhebung der Klage erfolgen.

Die Mitglieder des Familienrates erhalten, außer dem Ersate ihrer baren Auslagen, keine Bergütung.

Die Berhandlungen und Entscheidungen des Familienrates sind gebührenfrei. Die entstehenden baren Auslagen fallen dem Gutsübernehmer und, falls eine Gutsübernahme nicht stattfindet, den bei der Erbteilung Beteiligten zur Last.

§ 18. Bei der Bestimmung des Gutsübernehmers ist für den Familienrat die dauernde einheitliche Erhaltung des Gutes in der Hand eines der Familienglieder maßgebend.

Erachtet hiernach der Familienrat mehrere der Erben als zur Gutsübernahme geeignet, so ist dem männlichen Geschlechte vor dem weiblichen und eventuell dem älteren Erben vor dem jüngeren der Borzug zu geben.

Die Bestimmung des Gutsübernehmers unterbleibt:

1. wenn der Familienrat sich davon überzeugt, daß das Landgut wegen hoher Berschuldung oder sonstiger Gründe in der Familie nicht erhalten werden kann:

- 2. wenn kein Nachkomme des Eigentümers das Landgut unter den bom Familienrate festgestellten Bedingungen übernehmen will.
- § 19. Der Familienrat bestimmt nach pflichtmäßigem Ermessen den bei der Erbteilung an die Stelle des Landguts nebst Zubehör tretenden Wert desselben unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Berhältnisse dergestalt, daß auch hierbei die dauernde Erhaltung des Gutes den ausschlaggebenden Gesichtspunkt bildet und soweit, als es dies Interesse ersfordert, der Gutsübernehmer vor seinen Miterben zu bevorzugen ist.

Unter dem zu bestimmenden Werte des Landgutes ist nicht der Ber- kaufswert, sondern der Ertragswert desselben zu verstehen.

Das Ermessen des Familienrats wird insoweit beschränkt, daß der Wert des Landgutes nicht geringer als der fünfundzwanzigsache und nicht höher als der fünfundvierzigsache Betrag des jährlichen Grundsteuerreinertrages der zu dem Landgute gehörigen Liegenschaften bestimmt werden kann. Bei Landgütern, bei welchen der Grundsteuerreinertrag geringer ist als der nach der Gebäudesteuer berechnete Augungswert der zu dem Landgute gehörenden Gebäude, oder bei welchen diese Gebäude einen besonderen Augen durch Bermietung oder bergleichen gewähren, bestimmt der Familienrat den Wert der Grundstücke und Gebäude in Gemäßheit der Borschrift des ersten Absates nach freiem Ermessen.

Soweit die Beteiligten uneinig darüber sind, ob einzelne Gegenstände jum Guteinbentar gehören, steht bem Familienrate die Entscheidung zu.

- § 20. Bon bem nach § 19 festgesetzten Gutswerte ist ber Betrag ber auf bem Gute ruhenden Hypotheken und Grundschulden sowie der nach ber vermutlichen Lebensbauer des Berechtigten bom Familienrate nach freiem Ermessen zu bestimmende Wert der von dem Gute zu leistenden Auszugs- und Alimentationsverpflichtungen, mit Ausnahme jedoch der im § 22 erwähnten, abzusehen. Der hiernach verbleibende Betrag bildet den für die Erbteilung und sonach für die Berechnung der Abfindung der Miterben maßgebenden Wert des Landgutes.
- § 21. Hat der Eigentümer eines Landgutes eine Witwe hinterlassen, mit welcher er in Errungenschaftsgemeinschaft nach althessischem Rechte gelebt hat, so bestimmt der Familienrat nach pflichtmäßigem Ermessen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Gutes und der Bermögensverbältnisse der Witwe, ob und welcher Einsitz und Auszug derselben von dem Gutsübernehmer zu gewähren ist.
  - § 22 (betr. Zufluchtsrecht).
  - §§ 23, 24 (Recht bes Chegatten).
  - § 26 (mehrere Landgüter).
  - §§ 27, 28 (Verfügungsrecht).
  - § 29 (Pflichtteil).
  - §§ 31—33 (Schlußvorschriften).

# 23. Oldenburg.

## Gefet

für das Herzogtum Oldenburg, betr. das Grunderbrecht. vom 19. April 1899 (GI. f. Oldba, S. 391); geändert durch Geset vom 25. Mai 1921 (GVI, f. Oldba, S. 162).

- § 1. Jede behausete landwirtschaftliche ober forstwirtschaftliche Besitzung. welche einen Flächeninhalt von mindestens 1 ha ober einen Grundsteuer= reinertrag von mindestens jährlich 15 M hat, kann burch Berfügung bes Eigentümers die Eigenschaft einer Grunderbstelle erhalten.
- § 2. Bur Berfügung berechtigt ist ber Eigentümer, welcher über die Besitung lettwillig berfügen fann.
- § 33. Die Verfügung ist bei demjenigen Amtsgerichte, bei welchem das Grundbuch über das Wohnhaus geführt wird, mündlich zu erklären oder schriftlich in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form einzureichen. Eine Bertretung durch Bevollmächtigte findet nicht statt.
- § 4. Die Vorschriften in den §§ 2 und 3 finden entsprechende Anwendung, wenn der Sigentumer Grundstücke einer Grunderbstelle hinzulegen ober bon derselben abtrennen oder die Grunderbstelle ausheben will.
- § 5. Wenn ein Grundstück im Grundbuche einer Grunderbstelle als Bestandteil zugeschrieben ober mit ihr vereinigt wird, so gilt dies gleich= zeitig als Antrag des Eigentümers, das Grundstück seiner Grunderbstelle einzuberleiben, falls er seine entgegengesetzte Absicht nicht ausdrücklich erflärt.
- § 6. Wenn ein Grundstück ohne Veräußerung im Grundbuch von einer Grunderbstelle abgeschrieben wird, so gilt dies gleichzeitig als Antrag

2 Alteres Recht: Gesetz für das Herzogtum Oldenburg, betr. das Erb=recht, b. 24. April 1873 (GBl. f. Oldbg. S. 679).

Gesetz für das Herzogtum Oldenburg wegen Ginführung der Gesetze, betr. das eheliche Güterrecht, betr. das Erbrecht und betr. die Teilbarkeit der Grundbesigungen, v. 24. April 1873 (GBl. f. Dlbbg. S. 689) — Art. 1 2, 10-13.

Gesetz für das Herzogtum Oldenburg, betr. neue Bestimmungen zu dem Gefetze v. 24. April 1873 betr. das Erbrecht v. 15. Jan. 1895 (GBl. f.

Dldbg. S. 603).

Gesetz für das Fürstentum Lübeck, betr. das Erbrecht, b. 10. Jan. 1879 (GBI. f. d. Fürstentum Lübeck Bd. XVII S. 69) nebst Einf. Ges. b. 10. Jan.

1879 (a. a. D. S. 76).

3 Die Begründung des Anerbenguts erfolgt in Oldenburg bereits durch die Erklärung gegenüber dem Gericht. Die Eintragung ins Grundbuch (Landgüter= oder Höferolle), die in den übrigen Ländern mit mittelbarem Unerbenrecht zur Begründung der Anerbengutseigenschaft noch hinzutreten muß, ift hier also, wenn sie nachträglich erfolgt, nur von deklaratorischer Bedeutung.

<sup>1</sup> Entspr. Geset f. d. Oldenburgischen Landesteil Lübeck b. 14. Juni 1899.

bes Eigentümers, das Grundstück aus seiner Grunderbstelle auszuscheiben, salls er seine entgegengesetzte Absicht nicht ausdrücklich erklärt.

§ 7. Die aus unkultivierten Staatsländereien eingewiesenen und gemäß dem Gesetze vom 24. April 1873, betressend die Teilbarkeit der Grundsbesitzungen, einem einstweiligen Zerstückelungsverbote unterliegenden Ansbauerstellen erhalten durch die Einweisung die Eigenschaft einer Grundsersstelle, auch wenn sie noch nicht behauset sind oder den im § 1 genannten Flächeninhalt oder Grundsteuerreinertrag nicht haben.

Jedes späterhin zu einer solchen Stelle als zeitweilig unabtrennbar einsgewiesene Grundstück wird durch die Einweisung zugleich der betreffenden Grunderbstelle einverleibt.

Der Eigentümer einer solchen Stelle erhält die freie Verfügung über ihre Auflösung und über die Abtrennung einzelner Bestandteile (§ 4) in dem Zeitpunkt, mit welchem das Verbot der Zerstückelung außer Wirksamkeit tritt.

Demselben ist indes unbenommen, borber biefer Stelle andere ihm gehörige Grundstude einzuberleiben und babon wieber abzutrennen.

§ 7a4. Die bom Siedlungsamt eingewiesenen Ansiedlerstellen erhalten durch die Einweisung für die Dauer der Geltung des Wiederkaufsrechts die Eigenschaft einer Grunderbstelle, auch wenn sie noch nicht behaust sind oder den im § 1 dieses Gesetzes genannten Flächeninhalt oder Grundsteuerzeinertrag nicht haben. Werden die Grundstücke zur Vergrößerung eines bestehenden behausten oder unbehausten ländlichen Kleinbetriebes einzgewiesen, so erstreckt sich die Eigenschaft als Grunderbstelle auch auf die Stelle, zu deren Vergrößerung die Einweisung erfolgt ist. In der Einweisungsurkunde sind die zu dieser Stelle gehörigen Grundstücke anzugeben.

Die Eigenschaft als Grunderbstelle kann mit Zustimmung bes Siedlungsamts aufgehoben werben.

Werden der Ansiedlerstelle vom Eigentümer andere nicht eingewiesene Grundstüde zugelegt, so erstreckt sich die Eigenschaft als Grunderbstelle auch auf diese Grundstüde. Der Eigentümer ist jedoch befugt, diese Grundstüde ohne Zustimmung des Siedlungsamts von der Grunderbstelle wieder absautrennen.

- § 8. An den Grunderbstellen findet, falls für sie die gesetzliche Erbsolge eintritt, ein bevorzugtes Erbrecht eines Miterben nach Maßgabe der nachsstehenden Vorschriften das Grunderbrecht statt:
  - a) unter ben gesetlichen Erben ber erften Ordnung,
  - b) unter ben gesetslichen Erben ber zweiten Ordnung dann, wenn ber Erblasser ohne hinterlassung eines Chegatten verstorben ift.

Zu den Abkömmlingen werden an Kindes Statt angenommene Kinder nicht gerechnet.

<sup>4</sup> Der § 7a ift neu eingefügt burch bas Gefet bom 25. Mai 1921 (GBI. S. 162).

- § 9. Der Grunderbe wird bestimmt durch den Borzug des männlichen Geschlechts bor dem weiblichen und in dem einen und anderen Geschlecht:
  - a) durch den Borzug der älteren Geburt: wenn die Grunderbstelle in den Amtern Barel, Westerstede, Wildeshausen, Bechta, Cloppenburg, Friessohthe, in dem Amte Oldenburg mit Ausnahme der Gemeinde Holle sowie in den Stadtgemeinden Oldenburg und Barel belegen ist,
  - b) durch ben Borzug der jüngeren Geburt: wenn die Grunderbstelle in ben übrigen Landesteilen belegen ift.
- § 10. Das Borrecht, welches für einen vor dem Erblasser verstorbenen Abkömmling begründet gewesen sein würde, wenn derselbe den Erbsall erlebt hätte, geht auf dessen Nachkommen dergestalt über, daß aus diesen der Grunderbe nach den Grundsätzen des § 9 bestimmt wird. Das Borrecht vorverstorbener Boll- und Halbgeschwister geht in gleicher Weise auf deren Nachkommen über.
- § 11. Boll- und Halbgeschwifter sowie deren Abkömmlinge gehen den Eltern, Bollgeschwifter und deren Abkömmlinge gehen den Halbgeschwiftern und deren Abkömmlingen im Grunderbrecht vor.
  - § 12. Das Grunderbrecht besteht darin, daß der Grunderbe:
  - a) das Alleineigentum der Grunderbstelle in seinem Erdteile erwirbt (vorbehältlich der Bestimmung des § 23) gegen die Verpflichtung, den Wert derselben zur Erdteilungsmasse einzuschießen und
  - b) aus der Erbteilung als Boraus:
    - 1. in ben Amtern Jeber und Butjadingen, der Stadtgemeinde Jeber und den Gemeinden Debesdorf, Rodenkirchen, Obelgönne, Golzewarben fünfzehn Prozente,
    - 2. in den übrigen Landesteilen bierzig Prozent des schulbenfreien Wertes der Grunderbstelle

erhält.

§ 13. Der einzuschießende Wert (§ 12) wird nach folgenden Grundsätzen festgestellt:

Die Stelle wird nach dem Reinertrage geschätzt, den sie nach ihrer bisscherigen wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung unter Berücksichtigung ihrer Belegenheit nachhaltig gewähren kann.

Die vorhandenen Gebäude und Anlagen sind, soweit sie zur Wohnung und Bewirtschaftung ersorderlich, nicht besonders zu schätzen, sonst aber nach dem Werte des Nutens, welcher durch Vermietung oder auf andere Weise daraus gezogen werden kann, zu veranschlagen. Letteres gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von Gebäuden und Anlagen, welche zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmt sind.

Bon dem ermittelten jährlichen Ertrage sind alle dauernd auf der Stelle nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrage abzusehen. Lasten und Abgaben, auf welche die Abslösungsgesehe Anwendung finden, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen. Wegen der auf der Stelle ruhenden

Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden findet eine Absehung nicht statt. Der so ermittelte Jahresertrag wird nach dem für hypothekarische Darlehen üblichen Zinssuße zu Kapital gerechnet.

Bei Holzungen ist der Wert des nach forstwirtschaftlichen Grundsägen schlagfähigen Holzes, soweit es nicht Zubehör des Haus- und Hofraumes und Gartens ist, dem Kapitalwerte hinzuzurechnen, wird jedoch bei der Berechnung des Boraus nicht berücksichtigt.

- § 14. Der schuldenfreie Wert wird badurch ermittelt, daß von dem fests gestellten einzuschießenden Werte der Betrag sämtlicher nachgelassenen Schulden insoweit, als dieselben aus dem außer der Stelle vorhandenen Bermögen nicht gedeckt werden können, zum Abzug gebracht wird.
- § 15. Der Grunderbe ist berechtigt, den Beschlag der Stelle gegen ben abzuschätzenden Berkaufswert zu übernehmen.

Der Beschlag besteht:

- a) aus dem Bieh, dem Geschirr, dem Ackers, Hauss und Küchengerät, dem Leinenzeug und den Betten, soweit diese Gegenstände zur Beswirtschaftung der Stelle ersorderlich sind,
- b) aus den vorhandenen Früchten, einschließlich Heu und Stroh und dem vorhandenen Dünger.
- § 16. Das Nachlaggericht hat bei der Auseinandersetzung auf eine gütliche Bereinbarung der Beteiligten nach Maßgabe dieses Gesets hinzuwirken.
- § 17. In dem Auseinandersetzungsversahren ist der einzuschießende Wert zu bestimmen.

Die Bestimmung ersolgt durch zwei Sachverständige, von denen der eine von dem Grunderben, der andere von den übrigen Beteiligten zu wählen ist. Wird ein Sachverständiger von dem Grunderben oder von den übrigen Beteiligten nicht gewählt, oder kommt unter den letzteren eine Einigung über die Person des Sachverständigen nicht zustande, so wird der Sachsverständige von dem Nachlaßgerichte ernannt.

Wird der Anrechnungswert von den Sachberständigen verschieden bestimmt, so ist von dem Nachlaßgericht ein Obmann aus den zur Abschätzung in Enteignungsfällen von den Amtsräten gewählten Sachberständigen (Art. 25 §§ 3 und 4 des Enteignungsgesetzt vom 21. April 1897) zu bestellen.

- § 18. Das Nachlaßgericht hat den von den Sachverständigen und, sofern ein Obmann bestellt ist, den von diesem bestimmten einzuschießenden Wert den sämtlichen Beteiligten schriftlich mitzuteilen. Auf die Mitteilung und auf das weitere Versahren sinden die Bestimmungen des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.
- § 19. Die Bestimmung des einzuschießenden Wertes kann ausnahmsweise unterbleiben, wenn die Erfolglosigkeit des Einigungsversuchs mit Bestimmtheit vorauszusehen ist.

§ 20. Nachlaßgericht ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Wohnhaus der Grunderbstelle belegen ist.

Sind mehrere in verschiedenen Amtsgerichtsbezirken belegene Grundserbstellen vorhanden, so ersolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts durch das Oberlandesgericht.

- § 21. Der Grunderbe muß den Miterben ihren Anteil vom schulbensfreien Werte der Grunderbstelle und von dem Werte des von ihm gemäß § 15 beanspruchten Beschlages nach halbjährlicher Kündigung auszahlen und bis dahin vom Todestage des Erblassers an landesüblich verzinsen.
- § 22. Die Beteiligten können verlangen, daß ihre Ansprüche gegen ben Grunderben durch Eintragung einer Sicherungshhpothek in das Grundbuch sichergestellt werben.
- § 23. Sind mehrere Grunderbstellen nachgelassen, so tritt das Grunderbrecht nur an einer dieser Stellen ein. Der Grunderbe hat die Stelle zu wählen, an welcher er das Grunderbrecht ausüben will. Er erwirbt das Alleineigentum derselben durch die Erklärung der Wahl.

Wenn die nachgelassenen Stellen teils nach dem Borzugsrechte der älteren Geburt, teils nach dem Borzugsrechte der jüngeren Geburt vererben und nicht nach beiden Rechten derselbe Miterbe zum Grunderben berusen ist, so tritt das Grunderbrecht an einer dem ersteren Rechte und an einer dem letzteren Rechte unterworsenen Stelle ein. Alsdann ist behufs Ermittelung ihres schuldensreien Wertes (§ 14) der Betrag der nachgelassenen, aus dem übrigen Bermögen nicht gedeckten Schulden von dem abgeschätzten Werte bieser Stellen nach Verhältnis desselben in Abzug zu bringen.

- § 24. Wenn die Grundstüde einer Grunderbstelle in verschiedenen Gemeinden, in denen bezüglich des Borzugs des Alters oder der Größe des Boraus verschiedenes Recht gilt, belegen sind, so sindet das Recht derjenigen Gemeinde Anwendung, in welcher das Wohnhaus liegt.
- § 25. Bei der Berechnung eines Pflichtteils finden die Bestimmungen bes § 2312 bes Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung.
- § 26. Die in den §§ 8 bis 25 enthaltenen Bestimmungen sinden keine Unwendung, wenn die Grunderbstelle im Miteigentume mehrerer Personen steht.

Ein bei einer Erunderbstelle zeitweilig vorhanden gewesener Mangel der Boraussehungen des Art. 1 steht der Anwendung dieser Bestimmung nicht entgegen, wenn beim Eintritt des Erbsalls die Boraussehungen wieder vorliegen. Auch der nur vorübergehende Mangel eines Wohnhauses beim Eintritt des Erbsalls schließt die Anwendung der Paragraphen 8 bis 25 nicht aus.

§ 27. Bei jeder Beräußerung einer Grunderbstelle ist diese Eigenschaft vom Amtsgerichte dem neuen Eigentümer von Amts wegen schriftlich mitzuteilen. Dabei sind die Bestandteile der Grunderbstelle, soweit sie nicht mit dem Bestande des Artikels zusammenfallen, besonders zu vermerken.

Für die Mitteilung find nur die baren Auslagen zu berechnen.

§ 28. Dieses Geset tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesethuch in Kraft.

Mit demselben Zeitpunkt wird das Geset vom 24. April 1873, betreffend das Erbrecht, und das Geset vom 15. Januar 1895, betreffend neue Bestimmungen zu diesem Gesete, aufgehoben.

- § 29. Dieses Geset findet auch Anwendung auf die zur Zeit seines Instrafttretens auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1873 bestehenden Grundserbstellen.
- § 30. Die zur Ausführung biefes Gesetzes erforberlichen näheren Borschriften sind im Verwaltungswege zu erlassen.

## 24. Bremen.

## Gefet, betr. das Söferecht im Landgebiete,

vom 18. Juli 1899 (GBl. S. 327); geändert durch Geseth vom 29. Juni 1923 (GBl. S. 407).\*

Der Senat verordnet im Einberständnis mit der Bürgerschaft unter Aufhebung der Gesetze vom 14. Januar 1876 und vom 28. Juni 1885, bestreffend die Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes im Landgebiete:

§ 1. Eine in der Soferolle eingetragene Grundbesitzung ist ein Sof im Sinne bieses Gesetzes.

Jebe im Landgebiet belegene mit einem Wohnhause versehene Grundsbesitzung von einem Flächeninhalte von mindestens 2,5 ha<sup>1</sup>, auf welcher die Landwirtschaft als Gewerbe betrieben wird, kann in die Höserville einsgetragen werden.

Die Landwirtschaft im Sinne dieser Borschrift umfaßt den Feld-, Wiesenund Gartenbau mit Ausschluß der Kunst- und Handelsgärtnerei sowie die Biehzucht und Milchwirtschaft.

Eine im übrigen eintragungsfähige Grundbesitzung kann, soweit sie im Landgebiete belegen ist, auch dann eingetragen werden, wenn dieselbe mit einem im Landgebiete belegenen Wohnhause nicht versehen ist und von einem in der Stadt Bremen belegenen Wohnhause aus bewirtschaftet wird.

§ 2. Wenn ein Hof durch ein Testament oder durch Erbteilung unter mehrere Erben verteilt wird, so bedarf es für den dem Anerben zugefallenen Teil einer neuen Eintragung nicht.

1 Die Mindestgröße betrug bis zu dem Gesetze vom 29. Juni 1899 (GBl. S. 407) nicht 21/2 ha, sondern 5 ha.

<sup>\*</sup> Alteres Recht: Geset, betr. die Rechtsberhältnisse des Grundbesitzes im Landgebiete, b. 14. Mai 1890 (GBI. S. 79). Bgl. auch Auss. Ges. z. BGB. § 27.

Eine eintragungsfähige Besitzung, deren Eigentümer am ersten Tage, an welchem die Eintragung zulässig ist, nicht lettwillig verfügen kann, gilt von diesem Tage an bis zum Ablauf von drei Wonaten seit dem Tage, von welchem an der Eigentümer lettwillig verfügen kann, als ein Hof im Sinne dieses Gesetzes.

§ 3. Die Eintragung einer Besitzung in die Höferolle und ihre Löschung erfolgen auf Antrag.

Bur Stellung des Antrages ist der Eigentümer berechtigt, der über die Besitung letztwillig versügen kann. Im Falle des geteilten Eigentums ist der Untereigentümer, im Falle einer Gütergemeinschaft, deren erbrechtliche Wirkungen sich nach Bremischem Recht bestimmen, sowohl während der Ehe wie nach dem Tode der Frau der Ehemann, während des Beisitzes sowie im Falle des § 23 der Anerbe zur Stellung des Antrages berechtigt. Gehört die Besitzung zum Gesamtgut einer allgemeinen oder sortgesetzen Güterzgemeinschaft, so steht das Antragsrecht, wenn die Besitzung don der Frau in die Gütergemeinschaft eingebracht oder während der ehelichen oder der sortgesetzen Gütergemeinschaft durch Erbsolge, durch Bermächtnis oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung von ihr erworden ist, der Frau, in allen anderen Fällen sowie im Falle der Errungenschaftsgemeinschaft dem Manne zu.

Der Untrag wird beim Amtsgericht persönlich zum Protokoll bes Gerichtsschreibers angebracht oder in einer gerichtlich oder notariell besglaubigten Schrift eingereicht.

Die Eintragung oder die Löschung erfolgt auch dann, wenn der Antragsfteller nach Anbringung oder Einreichung des Antrages gestorben ist, und gilt in diesem Falle als im Augenblick der Anbringung oder Einreichung des Antrags geschehen.

Das Amtsgericht hat dem Eigentümer anzuzeigen, ob die Eintragung ober die Löschung erfolgt sei.

Die Söferolle ift öffentlich.

§ 4. Die Eintragung in die Höferolle ist auch für jeden nachfolgenden Eigentümer wirksam. Sie verliert ihre Wirksamkeit durch die Löschung.

Wenn ein Teil des Landgebiets mit der Stadt vereinigt wird, so verliert mit dem Ablauf von drei Monaten nach eingetretener Geltung des betreffenden Gesetzes für die davon betroffenen Grundstücke die Eintragung in die Höferolle ihre Wirksamkeit. Dasselbe gilt für die im Landgebiete versbleibenden Bestandteile eines teilweise mit der Stadt vereinigten Hoses, wenn dieselben nicht für sich allein eintragungsfähig sind.

Der Senat kann auf Antrag Berechtigter (§ 3) anordnen, daß in Gebietseteilen mit überwiegend ländlichem Charakter das Höferecht für die von der Eingemeindung betroffenen Grundstücke dis auf weiteres oder für eine bestimmte Zeit in Kraft bleibt. Ist das Höferecht ohne zeitliche Begrenzung aufrechterhalten, so kann der Senat jederzeit nach seinem Ermessen die Anordnung aufheben; das Höferecht erlischt in diesem Falle mit dem Ablauf von drei Monaten nach Inkrafttreten der betreffenden Berordnung.

- § 5. Die Eintragung kann nicht aus dem Grunde angesochten werben, weil die Besitzung die nach § 1 erforderlichen Eigenschaften nicht besessen habe.
- § 6. Bum hofe gehören die auf Antrag des Eigentümers in der höferolle als Bestandteile desselben bezeichneten Grundstüde.

In Ermangelung einer Bezeichnung in der höferolle gilt das höferecht für den gesamten im Landgebiet belegenen Grundbesitz des Eigentümers.

- § 7. Bubehör bes Sofes find:
- 1. die mit dem Sofe oder einzelnen Teilen desfelben berbundenen Gerechtigkeiten;
- 2. die auf dem Hofe borhandenen Gebäude, Anlagen, Holzungen und Bäume;
- 3. das Hoseinventar; dasselbe umfaßt das auf dem Hose behufs der Bewirtschaftung desselben vorhandene Bieh, das Ackergerät, den vorshandenen Dünger und die für die Hosebewirtschaftung bis zur nächsten Ernte dienenden Borräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen. Wenn der Hos nur einen Teil einer Grundbesitzung ausmacht, welche außerdem in der Stadt Bremen belegene Grundstücke umfaßt, so gilt das behufs Bewirtschaftung der ganzen Besitzung vorhandene Insventar als Hosesindentar.
- § 8. Das Recht bes Eigentümers, über ben Hof von Tobes wegen zu berfügen, wird burch bieses Geset nicht berührt.
- § 9. Gehört ein Hof zu einem Nachlaß, und wird ber Erblasser von mehreren Bersonen beerbt, so fällt der Hof nebst Zubehör als Teil der Erbschaft nur einem Erben (bem Anerben) zu.

Das Anerbenrecht gilt unbeschabet ber Borschrift ber Paragraphen 18 bis 20 nur für die Abkömmlinge des Erblassers; es besteht auch dem überslebenden Chegatten des Erblassers gegenüber.

Das Anerbenrecht tritt nur ein, wenn ber Anerbe zugleich Erbe bes Erblassers wird.

Der Anerbe erwirdt das Eigentum des Hofes nebst Zubehör mit der Annahme der Erbschaft. Es steht ihm aber frei, ohne die Erbschaft auszuschlagen, auf das Anerbenrecht zu verzichten. Auf den Berzicht sinden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Borschriften der §§ 1943 bis 1950, 1952 bis 1957 BCB. entsprechende Anwendung. Im Falle des Beisitzes (§ 17) beginnt die Frist für den Berzicht auf das Anerbenrecht nicht vor Beendigung des Beisitzes. Steht der Anerbe unter elterlicher Gewalt oder unter Bormundschaft, so ist zum Berzicht auf das Anerbenrecht die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts ersorderlich.

§ 10. Berzichte't der zunächst berufene Anerbe auf das Anerbenrecht, oder schlägt er die Erbschaft aus, so geht das Anerbenrecht auf den Rächst= berechtigten nach der im § 11 bestimmten Reihenfolge über.

Das gleiche gilt, wenn der zunächst berufene Anerbe beim Tode des Erblassers sich in einem Zustande befindet, der den Antrag auf seine Entssatiten 178. III.

mündigung begründen würde, ober wenn beim Tode des Erblassers nach der Borschrift des § 1910 BGB. für seine Person und sein Bermögen eine Pflegschaft besteht.

Der Berluft des Anerbenrechts hat den Berluft des Erbrechts nicht zur Folge.

§ 112. Die Reihenfolge, in welcher die Abkömmlinge des Antragsberechtigten zu Anerben berufen werden, richtet sich, falls der Antragsberechtigte (§ 3 Abs. 2) nicht durch Verfügung von Todes wegen oder in einer öffentlich beglaubigten Urkunde etwas anderes bestimmt hat, nach folgenden Grundsätzen:

Leibliche Kinder und deren Abkömmlinge gehen Aboptivkindern und deren Abkömmlingen, eheliche den unehelichen bor.

Durch nachfolgende Che legitimierte Kinder stehen ben ehelichen, auf andere Beije legitimierte ben Aboptivkindern gleich.

Ferner geht vor der ältere Sohn und dessen Abkömmlinge beiderlei Geschlechts, in Ermangelung von Söhnen und Abkömmlingen von Söhnen die ältere Tochter und deren Abkömmlinge beiderlei Gesichlechts.

Dabei gelten folgende Besonderheiten:

Ist der an erster Stelle berusene Sohn kein Landwirt, so tritt der nächstberechtigte jüngere Sohn, welcher Landwirt ist, an seine Stelle. Befinden sich unter den jungeren Sohnen keine Landwirte, wohl aber Minderjährige ohne Beruf, so tritt an die Stelle des erstberufenen Sohnes der nächstberechtigte minderjährige Sohn, welcher mit Ginwilligung seines gesetlichen Bertreters erklärt, ben Landwirtsberuf ergreifen zu wollen. Bei einem Minderjährigen, der das 7. Lebens= jahr noch nicht vollendet hat, genügt die Erklärung des gesetzlichen Bertreters. Die Erklärung bedarf außerdem in jedem Falle der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Falls der danach berufene Sohn vor Vollendung des 25. Lebensjahres die eigene Bewirtschaftung des Hofes aufgibt oder bon bornherein einen anderen als den landwirtschaftlichen Beruf ergreift, so tritt von dem betreffenden Beitpunkt an der nächstjungere Sohn, in dessen Berson die genannten Boraussekungen erfüllt sind, an seine Stelle, und zwar unter den gleichen Bedingungen.

Ist danach kein Sohn berusen, oder fallen bei dem einzigen berusenen Sohn die Boraussehungen seiner Berusung nachträglich sort, so tritt diejenige ältere Tochter als Anerbe ein, die den landwirtschaftlichen Beruf ausübt und die Bewirtschaftung des Hoses selbständig übernehmen kann, oder die mit einem Landwirt verheiratet ist. Falls die berusene Tochter vor Bollendung des 30. Lebensjahres die eigene Bewirtschaftung des Hoses aufgibt oder sich bis dahin anders als mit

<sup>2 § 11</sup> in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1923 (GBI. S. 407). Art. 13.

einem Landwirt verheiratet, tritt von dem betreffenden Zeitpunkt an die nächstjüngere Tochter, in deren Person die genannten Borauß= sehungen erfüllt sind, an ihre Stelle, und zwar unter den gleichen Bedingungen.

Ift von den Abkömmlingen des Antragsberechtigten keiner als Anerbe berufen, oder fallen die Boraussehungen bei dem einzigen oder an letter Stelle berufenen Abkömmling nachträglich fort, so erlöschen die Wirkungen der Eintragung in die Höferolle. Die Besitzung ist von Amts wegen in der Höferolle zu löschen.

Unter ben Abkömmlingen eines Rindes richtet fich die Berufung jum Unerben nach denselben Grundfagen.

Wenn ein Hof oder eine später in die Höferolle eingetragene Besitzung von einer Chefrau in die Gütergemeinschaft eingebracht worden ist, so gehen die gemeinschaftlichen Abkömmlinge der Ehegatten den Abkömmlingen aus anderen Ehen vor. Das gleiche gilt, wenn die Ehefrau den Hof oder die Besitzung während der Gütergemeinschaft durch Erbsolge, durch Vermächtnis oder mit Kücksicht auf ein künstiges Erbsocht, durch Schenkung oder als Ausstattung erworden hat. Diese Vorschrift kann von dem Antragsberechtigten nur mit schriftlich ersklärter Zustimmung des anderen Ehegatten abgeändert werden.

§ 11a3. Bis zur Bollendung des 25., bei Töchtern des 30. Lebensjahres finden auf die rechtliche Stellung des Anerben die für die Borerbschaft geltenden Borschriften der §§ 2112, 2113, 2115, 2121, 2122, 2124 bis 2126, 2135 BGB. entsprechende Anwendung. An die Stelle der Erbschaft tritt der Hof nebst Zubehör. Der Umfang der Rechte und Pflichten des nächstberechtigten Abkömmlings bestimmt sich sinngemäß nach den für den Racherben geltenden Vorschriften der §§ 2111, 2121, 2122, 2124 bis 2126, 2135 BGB.

Bor Bollendung des in Abs. 1 bestimmten Lebensjahres ist der Anerbe nicht besugt, den Hof in der Höserolle löschen zu lassen.

§ 11 b<sup>4</sup>. Gibt ein männlicher Anerbe vor Bollendung des 25. Lebensjahres die eigene Bewirtschaftung des Hoses auf, oder ergreift er von vornherein einen anderen als den landwirtschaftlichen Beruf (§ 11 Abs. 5 Sat 5), so geht mit dem Eintritt dieses Falles das Eigentum an dem Hos nebst Busbehör auf den an nächster Stelle Berusenen über unbeschadet des Rechts, auf das Anerbenrecht zu verzichten. Die Borschriften des § 9 Abs. 4 Sat 3 bis 5 sinden Anwendung. Entsprechendes gilt für den Fall, daß ein weibslicher Anerbe vor Bollendung des 30. Lebenssahres die eigene Bewirtsschaftung des Hoses aufgibt oder sich mit einem Nichtlandwirt verheiratet (§ 11 Abs. 6 Sat 2).

4 Un der reichsrechtlichen Gultigkeit dieser Borschrift konnen 3weifel befteben.

<sup>3 §§ 11</sup>a und 11b sind eingefügt durch das in Anm. 1 bezeichnete Gesetz Art. 4.

Fallen bei dem einzigen oder an letzter Stelle berufenen Anerben vor Bollendung des in Abs. 1 bestimmten Lebensjahres die Boraussetzungen seiner Berufung sort, so ist der Hof nebst Zubehör nachträglich in die Erbsmasse einzuwersen.

§ 125. Bei der Erbteilung wird der Hofeswert nach folgenden Borsichriften ermittelt.

Der Hof nebst Zubehör, jedoch ausschließlich des Hosesinventars, wird nach dem jährlichen Reinertrage geschätzt, den er durch Benutzung als Ganzes im gegenwärtigen Rulturzustand bei ordnungsmäßiger Bewirtsschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohnten fremden Arbeitssträften im Durchschnitt nachhaltig gewährt.

Bon dem ermittelten jährlichen Ertrage sind alle dauernd auf dem Hose nebst Zubehör ruhenden Lasten und Abgaben nach ihrem mutmaßlichen jährlichen Betrage abzusehen. Lasten und Abgaben, auf welche die Ablösungsordnung Anwendung sindet, sind dabei nach deren Borschriften in eine jährliche Geldrente umzurechnen.

Der so ermittelte Jahresertrag wird mit dem Fünfundzwanzigsachen zu Kapital gerechnet.

Die zur ordnungsmäßigen und gemeinüblichen Bewirtschaftung ersorberlichen Gebäude und Anlagen werden nicht besonders geschätzt, sondern bei der Ermittlung des Ertragswertes einbegriffen. Die zur Wohnung und sonstigen persönlichen Benutung dienenden Gebäude werden nach dem zum Zinssuß von fünf vom Hundert kapitalisierten Mietwert des letzten Jahres, die teils zur Wohnung, teils zur Bewirtschaftung dienenden Gebäude nach der Hälte des zum Zinssuß von fünf vom Hundert kapitalisierten Mietwertes des letzten Jahres geschätzt, die sonstigen Gebäude und Anlagen nach dem Werte des Nutzens, welcher in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt durch Bermietung oder auf andere Weise daraus gezogen worden ist oder im Falle der Nutzbarmachung hätte gezogen werden können, veranschlagt. Dies gilt insbesondere von Nebenwohnungen sowie von etwaigen zu besonderen Gewerbebetrieben bestimmten Gebäuden und Anlagen.

Das Hofesinventar, welches das lebende und tote Inbentar des Hofes und das Vorratskapital umfaßt, wird nach einem durchschnittlichen Verskaufswert geschätzt.

Bon dem Gesamtwerte des Hoses nebst Zubehör werden diejenigen Schulden, für welche der Hos oder ein Teil desselben speziell verpfändet oder ein allgemeines Pfandrecht bestellt ist, serner der nach den Borschriften der Ablösungsordnung zu berechnende Wert des etwaigen auf dem Hose lastenden Heinfallrechts und die vorübergehenden Hoseslasten, letztere nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital berechnet, abgesetzt.

Bei Grundbesitzungen, welche außer dem Hofe auch in der Stadt Bremen belegene Grundstücke umfassen, wird ein dem Verhältnis der für die Erb-

<sup>5 § 12</sup> in der Fassung des Urt. 5 Bremer Gesetzes vom 29. Juni 1923 (GBI. S. 407).

teilung maßgebenden Werte entsprechender Teil der auf der ganzen Besitzung ruhenden Schulden und Lasten der vorbezeichneten Art dom Hoseswert abgesetzt.

Undere Schulben werden nur, insoweit sie durch das übrige Bermögen nicht gebedt werden, bon bem Hofeswerte abgesett.

Das so ermittelte Kapital bilbet den schuldenfreien Sofeswert.

§ 13. Bei der Erbteilung tritt der schulbenfreie Hofeswert an die Stelle bes dem Anerben zufallenden Hofes nebst Zubehör.

Die bom Hoseswerte abzuschenden Schulden hat der Anerbe allein zu übernehmen, auch dann, wenn diese Schulden den Hoseswert übersteigen. Der Anerbe hat nach Abzug eines ihm als Boraus verbleibenden Biertels die übrigen drei Biertel des schuldenfreien Hoseswertes in die Erbschaftssmasse einzuschließen.

Hat der Anerde durch Zuwendungen, welche von ihm nach den alls gemeinen Borschriften zur Ausgleichung zu bringen sind, mehr erhalten, als ihm bei der Auseinandersetzung mit den Miterben außer dem Boraus zukommen würde, so verringert sich der Boraus um einen entsprechenden Betrag. Im übrigen erfolgt die Auseinandersetzung unter den Miterben einschließlich des Anerden nach dem allgemeinen Rechte.

Nach diesem Rechte richtet sich auch die Haftung der Erben für Erbschaftssichulden. Der Anerbe haftet jedoch für die von ihm allein zu übernehmenden Schulden kraft des Gesehes zum Vollen und ist verpflichtet, die Miterben von der Haftung für dieselben zu befreien.

- § 14. Statt der Bewertung gemäß den Borichriften des § 12 Abs. 1 bis 5 ist auf Berlangen eines Beteiligten der gemeine Wert (Verkaufswert) der Schähung zugrunde zu legen:
  - 1. bei Höfen, deren Gebäude nebst Hofraum einen höheren Verkaufswert haben als der sonstige Grundbesit derselben;
  - 2. bei unbebauten Teilen eines Hoses, deren Wert bereits durch ihre Lage als Bauland oder als Land zu Berkehrszwecken bestimmt wird, oder bei denen nach sonstigen Umständen, insbesondere nach ihrer Lage und Beschaffenheit, ihrem Erwerbspreis oder ihrer Belastung, anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit anderen als landwirtschaftlichen Zwecken dienen werden.

Der gemeine Wert wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit der in Frage kommenden Gebäude und Grundstücke unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Beräußerung zu erzielen wäre; ungewöhnliche oder lediglich persönliche Berhältnisse sind dabei nicht zu berücksichtigen.

In den Fällen der Ziffer 2 gelten folgende besonderen Bestimmungen:

- a) Der Anerbe ist berechtigt, bei Antritt der Stelle die Abernahme solcher Teile abzulehnen.
- b) Die nach § 12 vom Hofeswert abzusetzenden Schulden sind nach Bershältnis des für die Ermittlung maßgebenden Wertes teils auf die

nach diesem Paragraphen, teils auf die nach § 12 geschätzten Teile bes Hofes anzurechnen.

§ 15.6. Die nach §§ 12 bis 14 erforderlichen Schätzungen werden, wenn kein Beteiligter widerspricht, unter den Beteiligten durch je drei sache verständige Landwirte vorgenommen, von welchen der eine vom Amtsegericht, der zweite von dem Anerben und der dritte von den übrigen Miterben ernannt wird.

Für die Schätzung der verschiedenen Bestandteile sowie die Ermittlung der verschiedenen in Frage kommenden Arten von Werten (Ertragswert, Berkausswert) können verschiedene Sachverständige ernannt werden.

Die Sachverständigen werden vom Amtsgericht beeidigt oder auf einen etwa geleisteten Amtseid verwiesen und mit Instruktionen versehen und haben diesen gemäß ihr Gutachten abzugeben.

Wenn die Sachberständigen über den Wert nicht einig sind, so wird die sich aus den verschiedenen Wertangaben ergebende mittlere Summe als Wert angenommen.

Sind die Schätzungen unter offenbarer Berletzung der Borschriften der §§ 12 bis 14 erfolgt, so kann das Amtsgericht eine nochmalige Schätzung durch drei andere gemäß Absatz 1 zu ernennende sachberständige Landwirte anordnen.

Wenn einer der Beteiligten diesem Berfahren widerspricht, wozu vom Umtsgericht eine vierzehntägige Frist bei Meidung des Berlustes des Widerspruchsrechts vorgeschrieben werden kann, so sind die Parteien auf den Rechtsweg zu verweisen. Entsprechendes gilt, vorbehaltlich der Borschrift des Absat 5, wenn ein Beteiligter wegen Berletung der Borschriften der §§ 12 bis 14 gegen das Schähungsergebnis Einwendungen erhebt.

- § 16. Wird eine Che, deren Güterstand sich in seinen erbrechtlichen Wirkungen nach dem Bremischen Recht der Gütergemeinschaft bestimmt, durch den Tod des Mannes aufgelöst, so tritt in Ansehung eines zu dem gemeinschaftlichen Bermögen gehörenden Hosses als Anerbe ein, wer nach den Borschriften der §§ 9 bis 11 als solcher berufen wäre, wenn der Hos zum Nachlaß des Ehemanns gehörte.
- § 177. Ein mit seiner verwitweten Mutter nach Bremischem Rechte im Beisit sebender Anerbe (§ 16) hat nur das Recht, nach Beendigung des Beisitses den Hof nach den Borschriften dieses Gesetzes zu übernehmen. Stirbt der Anerbe während des Beisitzes ohne Hinterlassung von Abkömmslingen, so geht das Recht auf den Nächstbeteiligten nach der in § 11 bestimmten Reihensolge über. Dieses Recht vererbt sich nach denselben Grundsätzen wie das Eigentum an einem Hose. Die Löschung in der Höserolle kann während des Beisitzes nur von dem Anerben beantragt werden; die Löschung

<sup>6</sup> Fassung entsprechend dem Gesetz vom 29. Juni 1923 (GBC. S. 407) Art. 7. 7 Fassung entsprechend dem Gesetz vom 29. Juni 1923 (GBC. S. 407) Art. 8.

bewirkt, daß auf die weitere Bererbung des dem Anerben zustehenden Rechtes die Borschriften dieses Gesetzes keine Anwendung sinden. Der Anserbe kann nach ersolgter Löschung auch die Wiedereintragung der Besitzung beantragen.

Während des Beisiges gehört der Hof zur Beisigmasse; die Witwe bedarf jedoch zur Beräußerung oder Belastung des Hofes im ganzen oder einzelner Teile der Zustimmung des Anerben. Die Zustimmung ist nur wirksam, wenn sie durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde nachzgewiesen oder vor dem Grundbuchamte oder, solange das Grundbuch noch nicht als angelegt anzusehen ist, vor dem Erbez und Handsestenamte zu Protokoll erklärt wird. Steht der Anerbe unter elterlicher Gewalt oder unter Bormundschaft, so ist zur Beräußerung oder Belastung des Hofes die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts ersorderlich.

Der Anerbe oder wer durch Erbgang oder gemäß der Bestimmung des Absatz 1 Satz 3 an seine Stelle tritt, erwirbt das Eigentum des Hoses nebst Zubehör erst mit dem Zeitpunkte, in welchem der Beisitz endigt, wenn ihm der Hos sach schwen vorher nach der Borschrift des § 24 von der Witwe übergeben wird.

§ 18. Wenn zum Gesamtgut einer durch den Tod eines Ehegatten aufgelösten allgemeinen Gütergemeinschaft oder Errungenschaftsgemeinschaft, oder wenn zu dem Gesamtgut einer aufgelösten fortgesetzten Gütergemeinschaft ein Hof gehört, so tritt der überlebende Ehegatte, wenn ihm nach § 3 Uhs. 2 das Antragsrecht zusteht, oder wenn ihm von dem verstorbenen Ehegatten nach dem allgemeinen Recht die Besugnis, den Hof zu übernehmen, durch letztwillige Berfügung eingeräumt ist, als Anerbe ein. In diesem Falle erwirdt er das Eigentum des Hofes nehst Zubehör mit Beendigung der Auseinandersetzung, und wenn er vorher in öffentlich beglaubigter Form dem Amtsgerichte angezeigt hat, daß er von seinem übernahmerechte Gebrauch mache, mit dem Zeitpunkt, in welchem die Anzeige bei dem Amtsgerichte eingeht.

Der überlebende Chegatte tritt nicht als Anerbe ein, wenn bei Besendigung der Gütergemeinschaft in seiner Person die Gründe vorhanden sind, durch die nach der Borschrift des § 10 Abs. 2 ein Anerbe von dem Anerbenrechte ausgeschlossen wird, oder wenn ihm nach § 1502 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzuches ein übernahmerecht nicht zusteht.

§ 19. Ift der überlebende Ehegatte nach Maßgabe des § 18 zur übernahme des zum Gesamtgut einer aufgelösten Gütergemeinschaft gehörigen Hoses nicht berechtigt, oder macht er von seinem Rechte keinen Gebrauch, oder wird eine fortgesetzte Gütergemeinschaft durch den Tod des überlebenden Ehegatten aufgelöst, so treten die bei der Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtgutes beteiligten Abkömmlinge nach Maßgabe der §§ 9 bis 11 als Anerben ein; im Falle des § 10 Abs. 2 ist jedoch statt des Todes des Erblassers der Zeitpunkt maßgebend, in welchem die Gütersgemeinschaft endigte. Mit dem gleichen Zeitpunkt erwirdt der Anerbe das Eigentum des Hofes nebst Zubehör. Ist jedoch ein zur übernahme des Hoses berechtigter Ehegatte vorhanden, und macht dieser von seinem Rechte keinen Gebrauch, so erwirdt der Anerbe das Eigentum erst mit Beendigung der Auseinandersetzung, salls aber der Ehegatte vorher den Berzicht auf die übernahme des Hoses vor dem Amtsgericht in öffentlich beglaubigter Form anzeigt, mit dem Zeitpunkte, in welchem die Anzeige bei dem Amtsgericht eingeht.

- § 20. In den Fällen der §§ 18 und 19 erfolgt die Teilung des Gesamtguts unter die Beteiligten einschließlich des Anerben nach dem allsgemeinen Rechte; jedoch sinden die für die Erbteilung geltenden Borschriften der §§ 12 bis 15 mit der Maßgabe entsprechende Unwendung, daß der als Anerbe berusene Ehegatte keinen Boraus erhält.
- § 21. Zur Umschreibung des Hofes auf den Namen des Anerben (§ 14 der Erbe= und Handseitenordnung) sowie zur Eintragung des Anerben als Eigentümer im Grundbuch ist in den Fällen des § 9 Abs. 4 Sat 1 und der Paragraphen 18 und 19 die Zustimmung der übrigen an der Auseinandersetung Beteiligten erforderlich. Bor der Umschreibung in den Büchern des Erbe= und Handseistenamts oder vor der Eintragung im Grundbuch ist der Hof der Zwangsvollstreckung durch die Gläubiger des Anerben nicht unterworfen.

Auf das Recht der Gläubiger des Anerben, zum Zweck der Zwangsvollstreckung die Umschreibung des Hoses auf den Anerben zu erwirken, sindet die Borschrift des § 14 der Grundbuchordnung entsprechende Anwendung.

§ 22. Der Pflichtteil des Anerben und seiner Miterben aus dem Gesamtsnachlasse des Hoseigentümers bestimmt sich ohne Rücksicht auf die §§ 12 bis 15 nach den allgemeinen erbrechtlichen Borschriften. Wenn jedoch der hiernach für die Miterben des Anerben berechnete Pflichtteil größer ist als der Wert des gesetzlichen Erbteils, der ihnen nach Maßgabe der §§ 12 bis 15 von dem Gesamtnachlaß gebühren würde, so beschränkt sich ihr Pflichtteil auf den geringeren Wert.

Berfügungen des Hoseigentümers, durch welche die Fälligkeit der Erbeteile der Miterben des Anerben bis zur Bolljährigkeit der Miterben unter der Berpflichtung des Anerben, die Miterben bis zu diesem Zeitpunkt ansgemessen zu erziehen und für den Notsall auf dem Hose zu unterhalten, hinausgeschoben wird, sind nicht als Beschränkung oder Verkürzung des Pflichtteils anzusehen.

Diese Borschriften finden, falls der Hof zum Gesamtgut einer forts gesetzten Gütergemeinschaft gehörte, auf die Unsprüche der anteilsberechstigten Abkömmlinge entsprechende Unwendung.

§ 23. Eine Berfügung bes Hofeigentumers, burch welche dieser seinem Ehegatten bis zum vollendeten dreißigsten Lebensjahr des Anerben, wenn aber die Frau die Bedachte ift, spätestens bis zum Zeitpunkt ihrer etwaigen Biederverheiratung das Recht beilegt, den Hof nebst Zubehör nach dem

Tode des Erblassers in eigene Ruhung und Berwaltung zu nehmen unter der Berpflichtung, den Anerben und seine Miterben, letztere bis zur Auszahlung ihres Erbteils, angemessen zu erziehen und für den Rotfall auf dem Hofe zu unterhalten, begründet für den Anerben und seine Miterben, falls sie Abkömmlinge des überlebenden Ehegatten sind, keinen Pflichtteilszanspruch und gilt nicht als Beschränkung ihres Pflichtteils.

§ 24. Berträge, durch welche unter Lebenden einem Anerben ein Hof übergeben wird (Altenteils- und Gutsübergabeverträge), bedürfen der notariellen Beurkundung. Die Vorschrift des § 313 Sah 2 BGB. findet Anwendung.

Solange das Grundbuch für den Hof noch nicht als angelegt anzuschen ist, sind solche Verträge im Original oder in beglaubigter Abschrift nebst einer Bescheinigung des Standesbeamten darüber, ob minderjährige Abstömmlinge des Veräußerers vorhanden sind, dem Erbes und Handsestensamte mit dem Antrage auf Umschreibung des Hoses auf den Ramen des Anerben einzureichen. Der Anerbe erwirbt das Eigentum an dem Hofenebst Zubehör nicht vor dem Zeitpunkte, in welchem das Erbes und Handssestung des Hoses auf den Ramen des Anerben ans ordnet. Sind minderjährige Abkömmlinge des Beräußerers vorhanden, so hat das Erbes und Handssessen dem Komundschaftsgerichte davon Anseige zu machen.

Sobald das Grundbuch als angelegt anzuschen ist, ist der übergabebertrag und die im Absat 2 bezeichnete Bescheinigung dem Bormundschaftsegerichte einzureichen. Das Bormundschaftsgericht hat die Besolgung dieser Borschrift auf dem übergabebertrage zu bescheinigen. Die übertragung des Eigentums an dem Hofe ersolgt nach dem allgemeinen Rechte. Das Grundbuchamt soll jedoch die Eintragung des Eigentumswechsels nur vornehmen, wenn ihm der mit der Bescheinigung des Bormundschaftsgerichts versehene übergabevertrag vorgelegt wird.

Sobald der Anerbe das Eigentum des Hofes nebst Zubehör erworben hat, können seine Miterben, sofern in dem übergabevertrage nichts anderes vereinbart ist, von dem Anerben verlangen, daß ihnen die nach den Borschriften der §§ 12 bis 15 zu ermittelnden Absindungen ausgezahlt werden. Für die Ermittlung des Hoswertes ist der Zeitpunkt des Eigentumsübergangs maßgebend. Der Beräußerer ist berechtigt, gemäß der Borschrift des § 22 Absah 2 die Fälligkeit der Absindungen hinauszuschieben.

§ 25. Gehören zu einem Nachlasse ober zu dem Gesamtgute einer aufgelösten Gütergemeinschaft mehrere Höfe, so finden die Bestimmungen dieses Gesteses entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus dem folgenden ein anderes ergibt.

Der überlebende Ehegatte tritt unter den Boraussehungen des § 18 in betreff sämtlicher Höfe als Anerbe ein; im übrigen ist der zum Anerben Berusene Anerbe in betreff sämtlicher Höse, wenn sie bei Eintritt des Anserbenrechts von derselben Hosstelle aus bewirtschaftet werden. In anderen Fällen kann jeder Berechtigte in der Reihenfolge seiner Berufung zum Unserben je einen Hof wählen. Sind mehr Höfe als Berechtigte vorhanden, so wird die Wahl in derselben Reihenfolge wiederholt.

Diejenigen Schulden, für welche ein allgemeines Pfandrecht bestellt ist, und die auf Grund des vorletzen Absauses des § 12 vom Hofeswert absausehenen Nachlaßs oder Gesamtgutsverbindlichkeiten sind auf die einszelnen Höfe nach dem Verhältnis ihres schuldenfreien Hoswertes zu versteilen, der schuldenfreie Hofeswert ist dabei ohne Berücksichtigung der auf alle Höfe zu verteilenden Verbindlichkeiten zu ermitteln.

- § 26. Die in den §§ 9 bis 25 enthaltenen Bestimmungen finden nicht Anwendung:
  - 1. wenn der Erblaffer bei seinem Tode Miteigentumer des Hofes war;
  - 2. wenn der Hof beim Tode des Erblassers infolge von Beränderungen, welche nach der Eintragung stattgefunden haben, nicht eintragungssfähig war; jedoch ist das Nichtvorhandensein eines Wohnhauses zur Zeit des Todes des Erblassers ohne Einfluß, wenn dieser Zustand alsdann noch nicht zwei Jahre gedauert hat.
- § 26a8. Wird der Hof innerhalb zehn Jahren nach dem übergange des Eigentums auf den Anerben oder nach dem Erlöschen eines in Ansehung des Hofes bestehenden Verwaltungs= und Ruhniehungsrechts veräuhert, so hat der Anerbe den Betrag, um den der Erlös den bei der Erbmasse ermittelten Hofeswert übersteigt, nachträglich in die Erbmasse einzuwersen. Dies gilt nicht, soweit der Mehrerlös lediglich eine Folgeerscheinung der in der Zeit zwischen der übernahme des Hofes und dessenung eingetretenen Gelbentwertung ist. Ersolgt die Veräuherung des Hofes an einen Enteignungsberechtigten, so entfällt die Verpflichtung, soweit der Erlös vor dem Ablauf von zwei Jahren nach der Veräuherung zum Erwerd eines wirtschaftlich gleichwertigen landwirtschaftlichen Vetriebes verwandt wird.

Bei der Berechnung des einzuwersenden Betrages sind abzusehen die Auswendungen für Bauten, Umbauten und für sonstige dauernde besondere Berbesserungen, auch solche land= und forstwirtschaftlicher Art, die innershalb des fraglichen Zeitraums gemacht sind und nicht der lausenden Untershaltung von Baulichkeiten oder der lausenden Bewirtschaftung von Grundstücken dienen, soweit die Bauten und Berbesserungen noch vorhanden sind. Aus Auswendungen im Sinne dieser Borschrift gelten Beträge, die aus Bersicherungen gedeckt sind, nicht, wenn sie zur Wiederherstellung von Baulichkeiten verwendet sind, die vor dem übergange des Eigentums auf den Anerben errichtet waren.

Werden innerhalb des in Absatz 1 bestimmten Zeitraums Teile des Hoses auf einmal oder nacheinander gegen ein Entgelt veräußert, das im ganzen höher ist als  $^{1}/_{10}$  des Hoswertes, so hat der Anerbe den Betrag, um

<sup>8 § 26</sup>a ist neu eingefügt durch Urt. 9 Gesetzes vom 29. Juni 1923 (GBI. S. 407).

ben der Erlös den auf die veräußerten Grundstüde entfallenden Teil des Hoswertes übersteigt, nachträglich in die Erbmasse einzuwersen. Diese Berspslichtung besteht nicht, soweit an Stelle der veräußerten Grundstüde vor dem Ablauf von zwei Jahren nach der Beräußerung für den Hos wirtsichaftlich gleichwertige Grundstüde gemäß § 6 in den Bestand des Hoses eingetreten sind. Die Borschriften des Absates 2 finden Anwendung.

Die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn der Anerbe den Hof ganz oder teilweise an eine ihm gegenüber anerbenberechtigte Person veräußert. Sie sinden jedoch auf den Erwerber entsprechende Anwendung, wenn dieser den Hof oder Teile des Hoses innerhalb des angegebenen Zeitzaumes an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person weitervoräußert.

Dauernde Belastungen des Hoses innerhalb der zehnjährigen Frift, die den bei der übernahme geschätzten Hoseswert übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Miterben. Diese kann nicht verweigert werden, soweit die höhere Belastung nicht den Betrag übersteigt, um den der Hoseswert sich zissernmäßig infolge der in der Zwischenzeit eingetretenen Geldentwertung erhöht hat. Wird die Zustimmung verweigert, so kann sie auf Antrag des Anerben durch das Amtsgericht ersett werden, wenn die Berweigerung ohne außreichenden Grund ersolgt ist.

Die vorstehend bestimmten Ansprüche verjähren mit Ablauf von fünf Jahren nach erfolgtem übergang des Eigentums. Diese Borschrift sindet auch dann Anwendung, wenn der Hof vor der Beräußerung oder Belastung in der Höserolle gelöscht worden ist.

Die Borschriften der Absäte 1 bis 3 und 6 finden entsprechende Unwendung, wenn im Falle der Enteignung die gezahlte Entschädigungssumme den Hofeswert oder den auf die enteigneten Grundstücke entfallenden Teil des Hoseswerts übersteigt.

§ 27. Für jede Eintragung in die Höferolle und jede Löschung in dersselben, einschließlich der darüber dem Eigentümer zu machenden Anzeige, wird eine Gebühr von drei Mark erhoben. Die Einsicht in die Hösewlle erfolgt kostensrei. Die Anträge zur Höserolle sind einer Stempelabgabe nicht unterworfen.

#### Schlugbestimmung.

§ 28. Das Nachlaßgericht hat dem Anerben auf Antrag einen Erbschein über seine Erbrecht an dem Hof nebst Zubehör zu erteilen. Die Borschriften der §§ 2353 bis 2370 des Bürgerlichen Gesethuchs sinden entsprechende Anwendung.

Der Erbschein über das Erbrecht in das Hosesvermögen und der Erbschein über das Erbrecht an dem sonstigen Nachlaß können auf Antrag in einer Urkunde vereinigt werden.

Solange der hof zu einer Besigmasse gehort, tann der Anerbe nur einen bem § 17 entsprechenden Erbichein verlangen.

# 25. Württemberg.

# Befet 1

# über das Anerbenrecht

vom 14. Februar 1930 (Württ. Reg. VI. S. 5).

# Inhaltsverzeichnis.

- I. Voraussehungen und Wirkungen des Rechtes.
- Urt. 1. Begriff des Unerbenguts.
- Art. 2. Höferolle.
- Art. 3. Rechtswirkung der Eintragung.
- Art. 4. Feststellung des Gutswerts.
- Art. 5. Behandlung der Nachlagverbindlichkeiten.
- Art. 6. Berfügungsfreiheit des Eigentümers.
- Art. 7. Nichteintritt des Anerbenrochts.

#### II. Der Anerbe.

- Urt. 8. Berfon des Anerben.
- Art. 9. Rechtsitellung des Anerben.
- Urt. 10. Nachfolgezeugnis.

# III. Rechtsftellung der Miterben.

- Art. 11. Sicherstellung und Bezahlung der Anteile.
- Urt. 12. Besondere Unsprüche minderjähriger Miterben.
- Art. 13. Niegbrauch und Altenteilsrecht des überlebenden Chegatten.
- Art. 14. Rechtsstellung bei Beräukerung des Unerbenguts.
- Urt. 15. Bflichtteilsberechnung.

#### IV. Besondere Fälle.

- Urt. 16 bis 21.
- Art. 22. Fall der statutarischen Rugniegung.
- Art. 23. Ausgleichung.

#### V. Schlußbestimmungen.

- Art. 24. Gebühren.
- Urt. 25. Bollzug des Gefetes.
- Art. 26. Inkrafttreten.

<sup>1</sup> Geseţesmaterialien: Entwurf eines Geseţes über das Anerbenrecht v. 10. Febr. 1928 (Württ. Landtags-Beil. 542); Berhandlungen d. Württ. Landtags v. 22., 23., 24. Oktober 1929 (zweite Lesung) und v. 13. Nov. 1929 (dritte Lesung) = Drucks. Landtag S. 1498ff., 1512ff., 1537ff., 1779ff.; Zusammenstellung der Beschlüsse des Landtags = Württ. Landtags 1929 Beil. 172.

Der Landtag hat am 13. November 1929 das folgende Gesetz beschlossen, das hiemit verkündet wird.

#### I. Voraussegungen und Wirfungen bes Rechtes.

#### Art. 1.

#### Begriff des Unerbenguts.

Anerbengut im Sinne dieses Gesets ift ein in der Höferolle des zuständigen Grundbuchamts eingetragener Grundbesit.

Als Anerbengut kann eingetragen werden jede ihrem Hauptzwecke nach zum Betrieb der Land- oder Forstwirtschaft einschließlich des Weinbaues bestimmte und zur selbständigen Nahrungsstelle geeignete Besitzung, die einheitlich bewirtschaftet werden kann. Das Anerbengut umfaßt im Zweisel alle wirtschaftlich zusammengehörenden Grundstücke und grundstücksähnlichen Rechte des Eigentümers.

#### Art. 2.

## Söferolle.

Die Eintragung und die Löschung in der Höserolle ersolgen auf Anstrag des Eigentümers. Ein Bormund bedarf zu dem Antrag der Genehmisgung des Bormundschaftsgerichts. Die Eintragung wirkt auch für jeden solgenden Eigentümer; sie wird unwirksam mit der Löschung. Die Einstragung kann nicht aus dem Grunde angesochten werden, weil die Besitzung nicht eintragungsfähig gewesen sei.

Der Antrag auf Eintragung ober Löschung bedarf der gerichtlichen ober notariellen Beurkundung; er kann auch zum Protokoll des zuständigen Grundbuchbeamten erklärt werden.

Buständig ist das Grundbuchamt, in dessen Bezirk das Wohnhaus, in Ermangelung eines solchen ein größerer Teil der Besitzung liegt.

Die Cinsicht der Söferolle ist jedem gestattet, der ein berechtigtes Interesse barlegt.

Auf die Führung der Höferolle sinden die allgemeinen Borschriften des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Berbindung mit Art. 12 des Ausschrungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzech Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetz oder in den Aussührungsvorschriften etwas anderes bestimmt ist.

#### Art. 3.

#### Rechtswirkung der Gintragung.

Hinterläßt der Eigentümer eines Anerbenguts mehrere Erben, so fällt das Anerbengut nebst Zubehör als Teil der Erbschaft einem der Erben (dem Anerben) zu.

Im Berhältnis der Miterben zueinander tritt an die Stelle des Guts nebst Zubehör der Gutswert.

#### Art. 4.

#### Feststellung bes Gutsmerts.

Bei der Feststellung des Gutswerts wird der jährliche Reinertrag des Guts nehst Zubehör geschätzt, den es nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung mit entelohnten fremden Arbeitskräften unter gewöhnlichen Berhältnissen im Durchschnitt nachhaltig gewähren kann. Die der Lands und Forstwirtschaft dienenden Gebäude und Betriebsmittel werden nicht besonders bewertet, sondern bei der Ermittlung des Ertragswerts einbegriffen.

Bon dem ermittelten jährlichen Ertrag sind alle dauernd auf dem Gute nebst Zubehör ruhenden Lasten mit Ausnahme der Sphotheken, Grundschulden und Rentenschulden (Art. 5) abzuziehen.

Der ermittelte Jahresertrag wird mit dem Zwanzigsachen zu Kapital gerechnet.

Von dem berechneten Kapitalwert des Gutes sind die auf ihm ruhenden vorübergehenden Lasten, nach ihrer wahrscheinlichen Dauer zu Kapital gerechnet, abzuziehen.

Besteht Streit über die Berechnung des Gutswerts, so wird dieser auf Antrag eines Beteiligten von einem Schiedsgericht sestgesetzt. Erscheint das Ergebnis der Feststellung des Gutswerts nach Abs. 1 bis 4 unbillig, so kann der Gutswert von dem Schiedsgericht auf Antrag eines Beteiligten abweichend sestgesetzt werden, soweit es die Billigkeit unter Abswägung aller Berhältnisse ersordert. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig.

Der Anerbe und die Miterben zusammen stellen je einen Schiedsrichter auf; die Schiedsrichter ernennen den Borsitzenden. Einigen sich die Miterben nicht auf die Person eines Schiedsrichters oder die Schiedsrichter nicht auf die Person des Borsitzenden, oder unterläst die eine oder die andere Partei aus einem sonstigen Grunde die Bestellung eines Schiedsrichters innerhalb einer angemessenen Frist, so ernennt die Landwirtschaftstammer auf Antrag den Schiedsrichter oder den Borsitzenden.

#### Art. 5.

#### Behandlung der Nachlagverbindlichkeiten.

Die gemeinschaftlichen Nachlaßverbindlichkeiten, einschließlich der auf dem Anerbengut lastenden Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, sind, soweit das neben dem Gut nebst Zubehör vorhandene Bermögen dazu außreicht, auf dieses zu verrechnen. Der überschießende Betrag wird von dem nach Art. 4 ermittelten Gutswert abgezogen.

Soweit die gemeinschaftlichen Nachlaßverbindlichkeiten nicht aus dem neben dem Gut nebst Zubehör vorhandenen Vermögen berichtigt werden, ist der Anerbe seinen Miterben gegenüber verpflichtet, sie allein zu berichtigen und die Miterben von ihnen zu befreien.

#### Art. 6.

Berfügungsfreiheit des Eigentumers.

Das Recht des Eigentümers, über das Unerbengut unter Lebenden oder von Todes wegen zu berfügen, wird durch bieses Geset nicht beschränkt.

Der Eigentümer kann insbesondere in einer Berfügung von Todes wegen bestimmen, wer von seinen Erben in Abweichung von den Borschriften dieses Gesetzes Anerbe werden, daß auf seinen Tod das Anerbenrecht nicht eintreten solle, wie der Gutswert berechnet werden oder in welcher Beise die Bevorzugung des Anerben stattfinden solle.

Gehört das Anerbengut zum Gesamtgut einer ehelichen Gütergemeinsschaft, so können entsprechende Bestimmungen nur von den Chegatten gesmeinschaftlich getroffen werden.

#### Art. 7.

## Richteintritt des Unerbenrechts.

Die Borschriften der Art. 3ff. dieses Gesetzes sinden keine Anwendung, 1. wenn der Erblasser — vom Fall der Zugehörigkeit des Gutes zum Gesamtgut einer ehelichen Gütergemeinschaft abgesehen — bei seinem Tode nicht Alleineigentümer des Anerbenguts gewesen ist, es sei denn, daß der Anerbe der einzige Miteigentümer war:

2. wenn zur Zeit des Todes des Erblassers eine der Boraussehungen des Art. 1 Abs. 2 Sat 1 weggefallen ift.

#### II. Der Anerbe.

#### Art. 8.

#### Person des Anerben.

Als Anerben sind in erster Linie die ehelichen Abkömmlinge des Erblassers berufen. Den ehelichen Kindern stehen die legitimierten und die an Kindes Statt angenommenen gleich. Der ältere Sohn und in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter gehen vor. Söhne und Töchter, die in der Landwirtschaft ausgebildet und in dieser noch hauptberuslich tätig sind, gehen solchen anderer Beruse vor. Treten an Stelle eines Kindes, das nach diesen Bestimmungen als Anerbe berusen wäre, dessen Abkömmlinge ein, so sind sie nach den für die Kinder geltenden Grundsätzen auch als Anerben berusen.

Nach den Abkömmlingen des Erblassers ist sein Chegatte, nach diesem sein Bater und nach diesem seine Mutter als Anerbe berusen.

Nach den Eltern des Erblassers sind seine vollbürtigen Geschwister und deren eheliche Abkömmlinge, nach diesen sind seine halbbürtigen Geschwister und deren eheliche Abkömmlinge berusen. Die Borschriften des Abs. 1 Sat 2 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

#### Art. 9.

#### Rechtsstellung des Anerben.

Der Anerbe erwirbt das Eigentum an dem Anerbengut nebst Zubehör mit dem Erwerb der Erbschaft.

Bon dem Gutswert (Art. 4, 5 Abs. 1) gebührt dem Anerben ein Biertel als Boraus.

Der Anerbe kann auf das Anerbenrecht verzichten, ohne die Erbschaft auszuschlagen. Auf den Berzicht finden die Borschriften des Bürgerlichen Gesetzuchs über die Ausschlagung der Erbschaft entsprechende Anwendung. Die Frist für den Berzicht beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Anserbe von seiner Berufung zum Anerben Kenntnis erlangt, wenn jedoch die Berufung auf einer Berfügung von Todes wegen beruht, nicht vor der Berkündung der Berfügung.

Wird auf das Anerbenrecht verzichtet, so gilt der Anfall des Anerbenguts an den Berzichtenden als nicht erfolgt. Das Gut fällt an den nächsten als Anerbe berusenen Miterben. Dieser Anfall gilt als mit dem Erbsall erfolgt.

#### Urt. 10.

## Nachfolgezeugnis.

Dem Anerben ist bom Nachlafigericht auf Antrag ein Nachfolgezeugnis auszustellen.

Auf das Nachfolgezeugnis finden die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzuchs über den Erbschein entsprechende Anwendung. In dem Nachsfolgezeugnis sind die Grundstücke amzugeben, die das Anerbengut bilden.

Das Grundbuchamt kann zum Nachweis des Rechts des Anerben die Bor-legung eines Nachsolgezeugnisses verlangen.

#### III. Rechtsftellung der Miterben.

#### Art. 11.

## Sicherstellung und Bezahlung der Anteile.

Die Anteile der Miterben am Gutswert sind in zehn jährlichen Teilbeträgen zu bezahlen, deren erster auf den 1. April des auf den Tod des Erblassers folgenden Kalenderjahres fällig wird. Die Anteile sind vom Anfall an zu verzinsen und auf Berlangen auf dem Anerbengut sicherzustellen. Der Zinssat beträgt 1 v. H. unter dem jeweiligen Reichsbankbiskontsatz. Die Zinsen sind auf das Ende jeden Kalendervierteljahres zu bezahlen.

Der Miterbe kann jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Monaten verlangen, daß ihm die Hälfte seines restlichen Absindungsguthabens unter Anrechnung auf die zuletzt fällig werdenden Teilbeträge in Kapital ausbezahlt wird.

Ist ein Erbe minderjährig, so wird der erste Teilbetrag (Abs. 1) auf den 1. April des auf den Eintritt der Bolljährigkeit des Miterben folgenden Kalenderjahres fällig. Kapitalabfindung nach Abs. 2 kann der Miterbe von der Bolljährigkeit an verlangen.

Beräußert der Anerbe das Anerbengut an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person, so hat der Miterbe das Recht, die Auszahlung des ihm noch zustehenden Anteils am Gutswert in Kapital zu verlangen.

#### Art. 12.

Befondere Unsprüche minderjähriger Miterben.

Der Unerbe ift berpflichtet, dem minderjährigen Miterben bis gur Sobe seiner Ansprüche und in Anrechnung auf diese die Rosten der Borbildung zu einem Beruf zu gewähren, soweit nicht ein anderer dazu verpflichtet ist ober der Miterbe solbst ausreichendes sonstiges Bermögen hat. In gleicher Weise hat der Anerbe einer minderjährigen Miterbin im Falle ihrer Berheiratung eine angemeffene Aussteuer zu gemähren. Die Beträge sind vom Bormundschaftsgericht nach Anhörung des Anerben, des gesetlichen Bertreters und des Minderjährigen, falls er das 18. Lebensjahr vollendet hat, festzuseten. Ein minderjähriger Miterbe kann bon dem Anerben gegen Leistung standesmäßiger und seinen Kräften entsprechender Arbeitshilse standesmäßigen Unterhalt auf dem Anerbengut ohne Anrechnung auf seinen Unteil verlangen. Solange bieser Unterhalt gewährt wird, hat der Miterbe keinen Unspruch auf Berginsung seines Anteils am Butswert, soweit die Binsen die angemessenen Rosten des Unterhalts nicht übersteigen. Arbeitet der minderjährige Miterbe nach Bollendung des 16. Lebensjahrs im Umfang einer bezahlten Arbeitsfraft auf dem Gut, so steht ihm ein Anspruch auf den üblichen Dienstlohn und die in Art. 11 Abi. 1 festgesette Berginsung gu.

#### Art. 13.

Niegbrauch und Altenteilsrecht des überlebenden Chegatten. It der Chegatte des Erblaffers neben Abkömmlingen des letteren als Miterbe berufen, so erwirbt er mit der Beendigung der elterlichen Nutniegung oder, falls ihm diese nicht zusteht, sofort den Niegbrauch an dem Unerbengut nebst Bubehör bis zur Bollendung des 25. Lebensjahres des Unerben und für die spätere Beit den Unspruch gegen den Unerben auf lebenslänglichen, in derartigen Berhältnissen üblichen Unterhalt auf dem Bute (Altenteilsrecht). Der Chegatte kann Sicherstellung auf dem Anerbengut verlangen. Während der Dauer des Niegbrauchs hat der Chegatte die in Art. 11 Abj. 1 festgesetten Binsen zu bezahlen; ferner liegen ihm die Berpflichtungen des Art. 12 ob, und zwar auch gegenüber dem Unerben. Auf das Altenteilsrecht finden die Borschriften des Gesetges vom 2. Dezember 1904, betreffend ben Leibgebingsvertrag (Reg.Bl. S. 401), entiprechende Univendung. Der Nießbrauch und das Altenteilsrecht erlöschen mit ber Wiederberheiratung des Chegatten; jedoch ist in diesem Falle dem Chegatten vom Anerben eine dem Altenteilsrecht entsprechende Geldrente zu gewähren; § 760 des Bürgerlichen Gesethuchs findet Unwendung.

#### Art. 14.

Rechtsftellung bei Beräußerung des Unerbenguts.

Wird das Anerbengut innerhalb eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach dem übergang des Eigentums auf den Anerben veräußert, so hat der Anerbe diejenigen Beträge den Miterben und Pflichtteilsberechtigten Schriften 178, III.

herauszuzahlen, um die sich ihre Ansprüche erhöht hätten, wenn der früheren Auseinandersehung der bei der Veräußerung erzielte Erlös, sosern er den übernahmepreis übersteigt, zugrunde gelegt worden wäre und der Anerbe einen Boraus nicht erhalten hätte. Bon dem bei der Beräußerung erzielten Erlös sind die dom Anerben zur Berbesserung des Gutes gemachten Auswendungen insoweit abzurechnen, als der Wert des Gutes zur Zeit der Beräußerung erhöht ist. Den Miterben steht in der Reihensolge ihrer Berufung als Anerben ein gesetzliches Borkaufsrecht zu.

Werben innerhalb des erwähnten Zeitraums Teile des Anerbenguts auf einmal oder nacheinander gegen ein Entgelt veräußert, das im ganzen höher ist als ein Viertel des Gutswerts, so finden die Vorschriften des Abs. 1 unter Beschränkung auf die veräußerten Teile und den auf sie entfallenen Voraus entsprechende Anwendung. Dies gilt nicht, soweit an Stelle der veräußerten Grundstücke vor dem Ablauf eines Jahres nach der Veräußerung für das Gut wirtschaftlich gleichwertige Grundstücke dem Anerbengut einverleibt worden sind.

Die Vorschriften der Abs. 1 und 2 finden keine Anwendung bei einer Beräußerung an eine dem Anerben gegenüber anerbenberechtigte Person; sie finden jedoch auf den Erwerber entsprechende Anwendung, wenn dieser das Gut innerhalb des in Abs. 1 festgesetzten Zeitraums an eine ihm gegenüber nicht anerbenberechtigte Person veräußert.

Diese Unsprüche verjähren in drei Jahren. Sie bestehen auch, wenn der Eintrag in die Höferolle vor der Beräußerung gelösicht worden ift.

#### Art. 15.

#### Pflichtteilsberechnung.

Für die Berechnung des Pflichtteils der Miterben ist der nach diesem Gesetz zu ermittelnde gesetzliche Anteil maßgebend.

#### IV. Befondere Falle.

#### Art. 16.

Hinterläßt der Erblasser mehrere Anerbengüter, so können die als Anerben Berufenen in der Reihenfolge ihrer Berufung je ein Anerbengut wählen.

Die Wahl geschieht durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgericht in öffentlich beglaubigter Form. Das Nachlaßgericht hat dem Wahlberechtigten auf Antrag eines nachstehend Berechtigten eine angemessene Frist zur Erklärung der Wahl zu bestimmen. Erfolgt die Wahl nicht vor dem Ablauf der Frist, so tritt der Säumige hinter die übrigen Berechtigten zurück.

Jeder Anerbe erwirbt das Eigentum an dem von ihm gewählten Gut nebst Zubehör mit der Erklärung der Wahl. Mit der Erklärung der letzten Wahl erwirbt zugleich der Nächstberechtigte das Eigentum an dem übrigsbleibenden Gut nebst Zubehör.

In ben Fällen des Art. 5 ist der Mehrbetrag der Nachlagverbindlichkeiten auf die Anerben und die Güter nach dem Verhältnis der Gutswerte zu verteilen.

Im Falle des Art. 12 entscheidet im Streitsall das Bormundschaftsgericht nach Anhörung der Beteiligten unter Berücksichtigung aller Berhältnisse darüber, auf welchem Gut der Minderjährige seinen Unterhalt zu bekommen hat. Im Falle der Art. 13 und 22 hat der Ehegatte die Wahl, auf welchem Gut er den Altenteil oder die Geldrente beziehen will; die Anerben der übrigen Güter haben dem Eigentümer des vom Chegatten gewählten Gutes zu diesen Kosten nach dem Verhältnis der Gutswerte anteilsmäßig beiszutragen.

#### Art. 17.

Gehört das Anerbengut zu dem Gesamtgut einer ehelichen allgemeinen Gütergemeinschaft, und tritt beim Tode eines Chegatten keine sortgesetzte Gütergemeinschaft ein, so hat der überlebende Chegatte das Recht, das Anserbengut nebst Zubehör zum Ertragswert (Art. 4) zu übernehmen. Auf die Gesamtgutsverbindlichkeiten, deren Berichtigung bei der Auseinandersiehung verlangt werden kann, findet Art. 5 entsprechende Anwendung.

War jedoch das Anerbengut von dem verstorbenen Chegatten in die allsgemeine Gütergemeinschaft eingebracht oder während derselben durch Erbsolge, durch Vermächtnis oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht oder als Ausstattung erworben, und wird der verstorbene Chegatte von Abstömmlingen beerbt, so ist das Anerbengut nebst Zubehör gegen Ersat des Ertragswerts dem Anteil des verstorbenen Chegatten zuzuschreiben. Dem überlebenden Chegatten stehen die in Art. 13 bestimmten Rechte zu.

Die Vorschrift des Abs. 1 findet auf die Errungenschaftsgemeinschaft, auf die Fahrnisgemeinschaft und auf die landrechtliche Errungenschaftsgesellsichaft entsprechende Anwendung.

#### Urt. 18.

Sind beim Tobe eines Ehegatten, der in allgemeiner Gütergemeinschaft gelebt hat, neben gemeinschaftlichen Abkömmlingen andere Abkömmlinge vorhanden, so tritt für die Auseinandersetzung mit ihnen an die Stelle des Anerbenguts nebst Zubehör der Gutswert. Die Borschriften der Art. 4 und 5 finden Anwendung.

#### Art. 19.

Endigt die fortgesette Gütergemeinschaft durch Aushebung oder durch die Wiederverheiratung des überlebenden Chegatten, so hat dieser das Recht, das Anerbengut nehst Zubehör zum Ertragswert (Art. 4) zu übernehmen. Art. 17 Abs. 1 Sat 2 findet Anwendung.

War jedoch das Anerbengut von dem verstorbenen Chegatten in die Gütergemeinschaft eingebracht oder während derselben in der in Art. 17 Abs. 2 Sah 1 erwähnten Weise erworben worden, so ist das Anerbengut nebst Zubehör gegen Ersah des Ertragswerts dem Anteil der Abkömmlinge zuzuschreiben. Bei der Auseinandersehung unter diesen hat derzenige von ihnen, der nach Art. 8 zum Anerben berusen wäre, das Kecht, das Gut

12\*

nebst Zubehör zum Ertragswert zu übernehmen; Art. 4, 5, 9 Abs. 2, 17 Abs. 2 Sat 2 finden entsprechende Anwendung.

#### Art. 20.

Endigt die fortgesetzte Gütergemeinschaft durch den Tod oder die Todeseerklärung des überlebenden Shegatten, so ist das Anerbengut nebst Zubehör gegen Ersat des Ertragswerts dem Anteil der Abkömmlinge zuzusschreiben; Art. 19 Abs. 2 Sat 2 findet Anwendung.

#### Art. 21.

Machen die anteilsberechtigten Abkömmlinge von dem ihnen nach § 1502 Abs. 2 Sah 2 des Bürgerlichen Gesehbuchs zustehenden übernahmerecht in Ansehung des Anerbenguts nebst Zubehör Gebrauch, so ist der nach den Borschriften dieses Gesehrs zu ermittelnde Ertragswert maßgebend.

#### Urt. 22.

Fall der ftatutarischen Rugniegung.

Erhält jemand als Anerbe nach den Borschriften dieses Gesetzes ein Anerbengut, so tritt vom vollendeten 25. Lebensjahr des Anerben an insolveit an die Stelle der dem überlebenden Chegatten nach dem bisherigen Recht zustehenden statutarischen Rutnießung ein Altenteilsrecht, auf das die Borschriften des Art. 13 Sat 1, 2 und 4 entsprechende Anwendung finden.

Art. 23.

# Ausgleichung.

hat ein Abkömmling nach § 2050 bes Bürgerlichen Gesethbuchs ein Anserbengut auszugleichen, so ist im Zweifel ber Ertragswert maggebenb.

#### V. Schlugbestimmungen.

Mrt. 24.

Gebühren.

Für die Tätigkeit der Behörden auf Grund dieses Gesetes werden Gebühren erhoben, deren Regelung durch Berordnung des Staatsministeriums ersolat.

Art. 25.

Bollzug des Gesetzes.

Das Justizministerium vollzieht das Gesetz.

Urt. 26.

Inkraftreten.

Diejes Geset tritt am 1. April 1930 in Graft.

1 Berordnung des Staatsministeriums über Gebühren auf dem Gesbiete des Anerbenrechts v. 25. Febr. 1930 (Reg. Bl. S. 12).

2 Verordnung des Justizministers zum Vollzug des Gesetze über das Anerbenrecht v. 25. Febr. 1930 (Reg. Bl. S. 13).

# B. Außerdeutsche Länder.

# I. Deutsch-Österreich.

# 1. Gefet 1

vom 1. April 1889 betr. die Einführung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besitzungen mittlerer Größe.

(Reichsgesethblatt für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder 1889 S. 197 Nr. 52.)

§ 1. Für landwirtschaftliche, mit einem Wohnhause versehene Besitzungen (Höse) mittlerer Größe treten nach Maßgabe dieses Gesetzes und der auf Grund desselben zu erlassenden Landesgesetze besondere Erbteilungsvorschriften in Kraft.

Die Landesgesetzgebung bestimmt, welche Hofe im Sinne dieses Gesetzes als Sofe mittlerer Große zu gelten haben. Desgleichen bestimmt die Landes-

1 Auf Grund des vorstehenden Reichsgesches find erlassen:

a) für **Tirol** die Landesgesetz v. 12. Juni 1900 (LGBI. Nr. 47) und v. 26. Jan. 1928 (LGBI. Nr. 16), abgedr. nachstehend lid. Nr. I 2b. Bgl. auch das Landesgeset v. 12. Juni 1900 (LGBI. Nr. 48) Urt. II;

b) in **Kärnten** das Landesgeset v. 16. Sept. 1903 (LGBI. Nr. 33), abgedr. lfd. Nr. I 3, S. 198;

c) in Böhmen ist noch zur Zeit der alten Sterreich-Ungarischen Monarchie ein besonderes Landesgesetz erlassen (abgedr. lid. Ar. III 1 auf S. 208).

Das darin geregelte Anerbenrecht ist von der Agrargesetzgebung der tichechoslowakischen Republik noch weiter ausgebaut und dabei beriffkarnecht und babeit

Das darin geregelte Anerbenrecht ist von der Agrargesetzgebung der tschechoslowakischen Republik noch weiter ausgebaut und dabei bevölkerungs- und nationalpolitischen Zwecken dienstbar gemacht worden in dem Bodenzuteilungsgesetz v. 30. Jan. 1920 (Samml. d. Ges. u. Brdg. Nr. 81), abgedr. Isd. Nr. III 2 auf S. 214;

d) auch in Salzburg und Vorarlberg haben in früherer Zeit Beschränkungen hinsichtlich der Teilbarkeit von Bauerngütern bestanden. Diese sind indessen durch die Gesete v. 22. Okt. 1868 (LGBI. Nr. 28) bzw. Geset v. 15. Okt. 1868 (LGBI. Nr. 46) aufgehoben worden.

In Salzdurg sind seither wiederholt Versuche gemacht worden, auf Grund des Reichsrahmengesets v. 1. April 1889 (NGBL. Nr. 52) neue gesehliche Vorschriften über die Errichtung geschlossener Höfe (Erbhöfe) und besondere Erbteilungsvorschriften für Bauerns güter einzuführen, um so der fortschreitenden Zersplitterung der bäuerlichen Bestungen Einhalt zu tun. Ebenso hat es auch in Steiermark an solchen Vestrebungen nicht gesehlt.

Bgl. noch betr. die geschichtliche Entwicklung den nachstehenden überblick f. Tirol, lfd. Ar. 2a.

gesetzgebung, welche Liegenschaften und Nutzungsrechte bei der Entscheidung über das Borhandensein eines Hoses mittlerer Größe als Hospichandteile anzusehen sind.

- § 2. Auf Güter, welche mit dem Fideikommiß= oder Lehenbande be= haftet find, findet dieses Gesetz keine Anwendung.
- § 3. Der Eigentümer eines den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegenden Hoses ist durch dasselbe in seiner Berfügung über den Hof oder über einzelne Teile desselben weder unter Lebenden noch von Todes wegen beschränkt.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden bei der gesetzlichen Erbsolge jederzeit, bei der testamentarischen oder vertragsmäßigen aber nur dann Anwendung, wenn der Erblasser eine der im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzlichen Gestduche unter die gesetzlichen Erben aufgenommenen Personen als übernehmer bestimmt, wobei er weder an die gesetzliche noch an die durch die Landesgesetzgebung sessezzetze Reihenfolge gebunden ist.

§ 4. Geht das Nachlagbermögen des Eigentümers eines Hofes an mehrere Bersonen über, so kann der Hof nebst Zubehör nur einer Berson, dem überenehmer (Anerben), zufallen.

Bas als Zugehör eines Hofes anzusehen sei, bestimmt das Allgemeine Bürgerliche Gesethuch. Zu demselben gehört insbesondere auch das Bestriebsinventar, soweit es zur ordentlichen Bewirtschaftung des Hoses erssorderlich ist. In dem Falle, als sich die Erbsinteressenten hierüber nicht einigen können, ist der Umsang des ersorderlichen Betriebsinventars durch das Gericht nach Einvernehmen von Sachverständigen sestzustellen.

Wegen eines allfälligen Abganges an dem Betriebsinventar kann ein Unspruch auf Ersat des Wertes aus dem sonstigen Nachlaßvermögen nicht erhoben werden.

- § 5. Der übernehmer wird durch die Landesgesetzgebung in der Weise bestimmt, daß dieselbe hiebei an das Recht und an die Ordnung der gesetzlichen Erbfolge gebunden bleibt und innerhalb dieser Grenzen die Reihenzfolge festsetz, in welcher unter mehreren nach der gesetzlichen Erbfolge zuzgleich eintretenden Erben bei Abgang einer Einigung unter denselben die Einzelnen zur übernahme des Hoses berufen sind. Die Landesgeschgebung kann jedoch die Anordnung treffen, daß der überlebende Ehegatte unmittelzbar nach den Nachkommen des Erblassers und vor den übrigen Berwandten desselben als übernehmer berufen werde. Leibliche Kinder gehen stets Aboptivkindern, eheliche den unehelichen vor. Legitimierte Kinder stehen den ehelichen Kindern gleich.
- § 6. Bei der Erbteilung wird der Hof (§ 4) dem übernehmer zugewiesen, welcher bis zur Höhe des lastenfreien Wertes des Hoses Schuldner der Berslassenschaft wird.
- § 7. Der Bert bes Hofes wird durch übereinkommen der Beteiligten und in Ermangelung eines solchen durch das Gericht nach Bornahme einer

Schätzung durch Sachverständige und nach Einbernehmung des Gemeindevorstandes, nach billigem Ermessen, daß der übernehmer wohl bestehen kann, bestimmt.

Den Beteiligten steht frei, der Schähung beizuwohnen und ihre Er-innerungen zu machen.

Auf das vorhandene Betriebsinventar ist bei Feststellung des Wertes des Hosses zwar angemessene Rücksicht zu nehmen, doch soll dasselbe nicht selbständig geschätzt werden.

Die Landesgeschgebung kann bestimmen, daß an Stelle dieser richterslichen Festsehung eine Bewertung unter Zugrundelegung eines Vielsachen des Katastralreinertrages einzutreten habe.

§ 8. Bei der Teilung des Nachlagbermögens ist an Stelle des Hoses ber dem übernehmer nach § 6 als Schuld angerechnete Betrag einzubeziehen.

Diese Teilung geschicht unter den Miterben einschließlich des ibernehmers nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Bersahrens außer Streitsachen. Doch ist die Erbteilung
stets bei Gericht vorzunehmen oder dem Gerichte zur Genehmigung vorzulegen.

§ 9. Wenn die Parteien sich über die Frist, die Naten der Auszahlung und die mittlerweilige Berzinsung des den Miterben auszuzahlenden Betrages nicht einigen, so hat das Gericht hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden. In jedem Falle muß jedoch dem übernehmer des Hofes über dessen Berlangen zur völligen Begleichung dieses Betrages eine Frist von drei Jahren, dom Tage der Nechtskraft der Einantwortung, gewährt werden.

Underseits darf gegen den Willen der Forderungsberechtigten der Auszahlungstermin nicht über diesen Zeitpunkt hinaus sestgeset werden.

Ebenso ist eine gütliche Einigung wegen der mittlerweiligen Sicherstellung der auszuzahlenden Beträge zu versuchen. Insoweit eine solche nicht zustande kommt, ist in der Einantwortungsurkunde zu verfügen, daß die Eintragung des Eigentumsrechtes des übernehmers auf den zugewiesenen Hof nur gleichzeitig mit der Eintragung des Pfandrechtes zur Sicherstellung der auszuzahlenden Beträge für die Miterben auf den Hof grundbücherlich eingetragen werden kann.

Diese Bestimmung findet in den Ländern, in welchen keine Grundbücher, sondern Bersachbücher bestehen, sinngemäße Unwendung.

Wird der übernommene Hof vor Ablauf der obigen Frist durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden einem Dritten ganz oder teilweise ins Eigentum übertragen, so sind die Miterben berechtigt, die Auszahlung ohne Rücksicht auf die hiezu festgesetzte Zeit sogleich zu fordern.

§ 10. Die Landesgesetzgebung kann für den Fall, als der übernahmspreis durch das Gericht bestimmt wird (§ 7, Abs. 1), anordnen, daß hiebei zugunsten des übernehmers ein Betrag in Abzug gebracht werde, welcher jedoch ein Drittel des gerichtlich ermittelten lastenfreien Wertes des Hoses nicht übersteigen darf.

- § 11. Der Erblasser kann die Bevorzugung des übernehmers einschränken, ausheben oder innerhalb der Grenzen des Pflichtteilsrechtes erweitern.
- § 12. Der Bert, um welchen ber Unerbe einen hof nach ben Bestimmungen biefes Gesetzes übernimmt, ift auch ber Bemessung ber an ben Staat zu entrichtenben Bermögensübertragungsgebühren zugrunde zu legen.

In keinem Falle, mit Ausnahme des Falles der vom Gerichte nach Bornahme einer Schätzung erfolgten Bewertung (§ 7), kann jedoch dieser Wert unter dem im Artikel III des Gesetzs vom 7. Juni 1881 (NGBL. Nr. 49) und dem Finanzministerialerlasse vom 25. Januar 1884 (NGBL. Nr. 18), bzw. im § 13 des Gesetzs vom 9. Februar 1882 (NGBL. Nr. 17), sestgestellten mindesten Betrage angenommen werden.

§ 13. Das Pflichtteilsrecht wird durch diese Erbteilungsvorschriften nicht berührt.

Der Pflichtteilsberechnung ift der nach § 7 dieses Gesets bestimmte Wert des Hoses zugrunde zu legen. Doch kann dieser Wert niemals geringer angenommen werden als jener Betrag, nach welchem die an den Staat zu entrichtende Vermögensübertragungsgebühr zu bemessen ist.

Als eine Einschränkung des Pflichtteiles ift es nicht zu betrachten, wenn

- 1. das Gericht im Sinne bes § 9 den Zahlungstermin festsett;
- 2. vom Erblasser in einem gültigen letten Willen Verfügungen getroffen werben, durch welche
  - a) dem leiblichen Bater oder der leiblichen Mutter des übernehmers bis zur Großjährigkeit desselben das Recht eingeräumt wird, den Hos nach dem Tode des Erblassers in eigene Nutung und Berwaltung zu nehmen unter der Berpslichtung, solange diese Nutung und Berwaltung dauert, den übernehmer und dessen minderjährige Miterben, letztere bis zur Fälligkeit des Erbteiles oder, wenn ein Miterbe vor dieser Fälligkeit großjährig wird, bis zur erreichten Großjährigkeit zu erziehen und für den Notfall auf dem Hose zu erhalten;
  - b) die Fälligkeit des Erbteils bis zur Großjährigkeit der Miterben unter der Berpflichtung des übernehmers die Miterben bis zu diesem Zeitpunkte angemessen zu erziehen und für den Notfall zu erhalten, hinausgeschoben wird.

In beiden Fällen (a und b) hat die erlangte Eigenberechtigung dieselbe Wirkung wie die Erreichung der physischen Großjährigkeit. Ebenso tritt in beiden Fällen, wenn ein Miterbe einem solchen Berufe zugeführt wird, mit dessen Borbereitung oder Außübung die Naturalverpslegung am Hofe unvereindar ist, an die Stelle der Berpflichtung zur Naturalverpslegung die zur Außzahlung der vereindarten oder gerichtlich sestgeschten Zinsen.

§ 14. Auf einen Sof, welcher im Eigentume mehrerer Bersonen steht, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Hievon findet eine Ausnahme in betreff berjenigen Höfe statt, welche im Miteigentum von Ehegatten stehen und in Gebieten gelegen sind, sür welche durch die Landesgesetzgebung bestimmt wird, daß im Falle des Todes eines der beiden Ehegatten, soweit nicht letztwillige Berfügungen des Erdlassers oder Berträge entgegenstehen, der überlebende Ehegatte berechtigt ist, die in die Berlassenschaft gehörige Hälste des Hoses zu übernehmen.

In diesem Falle setzt die Landesgesetzgebung auch fest, ob und inwieweit die Bestimmungen der §§ 7, 9 und 10 auch bei der übernahme durch den überlebenden Ehegatten Anwendung zu finden haben.

§ 15. Wenn zu einem Nachlasse mehrere Höfe von der im § 1 bezeichneten Art gehören und mehrere Personen im Sinne der §§ 4 und 5 dieses Gesetzes als gesetzliche Erben eintreten, so sind dieselben nach der durch die Landesgesetzgebung festgestellten Reihenfolge zur übernahme je eines Hoses berusen, und steht ihnen nach derselben Reihenfolge die Wahlzwischen den Hösen frei. Derselbe Borgang wiederholt sich, wenn mehr Höse als Erben vorhanden sind.

Nachkommen eines berstorbenen Erben treten an dessen Stelle. Unter ihnen hat derjenige die Wahl, welchem nach der erwähnten Reihenfolge der Borzug gebührt.

- § 16. Wenn die Landesgesetzgebung für Höse der in § 1 bezeichneten Art Beschränkungen der freien Teilbarkeit sestsetzt oder Bestimmungen erläßt, wonach derartige Höse von Personen, in deren Eigentum solche Höse oder größere landwirtschaftliche Besitzungen bereits stehen, gar nicht oder nur unter bestimmten Boraussetzungen oder Beschränkungen erworben werden sollen, so haben die Bestimmungen dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung zu sinden, daß der Eigentümer des Hoses in seiner Disposition über denselben durch die landesgesetzlichen Borschriften der bezeichneten Art beschränkt ist.
- § 17. Dieses Gesetz tritt in den einzelnen Ländern gleichzeitig mit denjenigen gesetzlichen Anordnungen in Wirksamkeit, welche über den Gegenstand desselben von der Landesgesetzgebung für die betreffenden Länder oder einzelne Teile derselben auf Grundlage dieses Gesetzes oder auf Grundlage bereits bestehender Bestimmungen erlassen werden.

Auf Erbanfälle, welche bor der Wirksamkeit dieses Gesetzes eintreten, findet basselbe keine Anwendung.

§ 18. Mit dem Bollzuge dieses Gesetzes sind meine Minister des Innern, der Justiz, des Ackerbaues und der Finanzen beauftragt.

# 2. Tirol.

# a) Überblick über das Söferecht in Tirol 1.

## I. Gefdictliche Entwidlung1.

In Tirol bestehen icon von alters her höferechtliche Bestimmungen, die auch zu der Zeit, als die Agrarpolitik die Aushebung aller die freie Berfügbarkeit hemmenden Borschriften forderte (Geset vom 27. Juni 1868 -RGBl. Nr. 79), nicht außer Kraft gesett wurden.

Diese Bestimmungen sind in folgenden Gesetzen niedergelegt:

- 1. im Grundzerstückelungspatent vom 11. August 1770 (wieder kundgemacht am 1. Mai 1832 und am 30. Oktober 1840):
- 2. im (Bauern=) Erbfolgepatent vom 9. Ottober 1795, 366. Nr. 258 (wieder kundgemacht am 7. April 1816 — Prov. Ges. Rr. LVI; Beachtung neu eingeschärft durch Erlaß vom 17. Juli 1850 — RGBl. Mr. 277);
- 3. im Höfegeset vom 12. Juni 1900 (LGBI. Rr. 47). Dieses ift erlassen auf Grund des Reichsrahmengesetzes vom 1. April 1889 (AGBl. Mr. 52) und teilweise geändert durch das Landesgeset vom 26. 3anuar 1928 (LGBI. Nr. 16):
- 4. im Gefete vom 12. Juni 1900 (LGBI. Nr. 48).

Die beiden eingangs erwähnten Patente aus älterer Zeit und das Sofegeset vom Sahre 1900 berfolgen im wesentlichen das gleiche Biel:

- a) Einschränkung der freien Berfügungsbefugnis des Sofbelikers zweds Berhinderung einer unwirtschaftlichen Zersplitterung und
- b) einheitliche Bererbung des so geschlossenen Hofes.

Diese beiden Ziele wurden in Tirol — im Gegensat zu anderen Länbern - weniger unter dem Drude und unter der Ginwirkung einer gutsoder landesherrlichen Obrigkeit verfolgt; fie find vielmehr aus der natürlichen Entwidlung hervorgegangen und sodann als vorteilhaft empfundene Gepflogenheiten beibehalten worden?. Herausgewachsen aus der freien, germanischen Markgenossenschaft und der späteren, hieraus entstandenen Agrargemeinde, erwies sich das Sofeshstem in Tirol eben als eine Ginrichtung, die sich sowohl den Landesverhältnissen angemessen als auch für einen gedeihlichen Wirtschaftsbetrieb geeignet zeigte. Go tam es, daß um die Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, als in Ofterreich neue Richtungen in der Agrarpolitik sich durchsetzten und das Reichsgesetz vom 27. Juni 1868 (MGBl. Nr. 79) den Ländern die Möglichkeit gab, alle bisherigen Sondergesetze über die Beschränfung der Erbfolge und Teilung bei Bauerngütern

prafidiums zu Innsbruck.

<sup>1</sup> Die Darstellung folgt in weitem Umfange einem Berichte des Dberlandesgerichtspräsibiums in Innsbruck aus dem Jahre 1928.

2 Die Darstellung folgt auch hier dem Bericht des Oberlandesgerichts=

B I 2 Tirol. 187

zu beseitigen, Tirol als einziges Kronland von diesem Rechte keinen Gebrauch machte und sowohl das alte Zerstückelungs wie das alte Erbsolgepatent weiter in Geltung beließ. Als dann schon nach kurzer Zeit die allegemeine agrarpolitische Strömung wieder wechselte und die Ansicht, daß eine Ursache für den Notstand der bäuerlichen Wirtschaften in der neu eingeführten Freiteilbarkeit der Bauerngüter und in der Anwendung des bürgerlichen Intestaterbrechtes auf diese zu suchen sei, zur Schaffung des Reichsrahmengesetzes vom 1. April 1889 betr. die Einführung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besitzungen mittlerer Größe (RGBl. Nr. 52) geführt hatte, schritt Tirol anläßlich der Einführung des Grundbuches zum Ausbau der bisher im Lande geltenden höferechtlichen Bestimmungen und schuf auf Grund des vorbezeichneten Reichsgesetzes die eingangs unter Nr. 3 und 4 genannten Landesgesetze von 1900.

#### II. Ortlicher Geltungsbereich.

Das Geset vom 12. Juni 1900 und 26. Januar 1928 betr. die besonderen Rechtsverhältnisse geschlossener Hölle (LGBL. Rr. 47/16) gilt in ganz Tirol mit Ausnahme nur weniger Gemeinden, in denen die Grundbuchversassung (vgl. Hößegeset § 1 vb. mit § 3 d. Gesetzes v. 17. März 1897) noch nicht eingeführt ist. In diesen Gemeinden, in denen noch das sogenannte Berssachbuch besteht, gelten noch heute die oben unter Nr. I 1 und 2 angeführten Grundzerstückelungss und Erbsolgepatente von 1770 bzw. 1795.

# III. Sachlicher Inhalt des Tiroler Söferechts.

- 1. Die Boraussetungen, unter welchen ein landwirtschaftliches Gut als geschlossener Hof anzusehen ist, werden bei der Grundbuchanlegung sestegestellt. Diese ersolgt nach dem Grundbuchanlegungs-Landesgeset vom 17. März 1897 und 12. Juni 1900 (LGBL. Ar. 9 Ar. 48). Als geschlossene Höse sind al kraft Gesetzes diesenigen landwirtschaftlichen Besitzungen zu behandeln, welche schon im alten Steuerkataster von 1787 (angelegt auf Grund des Kaiserl. Patentes vom 9. April 1771) als Höse eingetragen sind. Borausgesetzt, daß sie behaust sind, und daß zum wenigsten eine kleine Familie darauf ihren Unterhalt durch den landwirtschaftlichen Betrieb zu sinden vermag (§ 24). Ebenso ist d) eine behauste landwirtschaftliche Besitzung, welcher disher die Hospiegenschaft nicht zukam, auf Antrag des Eigentümers als geschlossener Hospiegenschaft nicht zukam, auf Antrag des Eigentümers als geschlossener Hospiegenschaft einer Familie von mindestens fünf Köpfen ausreicht, ohne das Viersache eines solchen Ertrages zu überschreiten.
- 2. Teilungsverbot u. ä. (§ 2). Der geschlossene Hof zu dessen Bestandsteilen auch die ihm zugehörigen Berechtigungen, wie Holz-, Streus und Wassernutzungen, Weides, Mühlrechte u. dgl. zählen darf in seinem Bestande und Umfange ohne hösebehördliche Genehmigung nicht verändert werden. Denn er soll eine wirtschaftliche Einheit bilden und als solche dauernd erhalten bleiben, um einer den Interessen der Lands und Bolks

wirtschaft nachteiligen Bodenzersplitterung zu begegnen und ein wirtschaftliches Erträgnis zu gewährleisten, das die dauernde Erhaltung einer Familie und damit eine ersprießliche Bearbeitung des Bodens durch praktisch ersahrene Kräfte ermöglicht.

Dhne daß eine gesetliche Borschrift bestünde, hat sich, wenn vielleicht auch nicht allgemein, so doch in den meisten Sprengeln, die übung herausgebildet, ja nach Umsang und Beschaffenheit des Hoses einen größeren oder kleineren Teil des Bodens aus dem Hosperbande auszuscheiden und dem Besiger als freideräußerlichen sogenannten walzenden Grund zu belassen. Hierdurch ist einer angemessenen Bewegungsfreiheit, einer sich zeitweilig als notwendig herausstellenden Arbeitsentlastung, serner einer Erleichterung der Geldbeschaffung sowie einem gesunden Güterverkehr, nicht minder aber auch den Wünschen der landwirtschaftlichen Kreise selbst Rechenung getragen.

3. Die Berfügungsfreiheit bes Eigentümers ist nur insoweit eingesichränkt, als es im Interesse ber Gesamtheit geboten erscheint.

tiber den Hof als Ganzes kann der Eigentümer sowohl unter Lebenden wie auch von Todes wegen frei und ohne Zustimmung der Hösebhörde verfügen. Selbstverständlich aber bleibt die für landwirtschaftliche Liegenschaften allgemein erforderliche Genehmigung der sogenannten Grundverkehrskommission zu übertragungsgeschäften, wie solche auch im deutschen Reichsrecht nach der Bekanntmachung mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 15. März 1918 (RGBl. S. 123) erfordert wird, auch in solchen Fällen erforderlich. Die Abstückelung einzelner Bestandteile des Hofes, sofes, sofern dadurch die Fähigkeit zur Erhaltung einer fünsköpfigen Familie keine Beseinträchtigung erleidet, sowie der Austausch von Grundstücken gegen andere gleichwertige Liegenschaften darf dem Besitzer indessen nicht berwehrt werden. Ebenso muß die Bewilligung zur Abtrennung eines Grundstückes auch erteilt werden, wenn es als Baufläche oder zu gewerblichen Zwecken berwendet werden soll.

Die zur Erledigung solcher Fragen berufene Höfefommission (§ 9) sett sich aus einem Beamten ber staatlichen Berwaltungsbehörde, aus dem Bürgermeister und aus einem Bertreter der landwirtschaftlichen Bezirksegenossenschaft zusammen, so daß bei der Entscheidung das Hauptgewicht auf seiten der bäuerlichen Funktionäre liegt. Gegen die Entscheidung der Höfestommission kann in zweiter Instanz die bei der Statthalterei gebildete Landeshösekommission angerusen werden.

4. Die Erbteilungsvorschriften der Paragraphen 15ff. geben dem Anserben (§ 17) das Recht, das Gut als geschlossene Einheit zum Ertragswert zu übernehmen. Dieser ist so zu berechnen, "daß der übernehmer wohl bestehen kann" (§ 19). Des weiteren räumt ihm das Gesetz zur Ausbezahlung der Absindungen an die weichenden Erben eine Frist von regelmäßig drei Jahren ein (§ 21), sosern nicht die Erbteilung überhaupt auf

<sup>3</sup> Die Darstellung folgt auch hier bem Bericht des Oberlandesgerichtsspräsibiums zu Innsbruck.

B 1 2 Tirol. 189

Grund des § 16 einstweilen hinausgeschoben wird, wie dies bei Borhandensein von jüngeren Kindern ziemlich häufig vorkommen soll.

Beräußert der Anerbe innerhalb von 6 Jahren den Hof, so ist er nach § 24 verpflichtet, die ihm zuteil gewordene Bevorzugung nachträglich zur Erbmasse einzuschießen.

- 5. Häufig pflegen die weichenden Geschwister bei der Erbteilung sich das sogenannte Heimatzufluchtsrecht vorzubehalten, d. h. das Recht, in alten Tagen auf den väterlichen Hof zurückzukehren und dort bis zum Ableben bleiben zu dürfen. Bon diesem bertragsmäßigen (nicht gesetzlich festzgesetzen) Recht wird aber praktisch nicht allzuoft Gebrauch gemacht.
- 6. Das staatliche Interesse am Gebeihen ber geschlossenen Sofe zeigt sich noch heute in verschiedenen in Hofangelegenheiten gewährten Gebührensbegünstigungen. Früher bestand sogar eine teilweise Befreiung der Hofsbesiher von der Aflicht zu militärischen Dienstleistungen.

## IV. Die praftischen Erfahrungen2

mit dem Tiroler Höserecht sind nach der übereinstimmenden Auffassung der zuständigen Gerichts- und Berwaltungsbehörden durchaus gut. Insbesondere ist auch durch die Beschränkung der Berfügungsfreiheit der Eigentümer geschlossener Höse der Zweck der Erhaltung wirtschaftlich lebenssähiger Güter erreicht worden.

Eine Einschränkung muß allerdings auch hier in der Richtung gemacht werden, daß das Höferecht sich nur dort voll auszuwirken vermag, wo es der Sinnesart der Bevölkerung und althergebrachten Gepflogenheiten entspricht. In Bezirken mit einer Bevölkerung, die alemannischen Ursprungs ist oder stark alemannischen Einschlag hat, begegnet die Höfesbildung bei der Grundbuchanlegung starkem Widerstand und ist gegenüber dem ablehnenden Berhalten der den bäuerlichen Kreisen entnommenen Mitsglieder der Höfesommission häusig nicht durchzusehen. Das Bestreben, allen Familienmitgliedern womöglich Teile des Grundbesißes zuzuwenden, und der Bunsch, den Bestand des Besißes dei sich bietender Gelegenheit nach Belieben durch Abverkauf oder Zukauf zu ändern, hat in den bezeichneten Gebieten trotz der Geltung der eingangs ausgesichten Patente in jahrzehntelanger übung zu einer Lockerung des Höseverbandes gesührt, die heute als eine gegebene Tatsache hingenommen werden muß.

Anders in den Bezirken mit einer Bewölkerung rein bajubarischer Abstrammung. Dieser ist der Hosperband etwas ihr völlig Bertrautes. Hier erfüllt daher auch das Höfegeseh vollkommen seinen Zweck der Erhaltung eines bodenständigen, leistungsfähigen Bauernstandes und hilft die Entstehung eines wirtschaftlichen Zwergbesitzes, wo eine solche anzubahnen versücht werden sollte, wirksam zu verhinder

<sup>4</sup> Das Tirvler Heimatzufluchtrecht sindet sein Gegenstück in dem Norwegischen Odelsrecht (vgl. 15d. Nr. V), nur daß jenes vertraglich, dieses aber gesetlich dem Heimatberechtigten zusteht.

# b) Befet 1, 2,

vom 12. Juni 1900 betr. die besonderen Rechtsverhältnisse geschlossener Höfe, wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol.

(LGV1. 1909 Nr. 47; geändert durch Geset vom 26. Jänner 1928 [LGV1. 1928 Nr. 16].)

über Antrag bes Landtages Meiner gefürsteten Grafschaft Tirol finde Ich zu verordnen wie folgt:

### I. Allgemeine Bestimmung.

§ 1. Als geschlossener Hof gilt jede landwirtschaftliche, mit einem Wohnhause versehene Besitzung, deren Grundbuchseinlage sich in der Hösesabteilung des Hauptbuches befindet. (§ 3, Gesetz vom 17. März 1897, LGBl. Rr. 9.)3,4

# II. Befdranfungen ber Berfügungsfreiheit bes Gigentumers.

§ 2. Alle Beränderungen an dem Bestande und Umsange der gesschlossenen Höfe, die weder durch Enteignung noch durch eine im Sinne des Artikels VI Absat 1 des Gesetzes vom 17. März 1897, AGBl. Ar. 77, zulässige Zwangsversteigerung bewirkt werden, bedürsen der Bewilligung der Hösebehörde.

I. geschichtliche Entwicklung;

II. örtlichen Geltungsbereich;

III. sachlichen Inhalt: 1. Boraussehungen, 2. Teilungsverbot, 3. Berfügungsfreiheit, 4. Erbteilungsvorschriften, 5. Heimatzufluchtsrecht,

IV. praktische Erfahrungen auf Seite 186ff.

<sup>3</sup> Ju § 1. Der in Bezug genommene § 3 des Gesetes b. 17. März 1897, wirksam für die gefürstete Grasschaft Tirol, betr. die Anlegung von Grundbüchern und die innere Einrichtung derselben lautet:

A. Hauptbuch.

§ 3.

Die Grundbuchseinlagen je einer Kataftralgemeinde bilden zusammen ein Hauptbuch, das in zwei gesonderten Abteilungen die Einlagen der den gesetzlichen Teilungsbeschränkungen unterliegenden (geschlossenen) Höfe und die Einlagen aller anderen Liegenschaften enthält.

Im Bedarfsfalle find Erganzungsbande des Sauptbuches anzulegen.

4 Bgl. auch das Gesetz v. 12. Juni 1900, wirksam für die gefürstete Grasschaft Tivol, womit einige Bestimmungen des Gesetzs v. 17. März 1897 (LGBI. Nr. 9), betr. die Anlegung von Grundbüchern und die innere Einrichtung derselben, ergänzt bzw. abgeändert werden (LGBI. 1900 Nr. 48).

<sup>1</sup> Reichsgesetliche Grundlage. Gesetz v. 1. April 1889, betr. die Einsführung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Bestitungen mittlerer Größe (RGBI. f. d. im Reichstat vertretenen Königsreiche und Länder 1889 Kr. 52) — abgedr. lfd. Kr. I 1.

<sup>2</sup> überblid über

B I 2 Tirol. 191

§ 3. Die Bewilligung zur Neubilbung eines geschlossenen Hofes ift zu erteilen, wenn gegen die vom Eigentümer beantragte hofrechtliche Bereinigung mehrerer Liegenschaften keine erheblichen wirtschaftlichen oder landeskulturellen Bedenken bestehen, und wenn der Durchschnittsertrag des neu zu bildenden Hofes zur angemessenen Erhaltung einer Familie von mindestens fünf Köpfen ausreicht, ohne das Bierfache eines solchen Ertrages zu überschreiten.

Unter benselben Boraussetzungen ist dem Eigentümer eines geschlossenn Hofes die Einverleibung bisher nicht zum Hofe gehöriger Liegenschaften oder Rechte zu gestatten.

§ 4. Die hofrechtliche Bereinigung zweier ober mehrerer geschlossener Sofe ift in ber Regel unzulässig.

Ausnahmsweise kann die Bewilligung zur Bereinigung zweier Höse dann erteilt werden, wenn einer der beiden Höse zur angemessenen Erhaltung einer Familie von fünf Köpsen nicht ausreicht, wenn serner insolge der beantragten Bereinigung das nach § 3 Absah 1 zulässige Höchstausmaß nicht überschritten wird, und wenn davon erhebliche wirtschaftliche oder landeskulturelle Borteile zu erwarten sind.

§ 5. Die Bewilligung zur Abtrennung von Bestandteilen eines gesichlossenen Hoses ift zu erteilen, wenn der Hos nach der Abtrennung zur Erhaltung einer Familie von mindestens fünf Köpfen noch hinreicht, und wenn der beantragten Abtrennung erhebliche wirtschaftliche oder landesstulturelle Bedenken nicht entgegenstehen.

Desgleichen ist die Bewilligung zu erteilen, wenn für den abgetrennten Hosteil gleichzeitig ein anderes für die Bewirtschaftung des Hoses gleichswertiges Grundstück damit bereinigt wird.

Bei Erteilung der Bewilligung ift auch zu prüfen, ob sich für den Hof des Käufers in wirtschaftlicher oder landeskultureller Hinsicht ein Borteil oder Nachteil ergibt.

Die Erteilung der Bewilligung kann an die Bedingung geknüpft werden, daß die abzutrennenden Bestandteile mit dem Gute des Käusers vereinigt werden. Ist das Gut des Käusers kein geschlossener Hos, würde es jedoch durch den Zukauf die Eigenschaft eines solchen erwerben, kann die Besdingung gestellt werden, daß das Anwesen im Sinne des § 3 des Gesetzes als geschlossener Hos erklärt wird.

- § 6. Erscheint die Abtrennung zum Zwecke der Herfellung, Umlegung oder Erweiterung von Straßen oder Wegen, zu Bache oder Flußeregulierungen, Entsumpfungen oder anderen im öffentlichen oder Gemeindeinteresse gelegenen Aulturmaßnahmen als notwendig oder nüglich, oder soll das abzutrennende Grundstück als Baugrund oder zu gewerblichen Zwecken verwendet werden, so kann die Bewilligung ohne Kücksicht auf die Größe des Hoses erteilt werden.
- § 7. Wenn ein geschlossener Hof burch Abtrennung ober geänderter 3weds bestimmung einzelner Bestandteile, burch Elementarereignisse ober burch

andere Umftande bie Eignung gur Erhaltung einer Familie überhaupt dauernd berliert, so ift über Ginschreiten des Gigentumers auf Aufhebung ber Sofeigenschaft zu erkennen.

Ein solches Erkenntnis ist nach eingetretener Rechtskraft von der Höfebehörde derart in Bollzug zu setzen, daß sie es dem Grundbuchsgerichte mit dem Ersuchen mitteilt, die Einlage der betreffenden Liegenschaft unter gleichzeitiger Löschung aller auf die Hofeigenschaft bezüglichen Eintragungen aus der Höfeabteilung des Hauptbuches in die Abteilung der anderen Liegenschaften zu übertragen.

§ 8. In der freien Berfügung über Liegenschaften, die nicht zu einem geschlossenen Hofe gehören (walzende Grundstücke), ist der Eigentümer in der Regel nicht beschränkt.

Nur wenn durch die beabsichtigte Teilung eines solchen Grundstückes neue walzende Parzellen entstehen sollen, bedarf die Teilung der Bewilligung der Höfebehörde.

Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn das abzutrennende Stud als Baugrund oder zu gewerblichen Zwecken verwendet werden soll, oder wenn für die Teilung die im § 6 angeführten Gründe vorliegen.

In anderen Fällen kann die Bewilligung versagt werden, wenn der Teilung erhebliche landeskulturelle Bedenken entgegenstehen, namentlich wenn Grundstücke von kulturwidrig kleinem Ausmaße entstehen würden.

#### III. Behörden und Berfahren.

§ 9. Als Höfebehörde erfter Instanz waltet für jede Ortsgemeinde gine Sofekommiffion, der unter dem Borfite eines Bertreters der politischen Bezirksbehörde je ein Vertreter der Bezirksgenossenschaft der Landwirte und der Gemeinde angehören.

Bon dem Ausschusse jeder Bezirksgenossenschaft und von jedem Gemeindeausschusse wird der in die Hösekommission zu entsendende Vertreter sowie ein Ersahmann für die Dauer von drei Jahren gewählt. Wo eine Bezirks= genossenschaft der Landwirte nicht besteht, hat als drittes Mitglied der Sofekommission der Gemeindeborfteher oder sein Stellvertreter einzutreten.

In zweiter Instanz entscheidet die Landes-Sofekommission, der unter dem Borsitze eines Vertreters der k. k. Statthalterei je ein Vertreter des Landesausschusses und des Landeskulturrates angehören.

Bgl. auch das Tiroler Gesetz v. 30. Jan. 1920, betr. die Zuständigkeit der Agrarbehörden zur Behandlung der nach dem Kaiserl. Patent b. 5. Juli 1853 (AGBl. Ar. 130) ber Ablöfung ober Regulierung unterliegenden Rechte.

**<sup>3</sup>u § 9.** Weitere Zuständigkeiten sind der Höfekommission (Landeshöfekommission) zugewiesen durch die §§ 1ff. des Gesetzes vom 12. Juni 1900 (LGBL Nr. 49), durch welches in Gemäßheit des Gesetzes d. 6. Febr. 1869 (RGBL Nr. 18) die Organe bestimmt werden, die zur Entscheidung darüber berufen sind, ob durch einen Grundtausch eine bessere Bewirtschaftung bewirkt wird.

B I 2 Tirol. 193

Die Schluffassungen in erster und zweiter Instanz erfolgen mit absoluter Stimmenmehrheit.

§§ 10 bis 14 (betr. Buftandigfeit und Berfahren).

#### IV. Erbteilungsvorschriften.

§ 15. Sind zur gesetzlichen Erbfolge nach dem Alleineigentümer eines geschlossen Hofes mehrere Bersonen berufen, so kann der Hof nebst Zusgehör nur einer Person, dem Anerben, zusallen.

Was als Zugehör eines Hofes anzusehen sei, bestimmt das Allgemeine Bürgerliche Gesethuch. Zum Hose gehört insbesondere auch das Betriebse inventar, soweit es zur ordentlichen Bewirtschaftung ersorderlich ist. Falls sich die Miterben hierüber nicht einigen können, ist der Umfang des ersforderlichen Betriebsindentars durch das Gericht nach Eindernahme von Sachverständigen sestzustellen.

§ 16. Wenn Geschwister als Erben eintreten, und wenn der berusen Anserbe sowie alle oder einige Miterben oder ihre gesetzlichen Bertreter darauf antragen, so kann die Auseinandersetzung zwischen ihnen einen Ausschlaub erleiden. In diesem Falle ist der Hof den betreffenden Geschwistern zum gemeinsamen Gigentum mit dem Borbehalte einzuantworten, daß der Anserbe jederzeit sein Anerbenrecht geltend machen kann.

Hierburch wird die Erbteilung (§§ 18 bis 21) zwischen den gemeinsamen Besitzübernehmern auf so lange hinausgeschoben, bis der Anerbe sein Unerbenrecht geltend macht.

Will ein anderer Teilhaber aus der Gemeinschaft austreten, oder stirbt während der Dauer derselben eines der Geschwister ohne Nachkommenschaft, so sind die anderen Teilhaber berechtigt, den erledigten Miteigentumsanteil nach den Bestimmungen der §§ 19 und 21 zu übernehmen. Machen sie von dieser Berechtigung keinen Gebrauch, oder sind nach dem verstorbenen Teilhaber Nachkommen vorhanden, so ist mit der Durchführung der hinausegeschobenen Erdteilung vorzugehen.

Jene Miterben, die der im Absahe 2 und 3 vorgesehenen Gemeinschaft nicht angehören, sind mit ihren Erbteilen gemäß den Bestimmungen der §§ 18 bis 21 sofort abzusertigen.

- § 17. Der Hofübernehmer wird nach dem Rechte und der Ordnung der gesetzlichen Erbfolge bestimmt. Unter mehreren zugleich eintretenden Erben ist bei Abgang eine Einigung über die Berufung als Anerbe nach solgenden Grundsähen zu entscheiden:
- 1. Nach dem Grade nähere Berwandte gehen den entsernteren voraus. Unter gleichnahen Berwandten gebührt den männlichen vor den weibslichen Erben der Borzug.

Unter gleichnahen Verwandten desselben Geschlechts gibt das höhere Alter und bei gleichem Alter das Los den Ausschlag, jedoch mit der Einsichränkung, daß den Nachkommen vorverstorbener Söhne vor den Nachstommen vorverstorbener Töchter stets das Vorrecht gebührt.

Schriften 178, III. 13

Wenn jedoch der zur Hofnachfolge berusene Sohn auf dem Hofe sich versehelicht hat, aber mit Hinterlassung eines Sohnes gestorben ist, und wenn dieser letztere zur Zeit des Ablebens des Besitzers noch auf dem Hofe seinen Wohnsitz hat, so gebührt demselben die Nachfolge.

- 2. Leibliche Kinder gehen ftets Aboptivfindern, eheliche den unehelichen vor. Legitimierte Kinder ftehen ben ehelichen gleich.
- 3. Wenn der Erblasser kinderlos verstorben ist und ihm der Hof ganz oder zum größten Teile durch Erbfall von Seite eines Elternteiles zusgekommen war, so sind vor allem jene Erbberechtigten als Anerben berufen, die ihr Erbrecht von dem betreffenden Elternteile ableiten.
- 4. Bon der Abernahme des Hofes sind in der Regel Personen aus= geschlossen:
  - a) benen das Recht ber freien Bermögensberwaltung bom Gerichte entspogen wurde;
  - b) die sonst wegen getstiger oder körperlicher Gebrechen zur persönlichen Bewirtschaftung des Hofes unfähig erscheinen;
  - c) die einen auffallenden Hang zur Verschwendung betätigen;
  - d) die durch ihren Beruf verhindert sind, den Hof von der Hofftelle aus personlich zu bewirtschaften;
  - e) die über zwei Jahre abwesend sind, ohne von ihrem Aufenthalte Nachricht zu geben, wenn deren Abwesenheit von Umständen begleitet ist, die es zweiselhaft machen, ob der Abwesende binnen einer ansgemessenen Zeit zurückehrt.

Die Entscheidung über das Borhandensein von Ausschließungsgründen steht dem Berlassenschaftsgerichte zu, das hierüber vorerst das Gutachten der Höfebehörde einzuholen hat.

Unter den nicht ausgeschlossenen Miterben fällt der Hof jenem zu, dem er zugefallen wäre, wenn die ausgeschlossenen Miterben gar nicht vorshanden gewesen wären.

- 5. Ist der Anerbe zur Zeit des Erbanfalles bereits Alleineigentümer eines geschlossenen Hofes, so hat er in dem Rechte, den Hof des Erblasserz zu übernehmen, hinter den anderen Miterben zurückzustehen, und fällt sohin der Hof dem nach diesem Gesehe Nächstberusenen zu, wenn der Anerbe es nicht vorzieht, sein eigenes Gut dem Nächstberusenen um den nach § 19 zu ermittelnden Preis zu überlassen. Will keiner der Miterben dieses letztere Gut übernehmen, so erlischt ihr Recht, das Zurückstehen des Anerben zu verlangen.
- § 18. Bei der Erbteilung wird ber hof (§ 15) dem Anerben zugewiesen, der bis zur höhe des lastenfreien Wertes des hofes Schuldner der Berslassenschaft wird.
- § 19. Hat der Erblasser in betreff des Abernahmswertes des Hoses keine Berfügung getroffen, und kommt auch keine Bereinbarung der Beteiligten hierüber zustande, so bestimmt das Gericht den Wert des Hoses nach billigem Ermessen, so daß der Abernehmer wohl bestehen kann.

B I. 2 Tirol. 195

Der gerichtlichen Entscheidung hat die Schähung des Hofes durch Sach= perständige und die Einbernehmung des Gemeindevorstandes voranzugehen.

Bei der Schätzung ist auf den Ertragswert angemessene Rücksicht zu nehmen. Jeder Sachverständige ist verpslichtet, die tatsächlichen Boraußsletzungen, auf denen sein Gutachten beruht, sowie die übrigen Grundlagen seiner Wertberechnung anzugeben. Auf das vorhandene Betriebsindentar ist dei der Feststellung des Hoswertes zwar angemessene Rücksicht zu nehmen, doch soll es, insolveit es ein Zugehör des Hoses bildet, nicht selbständig geschätzt werden.

Den Beteiligten steht frei, der Schätzung beizuwohnen und ihre Erinnerungen zu machen. Können sie sich nicht selbst vertreten, so sind ihre gesetzlichen Bertreter beizuziehen. Haben nicht eigenberechtigte Miterben denselben gesetzlichen Bertreter wie der Anerbe, so ist für ihre gesonderte Bertretung Sorge zu tragen.

§ 20. Bei der Teilung des Nachlaßvermögens ist an Stelle des Hoses ber dem übernehmer nach § 18 als Schulb angerechnete Betrag einzusbeziehen.

Diese Teilung geschieht unter den Miterben einschließlich des übernehmers nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesethuches
und des Bersahrens außer Streitsachen. Doch ist die Erbteilung bei Gericht
vorzunehmen oder dem Gerichte zur Genehmigung vorzulegen.

§ 21. Wenn die Miterben sich über die Art der Berzinsung und Aussahlung mit dem Anerben nicht einigen können, hat darüber das Gericht nach billigem Ermessen zu entscheiden.

In jedem Falle muß jedoch dem übernehmer des Hofes über bessen Berlangen zur Bezahlung dieser Erbteile eine Frist von drei Jahren vom Tage der Nechtskraft der Einantwortung an gewährt werden.

Andererseits darf gegen den Willen der Miterben diese Frist nicht über drei Jahre verlängert werden.

Ebenso ift eine gutliche Ginigung über bie Sicherftellung ber Erbteile ber Miterben zu bersuchen.

Kommt eine solche nicht zustande, so ist in der Einantwortungsurkunde zu verfügen, daß die grundbücherliche Eintragung des Eigentumsrechtes für den Unerben nur gleichzeitig mit der Eintragung des Pfandrechtes zur Sicherstellung der Erbteile der Miterben erfolgen dürfe.

Wird der übernommene Hof vor Ablauf der obigen dreifährigen Frist durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden einem nicht zu den Nachkommen des Anerben gehörigen Dritten ins Eigentum übertragen, so sind die Miterben berechtigt, die Bezahlung ihrer Erbteile ohne Rücksicht auf die dreisjährige Zahlungsfrist mittelst gerichtsüblicher Kündigung zu fordern.

§ 22. Auf einem geschlossenen Hof, der im Eigentum mehrerer Personen steht, finden die "Erbteilungsvorschriften" dieses Gesetzes nur dann Answendung, wenn die Miteigentümer Chegatten sind und einer davon ohne Nachkommenschaft gestorben ist.

13\*

In diesem Falle ist der überlebende Miteigentümer, soweit nicht letztwillige Verfügungen des Erblassers oder Verträge entgegenstehen, berechtigt, den erledigten Anteil des Hofes nach den Bestimmungen der Paragraphen 19 und 21 zu übernehmen.

Ein aus seinem Berschulden geschiedener Chegatte hat jedoch hierauf keinen Anpruch.

§ 23. Wenn zu einem Nachlasse mehrere geschlossene Höfe gehören und mehrere Personen im Sinne der §§ 15 und 17 dieses Gesetzes als Erben eintreten, so sind diese nach der durch dieses Gesetz sestgestellten Reihenfolge zur übernahme je eines Hofes berusen, und steht ihnen nach derselben Reihenfolge die Wahl zwischen den Höfen frei. Derselbe Borgang wiederholt sich, wenn mehr Höfe als Erben vorhanden sind.

Nachkommen eines verstorbenen Erben treten an dessen Stelle. Unter ihnen hat jener die Wahl, dem nach der erwähnten Reihenfolge der Borzug gebührt.

Wenn einer oder mehrere der zum Nachlasse gehörenden höfe zur Ershaltung je einer Familie von fünf Köpfen nicht ausreichen, so kann auf Antrag die Bereinigung von zwei oder aber von je zwei höfen zu einem Hofe versügt werden, wenn der Bereinigung nicht eine verschiedene hypothekarbelastung der höfe entgegensteht, wenn von der Bereinigung erhebliche wirtschaftliche oder landeskulturelle Borteile zu erwarten sind, und wenn der neu zu bildende hof das nach 3 zulässige höchstausmaß nicht überschreitet. Zur Antragstellung und zur übernahme des vereinigten hoses sind die eintretenden Erben nach der vorbezeichneten Reihensolge berufen. Bor der Entscheidung über den Antrag hat das Gericht das Gutsachten der höchschörbe einzuholen.

Das dem überlebenden Chegatten nach § 22 zustehende Recht zur übersnahme des erledigten Hofanteiles ist in dem Falle, als er im Miteigentume mehrerer im Nachlasse vorhandenen Höse gestanden wäre, auf einen dieser Höse beschränkt; jedoch steht dem überlebenden Chegatten die Wahl unter den im Miteigentumsverhältnisse gestandenen Hösen zu.

§ 24. Wenn der Unerbe den Hof innerhalb sechs Jahren nach dem Tode des Erblassers oder, falls er minderjährig ist, innerhalb sechs Jahren nach erlangter Eigenberechtigung freiwillig veräußert, so ist er verpflichtet, jenen Betrag zur Nachtragserbteilung herauszugeben, um den der erzielte Beräußerungswert den übernahmswert übersteigt. Bon dem Beräußerungswerte ist der durch Sachverständige zu schätzende Wert allfälliger, dom Unserben bewirkter Berbesserungen abzuziehen.

Das Recht, eine solche Nachtragserbteilung zu fordern, ist auf die Miteerben und deren Leibeserben beschränkt.

§ 25. Durch die vorstehenden Erbteilungsvorschriften wird der Eigentümer eines geschlossenen Hofes in seiner Verfügungsfreiheit innerhalb der Grenzen des Pflichtteilsrechtes weder unter Lebenden noch von Todes wegen beschränkt.

B I 2 Tirol. 197

Das Pflichtteilsrecht (§§ 765 und 766 UBGB.) wird durch die Erbsteilungsborschriften nicht berührt.

Der Pflichtteilsberechnung ist ber nach § 10 bestimmte Wert des Hoses zugrunde zu legen. Doch kann dieser Wert niemals geringer angenommen werden als jener Betrag, nach dem gemäß § 12 des Gesess bom 1. April 1889, NGBl. Nr. 52, die an den Staat zu entrichtende Vermögensäübertragungsgebühr zu bemessen ist.

Alls eine Beschränkung ober Berkurzung des Pflichtteiles ist es nicht anzusehen:

- 1. wenn das Gericht im Sinne des § 21 über die Zahlungstermine eine Berfügung trifft:
- 2. wenn der Erblasser lettwillig berfügt:
  - a) daß dem leiblichen Bater oder der leiblichen Mutter des Anerben das Recht zustehe, den Hof bis zur Großjährigkeit des Anerben zu verwalten und zu genießen mit der Berpflichtung, während der Dauer dieses Genusses den Anerben und dessen minderjährige Mitserben, letztere bis zur Fälligkeit des Erbteiles oder, wenn ein Mitserbe vor diesem Zeitpunkte großjährig wird, bis zur erreichten Großjährigkeit zu erziehen und für den Notfall auf dem Hose zu erhalten;
  - b) daß die Erbteile erst bei erreichter Großjährigkeit der Miterben fällig werden, wogegen der Anerbe die Miterben bis dahin ansgemessen zu erziehen und für den Notsall zu erhalten hat.

In beiden Fällen hat die erlangte Eigenberechtigung dieselbe Wirkung wie die Erreichung der natürlichen Großjährigkeit. Ergreist ein Miterbe einen Beruf, mit dessen Borbereitung oder Ausübung die Natural-verpslegung am Hose undereindar ist, so tritt an die Stelle der Natural-verpslegung die Berpslichtung zur Auszahlung der vereindarten oder gerichtlich sestzusehenden Zinsen.

§ 26. Die besonderen Erbteilungsvorschriften dieses Gesetzes kommen bei der testamentarischen oder vertragsmäßigen Erbsolge nur dann zur Unwendung, wenn der vom Erblasser berufene Hofübernehmer zu den im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuche unter die gesetzlichen Erben aufsgenommenen Personen gehört.

#### V. Schlugbeftimmungen.

§ 27. Durch das gegenwärtige Geset werden die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Teilung von Gemeindewäldern und der solchen gleichzuhaltenden Waldungen sowie die in den Gemeindegesetzen enthaltenen Beschränkungen des Berfügungsrechtes in bezug auf die Teilung des Gemeindeeigentums nicht berührt.

Auf Güter, die mit dem Fibeikommiß= oder Lehenbande behaftet sind, findet bieses Gesetz keine Anwendung.

§ 28. Dieses Gesetz tritt in den Gemeinden, in denen das Grundbuch bereits eröffnet ist, sofort mit seiner Kundmachung, in den anderen Ge-

meinden jeweilig mit dem Tage der Eröffnung des Grundbuches in Wirksamkeit.

Auf die Auseinandersetzung solcher Erbschaften, die vor der Wirksamkeit dieses Gesetzs anfallen, finden die darin enthaltenen Erbteilungssvorschriften keine Anwendung.

Mit der Wirksamkeit dieses Gesetzes treten alle bisherigen Vorschriften, die Gegenstände desselben betreffen, insbesondere das Patent vom 11. August 1770, das Patent vom 9. Oktober 1795 und die Statthaltereiskundmachungen vom 1. Jänner 1852 und vom 11. März 1856 außer Kraft.

§ 29. Mit dem Bollzuge diefes Gefetes find Meine Minifter des Udersbaues, des Innern, der Juftig und der Finanzen beauftragt.

# 3. Kärnten.

# Geset 1, 2

# vom 16. September 1903,

wirksam für das Serzogtum Kärnten, betreffend die Einführung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besigungen mittlerer Größe (Erbhöfe).

(Landes-Geset; und Berordnungsblatt für das Berzogtum Kärnten 1903 S. 213 Nr. 33.)

§ 1. Für landwirtschaftliche, mit einem Wohnhause verschene Besitzungen mittlerer Größe (Erbhöfe, § 2), die im Alleineigentume einer Person stehen, treten nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesehes besondere Erbeteilungsvorschriften<sup>2</sup> in Kraft.

Inwiefern die Bestimmungen dieses Gesetzes hinsichtlich jener Höfe Answendung finden, welche im Eigentume mehrerer Personen stehen, wird im § 15 bestimmt.

- § 2. Als Höfe mittlerer Größe im Sinne dieses Gesetzes sind jene Höfe anzusehen:
  - a) deren Katastralreinerträgnis mindestens 50 Kronen beträgt, wobei das Flächenmaß nicht unter fünf Hektar betragen darf;
  - b) beren Katastralreinerträgnis ohne Rücksicht auf bas Flächenmaß höchstens 1000 Kronen beträgt.

Die Landesregierung kann nach Einbernehmung des Landesausschusses für einzelne Gemeinden ein geringeres Mindestmaß des Katastralreinertrages bzw. des Flächenmaßes sestseten.

lfd. Nr. I 1.

<sup>2</sup> Ein Teilungsverbot — wie es der § 2 des Tiroler Höfegesetzes enthält — ist im Kärntner Erbhöfegesetz nicht vorhanden.

<sup>1</sup> Die rechtliche Grundlage bildet auch hier das Reichsrahmengeset v. v. 1. April 1889, betr. die Einführung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftliche Besitzungen mittlerer Größe (MGBl. Rr. 52), abgedr. If

§ 3. Als Hofbestandteile sind sämtliche dem Eigentümer des Hofes gehörige, den Zweden der Landwirtschaft dienende Liegenschaften zu bestrachten, welche, regelmäßig von der Hosstelle aus bewirtschaftet, eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Als Hofbestandteile sind auch jene Liegenschaften zu behandeln, welche zwar im Sinne des § 2 dieses Gesetzes als Höfe mittlerer Größe anzusehen wären, aber von einem anderen Hose aus bewirtschaftet werden und ein zum ordentlichen Wirtschaftsbetriebe desselben notwendiges Zugehör bilben (Halthuben).

Als Hosbestandteile sind ferner die mit dem Besitze des Hoses oder einzelner Teile desselben verbundenen (radizierten) Gewerbe und Nutzungserechte, insbesondere Weides, Holzungse und Wasserrechte an Gemeindegrundstüden oder an anderen fremden oder gemeinschaftlichen Grundstücken, anzusehen.

Ob eine Besitzung als ein Hof mittlerer Größe im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist, und welche Liegenschaften sowie Nutzungsrechte als Hosbestandteile zu betrachten sind, hat das Abhandlungsgericht nach Einvernehmung der Gemeindevertretung und von Sachverständigen sestzustellen.

- § 4. Auf Güter, welche mit dem Fibeikommiß= oder Lehenbande behaftet sind, findet dieses Gesetz keine Anwendung.
- § 5. Der Eigentümer eines den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegenden Hoses ist durch dasselbe in seiner Berfügung über den Hos vober über einzelne Teile desselben weder unter Lebenden noch von Todes wegen beschränkt.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes finden bei der gesetlichen Erbsolge jederzeit, bei der testamentarischen oder vertragsmäßigen aber nur dann Anwendung, wenn der Erblasser eine der im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzuche unter die gesetzlichen Erben aufgenommenen Personen als Abernehmer bestimmt, wobei er weder an die Reihenfolge des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzuches noch an jene, welche durch das gegenswärtige Gesetzssetzt wird, gebunden ist.

§ 6. Geht das Nachlagbermögen des Eigentümers eines Hofes an mehrere Personen über, so kann der Hof nebst Zugehör nur einer Person, dem überenehmer (Anerben), zusallen.

Was als Zugehör eines Hofes anzuschen sei, bestimmt das Allgemeine Bürgerliche Gesethuch. Zu demselben gehört insbesondere auch das Betriebstinventar, soweit es zur ordentlichen Bewirtschaftung des Hoses ersorderlich ist. In dem Falle, als sich die Erbsinteressenten hierüber nicht einigen können, ist der Umfang des ersorderlichen Betriebsinventars durch das Gericht nach Einvernahme von Sachverständigen festzustellen.

Wegen eines allfälligen Abganges an dem Betriebsinbentar kann ein Unspruch auf Ersatz des Wertes aus dem sonstigen Nachlaßbermögen nicht erhoben werden.

- § 7. Der Abernehmer des Hofes wird nach dem Rechte und der Ordnung der gesetzlichen Erbfolge bestimmt. Unter mehreren zugleich einstretenden Erben werden bei Abgang einer Einigung unter denselben die einzelnen zur Abernahme des Hoses nachstehend berufen:
- 1. In der Regel gebührt den männlichen Erben der Borzug vor den weiblichen und unter mehreren Erben desselben Geschlechtes dem älteren vor dem jüngeren; bei gleichem Alter entscheidet das Los. Jedoch haben die dem Grade nach näheren Berwandten das Borrecht vor den entsernteren.
- 2. Beibliche Rinder geben ftets Aboptivkindern, ebeliche ben unebelichen bor. Legitimierte Rinder fteben ben ebelichen gleich.
- 3. Wenn der Erblasser kinderlos verstorben ist und demselben der Hof ganz oder zum größten Teile durch Erbsall von Seite eines Elternteils zugekommen war, so fällt der Hof auf denjenigen Miterben, welchem er in dem Falle zukommen würde, wenn nur Erbsinteressenten von dem betreffenden Elternteile vorhanden wären.
- 4. Bon der Ubernahme des Hofes sind in der Regel diejenigen ausgeschlossen:
  - a) benen das Recht der freien Bermögensverwaltung vom Gerichte entzogen wurde;
  - b) welche sonst wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur personlichen Bewirtschaftung bes Hoses unfähig erscheinen;
  - c) welche einen auffallenden Hang zur Verschwendung betätigen;
  - d) welche durch ihren Beruf verhindert sind, den Hof von der Hofstelle aus persönlich zu bewirtschaften;
  - e) die über zwei Jahre abwesend sind, ohne von ihrem Aufenthalte Nachricht zu geben, wenn deren Abwesenheit von solchen Umständen begleitet ist, welche es zweiselhaft machen, ob der Abwesende binnen einer angemessenen Zeit zurückehrt.

Wenn jedoch zur Abernahme des Hofes keine anderen als jolche Erben berufen sind, hinsichtlich welcher ein Ausschließungsgrund gemäß der vorstehenden Bestimmungen obwaltet, so ist gleichwohl einer dieser Erben als Abernehmer des Hofes zu bestimmen, falls es nicht zweckmäßiger besunden wird, den Hof nach den für Pslegebesohlene geltenden gesetlichen Bestimmungen zu beräußern und das Berlassenschaftsvermögen nach den Grundsähen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesehbuches zu verteilen.

Die Entscheidung, durch welche in den im vorstehenden Absatz gedachten Fällen der Absernehmer des Hoses bestimmt wird, ferner die Entscheidung über die Beräußerung des Hoses oder über das Borhandensein von Ausschließungsgründen nach lit. b—e sind dem Gerichtshose erster Instanz vorbehalten, welchem das Bezirksgericht in solchen Fällen die Abhandlungssatten mit seinem Gutachten vorzulegen hat (§ 109 JN.).

5. Ift der Anerbe gur Zeit des Erbanfalles bereits Alleineigentumer eines Hofes mittlerer Größe oder einer noch größeren landwirtschaftlichem Besitzung, so hat er in dem Rechte, den Hof des Erblassers zu übernehmen,

hinter ben anderen Miterben zurückzustehen, und fällt sohin der Hof dem nach Maßgabe dieses Gesetzes Nächstberusenen zu, wenn jener es nicht vorzieht, sein eigenes Gut dem Nächstberusenen um den nach § 9 zu ermittelns den Preis zu überlassen. Will keiner der Miterben dieses letztere Gut übernehmen, so erlischt ihr Recht, das Zurückstehen des zur übernahme des Hoses Berusenen zu verlangen.

- 6. Konkurrieren ausgeschlossene Erben und nicht ausgeschlossene Erben, so fällt der Hof demjenigen aus den letzteren zu, welchem er zugefallen wäre, wenn die ersteren gar nicht vorhanden wären.
- § 8. Bei der Erbteilung wird der Hof (§ 6) dem Anerben zugewicsen, welcher bis zur Höhe des laftenfreien Wertes des Hofes Schuldner der Berlassenschaft wird.
- § 9. Der Wert des Hofes ist durch übereinkommen3 der Beteiligten zu bestimmen.

Läßt sich ein übereinkommen nicht erzielen, so hat das Gericht nach Bornahme einer Schähung durch Sachberständige, nach Anhörung der Gesmeinbebertretung und nach Eindernahme der Beteiligten den Wert des Hoses nach einem Bielfachen des Katastralreinertrages nach billigem Ersmessen der thernehmer wohl bestehen kann.

Können sich die Beteiligten nicht selbst vertreten, so sind ihre gesetzlichen Bertreter beizuziehen, und sind berechtigt, hiebei ihre Erinnerungen zu machen.

Mit Rücksicht auf die widerstreitenden Interessen des Anerben und der Miterben ist, falls dieselben Minderjährige oder Pflegebesohlene sind, für eine abgesonderte Vertretung derselben Sorge zu tragen.

Jeber Sachverständige ist berpflichtet, die tatsächlichen Boraussetzungen, auf denen sein Gutachten beruht, sowie die übrigen Grundlagen seiner Bertberechnung anzugeben.

Auf das vorhandene Betriebsinventar ist bei Feststellung des Wertes des Hoses zwar angemessene Rücksicht zu nehmen, doch soll dasselbe nicht selbständig geschätzt werden.

§ 10. Bei der Teilung des Nachlaßbermögens ist an Stelle des Hoses der dem übernehmer nach § 8 als Schuld angerechnete Betrag einzubeziehen.

Dicse Teilung geschieht unter den Miterben einschließlich des itbernehmers nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Berfahrens außer Streitsachen, doch ist die Erbteilung stets
bei Gericht vorzunehmen oder dem Gerichte zur Genehmigung vorzusegen.

In ber bezüglichen Urkunde ist auszudrücken, daß die Erbteilung nach biesem Geseige vorgenommen wurde.

<sup>3 3</sup>u § 9. Gütliches übereinkommen der Beteiligten (Abs. 1) ist in der Krazis die Regel, umständliche Schähung (Abs. 2—6) die seltene Ausenahme.

Bericht des Landesgerichtspräsidiums Klagenfurt.

§ 11. Wenn die Parteien sich über die Frist<sup>4</sup>, die Raten der Auszahlung und die mittlerweilige Berzinsung<sup>4</sup> des den Miterben auszuzahlenden Betrages nicht einigen, so hat das Gericht hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden. In jedem Falle muß jedoch dem übernehmer des Hoses über dessen Berlangen zur völligen Begleichung dieses Betrages eine Frist von drei Jahren vom Tage der Rechtstraft der Einantwortung gewährt werden.

Underseits darf gegen den Willen der Forderungsberechtigten der Auszahlungstermin nicht über diesen Zeitpunkt hinaus festgesetht werden.

Ebenso ist eine gütliche Einigung wegen der mittlerweiligen Sichersstellung der auszuzahlenden Beträge zu versuchen. Insoweit eine solche nicht zustande kommt, ist in der Einantwortungsurkunde zu verfügen, daß das Eigentumsrecht des übernehmers auf den zugewiesenen Hof nur gleichzeitig mit dem Pfandrechte zur Sicherstellung der auszuzahlenden Beträge für die Miterben auf den Hof grundbücherlich eingetragen werden kann.

Wird der übernommene Hof vor Ablauf der obigen Frist durch ein Rechtse geschäft unter Lebenden einem Dritten ganz oder teilweise ins Eigentum übertragen, so sind die Miterben berechtigt, die Auszahlung ohne Rückslicht auf die hiezu festgesetzt Zeit sogleich zu fordern.

- § 12. Der Erblasser kann die Bevorzugung des übernehmers einschränken, ausheben oder innerhalb der Grenzen des Pflichtteilsrechtes erweitern.
- § 13. Der Bert, um welchen der Unerbe einen Sof nach den Bestimmungen dieses Gesetzes übernimmt, ift auch der Bemessung der an den Staat zu entrichtenden Bermögensübertragungsgebühren zugrunde zu legen.

In keinem Falle, mit Ausnahme bes Falles der vom Gerichte gemäß 9 dieses Gesetzes nach Bornahme einer Schätzung erfolgten Bewertung, kann jedoch dieser Wert unter dem Siedzigsachen der Grundsteuer ohne Nachlaß (Finanzministerialerlaß vom 23. Dezember 1897, NGBL. Nr. 301) bzw. dem Sechzigsachen der Hauszinssteuer ohne Nachlaß (§ 13 des Gesetzes vom 9. Februar 1882, NGBL. Nr. 17) angenommen werden (§ 12 des Gesetzes vom 1. April 1889, NGBL. Nr. 52).

§ 14. Das Pflichtteilsrecht (§§ 765 und 766 UBGB.) wird durch die Erbteilungsvorschriften nicht berührt.

Der Pflichtteilsberechnung ist der nach § 9 dieses Gesehes bestimmte Wert des Hoses zugrunde zu legen. Doch kann dieser Wert niemals geringer ans

ilber eine Aufschiedung der Bestimmung des Anerben und der Ausseinandersetzung zwischen den Miterben über die Erbteilung bgl. § 11 der Just. Min. Brdg. v. 11. Jan. 1904 (JMBBl. Ar. 2). Die Aufschiedung soll sich namentlich im Falle besonders jugendlichen Alters, aber auch im Falle der Ariegsabwesenheit der Beteiligten vielsach als zweckmäßig bewährt haben.

<sup>4 3</sup>u § 11. Bon einer Berzinsung der den minderjährigen Geschwistern zukommenden Erbteile wird in der Regel abgesehen und auch die Fälligsteit so weit hinausgeschoben, wie dies in Rücksicht auf die Leistungsfähigsteit des Anerben nötig und nach den eigenen Bedürsnissen der Miterben irgend möglich ist.

genommen werden als jener Betrag, nach welchem die an den Staat zu entrichtende Bermögensübertragungsgebühr zu bemessen ist.

Uls eine Einschränkung ober Berkurzung bes Pflichtteiles ist es nicht zu betrachten, wenn:

- 1. das Gericht im Sinne des § 11 den Zahlungstermin festsett;
- 2. vom Erblasser in einem gültigen letten Billen Berfügungen getroffen werben, burch welche:
  - a) dem leiblichen Bater oder der leiblichen Mutter des Anerben bis zur Großjährigkeit desselben das Recht eingeräumt wird, den Hof nach dem Tode des Erblassers in eigene Nutzung und Berwaltung zu nehmen unter der Berpflichtung, solange diese Nutzung und Berwaltung dauert, den übernehmer und dessen minderjährige Miterben, letztere bis zur Fälligkeit des Erbteiles, oder wenn ein Miterbe vor dieser Fälligkeit großjährig wird, bis zur erreichten Großjährigkeit zu erziehen und für den Notsall auf dem Hofe zu erhalten;
  - b) die Fälligkeit des Erbteiles bis zur Großjährigkeit der Miterben unter der Verpflichtung des Abernehmers, die Miterben bis zu diesem Zeitpunkte angemessen zu erziehen und für den Notfall zu erhalten, hinausgeschoben wird.

In beiden Fällen (a und b) hat die erlangte Eigenberechtigung dieselbe Wirkung wie die Erreichung der phhsischen Großjährigkeit. Ebenso tritt in beiden Fällen, wenn ein Miterbe einem solchen Beruse zugeführt wird, mit dessen Borbereitung oder Ausübung die Naturalverpslegung am Hose unvereindar ist, an die Stelle der Berpflichtung zur Naturalverpslegung die zur Auszahlung der vereindarten oder gerichtlich sestgesetzten Iknen.

§ 15. Auf einen unter die Bestimmung dieses Gesches fallenden Hof, welcher im Eigentume mehrerer Personen steht, sinden die Bestimmungen dieses Gesehres nur dann Anwendung, wenn die Miteigentümer Chesgatten sind und einer derselben ohne Nachkommenschaft gestorben ist.

In diesem Falle ist der überlebende Teil, soweit nicht letztwillige Bersfügungen des Erblassers oder Berträge entgegenstehen, berechtigt, die ersledigte Hälste des Hofes nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 9 und 11 zu übernehmen.

Aber auch bei Vorhandensein von Kindern aus dieser Ehe kann, insbesondere bei überschuldeten Nachlässen, der überlebende Ehegatte mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes den in den Nachlaß sallenden Anteil des Hoses nach Maßgabe der §§ 9 und 11 übernehmen, sosern nicht Chepakten oder sonstige rechtsgültig getroffenen Versügungen entgegenstehen.

Ein solcher Antrag ist abzulehnen, wenn die Witwe noch in einem Alter steht, in welchem deren Wiederverehelichung und dadurch eine Schädigung der Kinder aus erster Ehe mit Erund erwartet werden kann.

Ein aus seinem Berichulben geschiedener Ehegatte hat jedoch auf die in biesem Paragraphen eingeräumten Befugnisse keinen Anspruch.

§ 16. Wenn zu einem Nachlasse mehrere Höfe von der im § 1 bezeichneten Art gehören und mehrere Personen im Sinne der §§ 6 und 7 dieses Gesetzes als gesetzliche Erben eintreten, so sind dieselben nach der durch dieses Gesetz sestellten Reihensolge zur übernahme je eines Hoses berusen und steht ihnen nach derselben Reihensolge die Wahl zwischen den Hösen frei, ausgenommen die im § 3 Absat 2 als Zugehör eines Stamms gutes bezeichneten Höse. Derselbe Borgang wiederholt sich, wenn mehr Höse als Erben vorhanden sind.

Nachkommen eines verstorbenen Erben treten an dessen Stelle. Unter ihnen hat derjenige die Wahl, welchem nach der erwähnten Reihenfolge der Borzug gebührt.

Das dem überlebenden Ehegatten nach § 15 zustehende Recht zur übernahme der erledigten Hälfte des Hoses ist selbst in dem Falle, als der überlebende Ehegatte im Miteigentume aller im Nachlasse vorhandenen Höse
gestanden wäre, auf einen dieser Höse beschränkt, jedoch steht dem überlebenden Ehegatten die Wahl unter den im Miteigentumsverhältnisse gestandenen Hösen zu.

- § 17. Das gegenwärtige Gesetz tritt brei Monate nach dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Auf Erbanfälle, welche bor ber Wirksamskeit bes gegenwärtigen Gesetzes eintreten, findet dasselbe keine Anwendung.
- § 18. Mit dem Bollzuge dieses Gesethes sind Meine Minister des Innern, der Justiz, des Aderbaues und der Finanzen beauftragt.

# II. Schweiz.

# Schweizer Zivilgesethuch vom 10. Dezember 1907 1-3.

#### Art. 616.

Die Kantone sind befugt, für die einzelnen Bodenkulturarten die Flächenmage zu bezeichnen, unter die bei der Teilung von Grundstücken nicht gegangen werden barf.

#### 2frt. 617.

Grundstücke sind den Erben zu dem Wert anzurechnen, der ihnen im Zeitpunkt der Teilung zukommt.

Landwirtschaftliche Grundstücke sind hierbei nach dem Ertragswerte, andere Grundstücke nach dem Berkehrswerte zu ichagen.

#### 2frt. 618.

Rönnen sich die Erben über den Unrechnungswert nicht verständigen, so wird er durch amtlich bestellte Sachverständige endgültig festgestellt.

Ift der Ertragswert nicht genügend bekannt, so wird angenommen, daß er drei Bierteile des Berkehrswertes betrage.

1 Das Schweizer Zivilgesetbuch ist am 1. Jan. 1912 in der ganzen Schweiz in Kraft getreten.

Früher hatten die einzelnen Kantone ihr eigenes Recht. Dieses war, namentlich in der frangofischen Schweiz, zumeist start beeinflußt durch den Code Napoléon und berechtigte daher, ebenso wie dieser, die Miterben, die Naturalteilung des Grundbesitzes zu berlangen. Die hierdurch und durch die alte Dreifelderwirtschaft mit Flurzwang eingetretene starke Berftückelung des Grundbesites hat dazu geführt, daß man zunächst in einzelnen Kantonen und danach auch in der Bundesgesetzebung zur Zusammenlegung der Grundstücke und — in Anlehnung an altüberlieferte Gewohnheiten danach auch zu ihrer einheitlichen Bererbung zurückkehrte. So hat die Schweiz — ein ausgesprochen demokratisches Land — das

Unerbenrecht zum allgemeinen Erbrecht für bäuerliche Besitzungen gemacht.

2 Die gemachten Erfahrungen stind gunstig. So wird bon bem Schätzungsamt des Schweizer Bauernverbandes in einem Schreiben vom Schätzungsamt des Schweizer Bauernverbandes in einem Schreiben vom 3. Juli 1928 mit Befriedigung konstatiert, "daß das bäuerliche Erbrecht, d. h. die ungeteilte übernahme zum Ertragswert nach Art. 620 und 621 immer mehr und in allen Gebieten der Schweiz Eingang findet"; ebenswird in einer volkstümlich gehaltenen Beröffentlichung des Schweizerischen Bauernsetretariats (Druck. Ar. 79, Das bäuerliche Erbrecht des Schweizerischen Zivilgesehbuchs, ein Führer für Behörden, Fürsprecher, Notare und Landwirte, bearbeitet von Dr. A. Borel, Brugg 1925) das bäuerliche Erbrecht "als zu den besten Teilen des Schweizerischen Zivilrechts gehörend" bezeichnet. Byl. auch Tuor, Kommentar zum Erbrecht, Borb. zu Art. 620st. Note 2 u. 10 auf S. 864 u. 868; Kossellenmentha, Manuel du droit civil Suisse, II-e édition, tome deuxième, Kr. 1146 S. 243st.

3 Literatur: Außer den in Anmerkung 2 genannten Schriften byl. auch Eugenheim, Das bäuerliche Erbrecht des Schweizerischen Zivilgesetzuchs berglichen mit dem kantonalen Recht und den deutschen Anerbenrechten (Jürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft 25, Aarau 1909); und Holder, Schweizer Zivilgesetzbuch, Erläuterungen zum Borentwurf I² (1914), S. 346st.

#### Art. 619.

Hat ein Erbe ein Grundstück unter dem Verkehrswert erhalten, so sind die Miterben berechtigt, beim Verkauf des Grundstückes oder eines Teiles desselben binnen der folgenden zehn Jahre einen verhältnismäßigen Anteil am Gewinne zu beanspruchen, sofern dieser Anspruch bei der Teilung im Grundbuch vorgemerkt worden ist.

Dieser Anteil soll nicht mehr betragen, als der Miterbe erhalten hätte, wenn das Grundstück bei der Teilung zum Berkehrswerte angerechnet worden wäre.

Auf den durch Berbesserungen, Bauten, Holzzuwachs und dergleichen entstandenen Gewinn haben die Miterben keinen Anspruch.

#### 2frt. 620.

Befindet sich in der Erbschaft ein landwirtschaftliches Gewerbe, so soll es, wenn einer der Erben sich zu dessen übernahme bereit erklärt und als hierfür geeignet erscheint, diesem Erben zum Ertragswerte auf Anrechnung ungeteilt zugewiesen werden, soweit es für den wirtschaftlichen Betrieb eine Einheit bildet.

#### Mrt. 621.

Erhebt einer der Miterben Einspruch, oder erklären sich mehrere zur übernahme bereit, so entscheidet die zuständige Behörde über die Zuweisung, Beräußerung oder Teilung des Gewerbes, unter Berücksigung des Ortsgebrauchs und, wo ein solcher nicht besteht, der persönlichen Bershältnisse der Erben.

Erben, die das Gewerbe selbst betreiben wollen, haben in erster Linie Unspruch auf ungeteilte Zuweisung.

Will keiner der Söhne das Gut zum Selbstbetrieb übernehmen, so sind auch Töchter zur übernahme berechtigt, sofern sie selbst oder ihre Chemänner zum Betriebe geeignet erscheinen.

#### Art. 622.

Wird der übernehmer des Gewerbes durch die Anteile der Miterben so sehr erschwert, daß er zu deren Sicherstellung seine Liegenschaften mit Einzrechnung der bereits auf ihnen ruhenden Pfandrechte bis über drei Bierteile des Anrechnungswertes belasten müßte, so kann er verlangen, daß die Teilung in betreff des übernommenen Gewerbes verschoben werde.

<sup>4</sup> Der Ortsgebrauch ist vielsach den kantonalen Einführungsgesetzen zu entnehmen; vgl. z. B. Eins.-Ges. z. 36B. f. d. Kanton Bern Art. 72 (Minorat); Luzern § 83, Uri § 77, Schwhz § 135 (Borrecht der Söhne, die Landwirte sind).

In diesem Falle bilden die Miterben zusammen eine Ertrags= gemeinderschaft (347ff.)6.

#### Mrt. 623.

Kommt der übernehmer in die Lage, die Abfindung ohne übermäßige Berschulbung durchzuführen, so kann jeder Miterbe die Gemeinderschaft kündigen und seinen Anteil herausverlangen.

Der übernehmer ist, soweit es nicht anders vereinbart wird, jederzeit besugt, die Auflösung der Gemeinderschaft zu verlangen.

#### Art. 624.

Wenn der übernehmer von dem Nechte auf Berschiebung der Teilung Gestrauch macht, so bleibt jeder Miterbe befugt, anstatt in der Ertragsgesmeinderschaft zu verbleiben, seinen Anteil in Gestalt einer durch Belastung des Gemeinschaftsgutes sichergestellten Forderung herauszuverlangen.

Diese Absindung hat der übernehmer jedoch für den Anteil, um den er dadurch das Gemeinschaftsgut über drei Bierteile des Anrechnungswertes (617, 620) belasten würde, nur in Gestalt einer Erbgült (853) zu leisten, die auf mindestens zehn Jahre unkündbar und höchstens nach dem für Gülten herrschenden Fuße zu verzinsen ist.

Auf die Erbengülten finden die Borschriften des Gultrechtes über die Belaftungsgrenze und die Haftung des Staates keine Anwendung.

#### Art. 625.

If mit dem landwirtschaftlichen Gewerbe ein anderes Gewerbe als Nebenbetrieb verbunden, so soll das Ganze, wenn sich einer der Erben zur übernahme bereit erklärt und hierfür als geeignet erscheint, diesen Erben zum Berkehrswert auf Anrechnung ungeteilt zugewiesen werden.

Erhebt einer der Miterben Einspruch, ober erklären sich mehrere zur übernahme bereit, so entscheidet die zuständige Behörde über die Zuweisung, Beräußerung oder Teilung des Gewerbes unter Berücksichtigung der persönlichen Berhältnisse der Erben.

<sup>5</sup> Die Ertragsgemeinderschaft nach Art. 622 vb. m. Art. 347ff. hat sich in der Prazis nicht eingebürgert, da sie zu kompliziert ist und den übernehmer durch die ständige Kontrolle der Miterben in seiner Verfügungsfreiheit zu sehr behindert. Man zieht daher die Abfindung durch Erbengült (Art. 624) oder auch durch Aufnahme von Geld gegen Bürgschaft vor; auch die sog. Familiengemeinderschaft der Art. 336ff. BGB. wird hierfür geslegentlich verwendet.

# III. Tschechoflowakei 1.

# — Böhmen —

1. Böhmisches Landgeset vom 7. August 1908, betreffend die Einstührung besonderer Erbteilungsvorschriften für landwirtschaftsliche Besitzungen mittlerer Größe.

(Landes-Gefet und Verordnungsblatt für das Königreich Böhmen 1908 Nr. 68.)

über Antrag des Landtages Meines Königreiches Böhmen finde Ich auf Grundlage der im Reichsgesetze vom 1. April 1889, RGBl. Nr. 52, enthaltenen Bestimmungen anzuordnen wie folgt:

- § 1. Als höfe mittlerer Größe im Sinne des Gesehes sind anzussehen landwirtschaftliche, mit einem Wohnhause versehene Besitzungen (höfe), deren Katastralreinerträgnis
  - a) mindestens 100 K beträgt, wobei das Flächenmaß nicht unter 5 ha betragen darf,
  - b) ohne Rücksicht auf das Flächenmaß höchstens 1500 K beträgt.

Als Hofbestandteile sind sämtliche dem Eigentümer des Hoses geshörigen, den Zweden der Landwirtschaft dienenden Liegenschaften zu betrachsten, welche, regelmäßig von der Hosstelle aus bewirtschaftet, eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Als Hofbestandteile sind auch jene Liegenschaften zu behandeln, welche zwar im Sinne des Abs. 1 als Höfe mittlerer Größe anzusehen wären, aber von einem anderen Hofe aus bewirtschaftet werden und ein zum ordentlichen Wirtschaftsbetriebe desselben notwendiges Zubehör bilden.

Als Hospestandteile sind ferner die mit dem Besitze des Hofes oder einzelner Teile desselben verbundenen (radizierten) Gewerbe und Nutungserechte, insbesondere Beides, Holzungse und Wasserrechte an Gemeindes grundstücken oder an anderen fremden oder gemeinschaftlichen Grundstücken anzusehen.

Ob eine Besitzung als ein Hof mittlerer Größe im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist, und welche Liegenschaften sowie Nutzungsrechte als Hose bestandteile zu betrachten sind, hat das Abhandlungsgericht nach Einvernehmung des Gemeindevorstandes und von Sachverständigen sestzustellen.

<sup>1</sup> Das böhmische Landesgeset v. 7. Aug. 1908 ist cbenso wie die entsprechenden Gesetze für Tirol und Kärnten noch zur Zeit der alten österzeichischzungarischen Monarchie erlassen auf Grund des Reichsgesetzes v. 1. April 1889, betr. die Einführung besonderer Erbteilungsvorschriften sür landwirtschaftliche Besitzungen mittlerer Größe (RGBI. für die im Reichszat bertretenen Königreiche und Länder Nr. 52) — abgedr. lsb. Nr. I 1.

<sup>2</sup> Literatur: Fur, Die Erbfolge in unteilbare Bauernhöfe (Juristenszeitung f. d. Gebiet der tichechostowakischen Republik 1923 S. 83).

- § 2. Auf Güter, welche mit dem Fideikommißbande behaftet sind, findet bieses Gesetz keine Anwendung.
- § 3. Der Eigentümer eines ben Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegenden Hoses ist durch dasselbe in seiner rechtlichen Berfügung über ben Hof oder über einzelne Teile desselben weder unter Lebenden noch von Todes wegen beschränkt.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes sinden bei der gesetzlichen Erbsolge jederzeit, bei der testamentarischen oder vertragsmäßigen aber nur dann Anwendung, wenn der Erbsasser eine der im allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche unter die gesetzlichen Erben ausgenommenen Personen als Abersnehmer bestimmt, wobei er weder an die gesetzliche noch an die durch dieses Gesetzseitzte Reihensolge gebunden ist (§ 3 des RG.).

§ 4. Geht das Nachlagvermögen des Eigentümers eines Hofes auf mehrere Personen über, so kann der Hof nebst Zugehör nur einer Person, bem übernehmer (Anerben), zufallen.

Was als Zugchör eines Hofes anzusehen sei, bestimmt das allgemeine bürgerliche Gesethuch. Zu demselben gehören insbesondere auch das Betriebsinventar, soweit es zur ordentlichen Bewirtschaftung des Hoses ersforderlich ist. In dem Falle, als sich die Erbsinteressenten hierüber nicht einigen können, ist der Umsang des ersorderlichen Betriebsinventars durch das Gericht nach Einvernehmung von Sachverständigen sestzustellen.

Wegen eines allfälligen Abganges an dem Betriebsinventar kann ein Unspruch auf Ersat des Wertes aus dem sonstigen Nachlaßvermögen nicht erhoben werden (§ 4 des RG.).

§ 5. Wenn Geschwister als Erben eintreten, und wenn der berufene Anerbe sowie alle oder einige Miterben oder ihre gesetzlichen Vertreter darauf antragen, so kann die Auseinandersetzung zwischen ihnen einen Ausschalb erleiden. In diesem Falle ist der Hof den betreffenden Geschwistern zum gemeinsamen Eigentum mit dem Vorbehalte einzuantworten, daß der Anerbe jederzeit sein Anerbenrecht geltend machen kann.

Hierdurch wird die Erbteilung zwischen den gemeinsamen Besitzübernehmern auf so lange hinausgeschoben, bis der Anerbe sein Anerbenrecht geltend macht.

Will ein anderer Teilhaber aus der Gemeinschaft austreten, oder stirbt während der Dauer der Gemeinschaft eines der Geschwister ohne Nachstommenschaft, so sind die anderen Teilhaber berechtigt, den erledigten Mitseigentumsanteil nach den Bestimmungen der §§ 8 und 10 zu übernehmen. Machen sie von dieser Berechtigung keinen Gebrauch, oder sind nach dem verstorbenen Teilhaber Nachkommen vorhanden, so ist mit der Durchsührung der hinausgeschobenen Erbteilung vorzugehen.

Jene Miterben, die der im Abs. 2 und 3 vorgesehenen Gemeinschaft nicht angehören, sind mit ihren Erbteilen gemäß den Bestimmungen der §§ 7 und 10 sosort abzusertigen.

Schriften 178, III.

- § 6. Der übernehmer des Hofes wird nach Maßgabe des Rechtes und der Ordnung der gesetzlichen Erbfolge bestimmt. Unter mehreren nach der gesetzlichen Erbfolge zugleich eintretenden Erben werden bei Abgang einer Einigung unter denselben die einzelnen zur übernahme des Hofes nachstehend berufen:
- 1. In der Regel gebührt den männlichen Erben der Vorzug vor den weiblichen und unter mehreren Erben desselben Geschlechts dem älteren vor dem jüngeren, bei gleichem Alter entscheibet das Los. Jedoch haben die dem Grade nach näheren Verwandten das Vorrecht vor den entfernteren.
- 2. Leibliche Kinder gehen stets Aboptivkindern, eheliche den unehelichen vor. Legitimierte Kinder stehen den ehelichen gleich.
- 3. Sind keine Nachkommen des Erblassers vorhanden, so wird der überlebende Chegatte als übernehmer des Hoses berusen, vorausgesetzt, daß die Ehe nicht gerichtlich geschieden war.
- 4. Bon der übernahme des Hofes sind in der Regel diejenigen aus- geschlossen:
  - a) denen das Recht der freien Bermögensverwaltung bom Gerichte entzogen wurde;
  - b) welche infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen zur persönlichen Bewirtschaftung bes Hofes unfähig sind;
  - c) welche einen auffallenden Hang zur Berschwendung betätigen;
  - d) welche durch ihren Beruf an der persönlichen Bewirtschaftung des Hofes von der Hofstelle aus verhindert sind;
  - e) die durch zwei Jahre abwesend sind und über ihren Ausenthalt keine Nachricht geben, wenn ihre Abwesenheit von solchen Umständen begleitet ist, welche es zweiselhaft erscheinen lassen, ob der Abwesende binnen einer angemessenen Frist zurücklehrt.

Die Entscheidung über das Borhandensein von Ausschließungsgründen gemäß lit. b—e steht dem Gerichtshose erster Instanz im Sinne des § 109 Jurisd.-Norm. vom 1. August 1895, RGBI. Nr. 111, zu.

5. Ift ber zur übernahme des Hofes Berufene zur Zeit des Erbanfalles bereits Alleineigentümer eines Hofes mittlerer Größe oder einer noch größeren landwirtschaftlichen Besitzung, so hat er in dem Rechte, den Hof des Erblassers zu übernehmen, hinter den anderen Miterben zurückzustehen, und fällt daher der Hof dem nach Maßgabe dieses Gesetzes Nächstberufenen zu, falls jener es nicht vorzieht, seinen eigenen Hof dem Nächstberufenen um den nach § 8 zu ermittelnden Preis zu überlassen.

Will keiner der Miterben diesen letteren Hof übernehmen, so erlischt ihr Recht, das Zurückstehen des zur übernahme des Hofes Berusenen zu verlangen.

6. Konkurrieren ausgeschlossene und nicht ausgeschlossene Erben, so fällt ber Hof demjenigen von den letzteren zu, dem er zugefallen wäre, wenn die ersteren überhaupt nicht vorhanden wären.

Sind zur übernahme des Hofes keine anderen Erben berufen als solche, hinsichtlich derer ein Ausschließungsgrund im Sinne der vorangehenden Bestimmungen besteht, so ist gleichwohl einer dieser Erben als übernehmer des Hofes zu bestimmen, falls es nicht zweckmäßiger besunden wird, den Hof nach den für Pflegebesohlene geltenden gesehlichen Bestimmungen zu veräußern und den Nachlaß nach den Grundsähen des Allgemeinen Bürgerslichen Gesehuches zu verteilen.

- § 7. Bei der Erbteilung wird der Hof (§ 4) dem übernehmer zugeswiesen, welcher bis zur Höhe des lastenfreien Wertes des Hofes Schuldner der Berlassenschaft wird (§ 6 des MG.).
- § 8. Der Wert des Hofes wird durch übereinkommen der Beteiligten bestimmt.

Läßt sich ein übereinkommen nicht erzielen, so hat das Gericht nach Bornahme einer Schätzung durch Sachverständige, nach Anhörung des Gemeindevorstandes und nach Einbernahme der Beteiligten den Wert des Hoses nach einem Bielsachen des Katastralreinertrages nach billigem Ermessen derart sestzusehen, daß der übernehmer wohl bestehen kann.

Können sich die Beteiligten nicht selbst vertreten, so sind ihre gesetzlichen Bertreter beizuziehen und sind berechtigt, hierbei ihre Erinnerungen zu machen.

Mit Rüdficht auf die widerstreitenden Interessen des Anerben und der Miterben ist, falls dieselben Minderjährige oder Pflegebesohlene sind, für eine abgesonderte Bertretung derfelben Sorge zu tragen.

Jeder Sachverständige ist berpflichtet, die tatsächlichen Boraussehungen, auf denen sein Gutachten beruht, sowie die übrigen Grundlagen seiner Wertberechnung anzugeben.

Auf das vorhandene Betriebsinventar ist bei Feststellung des Wertes des Hoses zwar angemessene Rücksicht zu nehmen, doch soll dasselbe nicht selbständig geschätzt werden.

§ 9. Bei der Teilung des Nachlagvermögens ist an die Stelle des Hoses ber dem übernehmer nach § 7 als Schuld angerechnete Betrag einzubeziehen.

Diese Teilung geschieht unter den Miterben einschließlich des übernehmers nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Bersahrens außer Streitsachen. Doch ist die Erbteilung stets bei Gericht vorzunehmen oder dem Gerichte zur Genehmigung vorzulegen (§ 8 des RG.).

In der bezüglichen Urkunde ist auszudrücken, daß die Erbteilung nach diesen Gesetzen borgenommen wurde.

§ 10. Wenn die Parteien sich über die Frist, die Raten der Auszahlung und die mittlerweilige Berzinsung des den Miterben auszuzahlenden Betrages nicht einigen, so hat das Gericht hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden. In jedem Falle muß jedoch dem übernehmer des Hofes über dessen Berlangen zur völligen Begleichung dieses Betrages eine

14 \*

Frist von drei Jahren vom Tage der Rechtskraft der Einantwortung gewährt werden. Undererseits darf gegen den Willen der Forderungsberechtigten der Auszahlungstermin nicht über diesen Zeitpunkt hinaus sestgesetzt werden.

Ebenso ist eine gütliche Einigung wegen der mittlerweiligen Sicherstellung der auszuzahlenden Beträge zu versuchen. Insoweit eine solche nicht zustande kommt, ist in der Einantwortungsurkunde zu verfügen, daß das Eigentumsrecht des übernehmers auf den zugewiesenen Hof nur gleichzeitig mit der Eintragung des Pfandrechtes zur Sicherstellung der auszuzahlenden Beträge für die Miterben auf den Hof grundbücherlich einsgetragen werden kann.

Wird der übernommene Hof vor Ablauf der obigen Frist durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden einem Dritten ganz oder teilweise ins Eigentum übertragen, so sind die Miterben berechtigt, die Auszahlung ohne Kücksicht auf die hierzu sestgesetzte Zeit sogleich zu sordern (§ 9 des RG.).

§ 11. Wenn der übernehmer binnen 10 Jahren nach dem Tode des Erbstasser oder im Falle seiner Minderjährigkeit — binnen zehn Jahren nach erlangter Bolljährigkeit — freiwillig den Hof oder einen überwiegenden Teil desselben veräußert, so daß der Katastralreinertrag der erübrigenden Grundstücke nicht einmal die Hälste des übernommenen Hofes bildet, so ist derselbe verpslichtet, den Miterben nachträglich jenen Betrag auszuzahlen, um welchen der erzielte Kauspreis den Wert übersteigt, für welchen er den Hof von der Berlassenschaft übernommen hat.

Behufs Bemessung des Ersatzes für die abverkauften Teile des Hofes ist der Wert, für welchen der übernehmer diese Teile übernahm, aus dem Gesamtwerte auf Grund des Berhältnisses des Katastralreinertrages der abberkauften Hofteile zu dem Gesamtkatastralreinertrage des übernommenen Hofes zu berechnen.

Bon dem Kaufpreise ist nach gerichtlicher Abschätzung der Wert jener Berbesserungen des Hofes, welche der übernehmer auf dem Hose durche geführt hat, in Abzug zu bringen. Der Anspruch, einen solchen Ersatz zu fordern, steht den Miterben des übernehmers und deren Leibeserben zu.

Den Miterben gebührt, und zwar in der Reihenfolge, in welcher sie nach dem Gesetze zum Anfalle berufen sind, durch zehn Jahre von dem Tode des Erblassers das Borkaufsrecht zu dem Hose oder zu einzelnen wesentlichen Teilen desselben.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen beziehen sich nicht auf die Erwerbung des Miteigentums zu dem Hose durch den Chegatten resp. durch die Chegattin des übernehmers; dagegen gesten dieselben auch für die weitere übertragung des seitens des Chegatten resp. der Chegattin des übernehmers erworbenen Miteigentumsrechtes auf dritte Personen.

§ 12. Der Erblasser kann die Bevorzugung des übernehmers einschränken, ausheben oder innerhalb der Grenzen des Pstlichtteilsrechtes erweitern (§ 11 des RG.).

§ 13. Das Pflichtteilsrecht wird durch diese Erbteilungsvorschriften nicht berührt.

Der Pflichtteilsberechnung ist ber nach § 8 bieses Gesets bestimmte Wert des Hoses zugrunde zu legen. Doch kann bieser Wert niemals geringer angenommen werden als jener Betrag, nach welchem die an den Staat zu entrichtende Vermögensübertragungsgebühr zu bemessen ist.

Als eine Einschränkung bes Pflichtteiles ift es nicht zu betrachten, wenn

- 1. das Gericht im Sinne des § 10 den Zahlungstermin festsett:
- 2. vom Erblasser in einem gültigen letten Willen Verfügungen getroffen werden, durch welche
  - a) dem leiblichen Bater oder der leiblichen Mutter des sibernehmers bis zur Großjährigkeit desselben das Recht eingeräumt wird, den Hof nach dem Tode des Erblassers in eigene Nutung und Berwaltung zu nehmen unter der Berpflichtung, solange diese Nutung und Berwaltung dauert, den übernehmer und dessen minderjährige Miterben, letztere dis zur Fälligkeit des Erbteiles, oder wenn ein Miterbe vor dieser Fälligkeit großjährig wird, dis zur erreichten Großjährigkeit zu erziehen und für den Notfall auf dem Hofe zu erhalten;
  - b) die Fälligkeit des Erbteiles bis zur Großjährigkeit der Miterben unter der Verpflichtung des übernehmers, die Miterben bis zu diesem Zeitpunkte angemessen zu erziehen und für den Notfall zu erhalten, hinausgeschoben wird.

In beiden Fällen (a und b) hat die erlangte Eigenberechtigung dieselbe Wirkung wie die Erreichung der phhsischen Großjährigkeit. Ebenso tritt in beiden Fällen, wenn ein Miterbe einem solchen Berufe zugeführt wird, mit dessen Borbereitung oder Ausübung die Naturalverpstegung am Hofe unvereindar ist, an die Stelle der Berpflichtung zur Naturalverpstegung die Berpflichtung zur Auszahlung der vereindarten oder gerichtlich seste gesetzten Zinsen (§ 13 des RG.).

§ 14. Auf einen unter die Bestimmung dieses Gesetzes sallenden Hof, welcher im Eigentume mehrerer Personen steht, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes nur dann Anwendung, wenn die Miteigentümer Ehegatten sind und einer derselben ohne Nachkommenschaft gestorben ist.

In diesem Falle ist der überlebende Teil, soweit nicht letztwillige Berstügungen des Erblassers oder Erbverträge entgegenstehen, berechtigt, die erledigte Hälfte des Hoses nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 8 und 10 zu übernehmen.

Aber auch bei Vorhandensein von Kindern aus dieser Ehe kann, insbesondere bei überschuldeten Nachlässen, der überlebende Ehegatte mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes den in den Nachlaß sallenden Anteil des Hoses nach Maßgabe der §§ 8 und 10 übernehmen, sofern nicht Ehepakten oder sonstige rechtsgültig getrossene Versügungen entgegenstehen.

Ein solcher Antrag ist abzulehnen, wenn die Witwe noch in einem Alter

steht, in welchem beren Wiederverehelichung und badurch eine Schädigung ber Kinder aus erster Ehe mit Grund erwartet werden kann.

Ein aus seinem Berschulben geschiebener Ehegatte hat jedoch auf bie in diesem Paragraphen eingeräumten Befugnisse keinen Anspruch.

§ 15. Wenn zu einem Nachlasse mehrere Höfe von der im § 1 bezeichneten Art gehören und mehrere Bersonen im Sinne der §§ 4 und 6 dieses Gesetzes als gesetzliche Erben eintreten, so sind dieselben nach der durch dieses Gesetz sestellten Reihenfolge zur übernahme je eines Hofes berufen, und steht ihnen nach derselben Reihenfolge die Wahl zwischen den Höfen frei. Derselbe Vorgang wiederholt sich, wenn mehr Höfe als Erben vorhanden sind.

Nachkommen eines verstorbenen Erben treten an dessen Stelle. Unter ihnen hat derjenige die Wahl, welchem nach der erwähnten Reihenfolge der Vorzug gebührt.

Das dem überlebenden Shegatten nach § 14 dieses Gesetes zustehende Recht zur übernahme der erledigten Hälfte des Hoses ist selber in dem Falle, als der überlebende Chegatte im Miteigentume aller im Nachlasse befindlichen Höse gestanden wäre, auf einen dieser Höse beschränkt. Es steht jedoch dem überlebenden Chegatten die Wahl unter den im Miteigenstumsverhältnisse gestandenen Hösen zu.

- § 16. Das gegenwärtige Geset tritt drei Monate nach Kundmachung in Wirksamkeit. Auf Erbanfälle, welche vor dessen Wirksamkeit eintreten, findet dasselbe keine Anwendung.
- § 17. Mit dem Bollzuge dieses Gesetzes sind Meine Minister des Innern, der Justiz, des Ackerbaues und der Finanzen beauftragt.

## 2. Gefet vom 30. Januar 1920,

womit im Sinne des § 10 des Gesetes vom 16. April 1919 — S. d. G. u. V. Nr. 215 — Bestimmungen über die Zuteilung des beschlagnahmten Vodens erlassen und die Rechtsverhältnisse am beschlagnahmten Voden geregelt werden (Zuteilungsgeset). (Sammlung der Gesete und Verordnungen des tschechossowatischen Staates 1920 S. 159 Nr. 81.)

- Auszug -

I. Teil.

#### Buteilung.

- § 1. Insoweit der Staat den beschlagnahmten und übernommenen Boden nicht selbst behält oder für gemeinnützige Zwecke verwendet, ist er bom Bodenamt zuzuteilen:
  - 1. an Einzelpersonen, und zwar kleine Landwirte, Häusler, Kleingewerbetreibende, land- und forstwirtschaftliche Angestellte und Personen ohne Grundbesit, und zwar insbesondere an Legionäre und Angehörige

ber tichechoslowakischen bewaffneten Macht, sowie Hinterbliebene jener berselben, die im Kriege für das Baterland gesallen oder infolge Kriegsdienstleistung gestorben sind, ferner an Kriegsinvaliden und Hinterbliebene nach Militärpersonen, die gesallen oder infolge der Kriegsdienstleistung gestorben sind;

- 2. an Bereinigungen, die aus den unter Zahl 1 angeführten Personen bestehen;
- 3. an die im § 5 diefes Gesetze bezeichneten Bersonen;
- 4. an landwirtschaftliche und Konsumbereinigungen (§§ 6 und 7);
- 5. an Gemeinden und sonstige öffentliche Berbande;
- 6. an andere juristische Personen, Anstalten und Einrichtungen zu wissenschaftlichen, humanitären und gemeinnützigen 3weden.
- § 2. (1) Den im § 1 unter Zahl 1 bezeichneten Einzelpersonen ist der Boden zur Errichtung selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe zuzustellen, die für den Unterhalt des Landwirtes und seiner Familie hinzeichen, die der Landwirt mit seiner Familie ohne ständige fremde Beibilse bewirtschaften kann, und deren Führung den ausschließlichen oder wenigstens den Hauptberuf des Besitzers und zugleich die ausschließliche oder wenigstens die Hauptquelle seines Unterhaltes bildet.
- (2) Zur Schaffung solcher Anwesen kann Boden auch in der Art zugeteilt werden, daß der freie Boden des Bewerbers durch die Zuteilung auf das im ersten Absahe bezeichnete Ausmaß des Anwesens ergänzt wird.
- (3) Außerdem kann der beschlagnahmte Boden den im § 1 unter Zahl 1 angeführten Einzelpersonen zur Erbauung von eigenen Familienwohnbäusern, Wirtschaftsgebäuden und kleingewerblichen Betriebsanlagen, zur Errichtung von Gärten bei solchen Gebäuden, zur notwendigen Bergrößerung von Bauplätzen, kleinen Höfen u. dgl., zur Errichtung selbständiger Gärten und landwirtschaftlicher Aleinbetriebe zugeteilt werden, sosen der Boden vom Besitzer allein oder mit den Mitgliedern seiner Familie bestellt wird und der Ertrag zur Ergänzung oder Berbesserung seines und seiner Familie Unterhaltes dient.
- § 15. (1) Der Boden kann ins Eigentum, in Miete und Pacht zugeteilt und es kann an ihm das Baurecht nach dem Gesetze vom 26. April 1912, RGBl. Nr. 86, begründet werden.
- (2) Darüber, ob der Boden auf diese oder jene Art zuzuteilen ist, entscheidet das Bodenamt nach der Natur der Sache unter Berücklichtigung einerseits der Bünsche der Bewerber, andererseits des Umstandes, daß die rechtliche Form der Zuteilung dem betreffenden Zwecke aus beste entspreche. Hiebei hat sich aber das Bodenamt an folgende Grundsätze zu halten:
  - 1. An Einzelpersonen ist der Boden zur Errichtung von zur Selbstwirtsichaft genügenden Anwesen (§ 2) in der Regel als unteilbares Bauernanwesen (Heimftätte) zuzuteilen (§§ 30ff.).
  - 2. In Pacht fann der Boden insbesondere zugeteilt werden: ...

- § 16. Die Zuteilung des Bodens erfolgt durch das Bodenamt in bezug auf Ort, Qualität und Menge derart, daß dem Zwede der Zuteilung aufs beste entsprochen werde, mit Berücksichtigung einerseits der begründeten Bünsche der Bewerber, andererseits des Umstandes, daß die öffentlichen Interessen und die berechtigten Ansprüche anderer Bewerber nicht beeinträchtigt werden. Hiebe hat sich das Bodenamt insbesondere an folgende Grundsäte zu halten:
  - 1. Zur Errichtung von Heimstätten ist so viel Boden zuzuteilen, daß zur Selbstwirtschaft genügende Anwesen geschaffen werden, wie sie im § 2 Abs. 1 beschrieben sind. Als zur Selbstwirtschaft genügend hat das Bodenamt bei bäuerlichen Anwesen in der Regel Anwesen von 6 bis 10, eventuell 15 ha landwirtschaftlichen Bodens nach Maßgabe der Qualität des Bodens und der Verhältnisse der Gegend anzuschen.

Das Bobenamt hat hiebei den Boden, der im Eigentum des Bewerbers oder seiner mit ihm im gemeinsamen Haushalte lebenden Familienmitglieder steht, sowie den Boden, den der Bewerber oder diese Familienmitglieder auf Grund eines anderen Rechtstitels bewirtschaften, zu berücksichtigen und darauf zu achten, daß in diesen Fällen durch die Zuteilung nicht Wirtschaftseinheiten gebildet werden, die dem Begriffe eines zur Selbstwirtschaft genügenden Unwesens nicht entsprechen.

Hiebei gilt der Grundsat, daß die Familienmitglieder des Bewerbers, die mit ihm im gemeinsamen Haushalte leben, keinen selbständigen Anspruch auf Bodenzuteilung besitzen, daß aber bei der Zuteilung auf die Zahl der im gemeinsamen Haushalte lebenden und gemeinsam wirtschaftenden Familienmitglieder gebührend Mücksicht genommen werden kann, und daß diese Bestimmung keineswegs die selbständige Bewerbung um Zuteilung seitens jener großjährigen Mitglieder des Haushaltes ausschließt, die sich einen selbständigen Haushalt gründen wollen.

2. Den im § 1 unter Zahl 2 angeführten Bereinigungen kann höchftens soviel landwirtschaftlicher Boden zugeteilt werden, daß auf jeden Teilhaber ein solcher Anteil entfällt, wie nach den unter Zahl 1 angeführten Grundsähen auf ihn entfallen wäre, wenn er sich um den Boden als Einzelperson beworben hätte. Für ledige Teilhaber ist die Hälfte dieses Ausmaßes zu rechnen.

#### II. Teil.

#### Beimftätten.

- § 30. (1) Beimftätten entstehen:
- 1. durch Zuteilung eines ganzen Anwesens (§ 2 Abs. 1);
- 2. durch Bereinigung von freiem Grundbesitz mit einer Zuteilung (§ 2 Abs. 2);
- 3. durch Unterstellung eines freien Grundbesities unter bie in diesem Abschnitte festgesetzte Ordnung.
- (2) Wird ein ganzes Anwesen zugeteilt, so kann es nur als Heimftätte zugeteilt werden. Handelt es sich um eine Bobenzuteilung, durch die ein

Besit kleiner Landwirte auf das Ausmaß eines zur Selbstwirtschaft genügenden Anwesens vergrößert werden soll, so wird darüber, ob der freie Besit mit der Zuteilung zu einer Heimftätte vereinigt werden soll oder nicht, vom Bodenamt entschieden, und dieses hat dafür Sorge zu tragen, durch zulässige Mittel diese Bereinigung zu erzielen, so daß es nach Umständen die Zuteilung verweigern kann, wenn der freie Besitz der Bewerber der Heimftättenordnung nicht unterworsen wird. Ein freier bäuerlicher Besitz wird der in diesem Abschnitte sestgesetzen Ordnung vom Bodenamt über Ansuchen des Eigentümers unterworsen.

- § 37. Eine Heimftätte oder ein Teil derselben kann nur mit Zustimmung des Bodenamtes veräußert werden, und es gelten hierüber folgende Bestimmungen: . . .
  - 4. Bur Teilung von Heimstätten wird vom Bobenamt die Zustimmung bloß bei den im § 30 unter Zahl 3 angeführten Heimstätten und nur dann erteilt, wenn die neuen Einheiten mit Hinzurechnung des freien Besiges der Personen, die sich in die Heimstätten teilen sollen, zur Selbstwirtschaft genügende Anwesen bilden und der Heimstättenordnung unterworsen werden.
  - 5. Bur Beräußerung eines Teiles einer Heimftätte wird vom Bodenamt die Zustimmung aus wichtigen Gründen und dann erteilt, wenn daburch das zur Selbstwirtschaft genügende Ausmaß der Heimstätte nicht gefährdet wird.
- § 39. Abgesehen von den Fällen, die § 37 Zahl 4 und die §§ 48 und 49 im Auge haben, kann eine Heimstätte von Todes wegen, und zwar sowohl durch die gesehliche Erbsolge als auch durch testamentarische Erbsolge, bloß einer einzigen Person (dem Abernehmer) zufallen.
- § 40. Kommt es zur gesetzlichen Erbfolge, so wird der übernehmer nach dem Rechte und der Reihenfolge der gesetzlichen Erbsolge, wie sie im Bürgerlichen Gesetzbuche geregelt ist, bestimmt. Bon mehreren die Erbschaft antretenden Erben sind die einzelnen, soweit sie sich mit Genehmisgung des Bodenamtes nicht anderweitig einigen, zur übernahme der Heimstätte in solgender Weise berusen:
  - 1. In der Regel gebührt den männlichen Erben vor den weiblichen und unter Erben desselben Geschlechts den älteren vor den jüngeren der Borzug; bei gleichem Alter entscheidet das Los. Berwandte näheren Grades haben den Borzug vor entfernteren.
  - 2. Leibliche Kinder gehen stets Adoptivkindern, eheliche ben unehelichen bor. Legitimierte Kinder stehen den ehelichen gleich.
  - 3. Sind keine Nachkommen des Erblassers vorhanden, so ist der überlebende Chegatte als übernehmer des Hofes berufen, sofern die Che nicht gerichtlich geschieden war.
  - 4. Bon ber übernahme ber Beimftätte ift in der Regel berjenige aus= geschloffen:

- a) bem das Recht der freien Bermögensverwaltung bom Gerichte entzogen wurde,
- b) der infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen gur freien Bewirtschaftung des Anwesens unfähig ift,
- c) der einen auffallenden Sang gur Berichwendung betätigt,
- d) der durch seinen Beruf an der persönlichen Bewirtschaftung des Unwesens selbst verhindert ist.
- e) der durch wenigstens zwei Jahre abwesend ist und über seinen Aufenthalt keine Nachricht gibt, wenn seine Abwesenheit von solchen Umständen begleitet ist, welche es zweiselhaft erscheinen lassen, ob der Abwesende binnen einer angemessenen Frist zurückstehrt.
- (2) Mangelndes Alter bildet feinen Ausschließungsgrund.
- (3) Die Entscheidung darüber, ob Gründe für die Ausschließung bor der übernahme einer Heimstätte gemäß lit. b-e borhanden sind oder nicht, steht dem Bodenamt zu.
- 5. (1) Bei Vorhandensein mehrerer Miterben hat ber gemäß Zahl 1 bis 3 Berusene, wenn er zur Zeit des Erbfalles ausschließlicher Eigentümer eines bäuerlichen Unwesens im Wertausmaße der Hälfte der betreffenden Heimstätte oder eines noch größeren Unwesens, und zwar einer Heimstätte oder eines freien Unwesens ist, in dem Rechte, das Unwesen zu übernehmen, hinter den übrigen Miterben zurüczustehen, und die Heimstätte fällt daher dem nach diesem Gesetze Nächstberusenen zu, as wäre denn, daß jener sich entschlösse, das eigene Unwesen dem Nächstberusenen um den nach den Grundsähen des § 43 zu ermittelnden Preis zu übergeben.
- (2) Will keiner der Miterben das letzterwähnte Anwesen übernehmen, so erlischt ihr Recht, das Zurückstehen des zur übernahme des Anteiles? berusenen Erben zu verlangen.
- (3) Hat eine gemäß Zahl 1 bis 3 berufene Person an einem im Abs. 1 bieser Zahl genannten Anwesen ein anderes Recht als das ausschließliche Eigentumsrecht, so entscheidet über ihr Recht und das Necht der übrigen Miterben auf übernahme der Heimstätte das Bodenamt unter Bedachtnahme darauf, daß der im § 16 ausgesprochene Grundsat so wenig als möglich verlett werde.
- 6. Befinden sich unter den Miterben nur solche Personen, bei denen nach den oben gegebenen Bestimmungen ein Ausschließungsgrund besteht, so kann gleichwohl eine derselben als übernehmer der Heimstätte bestimmt werden, falls es vom Bodenamt nicht zweckmäßiger besunden wird, das Anwesen nach den im § 51 ausgesprochenen Grundsähen einzulösen und es neu zuzuteilen.

<sup>1</sup> Soll wohl heißen: "persönlichen"; im authentischen Text steht: "svobodně" statt "osok".

<sup>2</sup> Soll wohl heißen: "der Heimstätte"; im authentischen Text steht: "pod lu" statt "nedilu".

- § 41. (1) Der Eigentümer einer Heimftätte kann über sie bon Todes wegen berfügen, aber bloß berart, daß er außer den Fällen, die § 37 Jahl 4 im Auge hat, eine einzige Person, und zwar eine solche als Erben beruft, der keiner der Ausschließungsgründe des § 40 Jahl 4 im Wege steht. Die Entscheidung darüber, ob solche Ausschließungsgründe vorshanden sind, steht dem Bodenamt zu.
- (2) Hat der Erblasser mehrere Erben eingesetzt, so wird, falls sie sich nicht selbst auf einen fähigen Abernehmer einigen, der Abernehmer aus ihrer Mitte vom Bodenamt ausgewählt.
- (3) hat der Erblasser eine unfähige Person zum Erben eingesetzt, so gilt sinngemäß § 40 Zahl 6.
- § 42. (1) Mit der Heimstätte fällt dem übernehmer das Zugehör des Anwesens zu. Was als Zugehör anzusehen ist, bestimmt das Allgemeine Bürgerliche Gesethuch. Es gehört hiezu namentlich auch das Wirtschafts-inventar, soweit es zur gehörigen Bestellung des Anwesens ersorderlich ist. Falls sich die beteiligten Erben hierüber nicht einigen können, ist der Umsfang des ersorderlichen Wirtschaftsindentars nach Anhörung den Sachderständigen durch das Gericht zu bestimmen.
- (2) Sollte etwa zum erforderlichen Wirtschaftsinventar etwas sehlen, so kann deshalb kein Anspruch auf Ersatz des Wertes aus der übrigen Berslassenschaft erhoben werden.
- § 43. (1) Bei der Teilung des Nachlaffes wird das Unwesen samt Zugehör dem übernehmer zugewiesen, der bis zur Höhe des lastenfreien Wertes dieser Zuteilung Schuldner der Berlassenschaft wird.
- (2) Der Wert des Anwesens wird vom Bodenamt nach bester Erwägung so sestgestellt, daß der übernehmer auf dem Anwesen wohl bestehen kann. Bei der Entscheidung kann das Bodenamt ein Gutachten von Behörden und Faktoren, die ihm geeignet erscheinen, einholen, und es obliegt ihm, das Gericht um die Einvernahme der beteiligten Personen oder deren gesetzlicher Bertreter zu ersuchen.
- § 44. Bei der Teilung des Nachlaßvermögens ist an Stelle des Antwesens der dem übernehmer nach § 43 als Schuld angerechnete Betrag einzubeziehen. Diese Teilung geschieht unter den Miterben einschließlich des übernehmers nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesehduches und im Bersahren außer Streitsachen. Doch ist die Teilung des Nachlasses stets bei Gericht vorzunehmen oder diesem zur Genehmigung vorzulegen. In der Teilungsurkunde ist auszudrücken, daß die Teilung des Nachlasses nach diesem Gesehe vorgenommen wurde.
- § 45. Wenn die Miterben außer dem Übernehmer aus der übrigen Berlassenschaft nicht abgesunden werden könnten und sie auch der übernehmer aus eigenen Mitteln nicht abfinden könnte, so werden ihnen ihre Anteile von einem der im § 35 bezeichneten Kenteninstitutes aus-

<sup>3</sup> Als Renteninstitut sind im § 35 nur öffentliche Kreditinstitute zusgelassen, die durch eine Regierungskundgebung bezeichnet werden.

- gezahlt, wogegen auf dem Anwesen eine den ausgezahlten Anteilen entsprechende Rentensorderung einverleibt wird. Diese Rentensorderungen sind amortisable Renten, wobei die Höhe der Tilgungsquote wenigstens so zu bestimmen ist, daß die Renten amortisiert sind, wenn nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung die Wirtschaft des übernehmers auf dem Hofe endet.
- § 46. Wenn die Heimstätte binnen zehn Jahren nach der Auseinanderssehung unter den Miterben veräußert wird (§ 37), muß der Abernehmer den Miterben jenen Betrag nachzahlen, um welchen diese Miterben durch die für ihn günstige Schätzung des Anwesens gemäß § 43 an ihren Anteilen verkürzt wurden.
- § 47. Die Grundsätze der §§ 43 und 45 finden sinngemäße Anwendung, wenn nach der Erbfolge ein einziger gesetzlicher oder testamentarischer Erbe berufen ist, ihm aber in der letztwilligen Berfügung Zahlungen auferlegt sind, die in einem Anteile an der Berlassenschaft oder auf andere Weise ausgedrückt sind.
- § 48. (1) Sind die Miterben Geschwister, und wird von dem berufenen übernehmer sowie allen oder einigen Miterben oder deren gesehlichen Bertretern ein diesbezüglicher Antrag gestellt, so kann die Erbauseinanderssehung zwischen ihnen mit Bewilligung des Bodenamtes aufgeschoben werden. In diesem Falle ist das Anwesen diesen Geschwistern mit der Bestimmung ins Miteigentum zu übergeben, daß der übernehmer sein Necht auf übernahme des Anwesens jederzeit geltend machen kann.
- (2) Hiedurch wird die Teilung des Nachlasses zwischen den gemeinsamen übernehmern des Anwesens für so lange aufgeschoben, bis der Anwärter von seinem Anfallsrecht Gebrauch macht.
- (3) Will ein anderer der Teilnehmer aus der Gemeinschaft austreten, oder stirbt eines der Geschwister während der Dauer der Gemeinschaft ohne Hinterlassung von Nachkommen, so sind die übrigen Teilhaber berechtigt, den frei gewordenen Anteil nach den Bestimmungen des § 43 zu übernehmen. Machen sie<sup>4</sup> von diesem Rechte keinen Gebrauch, oder hat der verstorbene Teilhaber Nachkommen hinterlassen, so ist sofort zur ausgeschobenen Teilung des Nachlasses zu schreiten.
- (4) Miterben, die nicht in die im ersten Absate angeführte Gemeinschaft gehören, sind sofort nach der Bestimmung des § 45 abzufinden.
- § 49 (betr. Fall, daß ein Chegatte stirbt, der Miteigentümer einer heimftätte war).
  - §§ 50-54 (dienen öffentlicherechtlichen Interessen):
- Einlösungsrecht bes Staates (Bodenamt), wenn der Eigentümer die Heimftätte nicht selbst bewirtschaftet, oder wenn er sie schlecht bewirtschaftet, wenn er anderweit größeren Grundbesit erwirbt oder sonst die für die

<sup>4</sup> Der im authentischen Text gebrauchte Singular ("nepoužije-li") ift offenbar ein Druckfehler; es soll heißen: "Nepoužiji-li".

Heimstättenzuteilung maßgebenden Bedingungen, insbesondere auch bezügslich der Nationalität (§ 3), nicht mehr erfüllt u. ä.

Die Einlösung erfolgt gegen Bergütung nur der an der Heimstätte borgenommenen Berbesserungen.

- § 55. (1) Zur Vertretung der Interessen der Eigentümer von Heimstätten wird beim Bodenamt ein von den Eigentümern der Heimstätten gewählter Beirat eingesetzt. Das Bodenamt und die beteiligten Ministerien können in dieses Kollegium Vertreter aus Fachkreisen entsenden.
- (2) Die Bestimmungen über die Organisation und den Wirkungskreis dieses Kollegiums werden durch eine Berordnung erlassen.

# IV. Angarn<sup>1</sup>.

# XXXVI. Gesech-Artikel vom Jahre 1920 über die die richtige Verteilung des Grundbesities regelnden Bestimmungen.

(Ungarische Reichsgesetssammlung für das Jahr 1920; authentische Übersetzung, herausgegeben vom Rgl. Ung. Ministerium des Innern S. 421 ff.)

— Auszug —

### I. Abichnitt.

#### Der Zwed des Gejeges.

§ 1. Der Zweck dieses Gesetes ist, die Verteilung des ungarischen Grundbesites richtiger zu gestalten. Zu diesem Zweck sördert dieses Geset nach Tunlichkeit den Landerwerb, insbesondere für diesenigen, die zur sorgfältigen und fleißigen Bebauung des Bodens fähig und auch geneigt sind, jedoch unter ihren bisherigen Verhältnissen, ohne ihr Verschulden zu Land nicht zu gelangen verwochten.

(Folgt nähere Regelung mit teils agrars, teils auch bevölkerungs und nationalpolitischem Charakter; ähnlich dem tschoolsowakischen Bodensuteilungsgeset. — Besonderes Bodenamt [hier: "Landesgericht für Grundbesitregelung"]; gesetzliches Borkaufsrecht des Staates; desgleichen Enteignungsrecht; Genehmigungspflicht für Pachtberträge; desgleichen für Parzellierungen; Bildung von Kentengütern.)

#### VIII. Abichnitt.

#### Beftimmungen zum Schute der Beimftätten.

§ 70. Der Staat wendet einzelnen auf Grund dieses Gesetzes Grundstüde zu, um ihnen ständige Heimstätten dauernd zu sichern.

Einzelnen durch den Staat, sei es unmittelbar, sei es mit Vermittlung des Landesverdandes der Ungarischen Bodenkreditinstitute, der LandesZentral-Areditgenossenschaft oder eines anderen Organs zugewendete Grundstücke (Rentengüter mit inbegriffen) stehen behuss dauernder Sicherung der Heinftätte unter dem Schutz der in dem gegenwärtigen Abschnitt enthaltenen besonderen Rechtsvorschriften. Bon diesen besonderen Rechtsvorschriften betreffen die in den §§ 71 bis 75 enthaltenen die für Familienbesitz erklärten, die in § 76 enthaltenen andere auf Grund des gegenwärtigen Gesets zugewendete Grundstücke.

Daß irgendein Grundstück unter dem Schutz der in dem gegenwärtigen Abschnitt enthaltenen besonderen Rechtsvorschriften steht, ist in dem Grundsbuch ersichtlich zu machen. Bei Familienbesitzen geschieht das in der überschrift des Gutskörpers. Ist das ersichtlich gemacht, so kann sich niemand darauf berufen, er habe diese Eigenschaft des Grundstückes nicht gekannt.

<sup>1</sup> Fachliteratur: Almáci, Ungarisches Privatrecht I (1922), S. 2517.

Für Familienbesit können erklären:

- 1. das Landesgericht für Grundbesitzregelung von Umts wegen jedes Grundstück, das der Staat einzelnen mit Anwendung von Begünstisgungen (§ 79 Abs. 2) zuwendet;
- 2. der Eigentümer des Grundstückes mit Zustimmung des Landesgerichtes für Grundbesitzregelung jedes Grundstück, das er auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes erwirbt.

Mit Zustimmung des Landesgerichts für Grundbesitzregelung kann der Eigentümer auch aus seinen sonstigen Grundstücken, die nicht auf Grund dieses Gesetzes in seinen Besitz gelangt sind, Familienbesitze errichten. Die einschlägigen eingehenden Borschriften bestimmen die Minister des Ackerbaues und der Justiz mit Zustimmung des Landesgerichts für Grundbesitzergelung mit Berordnung. In dieser Beise können auch eingehende Borschriften darüber bestimmt werden, wie und unter welchen Bedingungen auch sonstige Grundstücke mit Familienbesitzen vereinigt werden können.

Der Familienbesit kann mit den mit ihm vereinigten Grundstücken zussammen nicht größer sein als ein bei sorgfältiger Bearbeitung höchstens das Dreisache des zur üblichen, geziemenden Erhaltung einer kinderreichen Familie genügenden Ertrages bietender Besitz.

§ 71. Familienbesitse können nur mit Zustimmung des Landgerichts für Grundbesitzegelung oder der von ihm bestimmten Behörden oder behördelichen Organe belastet werden.

Der erwähnten Zustimmung bedarf es nicht:

- 1. wenn öffentliche Schulden sicherzustellen sind;
- 2. wenn auf ben Familienbesit eine Berschulbungsgrenze eingetragen ist und (folgt nähere Regelung).

Familienbesitze dürsen ganz oder teilweise nur mit Zustimmung des Landesgerichts für Grundbesitzregelung veräußert, berpachtet oder untersverpachtet, zur Nutung oder zur Fruchtnießung überlassen werden. In der Frage der Zustimmung kann die Entscheidung in erster Stuse auch einem Organ unterer Stuse übertragen werden, doch hat in diesem Falle Besusung an das Landesgericht für Grundbesitzregelung statt (§ 25 Abs. 4 und 5). Die Zustimmung ist nicht notwendig im Falle der Enteignung, serner auch dann nicht, wenn der Eigentümer seinen Familienbesitz, dessen Nutung oder Fruchtnießung auf seinen Abkömmling überträgt.

- § 72. Zwangsvollstredung kann weder in den Bestand noch in die Fruchtnießung des Familienbesites geführt werden, es sei denn...
- § 73. Für die Erbfolge in Familienbesitzen sind die Borschriften für die gesetzliche Erbfolge maggebend.

Der Erblasser kann über seinen Familienbesitz durch letztwillige Bersfügung insoweit bestimmen, daß er unter den Erben absteigender Linie eine Teilung vornehmen, die Witwenversorgung seines Chegatten regeln, daß er ferner in Ermangelung zur gesetzlichen Erbsolge berusener Deszens

benten, eines Ehegatten und von Eltern einen der zur gesetzlichen Erbsfolge berusenen Berwandten zu seinem Erben ernennen kann.

§ 74. Bei der Errichtung oder bei der übernahme von Familienbesitzen kann der Eigentümer mit Zustimmung des Landesgerichts für Grundbesitzeregelung in der für Testamente vorgeschriebenen Form bedingen, daß der Familienbesitz im Falle der Erbschaft als ungeteiltes Ganzes auf einen einzigen Erben übergehe (unteilbarer Familienbesitz). Die unteilbare Eigenschaft des Familienbesitzes ist im Grundbuch ersichtlich zu machen.

Der unteilbare Familienbesit ist dem Erbteil desjenigen Deszendenten zuzuweisen, den der Erblasser hiezu durch letztwillige Berfügung bestimmt hat. In Ermangelung einer derartigen Bestimmung kann von den Erben absteigender Linie der männliche Nachkomme, in Ermangelung eines solchen der weibliche Nachkomme in der Reihensolge der Erstgeburt fordern, daß der Familienbesit als ungeteiltes Ganzes in sein Erbteil gelange.

Insoweit der Erblasser selbst in Ermangelung eines zur Erbschaft berusenen Deszendenten seinen Erben nicht ernennt, und insoweit für diesen Fall die bei der Errichtung oder bei der übernahme des Familienbesitzes in der für Testamente vorgeschriebenen Form abgegebenen Erklärung die Erbsolge im vorhinein nicht anders bestimmt hat, können den unteilbaren Familienbesitz die zur gesetzlichen Erbschaft Berusenen in der Reihenfolge der gesetzlichen Erbsolge beanspruchen. Bon den Berwandten in demselben Grade geht jedoch der Mann der Frau vor; von den Berwandten desselben Geschlechts der ältere dem jüngeren.

Unteilbare Familienbesitze können nicht beanspruchen Geisteskranke, wegen Schwachsinns unter Pflege Gestellte, Taubstumme. Ihr Anspruch auf den Berhältnissen angemessenen Unterhalt bleibt jedoch unberührt.

Findet sich kein Berechtigter, der den unteilbaren Familienbesit gemäß dem gegenwärtigen Paragraphen übernehmen würde oder könnte, so fällt der Familienbesit dem Staate zu.

Die dem Ehegatten auf Grund des ehelichen Berhältnisses zukommensben Rechte berührt dieser Paragraph nicht.

§ 75. Auch der den unteilbaren Familienbesit übernehmende Erbe hat seine nach dem Erblasser zum Pflichtteil berechtigten Miterben wie auch den zur gesetlichen Erbsolge berusenen Ehegatten des Erblassers für ihre gesetlichen Erbteile zu befriedigen, doch ist bei ihrer Bestimmung der Familienbesit im Ertragswerte in Rechnung zu ziehen, und sind die auf Erund dieses Wertes berechneten Erbteile in Geld oder laut Einigung durch rentenmäßige Leistungen zu befriedigen. Die Leistung kann auch eine gewisse Wenge von Produkten sein, in diesem Falle kann anstatt der Produktenleistung der jeweilige Gleichwert in Barem geleistet werden. Der den unteilbaren Familienbesit übernehmende Erbe kann die rentenmäßigen Leistungen mit ihrem Kapitalsgleichwert ebenso ablösen wie der Eigentümer des Kentengutes die Kente. Bei der Besriedigung der Miterben ist auf Bunsch irgendeines von ihnen auch die Bermittlung des Landessender

verbandes der Ungarischen Bodenkreditinstitute oder der Landes-Zentrals Kreditgenossenschaft in Anspruch zu nehmen. Der Ertragswert kann drei Biertel des Berkehrswertes nicht übersteigen.

Bei der Erklärung des Familienbesities für unteilbar kann mit Zustimmung des Landesgerichts für Grundbesitregelung zur weiteren Minderung der mit der Befriedigung der Miterben berbundenen Lasten bedungen werden, daß der bestimmte Wert des Familienbesities und allenfalls seiner landwirtschaftlichen Instruktion im Erbfalle ohne Teilungspflicht demsienigen zukommen zu lassen ist, der den Familienbesit als Ganzes übernimmt. Diese Bedingung kann den Pflichtteil der zur Zeit der Erklärung schon lebenden Pflichtteilsberechtigten nicht verletzen.

Wer seinen auf Grund der vorangehenden Absäte unter dem Verkehrswert übernommenen unteilbaren Familienbesit oder dessen landwirtschaft-liche Instruktion innerhalb fünfzehn auf die Teilung solgenden Jahren zu höherem Preise veräußert (§ 71), als zu dem er sie übernommen hat, hat den überschuß mit seinen Miterben zu teilen. Der Miterbe kann auf dieser Grundlage nicht mehr fordern, als ihm bei der Teilung dadurch entgangen ist, daß der unteilbare Familienbesit unter dem Verkehrswert in Rechnung gezogen wurde, oder daß der den unteilbaren Familienbesit übernehmende auf Grund der Bestimmung des zweiten Absates des gegen-wärtigen Paragraphen zu einem Vorteil gelangt ist.

Anläßlich der Eintragung des Erben in das Grundbuch sind auch die erwähnten Rechte der Miterben, wie auch ihr Recht einzutragen, innerhalb dreißig Tagen, von der Verständigung über das den ungeteilten Familiensbesit veräußernde Rechtsgeschäft an gerechnet, in der Reihenfolge, in der sie zur Erbsolge berusen gewesen wären, von dem Vorkaufsrecht Gesbrauch zu machen.

§ 76. Insoweit durch ben Staat auf Grund des gegenwärtigen Geseis, sei es unmittelbar, sei es mit Bermittlung des bestimmten Organs, zusgewendete Grundstücke nicht für Familienbesitz erklärt werden, fallen sie unter die Geltung der solgenden Bestimmungen:

(Folgt nähere Regelung).

## V. Dänemark.

## 1. Verordnung 1, 2, 3 über das Teftationsrecht der freien Bauern pom 13. Mai 1769.

— Auszug —

§ 5. Ebenso wie ein freier Bauer4 — solange er vom Hofe prästiert, was er muß, und den bon ihm mit seinem Rechtsvorgänger geschlossenen Bertrag und Eigentumsbrief genau hält — berechtigt ist, über seinen

1 Der banische Urtert ist abgedruckt bei Rlein, Samling of endun gjaeldende Love og Anordningen n. v. af mere almindelig Interesse (herausgegeben auf Beranlassung des Justizministeriums, Kopenhagen 1864), Band 1683 bis 1784, Seite 195.

Die Aberschrift der Berordnung heißt bei wörtlicher Abersetung: Berordnung bom 13. Mai 1769 über die freieigenen Bauern und die ihnen

allergnädigst gewährten Borteile.

- <sup>2</sup> Die Fortgeltung der Berordnung vom 13. Mai 1769 ist nicht nur durch die Aufnahme in die halbamtliche Sammlung der noch geltenden (Bejete und Berordnungen von mehr allgemeinem Interesse (Anm. 1), jondern auch durch wiederholte Bezugnahme in neueren und neuesten Ge-jegen anerkannt; bgl. z. B. § 26 der Berordnung über das Erbrecht vom 21. Mai 1845 und noch jüngst das Geset über die Einrichtung von Käusler-stellen vom 29. März 1924 (dän. Ges.S. Abt. A S. 202) § 23; "Die infolge Berordnung bom 13. Mai 1769 und infolge späterer Bestimmungen geltenden Regeln über das Testationsrecht bon freien Bauern jollen auch Unwendung finden ..."
- 3 Ergänzungen und Erweiterungen der Berordnung vom 13. Mai 1769 insbesondere durch
  - a) Berordn. vom 22. Nov. 1837, enthaltend nähere Bestimmungen über die den freien Bauern durch die Berordnung vom 13. Mai 1769 gewährleistete Testationsfreiheit — insbesondere zugunsten des über-lebenden Chegatten. — Abgedruckt: nachstehend lfd. Nr. V2;

b) Berordn. über das Erbrecht vom 21. Mai 1845 (§§ 26, 27). —

Abgedruckt: Ifd. Rr. V 3;

c) Berordn. vom 17. März 1847 betr. eine Erweiterung der nach den Berordnungen vom 13. Mai 1769 und 22. Nov. 1837 freien Bauern zustehenden Testationsfreiheit (Klein a. a. D., Sammlung 1834 bis 1848 S. 692). — Ausdehnung auch auf größere Besitzungen mit Ausnahme der Edelsitze. — Abgedruckt: lfd. Ar. V 4;

d) Geset bom 4. Oft. 1919 über die Berwandlung der Lehen, Stammguter und Fideitommigguter nebst den dazugehörigen Fideikom= mißkapitalien in freies Erbe (ban. Ges. Samml. S. 1901). — Interessant insofern, als das Gesets — ebenso wie die preußische Zwangsauflösungsverordn. vom 19. Nov. 1919 (§§ 12 u. 13) auch Borschriften über die geschlossene Erhaltung von Wälbern (Waldgutsbildung: § 5), Naturschönheiten (§ 5 Abs. 2) und Sachen von künstlerischem oder geschichtlichem Wert (§ 6) enthält. Das Testatanerbenrecht gilt nunmehr auch für den aufgelösten Rideikommißgrundbesit:

e) Geset über Einführung des dänischen Personen-, Familien- und Erbrechts in den südjütischen Landesteilen dom 28. Juni 1920 (dän. Ges.Samml. S. 1033) §§ 42, 62. – Abgedruckt: Ifd. Nr. V 5;

Hoffs, 6 (unter Lebenden) zu verfügen, wie er es für gut befindet, derart, daß er ihn verkaufen, veräußern und verpfänden kann, ebenso soll er auch berechtigt sein, anzuordnen und sestzuschen, was nach seinem Tode mit seinem Hofe und dessen Zubehör geschehen soll, welchem von seinen Kindern oder anderen Erben derselbe zufallen soll, was überhaupt mit dem Hofe mitfolgen und zu seinem Zubehör gerechnet werden soll und wieviel er

f) Geset über die Einrichtung von Häuslerstellen vom 29. März 1924 (dan. Ges. Camml. Ubt. A S. 202) § 23.

Dehnt das Testatanerbenrecht auch auf Häuslerstellen aus. Eine entsprechende Borschrift für die bom Staate beliehenen Häuslerstellen enthielt schon das Gesetz bom 22. Juni 1917.

4 Subjekt des Testationsrechtes war ursprünglich nur der "Selveierbonder", d. i. wörtlich der selbsteigene Bauer oder Eigentumsbauer.

Aber auch der Erbpächter, und zwar auch derjenige, der nicht berechtigt ist, zu verkausen und zu verpfänden, hat das Testationsrecht, soweit dieses mit seinen Berechtigungsdokumenten vereinbar ist. (§ 8 der Berordn. vom 22. Rov. 1837.) überhaupt kann es nunmehr gleichgültig sein, mit welchem Rechtstitel der Testator die Bestigung besitzt, wenn er nur berechtigt ist, über sie durch Testament zu verfügen. (Biggo Benhon, Den danske Arveret, § 17; 1. Ausst., S. 127.)
Ein anschauliches Bild von dem Umfange und der Bedeutung, welche

Ein anschauliches Bild von dem Umfange und der Bedeutung, welche die selbsteigenen Bauernhöfe in Dänemark haben, gewährt die Schrift von Dr. Rudolf Tack, Bornholms Besiedlung (Siedlungsgeographische Studien, Rostock 1929).

5 Objekt. Das Testatanerbenrecht besteht sowohl für Bauernstellen wie auch für die durch Abtrennung von einem herrschaftlichen Besitz entstans denen größeren Güter. Ebenso auch für Häuslers und Halbhufnersstellen, wenn die untere Größengrenze (Anm. 6) erreicht wird. Bgl. besäuglich der Häusler die Berordnung vom 17. März 1847 und das Häuslersgesetz vom 29. März 1924 und im übrigen Biggo Benton § 17.

Gegenstand der Verfügung kann sowohl der Hof wie auch dessen Inventar und sonstige bewegliche Habe sein: § 7 Berordn. v. 22. Rovember 1837, abgedr. S. 230.

6 Größengrenzen:

a) nach unten mindestens 1 Tonne Hartkorn (Berordn. bom 22. Nov. 1837, § 8). Ausnahme f. d. staatl. beliehenen Häusterstellen, bei denen eine Größe von 1 ha genügt (Ges. vom 30. Nov. 1909);

b) nach oben war ursprünglich eine Grenze von 12 Tonnen Harttorn bestimmt. Nach der Berordn. vom 17. März 1847 ist das Testationsrecht auch auf größere Besitzungen anwendbar, wenn sie nicht als Edelhöse anzusehen sind.

7 Die Berfügung von Todes wegen war auch im älteren deutschen Recht — im Hinblick auf bas Eigentumsrecht der Sippe am Grundbesit — uns zulässig.

Aber während in Deutschland die Rechtsentwicklung — von dem gänzlichen Verbot jeder Verfügung zu der allmählichen Julassung der Verfügung unter Lebenden und danach auch einzelner bestimmter, später aller Verfügungen von Todes wegen — bereits abgeschlosen ist, zeigt sich hier Dänemart noch auf dem Wege der Entwicklung. Bgl. in gleichem Sinne die rechtsgeschichtlich interessanten Ausführungen bei Viggo Ventzon, Den danske Arveret, § 12.

übrigens berichtet Biggo Benton a. a. D. S. 33 § 10, daß noch bis 1887 ein gesetliches Anerbenrecht auf Bornholm gegolten habe.

15 \*

bafür an die Erbmasse und an seine Miterben vergüten soll. Wenn ein freier Bauer zu dem örtlich zuständigen Gericht geht und dort seinen Willen betreffend diesen Posten zu Protofoll diktiert und sich darüber eine vom Richter und Gerichtsschreiber beglaubigte Abschrift des Protofolls geben läßt, so soll das zu Protofoll diktierte Testament oder letzter Wille von gleicher Kraft und Gültigkeit sein, wie wenn es von Uns allergnädigst konfirmieret wäre. Für eine derartige Protofollation und Abschrift bezahlt der freie Bauer dem Gerichtsschreiber 3 Mark und dem Richter 8 Silbergroschen.

§ 6. Findet ein Bauer, daß sein Hof von der Größe und Beschaffenheit ist, daß mehrere Familien sich darauf ernähren können, so soll es ihm unsverwehrt sein..., denselben in zwei oder mehreren Teilen unter mehrere von seinen Kindern oder Erben zu verteilen, wobei es auf ihn selbst anskommen soll, ob er bei Lebzeiten schon eine solche Teilung ins Werk setzen oder ob er auf die im vorigen Artikel genannte Weise nur sestsehen will, daß sie nach seinem Tode geschehen soll. Die Teilung selbst wird erledigt... (Folgen nähere Vorschriften).

# 2. Verordnung vom 22. November 18378, enthaltend nähere Bestimmungen über die den freien Bauern durch die Verordnung vom 13. 5. 1769 gewährte Testationsfreiheit.

- § 1. Wenn ein verheirateter freier Bauer, der in der gewöhnlichen Gütergemeinschaft mit seiner Ehefrau lebt, die Testierfreiheit auß § 5 der Verordnung vom 13. Mai 1769 benutzen will, die ihm erlaubt, testamentarisch über seinen Hof mit Zubehör zu verfügen, muß er dazu die Einwilligung seiner Ehefrau einholen.
- § 2. Durch die letztwillige Verfügung, die die Eltern in dieser Weise über einen freien Bauernhof errichten, kann auch bestimmt werden, daß derjenige, welcher von ihnen der Längstlebende is sein wird, den Hof mit Zubehör behalten soll, jedoch nach näherer Maßgabe des § 4 gegen eine Entschädigung entsprechend dem Werte, für den der Hof seinerzeit einem der Kinder überlassen bleiben soll; diese Entschädigung soll gesichert und in den Fällen ausbezahlt werden, in denen sonst väterliches oder mütterliches Erbe an Kinder ausbezahlt wird. Der Längstlebende ist nicht berechtigt, den Hof zu verkausen, ohne daß dieser zudor dem Sohn oder der Tochter angeboten wird, welchem er seinerzeit zusallen soll; diese sollen berechtigt sein, den Hof sür den im Testament angesesten Wert zu übernehmen, und sollen mit der Zusammenbringung der Summe Stundung haben bis zu dem zweiten daraufsolgenden Juni- oder Dezembertermin,

<sup>8</sup> Abgedruckt bei Klein a. a. D. Band 1834 bis 1848 Seite 86.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Betr. Einwilligung ber Chefrau; bgl. auch § 6. <sup>10</sup> Bgl. auch das norwegische Geset über ungeteilten Besit vom 4. Juli 1927, welches dem überlebenden Chegatten gleichfalls sehr weitgehende Rechte am Anerbengut gibt.

welcher lettere bei dieser Gelegenheit auch in Jütland als Umschlagstermin zu rechnen ist. Falls der genannte Erbe nicht mündig ist, soll die Angelegenheit zur Beschlußfassung über die übernahme des Hoses dem Gericht zur Beurteilung übergeben werden. Es versteht sich im übrigen von selbst, daß durch das gemeinschaftliche Testament der Ehegatten auch die Berfügungsfreiheit des überlebenden über den Hof nach außen hin eingeschränkt und daß es namentlich diesem verwehrt werden kann, den Hof zu verpfänden. Ebenso kann auch der Lettlebende auf keinen Fall jemandem Pfandrecht geben über die Erbteile, die Kindern von dem vorher versstorbenen Bater oder Mutter zugefallen sind; diese Erbteile bleiben, wie vorher angesührt, hypothekarisch auf dem Hose eingetragen, bis sür dieselben den Erben auf andere Weise Ersat geschaffen wird.

- § 3. Es versteht sich in gleicher Beise von selbst, daß der Längstlebende nach dem Tode seines Ehegatten keine Beränderung vornehmen kann an dem kundgetanen letten Billen zum Borteile für eines der Kinder. Sollte jedoch das genannte Kind sterben oder den Besit nicht übernehmen wollen, so kann der Längstlebende durch eine neue testamentarische Berssügung bestimmen, welches von den übrigen Kindern an seine Stelle treten soll, soweit das gemeinschaftliche Testament nicht schon eine diesbezügliche Bestimmung enthält.
- § 4. Das Recht, den Hof zu behalten, das durch das gemeinschaftliche Testament von Cheleuten dem Längstlebenden von diesem zuerkannt werden kann, soll hinsichtlich des Chemannes nicht auf die Zeit eingeschränkt werden, die er unverheiratet bleibt; auch wenn die Chefrau eine neue Che eingeht, kann der Sof bei ihr und ihrem zweiten Manne verbleiben fo lange, bis der Sohn, dem der Hof nach dem Testament zufallen foll, mundig wird, worunter in übereinstimmung mit 3, 17, 34 des Gesetges verstanden wird, daß er das Alter von 18 Jahren erreicht hat, oder wenn die Tochter, der der Hof zufallen foll, die Che eingeht. Geht die Witwe cine neue Ehe ein, so muß von dem zuständigen Teilungsverwalter ein Inventar über die Beschaffenheit des Hofes mit dessen Zubehör aufgenommen werden, der seinerzeit einem Sohn ober einer Tochter zufallen soll. Ebenso muß ein solches Inventar aufgenommen werden, wo es in Unwendung von § 2 notwendig sein follte, zur vollständigen Aufklärung darüber, was der betreffende Erbe seinerzeit fordern kann. 3m übrigen soll der Sohn oder die Tochter, die anläflich der neuen Che der Witwe in den Besith des Hofes kommt, soweit das Testament nicht eine für dieselben vorteilhaftere Bestimmung enthält, ihr für seinen Halbpart am Hofe Ersatz leisten nach dem Werte, zu welchem dieser bei der gesetzlichen Schähung angesett ist, ohne Rücksicht auf den im Testament als Regel für die Teilung zwischen den Kindern angenommenen Wert; in diesem Falle muß für die Zusammenbringung der Summe dieselbe Frist gegeben werden wie im § 2.
- § 5. An Stelle einer berartigen Berfügung, wie sie nach den §§ 2 und 4 ein freier Bauer und seine Chefrau zum gegenseitigen Borteile treffen

können, soll auch ohne Rücksicht darauf, ob Leibeserben vorhanden sind, es ihnen freistehen, durch wechselseitiges Testament zu bestimmen, daß der Längstlebende den Hof behalten soll mit Zubehör als sein völlig freies Eigentum gegen Ausbezahlung von einem Drittel des wahren Wertes des Hoses und seines Zubehörs an die Erben des Erstverstorbenen nach vorhergegangener eidlicher Taxation, wobei der Wert berechnet wird unter Abzug der auf dem Hofe ruhenden Schulden, womit diese (so. die Erben) in jedem Fall sich begnügen lassen sollten, somit endlich unter der Bedingung, daß der Längstlebende sein Recht verliert, den Bruderanteil nach dem Verstorbenen zu verlangen, wo anders ein solches Recht ihm zukommen möchte.

- § 6. Soweit ein freier Bauer keine Leibeserben hat, soll er in Benuthung ber Berordnung vom 13. Mai 1769 § 5 nicht gebunden sein an einen von seinen Erben; er kann vielmehr den Hof nebst Zubehör testamentarisch vermachen, wem er will, wie es auch durchaus nicht nötig sein soll, eine Entschädigung festzusehen für seine Berwandten. Doch soll er, wenn er die Besitzung in Gütergemeinschaft mit seiner Ehefrau besitzt, in Gemäßheit des § 1 deren Einwilligung nachsuchen, wenn er die vorgenannte Testierfreiheit zum Borteil für andere als die Ehefrau selbst benuthen will. Im übrigen können Eheleute, die keine Leibeserben haben, ein solches Testament zum Besten füreinander errichten.
- § 7. Das den freien Bauern durch Berordnung vom 17. Mai 1769 im § 5 zugestandene Recht, zu bestimmen, was mit dem Hose mitfolgen soll und zu seinem Zubehör gerechnet werden soll, soll nicht beschränkt sein auf den Biehbestand, sondern auch das Inventar und bewegliche Habe aller Art mitumfassen, die auf dem Hose vorkommen.
- § 8. Die durch obengenannte Verordnung vom 17. Mai 1769 § 5 freien Bauern zugestandene und durch diese unsere Verordnung näher erklärte und bestimmte Testierfreiheit sindet Unwendung, ob nun ein freier Bauernhof mit vollkommenem oder nur mit unvollkommenem Eigentumsrecht ausgestattet ist, und kommt gleichermaßen auch den Erbpächtern zu, die nicht berechtigt sind, ihre Höfe zu verkausen oder zu verpfänden, sobald solches in Einklang zu bringen ist mit dem Erbpachtbrief oder anderem Dokument, worauf des Testators Anrecht auf den Besitz sich gründet. Ferner soll sie auch anwendbar sein auf bebauten Haupthosboen, wenn dieser nicht 12 Tonnen Hartkorn<sup>11</sup> übersteigt; diese Größengrenze gilt nicht, wenn es sich um unprivilegierten Hartkornboden handelt. Bas Stellen mit einem zugehörigen Areal von weniger als 1 Tonne Hartkorn<sup>12</sup> anslangt, so können die Eigentümer, da solche Stellen nicht als freie Bauernhöse betrachtet werden können ob nun der Boden frei ist oder unfrei über denselben testamentarisch nur nach Maßgabe der allgemeinen

<sup>11</sup> Berändert durch Berordn. vom 17. März 1847 § 2. Abgedruckt S. 232.

<sup>12 1</sup> Tonne Hartkorn = 72000 Quadratellen Normalboden = 9,6 ha.

Gesehe verfügen; die Berordnung vom 21. Juni 1799 kommt den Besitzern solcher Stellen zugute. Borangeführte Bestimmungen verstehen sich in Bezug auf Acerz und Wiesenhartkorn<sup>13</sup>; doch sind Waldz und Mühlengebühr zu berechnen nach dem gewöhnlichen Berhältnis von 1:2. Im übrigen soll es für die Ausübung der durch die Berordnung vom 13. Mai 1769 5 und durch diese unsere Berordnung gewährleisteten Testierfreiheit nicht nötig sein, daß der Betreffende nach seiner Geburt und persönlichen Stelzlung zum Bauernstande gehört.

- § 9. Gleich wie berjenige, der mehrere freie Bauernhöse besitzt, nicht einem Kinde mehrere von diesen testamentarisch vermachen kann, so können auch nicht dem Letztlebenden mehrere Höse vorbehalten werden; doch muß der Letztgenannte auch den Hos behalten können, der einem noch nicht volljährigen Sohn oder Tochter vermacht ist, dis er volljährig wird oder sie sich verheiratet (wird näher ausgeführt). Das Borangeführte kann auch nicht verhindern, daß der Längstlebende mehrere Besitzungen erhält, die ihm als Erbanteil kraft Gesetzes zusallen.
- § 10. Eine Witwe, die einen freien Bauernhof besitzt, kann im großen und ganzen die Testierfreiheit ausüben, die in dieser Verordnung gewährleistet wird. Indessen kann die Witwe oder der Witwer, die auf ungeteiltem Besitz nach dem Verstorbenen wohnen, ohne daß, während dieser lebte, irgendeine testamentarische Anordnung über den Hof getroffen wurde, die genannte Testierfreiheit nur so benügen, daß die Erben des Verstorbenen das ihnen schon zugesallene väterliche oder mütterliche Erbe ungeschmälert behalten.
  - § 11 (betr. Kosten, Stempelpapiere u. dgl.).
  - § 12 (Formalien).

## 3. Verordnung über das Erbrecht vom 21. Mai 1845.

— Auszug —

§ 26. Auch hinsichtlich des Inhalts 14 soll das den freien Bauern am 13. Mai 1769 und 12. November 1837 gewährleistete Testationsrecht bestehen bleiben. Hat aber ein selbsteigener Bauer sein unbewegliches Eigenztum an eines seiner Kinder gegen eine mäßige Bergütung gegeben, so soll er nicht besugt sein, noch über mehr als 1/8 seines übrigen Bermögens berechnet nach dem testamentarisch bestimmten Hoswert zu versügen. Das gleiche soll gelten, wenn ein selbsteigener Bauer und seine Ehefrau, die Erben haben, versügen wollen gemäß dem Geset vom 22. November 1837 § 5, das sie ermächtigt, sich wechselseitig den Hos zu eigen zu machen; wie auch der Erbteil wegsallen soll, der nach dem § 15 des diesbezüglichen Erbrechts dem Längstlebenden zukommen kann.

<sup>13</sup> Siehe Anm. 12 S. 230.

<sup>14</sup> Borher ist von der Form des Testaments die Rede.

§ 27. So soll auch der, der es nach seiner Lage für seiner Leibeserben Bestes hält, daß das ganze Vermögen oder ein wesentlicher Teil desselben einem einzelnen von ihnen gegen eine passende Vergütung überlassen wird, die Möglichkeit haben, ein dahinzielendes Testament in der Kanzlei<sup>15</sup> bestätigt zu bekommen, wenn, nachdem Erklärungen sowohl von der zuständigen Behörde als auch von anderen glaubwürdigen und mit den Verhältnissen genau vertrauten Männern, soweit möglich aus der nächsten Verwandtschaft, eingeholt sind, angenommen wird, daß eine solche Versfügung wirklich zum gemeinsamen Besten ist, wozu gehört, daß jeder einzelne Leibeserbe eine Vergütung erhält, die dem Anteil entspricht, der nach § 23 vorbehalten bleiben soll 16.

Was Insonderheit den Besitzer von Allodialgütern angeht, so soll es solchem gestattet sein, über seinen halben Nachlaß zugunsten besjenigen seiner Leibeserben, dem er das Allodialgut überlassen will, zu verfügen, jedoch daß er, wenn er davon Gebrauch macht, nicht berechtigt sein soll, über mehr als den vierten Teil seines übrigen Bermögens zum Vorteil für die anderen Kinder oder für fremde zu verfügen. Dagegen sollen die besonderen Bestimmungen in 4, 5, 6 des Gesess fortsallen.

## 4. Verordnung vom 17. März 1847, betr. eine Erweiterung der in den Verordnungen vom 13. Mai 1769 und 23. November 1837 freien Vauern zugestandenen besonderen Testierfreiheit.

(Rlein, Sammlung 1834 bis 1848, Seite 692.)

- § 1 (geftattet Teftamente zugunften der Chegatten eines borberftorbenen Kindes).
- § 2. Gleichwie das in den oben genannten Anordnungen freien Bauern gewährte Testationsrecht mit Hinsicht auf alle Bauernstellen anwendbar ist, die ein zugehöriges Areal von 1 Tonne Hartforn oder darüber haben und mit Hinsicht auf allen bebauten Haupthosboden, dessen Hartforn zwischen 1 und 12 Tonnen liegt, beides einschließlich, so wollen wir auch dieses Recht und damit zugleich die äußerliche Bestimmung, die enthalten ist im § 1 der vorliegenden Anordnung erweitert haben auf größere Bestigungen, die nicht als Edelsitze angesehen werden können, mit Hinsicht auf welch letztere es bei der Berordnung vom 21. Mai 1845 § 27 verbleibt.

<sup>15</sup> Ranglei: jest Justizministerium.

<sup>16</sup> Im § 23 ist borbehalten über den vierten Teil des Nachlasses zu verfügen. An die Stelle des vierten Teiles ist inzwischen nach dem dänischen Geset vom 29. Sept. 1857 der dritte Teil des Nachlasses getreten.

## 5. Gefet über die Einführung des dänischen Personen-, Familienund Erbrechtes in den südjütischen Landesteilen.

Mr. 148 vom 28. Juni 1920 (Lovtidende for Danmark, Geite 1033).

### - Auszug -

- § 42. Um 1. Januar 1922 treten das dänische Personen-, Familien- und Erbrecht in Kraft mit den Ausnahmen und näheren Bestimmungen, die enthalten sind in den §§ 43—66.
- § 62. In Kraft bleibt die Bestimmung in § 31, zweiter Kunkt samt der Berordnung vom 18. Juni 1777<sup>17</sup> mit späteren Anderungen. Die Bervordnung vom 13. Mai 1769<sup>18</sup> mit sich daran schließenden späteren Bestimmungen bekommt keine Geltung in den südjütischen Landesteilen.

<sup>17</sup> Berordnung betr. das Näherrecht in den Bodengütern auf der Geeft vom 18. Juni 1777 — abgedruckt vorn S. 66.

<sup>18</sup> Verordnung über die Testierfreiheit der freien Bauern vom 13. Mai 1769 — abgedruckt S. 226.

# VI. Norwegen.

## Überblick.

Das allgemeine Erbgeset vom 31. Juli 1854 gilt nicht für das Grundcigentum auf dem Lande. Bielmehr wird deffen Bererbung durch ein besonderes Geset, das Odels- og Aasaedesrett vom 26. Juni 1821, geregest.

I. Deffen erfter Teil (§§ 1-9) enthält das fogenannte Obelsrecht, d. h. das Recht der Familienzugehörigen, ein Gut, welches während 20 aufeinanderfolgenden Jahren der Familie oder einem Familienangehörigen au Eigentum gehört hat - bas fog. Dbelsgut -, einzulösen, wenn es an einen Familienfremden veräußert wird. Das Ginlojungsrecht tann nur innerhalb der nächsten auf die Beräußerung folgenden 5 Jahre ausgeübt werden. Die Einlösung erfolgt zum Schätzungswert in einem in den §§ 20ff. näher beschriebenen Berfahren.

Dieses sogenannte Odelsrecht stellt eine Eigentümlichkeit des norwegischen Rechtes bar, die mit dem starten Beimatfinn des Norwegers (Fritjofsage, Beer Chnt) zusammenhängen dürfte. Berwandte Rechtsgebilde finden fich im älteren deutschen Recht (Erblosung u. ä., Revokations= und Retrakt= rechte). Auch das, freilich nur vertraglich zu begründende, Heimatzufluchtrecht des Tiroler Höfegesetes (bal. den itberblick vor lid. Nr. I 2) dürfte auf einem ähnlichen Gedanken beruben.

II. Die §§ 10ff. des Gefetes behandeln das jogenannte Aasadesrecht. Es ift das ein echtes Anerbenrecht, welches bem altesten Sohn ober bem sonst Nächsten unter den Nachkommen des letten Besitzers - bei Borhandensein eines Chegatten diesem (Geset vom 4. Juli 1927) — das Recht gibt, den ungeteilten Besit des bom Erblaffer hinterlaffenen Sofes ober, sofern er mehrere Sofe hinterlassen haben sollte, des Saupthofes anzutreten. Die Miterben erhalten eine Abfindung, zu deren Ermittlung der Wert des Anerbengutes nach einer billigen Tage2 bestimmt wird. Die Abfindung wird gegen gesetliche Binsen gestundet3 und durch Eintragung in das Pfandbuch sichergestellt4.

Eine weittragende Underung des vorbezeichneten Unerbengesetes ist herbeigeführt durch das Geset über ungeteilten Besit vom 4. Juli 19275. Dieses gibt dem überlebenden Chegatten das Recht, den gesamten Besith ungeteilt zu übernehmen, ohne mit den gemeinsamen Leibeserben zu teilen. Die Rechte ber letteren werben burch Berfügungsbeschränkungen (§ 7), Inbentarpflicht (§§ 5, 16), Schadensersagansprüche (§ 8) und Ründigungsrecht (§ 12) sichergestellt.

3 Stundung gegen gesetzlichen Bins: § 15.

<sup>1</sup> Wefet über das Odels- und Aasadesrecht vom 26. Juni 1821. — Abgedruckt lid. Nr. VI 3.

<sup>2</sup> Geset vom 9. Mai 1863.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Sicherstellung unter Eintragung im Pfandbuch: § 15. <sup>5</sup> Geset über ungeteilten Besitz vom 4. Juli 1927 — abgedruckt lfd. Mr. VI 3 auf S. 240.

III. Die hohe Wertschätzung, welches das auf alter Bolkssitte beruhende Anerbenrecht in Norwegen genießt, erhellt am besten aus der Tatsache, daß das Norwegische Staatsgrundgesetz sogar in seinem nachstehend abgedruckten § 107 das Anerbenrecht unter den besonderen Schut der Berfassung gestellt hat.

## 1. Grundgefet bes Rönigreichs Norwegen.

§ 107. Das Odels- og Aasaedesrett, barf nicht aufgehoben werden. Die näheren Bedingungen, unter welchen dasfelbe gum größten Rugen des Staates und zum Beften der Landbevölkerung beftehen bleiben foll, werden bon dem erften oder dem aweiten folgenden Storting festgesett.

## 2. Gefet, betr. das Odels- und Aasadesrecht 9-14

vom 26. Juni 1821, mit Underungen insbesondere durch Gefes vom 28. September 1857; vom 9. Mai 1863; vom 4. Juli 1927 und vom 26. Juni 1929.

(Almindelig norsk Lovsamling 1660—1870, 1927, 1929.)

— Auszug. —

§ 1. Das Grundeigentum auf dem Lande, welches während 20 (zwanzig)92 aufeinander folgender Jahre einer Berfon oder ihrem Geschlecht gehört hat, ift Odelgut. Dies Land foll kein anderer bon ihm beanspruchen oder ein=

<sup>7</sup> Das Odels- og Aasaedesrett — zu beutsch: Stammguts= und An= erbenrecht.

<sup>8</sup> Bgl. das nachstehend abgedruckte Gesetz, betr. das Odels= und Aasädes=

recht, bom 26. Juni 1821.

<sup>9</sup> Spezialliteratur: Büchner, Die Bererbung des ländlichen Grund= cigentum's und Geschichte des Anerbenrechts in Norwegen 1908; ericienen als Unhang zu Serings "Vererbung des ländlichen Grundbesitzes", Bb. VII, Schleswig-Holstein, S. 130ff.

Motfeld, Lovgivningen om Odelsretten og om Aasaedesretten, 1840: Fred Brandt, Tingsretten, frenstillet efter ten norske Lovgifning, Kristiania, 1876; Platon, Nork Arverent, S. 132ff. (1910).

Kgl. auch Boden, Das norwegische Stammgüterrecht (3tschr. d. Savigny-

Stiftung für Rechtsgeschichte, 22. Bb., German. Abt., S. 109/154).

94 Bor Erlaß des Gesetzes vom 28. September 1587 betrug die notwendige

<sup>9</sup>a Bor Erlaß des Gesetzes dom 28. September 1587 verrug die notwenotze Besitzeit nur 10 Jahre.

10 Kollständiger **Abdrud** des Gesetzes in deutscher übersetzung in Serings "Bererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen", Bd. VII, Schleswig-Holstein, Anhang S. 165st., mit Anderungen dis 1908.

Unter den Gesetzesänderungen der letzten Jahre sind als besonders wesentlich zu nennen: das Gesetz, betr. Gutachten, Enteignungssachen, Abslöfung des Odelstrechts, vom 1. Juni 1917 (Kap. 3 betr. Odelslöfung §§ 59 dis 76); das Gesetz vom 4. Juli 1927, das die Rechte des überlebenden Ehegatten regelt, und ein Gesetz dom 26. Juni 1929, das Erleichterungen sür den Holsrecht — dal. überblick vom S. 1.

<sup>11</sup> Betr. das Obelsrecht — val. überblick vorn S. 1.
12 Das **Nasädesrecht** ist im § 10 gesetzlich definiert. Es ist eigentzliches Anerbenrecht, welches sür den ländlichen Grundbesitz ohne weiteres

lösen, und zwar, sei es, daß der, welcher das Land einlösen will, unterdessen mündig oder unmündig, anwesend oder abwesend war, oder daß das Land während seiner Minderjährigkeit von seinen Eltern oder anderen verkauft worden ist; sondern das Land verbleibt unwiderruflich dem Besitzer und seinen Nachkommen zu Odel.

§ 2. Die Person, in beren Eigentumsrecht das Obel erworben wurde, wird Obelserwerber, und die, welche in gerade absteigender Linie von ihm abstammen, sein Geschlecht, Odelserben oder Obelbürtige genannt, und nur an sie wird das Odelsrecht vererbt, also nicht an die, welche in aufsteigender Linie oder Seitenlinie mit dem Odelserwerber verwandt sind. Niemand wird als Odelbürtiger angesehen, sofern er nicht geboren und getauft ist, bevor das Gut durch Berkauf oder auf andere Weise aus der Familie gesgangen ist.

Uneheliche Kinder sind odelsberechtigt zum Odelgut ihrer Mutter. Kinder, die bom Bater legitimiert sind, werden bezüglich des Odels als den chelichen gleichgestellt angesehen.

- § 8. Obelland kann eingelöst werden von Fremden und von entsernteren Obelbürtigen; aber kein Obelbürtiger kann sein Recht an einen anderen übertragen, auch kann er nur für seine eigene Person darauf verzichten. Doch entsagt der Bauer dem Obelsrecht für sich und seine Frau, mit der er zu dieser Zeit in Gütergemeinschaft lebt, wenn sie das Odel gemeinschaftlich besitzen.
- § 9. Ist das Obelsgut 5 (fünf) Jahre 15 ober länger aus dem Geschlecht gewesen, ohne daß jemand von dem Geschlecht sein Einlösungsrecht auf das Gut geltend gemacht und es danach wissentlich eingelöst hat, so wie sich im § 29 dieses Gesehes näher bestimmt sindet, soll das Odels= und Einslösungsrecht jenes Geschlechts oder jener Familie darauf gänzlich verloren und aufgehoben sein. Ebenfalls verlieren alle Näheren im Geschlecht ihr Einlösungsrecht, sosern sie widerspruchslos einen Ferneren im Geschlecht während 5 Jahren das Gut besitzen lassen.

kraft Gesetzes gilt und die Anwendung des allgemeinen norwegischen Erberechtes — nach welchem die Erbschaft frei und in gleichen Teilen auf sämtliche Erben übergeht — ausschließt.

<sup>13</sup> Auch ein Altenteilsrecht ("föderaad") nach Art bes in Deutschsland borkommenden ist in Norwegen borhanden. Es ist aber nur gewohnsheitsrechtlich geregelt und wird in der Regel auch hier durch Altenteilstund übergabevertrag im Wege der sog. antizipierten Erbsolge begründet.

Das Altenteil wird regelmäßig als Grundschuld ("Grunnbyrde") in das Pfandbuch eingetragen.

<sup>14</sup> Das Odels- und Ausädesrecht hat sich in der Praxis bewährt, wenn es auch gelegentlich vorgekommen sein soll, daß jemand sein Odelsrecht nur zu dem Zwecke ausgeübt hat, um sich für den Berzicht darauf demnächt eine Absindung zahlen zu lassen.

<sup>15</sup> Durch Geset vom 28. Sept. 1857 ist die Frist auf 3 Jahre verkürzt.
16 Auch diese Frist beträgt nach dem Geset vom 28. Sept. 1857 nur noch 3 Jahre.

- § 10. **Aasädesrecht** ist das Recht, welches dem nächsten unter den Nachstommen des letzten Besitzers zukommt, den ungeteilten Besitz des vom Erblasser hinterlassenen Landguts oder, sosern er mehrere Höfe hinterlassen haben sollte, des Haupthofs anzutreten gegen Absindung der Miterben mit dem ihnen bei der Teilung Zukommenden. Dieses Recht gilt sowohl für Odelland wie für Land, welches Eigentum des Erblassers, wenn auch ohne Odel, ist.
- § 11. Das Aasädesrecht kommt den Nachkommen des Erblaffers in folgender Ordnung zu:
  - 1. dem ältesten Sohn des Erblassers, wenn dieser tot ist,
  - 2. bessen ältestem Sohn, also des Erblassers Enkel, und so fort, solange männliche Nachkommen vom ältesten Sohn vorhanden sind. Ist kein solcher vorhanden, dann
  - 3. dem jüngeren Sohn des Erblassers; ist dieser tot,
  - 4. seinem ältesten Sohn und so fort.
    - Ist Sohn von Sohn nicht da, so folgt
  - 5. die älteste Tochter vom ältesten Sohn des Erblassers. Ift diese tot, so solgt
  - 6. ihr ältester Sohn und seine Nachkommen oder, wenn keiner von diesen mehr da ist,
  - 7. ihre älteste Tochter und beren Nachkommen. Ist von diesen auch niemand vorhanden, dann kommt
  - 8. die jüngere Tochter vom ältesten Sohne des Erblassers mit ihren Nachkommen. Ist keiner von den Nachkommen des ältesten Sohnes vorhanden, so kommt
  - 9. die älteste Tochter vom jüngeren Sohn des Erblassers und, wenn sie tot ist,
  - 10. ihre Nachkommen und so weiter in derselben Ordnung, welche für die Töchter des ältesten Sohnes vorgeschrieben ist,
  - 11. die eigene älteste Tochter des Erblassers und, wenn sie tot ist,
  - 12. ihr altester Sohn ober seine Nachkommen; wenn aber tein Sohn bors handen ift,
  - 13. ihre Tochter oder deren Nachkommen; sind keine Nachkommen von der ältesten Tochter des Erblassers vorhanden, so folgt
  - 14. die jüngere Tochter des Erblassers oder ihre Nachkommen; usw.

Wenn Fälle eintreten sollten, die hier nicht besonders angeführt sind, wird doch nach derselben Regel versahren, und immer geht, wo mehrere gleich nahe im Geschlecht sind, das männliche Geschlecht vor das weibliche und der Altere vor dem Jüngeren 17.

<sup>17 § 11</sup> regelt nur die Erbfolge unter den aasädesberechtigten Nachkommen. Ist neben diesen noch ein Chegatte des Erblassers vorhanden, so gilt für diesen das Geseh über das Recht des überlebenden Chegatten, im ungeteilten Anwesen sitzen zu bleiben, vom 30. Juli 1851 mit den Andescungen durch das Geseh über ungeteilten Besitz vom 4. Juli 1927.

- § 12. Hinterläßt der Erblasser mehrere Höfe, ohne daß einer von diesen unentbehrlicher Nebenbetrieb für einen anderen ist, so soll doch der Alasädessberechtigte nicht mehr als einen von diesen für sich und seine Linie haben; sondern auch die übrigen Kinder oder deren Rachkommen sollen, soweit es außreicht, jeder einen Hof nach der Ordnung erhalten, in welcher nach § 11 das Alasädesrecht vererbt wird 18; auch wählen in dieser Ordnung die Erben oder deren Bormünder selbst den Hof, den sie haben wollen, sei es ihr Obelland oder nicht. Wenn Streit zwischen den Erben entsteht, ob ein Hof als unentbehrlicher Nebenbetrieb angesehen werden soll, so soll der Streit durch richterliches Ermessen entschen werden.
- § 14. Wenn ein Besitzer von Odels oder anderem Landgut findet, daß sein Haupthof, welcher nach seinem Tode in übereinstimmung mit den Bestimmungen in § 11 von seinem ältesten Sohn oder Tochter angetreten werden soll, sei es, daß derselbe vormals geteilt gewesen ist oder nicht, von der Größe und Beschaffenheit ist, daß mehrere Familien sich darauf ernähren können, soll es ihm erlaubt sein, denselben unter seine Kinder in zwei oder mehr Teile zu teilen, und zwar ohne daß weder das Odelsrecht noch das dem ältesten Sohn oder Tochter zukommende Aasädesrecht dies hindern könnte, jedoch unter solgenden näheren Bestimmungen:
  - a) daß bei einer solchen Teilung der älteste Sohn oder Tochter nicht weniger erhalten darf als die Hälfte des Gesamteigentums, welches den Haupthof ausmacht;
  - b) daß die übrigen Teile, in welche der Grundbesitz geteilt wird, den Kindern in derselben Reihenfolge zusallen, in welcher sie nach § 11 zum Haupthof berechtigt sind;
  - c) daß, bevor die Teilung ausgeführt wird, es durch das gesetzliche Gesichäft der Schätzung behufs des Steueranschlags, wobei der Bogt oder jemand in seinem Namen zur Stelle sein muß 19, beschrieben wird, wie weit die Grenze jedes Teils gehen soll, und welche Herrlichkeiten demselben zustehen sollen, sowie daß bestimmt wird, ein wie großer Anteil von der Schuld des Gesamteigentums jedem der verschiedenen Teile auferlegt werden soll.
  - d) Die Teilung kann sowohl während der Lebenszeit des Besitzers wie nach seinem Tode geschehen, wenn er diesbezüglich ein schriftliches Dokument gemacht hat, worin er anordnet, wie und in wie viele Parzellen der Haupthof geteilt werden soll.

Diese Art Dokumente sollen auf Stempelpapier zu 30 sk geschrieben werden und mussen, um Rechtsgültigkeit zu besitzen, vor dem Tode des Ausstellers gerichtlich eingetragen werden.

<sup>18</sup> Nach dem Gesetz bom 16. Mai 1860 § 1 soll an jede der vom Erbstasser unmittelbar ausgehenden Linien nicht mehr als ein Hof kommen.

<sup>19</sup> Durch das Sportelgeset bom 13. Sept. 1830 § 99 ist die Anwesensheit des Bogts bei Schätzung des Steueranschlags aufgehoben.

- e) Findet sich eine solche testamentarische Verfügung eines Verstorbenen vor, so liegt dem Erbteilungsrichter ob, dafür zu sorgen, daß die unter lit. c behandelte Schätzung behufs des Steueranschlags abgehalten wird, bevor die Teilung ersolgt.
- f) Der älteste Sohn ober die Tochter soll jedoch, wenn der Erblasser außer dem Haupthof, der auf vorstehende Beise geteilt worden ist, noch mehrere Höse hinterläßt, nach der Bestimmung im § 12 die Bahl haben, ob er oder sie einen von diesen ungeteilt anstatt des ihm oder ihr zugewiesenen Teils des Haupthoses haben will, welcher alsdann nach seiner Ordnung einem der übrigen Kinder oder den Nachkommen dieser zufällt.
- § 15. Wenn Land bei der Teilung einem Odels- oder Aasädesberechtigten ausgesetzt und dieser so Eigentümer des Landes wird, so sollen die Mitserben und Eläubiger, soweit nicht ihre Ansprüche mit den übrigen Mitteln der Erbmasse befriedigt werden können, dafür doch nicht Land bestommen, sondern bloß die Summe, auf die dasselbe taxiert worden ist, und sie sollen an dem Gut Pfandrecht für das ihnen ausgesetzte Kapital haben, welches auf gesetzliche Weise berzinst wird, dis die Summe don einer der beiden Seiten gekündigt wird, was jedoch stets mit 6 Monaten Frist geschehen soll . . . (Es solgen Formalien.)
- § 16. Seinen leiblichen Bater oder Mutter soll der Obelsberechtigte nicht vom Hose bertreiben, solange sie unverheiratet bleiben. Gehen sie dagegen eine neue Ghe ein, so kann der Odelsberechtigte, sofern das Odelsland von dem zuerst Berstorbenen in die Ehe gebracht wurde, den Hos in Besig nehmen, wenn es ein Sohn ist, sobald er 25 Jahre alt ist, und wenn es eine Tochter ist, sobald sie sich verheiratet.

Stiefeltern haben das Recht zur Weiterbewirtschaftung des Hoses, bis der zum Hof Odelsberechtigte, wenn es ein Stiefsohn ist, das 18. Jahr vollendet, wenn es eine Stieftochter ist, sich verheiratet.

Während die Stieseltern so die Bewirtschaftung des Hoses weiterführen, sind sie dazu verpflichtet, ohne Entschädigung den Unterhalt und die Erziehung sowohl des nächsten Odelsberechtigten wie seiner Geschwister zu besorgen, dis sie ihr 15. Lebensjahr vollendet haben. Der Bormund des nächsten Odelsberechtigten soll die Aussicht darüber führen, ob die Stieseltern diese Pflichten erfüllen und den Hof ohne Schmälerung erhalten. Werden sie des Entgegengesetten überführt, so haben sie ihr Bewirtsschaftungss und Besitzecht verloren.

Wenn die Eltern oder Stiefeltern nach diesem Paragraphen das Land ausgeben müssen, weil ein Obelsberechtigter das vorgeschriebene Alter erslangt oder sich verheiratet hat, so soll dieser, soweit die Aufgabe in Güte geschieht, ihnen ein solches Altenteil vom Lande geben, wie es der Sorensstriver nach der Eröße des Hoses den Bedürfnissen der Eltern und der Lage des Obelsberechtigten für billig erachtet.

- § 17. Wenn Obel- oder anderes Land vererbt wird und es mündige Erben find, die fich darin teilen, konnen fie felbst den Preis bestimmen, für welchen der Odels= oder Aasädesberechtigte das Land bekommen soll; wenn sie so nicht einig werden konnen, wird der Preis durch gesetliche Taxation bestimmt, und wenn jemand noch damit unzufrieden ist, durch erneute Taxation auf gemeinschaftliche Kosten.
- § 18. Wenn die Teilung bagegen nach Erbteilungsrecht oder durch ge= meinschaftliche Verwandte besorgt wird, so soll alles Land querft durch den Sorenskriver und andere Männer auf gesetzliche Weise taxiert werden. Kindet einer von den Erben oder deren Lormündern sich durch diese Tare beeinträchtigt, entweder im ganzen ober bezüglich der einzelnen Teile, so kann erneute Taxation auf gemeinschaftliche Kosten stattfinden, wenn das Berlangen eingereicht wird, und zwar entweder sofort oder spätestens innerhalb fechs Wochen; andernfalls muß es mit der erften Taxe fein Bewenden haben.
- § 19. Die Tagatoren sollen alles Land zum vollen Werte nach dem in der Gegend üblichen Preis anseten, ohne daß es ihnen zukommt, eine Herabsehung zugunften des nächsten Obels- oder Aasadesberechtigten zu bestimmen 20.
- § 20. Will ein Obelsmann sein Obelsrecht zu seinem Gut geltend machen, so soll er . . . (Folat eingehende Regelung des Berfahrens.)
- § 32. Alle älteren Bestimmungen über das Odels= und Aasädesrecht sollen ohne Ausnahme durch dies Gefet als aufgehoben und ungültig angesehen werden. Doch sollen alle Odelssachen, welche bei der Aublikation dieses Gesekes bei den Gerichtshöfen schon anhängig gemacht worden waren, nach ben bis jest geltenden Borichriften geführt und entschieden werden.

# 3. Gefet über ungeteilten Befit

vom 4. Juli 1927.

(Norsk Lovtidende 1927 II ©. 480.)

- § 1. Nach dem Tode des einen Chegatten hat der überlebende Che= gatte das Recht, den gesamten gemeinsamen Besit zu übernehmen, ohne mit den gemeinsamen Leibeserben zu teilen2.
- 20 Die Vorschrift hat sich nicht bewährt, sondern zu einer unwirtschaft-lichen Zersplitterung geführt (Büchner a. a. D. S. 154 mit näheren Nach-weisungen). Daher wurde durch das Gesetz v. 9. Mai 1863 bestimmt, daß ver wert nach einer villigen Taxe angesett werden soll. Diese ist in den berschiedenen norwegischen Landschaften verschieden hoch. In der Regel liegt sie 10-30% unter dem Berkehrswert. Weitere Erleichterungen für den Hoferben bei der Taxation schafft das Geset v. 26. Juni 1929. Diese Vorschriften gelten aber nur für das Aasädesrecht (Anerbenrecht). Bei Ausübung des Odelsrechts hingegen ist der volle Verkehrswert zu bezahlen, und zwar in dar (§§ 25-29).

  1 Das norwegische Wort "bo" (deutsch "Bau") bedeutet Besit, Besitzung, Anwesen, Wohnung, Hinterlassenschaft.

  2 Die außerordentlich weitgehenden Rechte die das harstehende narder Wert nach einer billigen Taxe angesett werden foll. Diese ift in den

<sup>2</sup> Die außerordentlich weitgehenden Rechte, die das vorstehende nor= wegische Gefet dem überlebenden Chegatten gibt, finden ein gewisses Gegen-

hinterläßt der Berftorbene minderjährige Stiefkinder entweder allein oder zusammen mit gemeinsamen Kindern, so hat der überlebende Ghegatte das Recht, den gemeinsamen Besit ungeteilt zu übernehmen, wenn das Bormundschaftsgericht dieses genehmigt. Die Genehmigung darf in der Regel nur erteilt werden, wenn anzunehmen ift, daß es auch jum Besten des Stiefkindes ift, wenn der überlebende Chegatte auf ungeteiltem Befit wohnt.

Sat der verstorbene Chegatte im Testament ausgesprochen und begründet, daß er es für des überlebenden Chegatten und der Leibeserben Beites halte, wenn der gemeinsame Besitz geteilt werde, so kann das Teilungsgericht3, nachdem der Ausspruch des Bormundschaftsgerichts eingeholt ift. bestimmen, daß Teilung ganz oder teilweise stattfinden soll, soweit es annimmt, daß dieses aus dem im Testament genannten Grunde geschehen muß.

- § 2. Wer nicht imstande ift, seine Berpflichtungen zu erfüllen, oder wer durch Bernachlässigung seiner wirtschaftlichen Berhältnisse, durch Digbrauch des Verfügungsrechtes über den gemeinsamen Besitz oder durch anderes unzulässiges Berhalten den gemeinsamen Besitz wesentlich vermindert oder ihn in die Gefahr wesentlicher Verminderung gebracht hat, hat nicht das Recht, den gemeinsamen Besitz ungeteilt zu übernehmen4.
- § 3. Wer entmündigt ift, hat nicht das Recht, auf ungeteiltem Besit zu wohnen. Die Teilung kann unterbleiben mit der Einwilligung des Bormundes und des Bormundichaftsgerichtes, wenn das übrige gemeinsame Eigentum nach dem Gutachten des Teilungsgerichtes nicht größer ist, als jum Unterhalt des überlebenden Chegatten und jum Buhauseleben der Rinder notwendig ift.

Ift der überlebende Chegatte minderjährig, fo kann die Entscheidung darüber, ob er auf ungeteiltem Besitz wohnen foll, mit feiner eigenen und bes Bormundichaftsgerichts Einwilligung bom Bormunde getroffen werden.

§ 4. Wer auf ungeteiltem Besitz wohnen will, muß so bald als möglich nach dem Todesfalle dem Nachlaggericht eine Unzeige machen mit Ungabe des Ramens, des Alters und des Aufenthaltsortes der Leibeserben samt einer summarischen Aufstellung über sein Bermögen und über seine Schulden.

Ift ein Erbe unmündig und der überlebende Chegatte fein Vormund, so joll das Nachlakgericht dafür sorgen, daß ein Ersatvormunds ernannt wird.

ftud in den §§ 1ff. der dänischen Berordnung v. 22. Nov. 1837, enthaltend nähere Bestimmungen über die den freien Bauern durch die Berordnung v. 13. Mai 1769 getwährte Testationsfreiheit (abgedr. lfd. Kr. V 2).

3 Das norwegische Wort "skifteret" fann Teilungsgericht oder auch Erbstillungsgericht (Wacklesanischt beständ

teilungsgericht (Nachlaßgericht) heißen.
4 Bgl. auch § 12 betr. Kündigungsrecht.

<sup>5</sup> Erjagvormund; auch nach dtich. BGB. mußte ein "Pfleger" bestellt werden.

Hiervon kann abgesehen werben, wenn das übrige gemeinsame Eigentum nach dem Gutachten des Nachlaßgerichtes nicht größer ist, als zum Unterhalt für den überlebenden Chegatten und die Kinder nötig ist.

Findet das Nachlaßgericht, daß die Bedingungen für das Wohnen auf ungeteiltem Besitz vorliegen, so gibt es dem Chegatten ein Zeugnis hiersüber. Bevor das Teilungsgericht seine Entscheidung trifft, muß es so weit wie möglich den Erben oder ihren Bormündern Gelegenheit zur Außerung geben.

§ 5. Wer Erlaubnis bekommt, auf ungeteiltem Besit zu wohnen, muß dem Nachlaßgericht eine Aufstellung einreichen über das Bermögen und über die Schulden des Besitzes. Ist diese Ausstellung von den Erben oder ihren Bormündern nicht genehmigt, so muß der überlebende Ehegatte durch das Nachlaßgericht ein Inventar ausnehmen lassen über den Besitz.

Bird diese Borschrift nicht innerhalb einer vom Nachlafgericht bestimmten Frist erfüllt, so kann die Teilung des Besitzes verlangt werden.

Das Nachlaggericht ist verpflichtet, dem Vormundschaftsgericht die notwendige Aufklärung über Besitzungen zu geben, die der überlebende Ehegatte ungeteilt behält.

Die Obervormunder muffen jährlich mit den Bormundern die Besitzungen durchgeben, wo unmundige Erben sind.

§ 6. Der ungeteilte Besitz umfaßt außer dem früheren gemeinsamen Eigentum auch Eigentum, das der überlebende Chegatte später erwirbt, und das gemeinsames Eigentum gewesen sein würde, wenn es in der Che erworben wäres.

Erbe oder Geschenke, die dem überlebenden Chegatten zusallen, gehen nicht in den ungeteilten Besitz über, wenn dessen Teilung innerhalb eines Monates verlangt wird, nachdem der Chegatte über die Größe des Erbes oder des Geschenkes Kenntnis erhalten hat.

§ 7. Der überlebende Chegatte hat das Verfügungsrecht eines Besitzers über all das Eigentum, das zu dem ungeteilten Besitz gehört. Doch darf der Ehegatte ohne die Einwilligung der Erben von den Mitteln des Besitzes keine Geschenke machen, die im Mitberhältnis zu den Mitteln des Besitzes stehen; er darf auch niemals zu dem Besitz gehöriges unbewegliches Eigentum veräußern, es sei denn, daß die gesamten Erben dem zustimmen.

Hat der Chegatte ein solches Rechtsgeschäft ohne Einwilligung vorgesnommen, so kann jeder Erbe dasselbe durch Urteil umstoßen lassen, wenn der Empfänger des Geschenkes wußte oder hätte wissen müssen, das der Chegatte nicht berechtigt war, das Rechtsgeschäft vorzunehmen. Die Klage muß innerhalb dreier Monate erhoben werden, nachdem der Erbe Kennt-

<sup>6</sup> Der "ungeteilte Besith" des norwegischen Rechtes stellt also eine Art von sortgesetzter Gütergemeinschaft im Sinne des deutschen Bürgerlichen Rechtes dar.

Eine ben obigen §§ 6 u. 7 entsprechende Rechtsentwicklung vollzieht sich in jüngster Zeit auch in Schweden.

nis von dem Rechtsgeschäft bekam, und spätestens innerhalb eines Jahres nach dessen Bollziehung oder, soweit es sich um übereignung von unbewegslichen Sachen handelt, nach der gerichtlichen Auffassung.

§ 8. Falls ber überlebende Chegatte durch Bernachlässigung seiner wirtschaftlichen Berhältnisse, durch Mißbrauch des Berfügungsrechtes über ben ungeteilten Besit ober durch anderes unzulässiges Berhalten den Besit wesentlich bermindert, so können die Erben, wenn dieser geteilt wird, Schadensersatz verlangen von dem übrigen Besit. Reicht dieser nicht hin, so können sie sich dies zur Höhe der Hälfte der übrigbleibenden Beträge an das Sondervermögen des Ehegatten halten, soweit dieses nicht zur Deckung von Schulden gebraucht wird.

Unsprüche auf Schabensersatz entsprechend den vorstehenden Grundsätzen können die Erben auch dann erheben, wenn der ungeteilte Besitz dadurch vermindert wird, daß der überlebende Ehegatte die Mittel zur Vergrößezung seines Sondervermögens oder zum Erwerb von Rechten verwendet, die nach ihrer Art von der Teilung ausgeschlossen sind.

Wird bei ber Teilung keine volle Deckung für die Ersagansprüche erreicht, so können später Nachsorderungen auf den Rest nicht geltend gemacht werden.

- § 9. Der überlebende haftet persönlich für die Berpflichtungen des versterbenen Chegatten.
- § 10. Das Recht, auf ungeteiltem Besitz zu wohnen, hört auf, wenn ber überlebende Chegatte eine neue Che eingeht.

Dasselbe gilt, wenn der überlebende Chegatte entmündigt wird, unsbeichadet der Borschrift in § 3 Abs. 1.

§ 11. Der überlebende Chegatte kann zu jeder Zeit die Teilung des Besitzes berlangen.

Ist der überlebende Chegatte minderjährig, so kann der Bormund mit Einwilligung des Minderjährigen und des Bormundschaftsgerichtes die Teislung des Besites verlangen.

- § 12. Ein Stieffind, das mündig geworden ist, kann Teilung des Besitzes verlangen. Im übrigen kann ein Erbe Teilung des Besitzes berlangen,
  - 1. wenn der überlebende Chegatte seine Unterhaltspflicht's vernachlässigt,
  - 2. wenn der überlebende Ehegatte durch Bernachlässigung der wirtschaftlichen Berhältnisse, durch Mißbrauch des Berfügungsrechtes über den Besitz oder durch anderes unzulässiges Berhalten den Besitz wesentlich vermindert oder in die Gesahr wesentlicher Berminderung gebracht hat.

8 Das norwegische Wort "opfostringsplikt" kann auch Erziehungspflicht

<sup>9</sup> BgI. auch § 2 betr. Unfähigkeit zur übernahme und § 8 betr. Schabense erjag in solchen Fällen.

16\*

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Bgl. für den Fall, daß die Bernachlässigung der wirtschaftlichen Berhältnisse schon bei dem Erbfall bestand, auch den § 2, und betr. das Recht, Teilung zu berlangen, den § 12.

Für unmündige Erben wird der Anspruch auf Teilung vom Bormund mit Genehmigung des Bormundschaftsgerichts erhoben.

§ 13. Zu einer vollständigen oder teilweisen Auszahlung von Anteilen an einen oder mehrere Erben bedarf es der Genehmigung des Bormundsschaftsgerichtes, es sei denn, daß sämtliche Erben gleichzeitig verhältnismäßige Ausbezahlung bekommen oder ihre Einwilligung gegeben haben. Bevor die Genehmigung erteilt wird, muß eine Aufstellung über das Bermögen des gemeinsamen Besitzes vorgelegt werden. Auszahlung von ganzen Anteilen darf in der Regel nicht erlaubt werden.

Die übrigen Erben sind nach Möglichkeit vor der Entscheidung zu hören. Werden ohne Beachtung der vorstehenden Vorschriften Anteile ganz oder teilweise ausgezahlt, so kann einer oder mehrere der übrigen Erben verlangen, daß das Nachlaßgericht prüse und entscheide, ob entsprechende Auszahlung an die übrigen Erben erfolgen oder ob der Vesitz geteilt werden soll.

§ 14. Der Chegatte oder die Erben eines Erben können die Teilung bes Besitzes verlangen, wenn derjenige, in dessen Rechte sie eingetreten sind, selbst die Teilung hätte verlangen können.

Die Gläubiger eines Erben haben keinen Unspruch auf Teilung bes Besitzes.

- § 15. Bei der Teilung zwischen dem überlebenden Chegatten und den Erben des verstorbenen Shegatten sinden in Ansehung des ungeteilten Bestiges die Grundsätze über die Teilung des chelichen Gesamtgutes entsprechende Anwendung.
- § 16. Die Teilung durch das Nachlaßgericht kann auf Antrag des überlebenden Chegatten ohne Inventarerrichtung und Abschätzung des Bermögensbestandes vorgenommen werden. Der überlebende muß aber in dem Teilungstermin, zu welchem die Erben oder ihre Bertreter gehörig zu laden sind, eine summarische Ausstellung zu gerichtlichem Protokoll abgeben über Bermögen und Schulden des Besitzes.

Wenn die Erben oder ihre Vormünder diese Aufstellung nicht anerkennen, oder wenn das Rachlaßgericht der Unmündigen wegen besonderen Grund sinden würde, die Richtigkeit der Aufstellung in Zweisel zu ziehen, so kann nähere Aufstärung und, salls nötig, Inventarausnahme und Schähung des Vermögensbestandes gefordert werden.

§ 17. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1928 in Kraft. Es findet Answendung, wenn der Erbfall nach seinem Inkrafttreten eingetreten ist.

Mit der hieraus sich ergebenden Maßgabe wird vom gleichen Tage an das Geset über das Recht des überlebenden Chegatten, im ungeteilten Besitz zu wohnen usw., vom 30. Juli 1851 aufgehoben.

# VII. Schweden.

#### Arfda Balk 1

(Erbgefet.)

Rap. 12.

§ 7. Besitzen mehrere Versonen Anteile an einem Landgut oder anderm Grundbesit, der nicht gut geteilt oder zerstückelt werden kann, so hat der

1 Schwedischer Urtert in Sveriges Rikes Lag, herausgeg. von Skarstedt,

Stockholm 1929, Seite 85.

2 Ein eigentliches Unerbenrecht in dem Sinne einer geschlossenen Bererbung des Grundbesites auf einen Erben gegen mäßige Abfindung der übrigen scheint in Schweden nicht borhanden gewesen zu sein. Doch finden sich Borschriften, die die Brüder bor den Schwestern bevorzugen und den ersteren das Recht gaben, den Haupthof zu übernehmen, während die letzteren mehr den in der Umgebung liegenden Streubesitz erhalten sollen. Auch war bis zum Jahre 1863 den Familienangehörigen gestattet, den an einen Familienfremden beräußerten Grundbesitz gegen Erstattung des Kauf-preises einzulösen (sogenanntes Börderecht, entsprechend dem norwegischen Odelsrecht).

Des näheren vergleiche den rechtsgeschichtlichen Teil des Berichts von

Stodmann und die dort angeführte Literatur.

3 Das in Sveriges Rikes Lag von 1734 kodifizierte ichwedische Pridatrecht unterliegt zur Zeit einer weitgehenden Umgestaltung. Aus dem erbrechtlichen Abschnitt (ärfta balk) sind in den Jahren 1928—30 die Kapitel über die gesetzliche Erbsolge und das Testamentsrecht erneuert (nya ärtta balk). Die hier in Betracht kommende Borschrift kap. 12 § 7 gilt noch in alter Fassung; nur ist im Jusammenhange mit der neuen Bodengesetzgebung (jorda balk) dem § 7 ein zweiter Absah hinzugesügt worden, der den Rechtsgedanken des Abs. 1 auch auf das neue Erdpachtrecht (åborätt) ents sprechend anwendet.

4 Rach schwedischem Erbrecht kann der Erblasser über seinen Grundbesitg,

4 Nach schwedischem Erbrecht kann der Erblasser über seinen Grundbesitz, unbeschadet des Pflichtteilrechts der Leibeserben, durch Testament frei berssügen. Er darf ihn aber nicht länger als auf eine Generation binden: ärfta balk kap. 16 § 1; Test.=Ges. dom 25. April 1930 (kap. 1 § 2 Abs. 1). Sind mehrere Miterben vorhanden, so sind sie nach gesetzlichem Erecht als Gesamthänder zu gleichen Teilen am Nachlaß berechtigt und haben ein Recht auf das Zusammenleben im ungeteilten Hauf, solange nicht einer von ihnen die übrigen auf Grund des oben abgedrucken Kap. 12 § 7 abgefunden hat.

5 Die nach dem Erbrecht bestehende Möglichkeit der Realteilung wird tatfüchlich beschränkt durch die neue schwedische Bodengesetzgebung — (Gesiete Rr. 326-337) — bom 18. Juni 1926, von der insbesondere das Gesetz Nr. 326 über die Bodenverteilung (lag om delning av jord å landet) und das Geset Nr. 336 über die Zusammenlegung ländlichen Grundbesitzes (lag om sammanlägynlning av fastigheter å landet) zu nennen sind.

Das Geset Nr. 326 über die Verteilung des ländlichen Grundbesitzes vom 18. Juni 1926, mit Nachträgen vom H. April 1929 (Gefet Nr. 55) und vom 25. April 1930 (Gefet Nr. 101), macht jede Teilung eines länds lichen Grundstückes, insbesondere auch anläßlich der Auseinandersetzung von Miteigentumern ("lagaskifte") bon behördlicher Genehmigung abhängig. Besitzer des größeren Teils das Recht, nach gesetzlicher Absetzung die anderen — nach Belieben der Abzusindenden — entweder mit Geld oder entssprechender Rente abzusinden. Besitzen alle gleiche Teile, und können sie sich nicht einigen, wer die anderen auszahlen soll, so entscheidet das Los.

über den Borrang der Erben untereinander am Erbpachtrecht sowie seine Auslösung für den Fall, daß ein solches Recht zum Nachlasse gehört, der zwischen den Erben geteilt wird, bestehen besondere Borschriften.

Diese darf das Bobenteilungsgericht nur erteilen, wenn die einzelnen Teile wirtschaftsfähige Einheiten bilden, wobei es möglich ist, mehreren Miteigentümern einen gemeinsamen Teil (z. B. Wald) zuzuweisen. Des näheren bgl. hierüber W. Pappenheim, Schwedischer Geletzgebungsbericht in der Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, 1930, Heft 3.

<sup>6</sup> Es bleibt abzuwarten, ob die vorstehend stizzierten Borschriften sich in der Praxis bewähren werden, oder ob man, ähnlich wie in der Schweiz (vgl. S. 3) und in Deutsch-Osterreich, auch in Schweden bei der weiteren Umgestaltung des Erbrechts zu dem der altgermanischen Rechtsaufsassung entsprechenden Gedanken einer ungeteilten Vererbung des bäuerlichen Bestiges zurückkern wird.

# Legende für die Karte im Vandteil III.

- Deutsches Reich: Seit 1. Jan. 1900 Bürgerliches Gesethuch.
  - Gleichmäßige Berteilung des gesamten Nachlasses auf sämtliche Erben ohne Unterschied zwischen Grundbesitz und beweglichen Sachen; Möglichkeit aber der (letztwilligen) Verfügung, daß Landgüter zum Ertragswert angerechnet werden. —
  - EG. Art. 64: Borbehalt für Anerbenrecht der Länder.
- Baben: Geseth bie geschlossenen Hofgüter betr. vom 20. Aug. 1898 (GBBI. S. 405) nebst Brdg. vom 5. Juni 1900 (GBBI. S. 791).
  - Regelt die Rechtsverhältnisse der auf Grund des Gesetzes bom 23. Mai 1888 zur Feststellung gelangten Hosquiter. —
- Bapern: Erbgütergeset bom 22. Februar 1855 (GBl. S. 49); sonst kein bäuerliches Unerbengeset, wohl aber Entwurf eines Waldgüters gesetzes, in dem die Erbsolge in Waldgüter nach Anerbenrecht geregelt ist (kein Antragsersordernis).
- Braunschweig: Geset ben bäuerlichen Grundbesit betr. vom 28. März 1874 (GB. S. 43); ergänzt durch Geset vom 22. März 1919 (GB. S. 81).
  - Unmittelbares Anerbenrecht ohne Eintragung. —
- Bremen: Geset betr. das Höserecht in Landgebieten vom 18. Juli 1899 (GBI. S. 327), geändert durch Geset vom 29. Juni 1923 (GBI. S. 407).
  - Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Höferolle auf Anstrag. —
- Heffen: Geset die landwirtschaftlichen Erbgüter betr. vom 11. September 1858 (Reg. Bl. S. 537).
  - Sondervermögen; Gutsfolge nach Anerbenrecht. -
- Lippe: Geset über die Anerbengüter vom 26. März 1924 (GS. S. 557), geändert durch Geset vom 12. Okt. 1925 (GS. S. 189) und Geset vom 8. April 1926 (GS. S. 316).
- Unmittelbares Anerbenrecht ohne Eintragung; Teilungsverbot. Lippe-Schaumburg: Gesetz betr. die geschlossenen Bauernhöse und das Anserbenrecht vom 24. März 1909 (Sch.-L. Landes-Brdgen. S. 371).
  - Unmittelbares Anerbenrecht ohne Eintragung; Teilungsverbot. —
- Medlenburg-Schwerin: Ausf. Ardg. 3. BGB. §§ 349—388 dritter Titel betr. bäuerliches Anerbenrecht, nebst § 21 des Gesehes über Umwandlung bäuerlicher Auhungsrechte in Erbpacht vom 6. Nob. 1923 (Reg. Bl. S. 885).
  - Unmittelbares Anerbenrecht für bestimmte Domanial- und andere Güter. —
- Medlenburg-Streliß: Geset über das Anerbenrecht vom 20. April 1922 (Amtl.Anz. S. 201), geändert durch Geset vom 1. Mai 1925 (Amtl.Anz. S. 127) und vom 8. April 1926 (Amtl.Anz. S. 223).
  - Unmittelbares Anerbenrecht für Domanial= und andere Güter. -

- Olbenburg: Gesetz für das Herzogtum Olbenburg betr. das Grunderbrecht vom 19. April 1899 (GBI. S. 391), geändert durch Gesetz vom 25. Mai 1921 GBI. S. 162).
  - Mittelbares Anerbenrecht kraft Erklärung gegenüber dem Amtsegericht. —

Entsprechendes Gesetz für den Oldenburgischen Landesteil Lübed vom 14. Juni 1899.

#### Breugen:

- a) Gesamtstaat: Gesetz betr. das Anerbenrecht bei Renten= und Anssiedlungsgütern vom 8. Juni 1896 (GS. S. 124), ergänzt durch Landessrentenbankgesetz vom 29. Dez. 1927 (GS. S. 283) § 43.
  - Unmittelbares Anerbenrecht und Teilungsverbot, aber nur für staatliche Rentengüter. —
  - Fibeikommifauflösungsgesete in der Neufassung des Gesetes vom 22. April 1930 (GS. S. 51).
    - Unmittelbares Anerbenrecht für Wald-, Land-, Deich- und Beingüter mit Teilungsverbot, aber nur für die vorbezeichneten unter Mitwirfung der Fideikommißauflösungsbehörden aus früheren Fideikommissen gebildeten Güter. —

### b) Provinzen:

Brandenburg: Landgüterordnung vom 10. Juli 1883 (GS. S. 111).

— Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Landgüterrolle auf Antrag des Eigentümers. —

Hannover: Hösegesetz für die Provinz Hannover in der Fassung vom 9. August 1909 (GS. S. 663).

— Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Höferolle auf Anstrag. —

Heffen: a) Landgüterordnung für den Reg. Bez. Kaffel mit Ausnahme des Kreises Kinteln vom 1. Juli 1887 (GS. S. 315).

- Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Landgüterrolle auf Antrag. —
- b) Höfegeset für den Kreis Grafschaft Schaumburg vom 9. Juli 1910 (GS. S. 116).
  - Bezüglich der alten Meierhöfe: Eintragung von Amts wegen; im übrigen: Eintragung in die Höferolle nur auf Antrag. —

Rheinproving: (Beftfälische Grenzkreise) vgl. unter Beftfalen.

- **Schleswig-Holstein:** a) Landgüterordnung für die Provinz Schleswigs Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg vom 2. April 1886 (GS. S. 117).
  - Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Landgüterrolle nur auf Antrag. —

Die älteren Anerbengesetze und Gewohnheitsrechte sowie Gesetze über Altenteil, Satwirtschaft, väterliche Aussage u. ä. sind bestehen geblieben (starke Rechtszersplitterung).

- b) Geseth betr. das Höferecht im Herzogtum Lauenburg bom 21. Febr. 1881 (GS. S. 19).
  - Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Höferolle auf Antrag. —

Schlesien: Landguterordnung für die Proving Schlesien bom 24. April 1884 (GS. S. 121).

— Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Landgüterrolle nur auf Antrag. —

**Balded-Phrmont:** Geset über das Anerbenrecht bei land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen vom 27. Dez. 1909 (Wald. Reg. Bl. 1910 S. 1).

— Bezüglich der alten Anerbengüter: Eintragung von Amts wegen; im übrigen: Eintragung in die Güterrolle nur auf Antrag. —

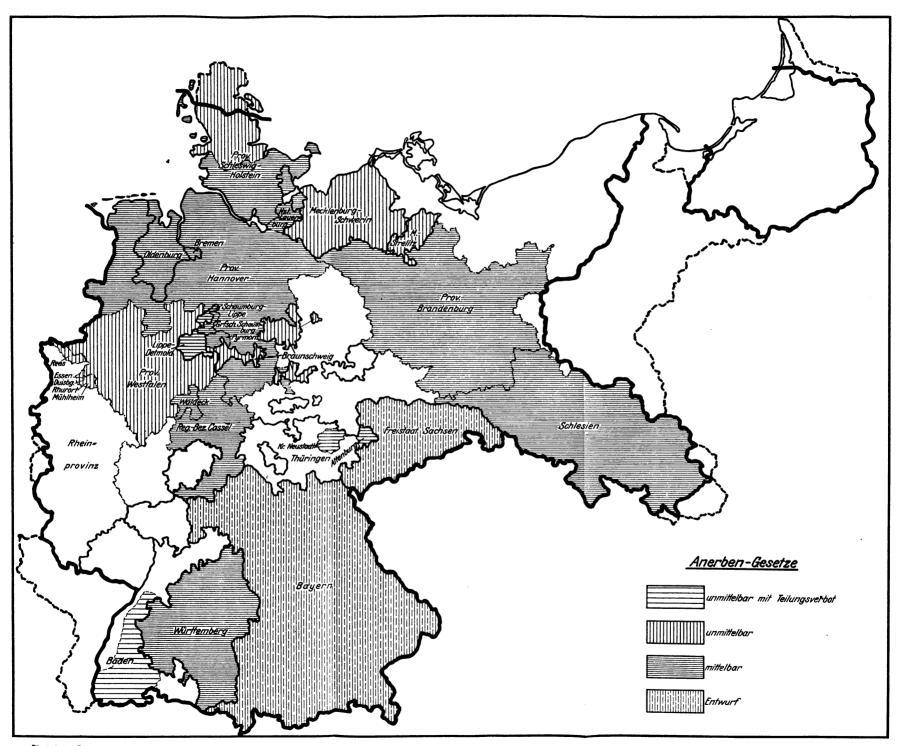
**Bestfalen:** Gesetz betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Bestfalen und in den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. R. vom 2. Juli 1898 (GS. S. 139).

- Unmittelbares Anerbenrecht: Eintragung im Grundbuch von Amts wegen. In den im § 11 bezeichneten Gerichtsbezirken aber nur auf Antrag. —
- Sachsen (Freistaat): Entwurf eines Gesetzes über das Anerbenrecht = Sächs. Landtag 1928 Borlagen Nr. 39; neue Borlage 1929 Nr. 19.
  - Unmittelbares Anerbenrecht für jedes im Freistaat Sachsen geslegene Lands und Walbgut; Eintragung nicht ersorberlich. —
- Thüringen: Abgesehen von örtlichen Gesetzen aus älterer Zeit (Sachsensultenburger Dismembrationsgesetz vom 9. April 1854 und Kursächs. Gesetz für den Kreis Reuftadt a. d. Drla) sehlt eine gesetzliche Regelung. Doch soll ein Entwurf in Borbereitung sein.

**Württemberg:** Geset über das Anerbenrecht vom 14. Februar 1930 (Württ. Reg.Bl. S. 5).

— Mittelbares Anerbenrecht; Eintragung in die Höferolle nur auf Antrag. —

Schriften 178, III.



Photolith.v. Bogdan Gisevius, Berlin W.